

Wiener Landtag

4. Sitzung vom 28. Februar 1992

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigter Abgeordneter	(S. 3)	Redner: Die Abgen. Margulies (S. 75), Pfeiffer (S. 81) und Dr. Serles (S. 85), StR. Karin Landauer (S. 88), Amtsf. StR. Dr. Rieder (S. 89), Abg. Susanne Jerusalem (S. 92) sowie StR. Maria Hampel-Fuchs (S. 92)
2. Fragestunde:		Abstimmung (S. 95)
1. Anfrage (S. 4); 2. Anfrage (S. 4);		
3. Anfrage (S. 5); 4. Anfrage (S. 8);		
5. Anfrage (S. 10); 6. Anfrage (S. 11);		
7. Anfrage (S. 13); 8. Anfrage (S. 14);		
9. Anfrage (S. 16); 10. Anfrage (S. 18).		
3. Mitteilung des Einlaufs	(S. 20)	7. Pr.Z. 581, P. 4: Gesetz, mit dem die Dienstordnung 1966 (19. Novelle zur Dienstordnung 1966), die Besoldungsordnung 1967 (38. Novelle zur Besoldungsordnung 1967) und die Vertragsbedienstetenordnung 1979 (21. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979) geändert werden (Beilage Nr. 6)
4. Pr.Z. 451, P. 1: Unvereinbarkeitsgesetz 1983; Betätigung von Mitgliedern der Landesregierung in der Privatwirtschaft (Beilage Nr. 4)		Berichterstatter: Amtsf. StR. Hatzl (S. 96)
Berichterstatter: Abg. Jank	(S. 22 u. 66)	Redner: Die Abgen. Mag. Karl (S. 96) und König (S. 98)
Redner: Die StRe. Mag. Chorherr (S. 22 u. 55) und Dr. Wille (S. 27 u. 61) sowie die Abgen. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz (S. 29 u. 66), Dr. Pilz (S. 34, 57 u. 65), Dr. Ferdinand Maier (S. 39), Dr. Serles (S. 43), Hannelore Weber (S. 45), Ing. Svoboda (S. 49), Neumann (S. 53) und Margulies (S. 65)		Abstimmung (S. 99)
Abstimmung (S. 67)		
5. Pr.Z. 452, P. 2: Unvereinbarkeitsgesetz 1983; Betätigung von Mitgliedern des Landtags in der Privatwirtschaft (Beilage Nr. 5)		8. Pr.Z. 140/LF: Dringliche Anfrage der Abgen. Johann Römer, Mag. Kowarik und Ilse Arie, betreffend Reform der Krankenpflegeausbildung und Aufwertung des Berufsstands der Diplomkrankenpfleger
Berichterstatter: GR. Jank	(S. 73 u. 74)	Verlesung der Anfrage durch Schriftführerin Abg. Mag. Heidemarie Unterreiner (S. 99)
Redner: Die Abgen. Herzog (S. 73) und Neumann (S. 74)		Begründung der Dringlichkeit durch Abg. Johann Römer (S. 100)
Abstimmung (S. 74)		Redner: Die Abgen. Margulies (S. 104), Maria Rauch-Kallat (S. 106) und Hundstorfer (S. 109), die StRinnen. Maria Hampel-Fuchs (S. 113) und Karin Landauer (S. 116) sowie die Abgen. Mag. Kowarik (S. 118)
6. Pr.Z. 182, P. 3: Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1994 (Beilage Nr. 3)		
Berichterstatter: LhptmSt. Mayr	(S. 75 u. 93)	

- und Ilse Arie (S. 120)**
Beantwortung der Anfrage durch Amtsf. StR.
Dr. Rieder (S. 121)
- 9. Pr.Z. 141/LAt.: Dringlicher Antrag der**
Abgen. Herzog, Dr. Madejski und Johann
Römer, betreffend Erlassung einer Ver-
ordnung hinsichtlich des Assanierungsgebiets
Leopoldstadt
Verlesung des Antrags durch Schriftführer
Abg. Dkfm. Hotter (S. 129)
Begründung der Dringlichkeit durch Abg.
Herzog (S. 130)
Kontraredner: Abg. Ing. Svoboda (S. 132)
Abstimmung (S. 132)
- 10. Pr.Z. 142/LAt: Dringlicher Antrag der Abg.**
Hannelore Weber, betreffend Unterstützung
von Ungarn und Slowakei gegen Gabčíkovo
Begründung der Dringlichkeit durch Abg.
Hannelore Weber (S. 133)
Kontraredner: Abg. Ing. Svoboda (S. 134)
Abstimmung (S. 134)
- 11. Pr.Z. 143/LAt: Dringlicher Antrag der Abg.**
Hannelore Weber, betreffend Schädigung der
Ozonschicht
Begründung der Dringlichkeit durch Abg.
Hannelore Weber (S. 135)
Kontraredner: Abg. Ing. Svoboda (S. 135)
Abstimmung (S. 136)

Vorsitzende: Erste Präsidentin Christine Schirmer, Zweiter Präsident Outolny
und Dritter Präsident Dr. Hirnischall.

(Beginn um 9 Uhr.)

Präsidentin Christine Schirmer: Die 4. Sitzung des Wiener Landtags ist eröffnet.

Ich wünsche Ihnen einen guten Morgen! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

Entschuldigt ist Herr Abg. Mag. Zima.

Wir kommen gleich zur Fragestunde.

(In der Fragestunde werden von Präsidentin Christine Schirmer folgende Anfragen aufgerufen:

1. Anfrage (Pr.Z. 73/LM/92): Von der Fragestellerin zurückgezogen.

2. Anfrage (Pr.Z. 65/LM/92): Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz an den Landeshauptmann:

Welche Schritte haben Sie gesetzt, um sicherzustellen, daß der Bund, insbesondere der Innenminister und der Bundeskanzler ihr Versprechen einhalten, die Zahl der Dienstposten der Exekutive in Wien von insgesamt 1.200 bis Ende 1993 aufzustocken?

3. Anfrage (Pr.Z. 66/LM/92): Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz an den Landeshauptmann:

Inwieweit erachten Sie die Ausarbeitung eines spezifischen Landessicherheitsberichts notwendig, um der speziellen Kriminalitätsentwicklung in Wien besser begegnen zu können?

4. Anfrage (Pr.Z. 55/LM/92): Abg. Nettig an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr:

Wie ist der Stand der Verhandlungen mit Niederösterreich und dem Burgenland betreffend Schaffung einer Raumverträglichkeitsprüfung für Einkaufszentren?

5. Anfrage (Pr.Z. 47/LM/92): Abg. Mag. Renate Brauner an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr:

Die Stellplatzverpflichtung nach dem Wiener Garagengesetz entspricht in mancher Hinsicht nicht mehr heutigen Anforderungen. In welcher Weise sollen Ihrer Auffassung nach diese Bestimmungen geändert werden und wann könnte dem Wiener Landtag ein diesbezüglicher Entwurf zur Beschußfassung vorgelegt werden?

6. Anfrage (Pr.Z. 56/LM/92): Abg. Prochaska an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr:

Welche Gesetzesregelungen plant Wien im Zuge der europäischen Integration hinsichtlich des Grunderwerbs?

7. Anfrage (Pr.Z. 48/LM/92): Abg. Göbl an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport:

Mit der Post wurde an Wiener Haushalte eine sogenannte praktische Faltbox zum Sammeln von Verbundkartons (Tetrapack) zugeschickt. Wie soll das funktionieren und ist das im Sinne einer Abfallvermeidung?

8. Anfrage (Pr.Z. 57/LM/92): Abg. Dr. Wawra an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport:

Aufgrund welcher gesetzlichen Bestimmungen des Jagdgesetzes beziehungsweise des Forstrechts erfolgt die alljährliche Sperre des Lainzer Tiergartens?

9. Anfrage (Pr.Z. 74/LM/92): Abg. Hannelore Weber an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport:

Werden Sie im naturschutzrechtlichen Verfahren zur Staustufe Wien die von der Österreichischen Donaukraftwerke AG durchgeführten Änderungen von Sperrbrunnen auf ein Drainagesystem

auf die möglichen negativen Auswirkungen auf die Neue Donau und deren Wasserqualität sowie auf die unter Naturschutz stehenden Fische Schräutzer, Streber und Zingel überprüfen lassen?

10. Anfrage (Pr.Z. 63/LM/92): Abg. Herzog an den Landeshauptmann:

Inwieweit gibt es auf der Ebene der Landeshauptleute Überlegungen, die auf einer Unterbindung der mehrfachen Inanspruchnahme von Wohnbauförderungsmitteln durch Förderungswerber in verschiedenen Bundesländern abzielen?)

Präsidentin Christine Schirmer: Die 1. Anfrage wurde von Frau Abg. Jutta Sander gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. - Wie ich sehe, ist Frau Abg. Sander leider nicht anwesend.

Landeshauptmann Dr. Zilk: Frau Abgeordnete! Bei Entwürfen für Bundesgesetze... (Bewegung im Saal.)

Präsidentin Christine Schirmer (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Herr Landeshauptmann, Frau Abg. Sander ist nicht anwesend und daher kann die Anfrage nicht beantwortet werden. (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Sie interessiert das eigentlich gar nicht!)

Wir kommen daher zur 2. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet.

Ich bitte um die Beantwortung.

Landeshauptmann Dr. Zilk: Herr Abgeordneter!

Ihre Frage bezieht sich auf die seinerzeitige Zusage der Aufstockung der Dienstposten der Wiener Exekutive.

Ich möchte in Erinnerung rufen, daß der Herr Bundeskanzler mit Schreiben vom 20. August 1990 - ich habe das damals auch hier mitgeteilt - die Vermehrung des Personalstands der Bundespolizeidirektion Wien um 1.200 Wachebeamte zugesagt hat. Er hat allerdings darauf hingewiesen - das wissen wir und das wissen auch Sie -, daß diese Vermehrung nur schrittweise erfolgen kann, da weder die Schulungskapazität für die Ausbildung einer derart großen Anzahl in einem so kurzen Zeitraum ausreicht, noch die räumlichen Voraussetzungen.

Der systemisierte - und ich glaube, darauf zielt Ihre Frage ab - Personalstand bei der Bundespolizeidirektion Wien wurde seitdem im Bereich der Sicherheitswache um 328 Personen und im Bereich des Kriminaldienstes um 130 Personen erhöht; das sind insgesamt 458 Beamte.

Aus meiner Sicht ziehe ich den Schluß, daß der Bund bemüht ist, die gegebene Zusage einzuhalten. Ich habe bei all meinen Gesprächen mit dem Bundeskanzler, aber auch mit dem Innenminister immer auf die Realisierung gedrängt und werde das auch weiterhin tun. Wir werden sehr genau beobachten, ob und in welchem Ausmaß das eingehalten wird. Sie können sicher sein, daß ich genauso wie Sie mit größter Ungeduld die Sache verfolgen werde.

Präsidentin Christine Schirmer: Die 1. Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Herr Landeshauptmann!

Diese Problematik berührt uns alle, und daher habe ich die Aussage zur Sicherheit, "alle Wiener Wünsche werden erfüllt", wie es auch in einer Zeitung groß gebracht wurde, damals sehr begrüßt. Ich erinnere auch an die Sitzung der Landesregierung, wo der Herr Innenminister seinen großen Auftritt hatte und uns alles erklärt hat.

1991 ist tatsächlich eine Reihe von Posten neu geschaffen worden. Im Budgetansatz für 1992 ist nichts vorgesehen, sodaß wir aus unserer Sicht davon ausgehen können, daß 1992 die nächste Quote nicht erfüllt wird.

Meine Frage lautet daher, Herr Landeshauptmann: Was werden Sie im Einvernehmen mit der Landesregierung, so wie damals, unternehmen, um auch das sicherzustellen?

Präsidentin Christine Schirmer: Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Zilk: Herr Abgeordneter!

Sie können sicher sein, daß wir in einem Boot sitzen. Wir würden das nicht zur Kenntnis nehmen, sondern würden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, in aller Schärfe und unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die wir haben, für die Realisierung eintreten.

Es ist mir zugesagt worden, daß dieser Prozeß weitergeht. Ich möchte jetzt nicht auf die einzelnen Budgetposten eingehen. Wir wissen alle, daß es da verschiedene Möglichkeiten und Wege gibt, diese Zusage dennoch einzuhalten.

Ich gebe Ihnen das Versprechen, daß Sie in mir einen Verbündeten haben, bei Ausschöpfung aller uns möglichen Mittel, darauf zu drängen und das zu erzwingen.

Präsidentin Christine Schirmer: Die 2. Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Herr Landeshauptmann!

Sie haben auch auf einen Brief Bezug genommen, den Ihnen der Herr Bundeskanzler geschrieben hat und in dem er Ihnen die 1.200 zusätzlich verlangten Beamten verspricht. (Amtsf. StR. Edlinger: Der Herr Bundeskanzler!) Ja, es handelt sich um den Herrn Bundeskanzler!

Daher lautet meine Frage: Würden Sie diesen Brief auch der Öffentlichkeit vorstellen?

Präsidentin Christine Schirmer: Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Zilk: Ich bin momentan überfragt, ich habe den Brief nicht im Gedächtnis. Ich stelle der Öffentlichkeit jeden Brief gerne vor, weil ich keine Geheimnisse habe, aber ich habe ihn... (StR. Mag. Kabas: Sie haben ihn gerade zitiert!) Ja, den seinerzeitigen Brief brauche ich nicht vorzustellen, den habe ich bereits publik gemacht, aber ich kann ihn auch ein zweites Mal vorlesen. Das ist kein Problem!

Wir werden jedenfalls auf die Einhaltung dieser Zusage dringen, und wir werden das mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln auch durchsetzen, wie beim ersten Teil.

Präsidentin Christine Schirmer: Die 3. Anfrage wurde ebenfalls von Herrn Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet.

Ich bitte den Herrn Landeshauptmann um die Beantwortung.

Landeshauptmann Dr. Zilk: Herr Abgeordneter!

Es ist Ihnen sicher bekannt - das schließe ich aus der Anfrageformulierung -, daß es einen jährlichen Bericht über die innere Sicherheit der Republik Österreich gibt.

Dieses umfassende Werk beinhaltet alle im Berichtsjahr bekanntgewordenen gerichtlich strafbaren Handlungen, unterteilt in die verschiedensten Kategorien. Fragen Sie mich jetzt nicht im Detail nach allen Kategorien; das wissen Sie ohnehin selbst, Sie beschäftigen sich ja sehr ausführlich damit.

Ich möchte folgendes dazu sagen:

Alle Daten sind auch nach den einzelnen Bundesländern geordnet, sie wurden nicht nur zusammengefaßt, sondern auch geordnet. Das heißt mit anderen Worten: Wer an den detaillierten Zahlen

der einzelnen Delikte interessiert ist, bezogen auf das jeweilige Bundesland, hat natürlich die Möglichkeit, sich das herauszusuchen.

Aber ich bin auch gerne bereit, dafür zu sorgen, daß Ihnen und denjenigen, die damit befaßt sind, ein solcher Sicherheitsbericht im ganzen zukommt.

Ich halte eine Extraausgabe für Wien, Herr Abgeordneter, deshalb nicht für wesentlich, weil in dem Bericht die Angaben ohnehin zusammengefaßt sind. Eine Extraausgabe trägt zur Bekämpfung der Kriminalitätsentwicklung nichts Wesentliches bei.

Ich kann mir durchaus vorstellen, daß das ein erheblicher Aufwand für die Beamten ist. Es wäre mir lieber, wenn die Beamten des Innenministeriums ihre Uniformen nehmen und, so wie in der Serie "Hunter", die in einer der Privatfernsehstationen läuft, wo Kriminalbeamte und Beamte des höheren Polizeidienstes in Los Angeles zwischendurch auch Streifendienst machen müssen - das hat mir sehr gut gefallen, ich habe mich auch erkundigt, ob das tatsächlich so ist und ob das stimmt -, gelegentlich auch Streifendienst versehen würden.

Ich glaube nur, daß die Daten ohnehin in dem Bericht enthalten sind, und ich stelle Ihnen gerne einen solchen Bericht zur Gänze zur Verfügung.

Präsidentin Christine Schirmer: Danke schön. Die 1. Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Ihre Anmerkung zu dieser Art von Diensttätigkeit gefällt mir sehr gut! (Heiterkeit bei der FPÖ.)

Den Sonderband brauche ich an sich nicht, über den verfüge ich schon.

Ich meine, daß sich die Stellung des Landeshauptmanns, wenn er gemeinsam mit der Polizei einen eigenen Sicherheitsbericht für Wien erarbeiten würde, in dem die spezifische Entwicklung Wiens durchleuchtet und beurteilt wird, zur Polizei festigen und verstärken könnte, sodaß auch den Wünschen, die dann beispielsweise der Landeshauptmann äußert, mit größerem Nachdruck nachgekommen wird.

Meine Frage lautet daher: Glauben Sie, Herr Landeshauptmann, daß Sie einen Sicherheitsbericht, der sich speziell mit der Entwicklung der Kriminalität innerhalb von Wien befaßt, erstellen lassen könnten, um damit der Exekutive auch die Möglichkeit zu geben, in Zukunft auf besondere Entwicklungen eingehen zu können?

Präsidentin Christine Schirmer: Herr Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann Dr. Zilk: Herr Abgeordneter!

Nur aufgrund des Zahlenmaterials, das im Gesamtbericht vorhanden ist, sind Überlegungen dieser Art nicht möglich. Auch in einem gesonderten Bericht könnte nur dasselbe Zahlenmaterial verwendet werden.

Die Zukunftsentwicklung solcher Dinge kann nicht nur aus den Zahlen herausgelesen werden, Herr Abgeordneter! Es müssen, und das geschieht gerade in der Polizeidirektion Wien, andere Umstände sorgsam beachtet werden, die in einem solchen Werk überhaupt nicht vorkommen.

So besteht eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Polizeipräsidenten oder Polizeidirektoren von Bratislava und Budapest, wo neue Formen der Kriminalität, neue Aktivitäten, neue Blickrichtungen erkennbar sind, wobei in besonderer Weise Bratislava und die Slowakei ins Auge stechen.

Ich weiß, daß sich die Bundespolizeidirektion Wien mit ihrem Polizeipräsidenten mit den Fragen der Kriminalitätsentwicklung in Bratislava und mit der grenzüberschreitenden Kriminalität befaßt. Die Kriminellen sind nicht die Gastarbeiter und Wochenendbesucher, das sind nicht die, die die Orangen stehlen, sondern es geht hier um die organisierte Kriminalität, die in diesen Ländern Einzug hält, und

zwar sowohl in Moskau als auch in Bratislava. Das ist auch ein Nebenprodukt der absoluten Freiheit, die es in der Demokratie gibt. Diese Dinge, die nirgendwo herauslesbar sind, sind viel relevanter.

Ich stimme aber grundsätzlich mit Ihnen überein, daß es notwendig ist, daß wir in einem viel stärkeren Ausmaß - es kann nie genug sein, was wir auf dem Gebiet tun - diese Dinge beachten.

Was die Stellung des Landeshauptmanns im Zusammenhang mit der Exekutive betrifft, so bin ich immer wieder für jede Wortmeldung, die sich darauf bezieht, dankbar. Ich bin nämlich der Auffassung, daß eine verstärkte Zusammenarbeit nur gut sein kann.

Wir haben das besondere Glück, daß mit dem derzeitigen Polizeipräsidenten ein ausgezeichnetes Einvernehmen besteht. Der Polizeipräsident kommt nicht nur zu uns, um über etwas zu referieren, sondern er ist auch bereit, jede Anregung und jede Kritik zur Kenntnis zu nehmen und auch jeden Wunsch zu erfüllen. Das ändert aber an der grundsätzlichen Debatte nichts!

Ich bin jetzt schon ganz alleine, weil alle anderen Landeshauptleute die Fahne schon gestrichen haben, die Rückführung der Exekutive, also der Landessicherheitsdirektion - in Wien ist das die Polizeidirektion -, unter die Oberhoheit "der Landeshauptleute", wie das im demokratischen Österreich in der Ersten Republik der Fall war.

Es ist ja hinlänglich bekannt, wieso das geändert wurde. 1934 hat man im Zuge des autoritären Systems natürlich die Polizei zentralisiert. Hitler-Deutschland hat das natürlich noch verstärkt, und nach dem Krieg, wenn ich das bei dieser Gelegenheit in Erinnerung rufen darf, ist man dabei geblieben, aus Rücksicht auf die Besatzungsmächte. Man hat gesagt, wenn man die Polizei dezentralisiert - im Bereich Niederösterreich und Burgenland haben wir eine besondere Besatzungsmacht im Auge - dann ist sie vom Landeskommendanten abhängig. Allerdings hat man nach 1955 all diese Gesetze wieder auf das demokratische Österreich rückgeführt, oder fast alle, nur das hat man komischerweise vergessen.

Seitdem urgieren die Landeshauptleute! Sie sind aber müde geworden. Ich bin nicht unbedingt müde geworden, sondern ich schließe mich dieser Forderung nach wie vor an.

Präsidentin Christine Schirmer: Die 2. Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Herr Landeshauptmann!

Es gibt die Forderung von uns Freiheitlichen, einen Wiener Sicherheitsausschuß einzusetzen, der im wesentlichen aus Mitgliedern des Stadtsenats und des Gemeinderats und natürlich auch aus Vertretern der Polizei bestehen könnte.

Es hat sich herausgestellt, daß mit dem Einzug der Grünen Alternative Wien in den Wiener Landtag und Gemeinderat die Demonstrationen schon deutlich geringer geworden sind, beispielsweise im Zuge des Opernballs. Das heißt also, daß mit dem Einbinden...

Landeshauptmann Dr. Zilk (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie gestatten mir den Zwischenruf, Sie haben mir das schon früher einmal erlaubt.

Kreisky hat einmal gesagt: "Keine Macht der Welt kann verhindern, daß man gescheiter wird." Billigen wir das doch allen zu!

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz (fortsetzend): Meine Frage lautet: Können Sie sich vorstellen, so einen Sicherheitsausschuß, in dem alle mitarbeiten und wo die Probleme ständig diskutiert werden könnten, einzurichten?

Präsidentin Christine Schirmer: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Zilk: Herr Abgeordneter!

Vorstellen kann man sich alles und auch ich kann mir das vorstellen. Aber man soll auch die Sinnhaftigkeit überprüfen, denn auch auf diesem Gebiet gilt ein altes Wort von Wilhelm Busch: "Es gibt nichts Gutes, außer man tut es". Wir könnten natürlich noch 20 Gremien schaffen, wo wir über das diskutieren, was ohnehin von den Kriminologen behandelt wird.

Alle hier anwesenden Fraktionen sind mit der Polizei zutiefst verbunden. Es gibt ja auch den Sicherheitssprecher der ÖVP; der fehlt mir übrigens heute bei dieser Frage. (StR. Maria Hampel-Fuchs: Er ist da!) Er macht normalerweise immer Zwischenrufe, der Herr Abg. Fürst. (StR. Maria Hampel-Fuchs, nach hinten deutend: Er ist da!) Herr Abg. Fürst fehlt mir heute!

In der Realität besteht ein sehr enger Kontakt!

Ich möchte nicht ausschließen, doch zu überlegen, ob man nicht einen Ausschuß schaffen soll, wo man gelegentlich mit den Verantwortlichen der Polizei zusammenkommt und mit ihnen diskutiert, so wie das jetzt auch getan wird. Wenn Sie wollen, so gibt es ja einen solchen Ausschuß im Stadtsenat beziehungsweise in der Landesregierung, zu dem der Polizeipräsident in regelmäßigen Abständen eingeladen wird.

Aber ich sehe durchaus die Chance und die Möglichkeit, das auszuweiten. Man kann dann auch einige Mitglieder des Gemeinderats zu den Gesprächen einladen. Man muß das ja nicht gleich Ausschuß nennen, sondern kann das auch als regelmäßige Gesprächsrunde bezeichnen. Wir leben ja in der letzten Zeit nur mehr von Ausschüssen und Ausschußsitzungen!

Vielleicht überlegen wir uns eine Form, die Ihren Vorstellungen und meiner Skepsis Genüge tut.

Präsidentin Christine Schirmer: Die 4. Anfrage wurde von Herrn Abg. Nettig an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr gestellt.

Ich bitte um die Beantwortung.

Amtsführender Stadtrat Dr. Swoboda: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf einige Bemerkungen zum Thema "Raumverträglichkeitsprüfung" im Rahmen der Planungsgemeinschaft-Ost machen.

Seit einigen Jahren diskutieren wir, nicht zuletzt aufgrund der Initiative Wiens, über dieses Thema, und wir haben auch eine grundsätzliche Übereinstimmung über die Bedeutung, über die Funktion einer Raumverträglichkeitsprüfung erzielt.

Es ist aber von seiten Wiens, insbesondere von Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr, mit Recht darauf aufmerksam gemacht worden, daß eine Vereinbarung zwischen den Ländern, die sehr unterschiedlich strukturiert sind, nur dann sinnvoll ist, wenn eine Durchbindung der Vereinbarung an die Gemeinden auch gegeben ist. Es hat keinen Sinn, daß eine solche Vereinbarung in Wien automatisch eingehalten wird, durch die Identität Land und Gemeinde, und daß in Niederösterreich oder im Burgenland, wo diese Identität nicht gegeben ist, zwar das Land zustimmt, aber die Gemeinde eine Genehmigung jenseits dieser Regelung auch durchsetzen kann.

Aus diesen Überlegungen heraus hat - das haben viele in diesem Haus, aber auch die Medien nicht bemerkt - Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr in der letzten Sitzung der Planungsgemeinschaft-Ost beantragt, daß, wenn die Identität zwischen Land und Gemeinde nicht gegeben ist, diese Regelung durchgesetzt wird.

Ich darf Sie darüber informieren, daß für den 13. März ein Gespräch seitens der Magistratsabteilung 64 anberaumt worden ist - das richtet sich auch an die Bundesländer Niederösterreich und Burgenland -, um den genauen Fahrplan einer solchen Vereinbarung zu fixieren.

Ich darf Sie aber auch darüber informieren, daß ich unabhängig von diesem Fahrplan hinsichtlich der drei Bundesländer die Magistratsabteilung 21 angewiesen habe, bei allen Widmungen betreffend Einkaufszentren eine Raumverträglichkeitsprüfung mit den Schwerpunkten Verkehr und Umwelt vorzunehmen.

Präsidentin Christine Schirmer: Danke schön. Die 1. Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Nettig: Herr Stadtrat!

Sie kennen ja das Ergebnis der Studie, auf die wir über eineinhalb Jahre gewartet haben. Die Studie sagt eindeutig aus, daß die bereits eingereichten Wünsche, betreffend die Errichtung von Einkaufszentren, für die Wiener Nahversorgung, für die Infrastruktur, für die Wiener Wirtschaft und für unsere Klein- und Mittelbetriebe äußerst bedrohlich wären. Daher kommt dieser Raumverträglichkeitsordnung und -regelung eine noch größere Bedeutung zu.

Ich frage Sie daher: Wird dieser Entwurf derjenige sein, der unterschrieben wird, oder wird es maßgebende Änderungen in der Form geben, daß man die Punkte entschärft?

Präsidentin Christine Schirmer: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Dr. Swoboda: Herr Abgeordneter!

In erster Linie ist die Entwicklung, die wir festgestellt haben, bedrohlich, da im Laufe der Zeit immer mehr Kaufkraft aus Wien abfließt. Ich darf ja keine Gegenfragen stellen, aber ich sehe nicht ganz ein, warum nicht auch von der Interessenvertretung, die Sie hier repräsentieren, stärker auf diese Bedrohlichkeit hingewiesen wird, denn das geht ja zu Lasten der Wiener Geschäftswelt.

Es gibt sicherlich Diskussionen über die Frage, inwieweit die Einkaufszentren und welche Art von Einkaufszentren eine negative Auswirkung beziehungsweise welche positive Auswirkung auf die Rückverlagerung der Kaufkraft nach Wien haben. Wir haben jedenfalls auch eine Untersuchung vorgenommen. Frau Kollegin Kariotis kann ja auch aus eigener Erfahrung etwas dazu sagen.

Nach unseren Untersuchungen hat das Einkaufszentrum Galleria, das im Bereich Landstraße Hauptstraße existiert, durchaus positive Entwicklungschancen. Diesem Einkaufszentrum werden auch positive Entwicklungschancen vorausgesagt. Das heißt, daß bestimmte Einkaufszentren sehr wohl zur Stärkung der Kaufkraft auch im Nahbereich beitragen können.

Konkret zu Ihrer Frage möchte ich mitteilen: Derzeit glaube ich nicht, daß wir wesentlich von den Dingen abgehen werden, die wir auch mit den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland besprochen haben.

Präsidentin Christine Schirmer: Danke schön. Die 2. Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Nettig: Herr Stadtrat!

Sie haben erwähnt, daß sich die Interessenvertretung nicht allzu sehr eingesetzt hat. Spätestens seitdem ich hier im Gemeinderat tätig bin, habe ich massiv auf die Gefahr der sinnlosen Vermehrung der Verkaufsflächen hingewiesen.

Die Studie sagt ja aus, daß unser Ziel, die abgewanderte Kaufkraft von den übrigen Bundesländern wieder zurückzugewinnen, durch die Errichtung dieser eingereichten Einkaufszentren nur in einem kleinen Maß erreicht werden würde. Das heißt, von den Einkaufsflächen, die in etwa 5 bis 6 Milliarden Schilling Umsatz prognostizieren, können im besten Fall 300 Millionen wieder aus Niederösterreich zurückgeholt werden.

Ich bin daher zutiefst davon überzeugt, daß es dringend notwendig wäre, diese Raumverträglichkeitsordnung raschest zu verabschieden.

Meine Frage lautet: Sie haben den Zeitplan angerissen. Der 13. März wurde genannt. Können Sie heute schon sagen, wann nach den entsprechenden Verhandlungen dieses Raumverträglichkeitsübereinkommen unterzeichnet wird?

Präsidentin Christine Schirmer: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Dr. Swoboda: Grundsätzlich muß ich folgendes festhalten, Herr Abgeordneter:

Wir haben auch in den vergangenen Jahren bei allen Einkaufszentren eine Art von Raumverträglichkeitsprüfung gemacht. Wir haben Verkehrsuntersuchungen durchgeführt, die eine sehr wesentliche Aussagekraft haben.

Aufgrund dieser Untersuchungen haben wir auch eine sehr differenzierte Haltung gegenüber den Einkaufszentren eingenommen! Es ist ja nicht so, daß in den vergangenen Jahren nichts geschehen wäre, daß wir uns nicht bei all den Ansuchen um Aussagen bemüht hätten, inwieweit diese Einkaufszentren wirklich mit der Struktur des Bezirksteils oder des Stadtteils vereinbar sind.

Nur eines muß ich schon sagen: Eine Bedarfsprüfung in dem Sinn, daß derjenige, der schon etwas hat, eine Konkurrenz verhindern kann, das kann es sicherlich nicht geben und das wird es auch sicher nicht geben. Die Zeiten, wo man einen Wettbewerb dadurch vermieden hat, daß man gesagt hat, hier gibt es schon Apotheken, Taxis und viele andere Bereiche und jetzt darf niemand anderer mehr dazukommen, sind vorbei.

Ich glaube, Sie als Unternehmer, der selbst auch in Einkaufszentren vertreten ist, wissen, daß die Wirtschaft ungeteilt eine Marktwirtschaft sein muß, und zwar nicht nur für die, die schon am Markt sind, sondern auch für die, die noch auf den Markt kommen möchten.

Zu Ihrer konkreten Frage möchte ich mitteilen, daß ich davon ausgehe, daß im Herbst dieses Jahres die Vereinbarung abgeschlossen werden wird.

Präsidentin Christine Schirmer: Die 5. Anfrage wurde von Frau Abg. Mag. Renate Brauner ebenfalls an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr gerichtet.

Ich bitte um die Beantwortung.

Amtsführender Stadtrat Dr. Swoboda: Frau Abgeordnete!

Sie haben völlig recht, die derzeitigen Bestimmung des Garagengesetzes kann man als überholt ansehen.

Die Zielrichtung geht dahin, daß wir für den Wohnbau eine Regelung eins zu eins anstreben, das heißt, daß wir pro Wohnung einen Stellplatz brauchen. Was die Betriebe beziehungsweise die Arbeitsstätten betrifft, so muß die Regelung diesbezüglich differenzierter sein. Es müssen dann weniger Stellplätze geschaffen werden, wenn es um Arbeitsstätten geht, die sehr gut mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden können.

Im übrigen möchte ich noch heuer die neue Gesetzesnovelle dem Landtag zuführen, sodaß noch im heurigen Jahr eine Beschußfassung darüber erfolgen kann.

Präsidentin Christine Schirmer: Danke schön. Die 1. Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Mag. Renate Brauner: Herr Stadtrat!

Es gibt Überlegungen, daß die Bestimmungen in Zukunft dahingehend geändert werden sollen, daß bei Neubauten überhaupt keine Stellplatzverpflichtung mehr vorgesehen wird. Halten Sie diese Überlegungen für zielführend?

Präsidentin Christine Schirmer: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Dr. Swoboda: Ich würde das dann für zielführend halten, wenn man nachweisen könnte, daß sich die Leute in all jenen Häusern, wo es keine Garagen gibt, keine Autos mehr kaufen.

Diese empirische Beobachtung konnte ich bisher nicht machen. Im Gegenteil, in all jenen Häusern, wo keine Garagen sind, gibt es erstaunlicherweise trotzdem Leute, die sich ein Auto kaufen. Daher ist diese Überlegung empirisch entkräftet!

Ich halte es nicht für sinnvoll, das Stellplatzproblem im Straßenraum zu vergrößern, sondern ich halte es nur für sinnvoll, das Stellplatzproblem zu verringern beziehungsweise die Menge der Autos im Straßenraum zu verringern.

Ich darf auch darauf hinweisen, daß selbst die Eins-zu-Eins-Regelung eine Regelung ist, die in manchen Bereichen ein zu geringes Stellplatzangebot schafft. Ich darf weiters darauf hinweisen - selbst wenn ich mir wünsche, daß sich in diesen Häusern nicht jeder ein Auto besorgt -, daß es aufgrund der historischen Stadtstruktur viele Häuser gibt, die nicht einmal einen Stellplatz haben. Viele Bewohner wären dann bereit, eine Garage in einem anderen Objekt mitzubenützen.

Das heißt, die Forderung, keine Stellplätze mehr zu bauen, ist eigentlich ein Gag, ist städtebaulich durch nichts begründet. Ich kann mich aufgrund der empirischen Situation, daß sich die Leute trotzdem ein Auto kaufen werden, auch wenn sie keinen Garagenstellplatz haben, dieser Argumentation nicht anschließen.

Präsidentin Christine Schirmer: Danke schön. Die 2. Zusatzfrage? - Es wird keine gewünscht.

Dann kommen wir zur 6. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Prochaska ebenfalls an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr gerichtet.

Ich bitte um die Beantwortung.

Amtsführender Stadtrat Dr. Swoboda: Herr Abgeordneter!

Ich kann dazu keine sehr konkrete Aussage machen, und zwar aus zweierlei Gründen:

Erstens einmal muß auch die Kompetenzlage innerhalb der Stadt klargestellt werden. Sie wissen ja, daß derzeit für die Genehmigung des Ausländergrunderwerbs die Magistratsabteilung 63 zuständig ist, die nicht in meinen Kompetenzbereich fällt.

Zweitens ist das auch eine Frage, die mit der Dezentralisierung, mit der Veränderung der Kompetenzen hinsichtlich des Grunderwerbs, zusammenhängt.

Es ist aus heutiger Sicht nicht absehbar und es ist auch keine Entscheidungsfindung im Land Wien getroffen worden, welche neue Regelung hinsichtlich der Grundverhältnisse und des Grunderwerbs getroffen werden soll.

Präsidentin Christine Schirmer: Die 1. Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Prochaska: Herr Stadtrat!

In den westlichen Bundesländern ist man in dieser Frage schon sehr weit gekommen, wobei ich miteinschließen muß, daß die Problematik dort ein wenig anders gelagert ist.

Würden Sie von sich aus bei Akutwerden der Situation eine Regelung anstreben, die sicherstellt, daß die Österreicher im Hinblick auf den Grunderwerb gegenüber der derzeitigen Lage nicht größere Erschwernisse bekommen?

Präsidentin Christine Schirmer: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Dr. **Swoboda**: Ich muß folgendes dazu sagen:

Die anderen Bundesländer sind in der Frage des Ausländergrunderwerbs insoferne in einer etwas anderen Situation, als sie den Ausverkauf von sehr wertvollen Grundstücken befürchten. Ich muß allerdings dazusagen, daß die Schizophrenie der Situation dadurch gegeben ist, daß man zuerst Bauland ausweist und sich dann wundert, wenn dieses Bauland auch verkauft wird.

Diese Frage stellt sich in diesem Ausmaß bei uns nicht, obwohl Herr Amtsführender Stadtrat Hatzl erst vor kurzem berichtet hat, daß eine doch beachtenswerte Steigerung zumindest der Ansuchen beziehungsweise der Genehmigungen im Bereich des Ausländergrunderwerbs gegeben ist. Das ist ja die zentrale Frage in den westlichen Bundesländern!

Jetzt zur Frage der Kompetenzübertragung.

Ich finde es etwas eigenartig, daß in der Debatte der Kompetenzübertragung einerseits von den Ländern Wünsche geäußert werden, und andererseits die Vertreter der Österreichischen Volkspartei beziehungsweise ihr nahestehende Vertreter aus dem Maklerwesen - das war schon bei Vizekanzler Dipl.-Ing. Riegler der Fall -, nicht nur in dieser Frage, sondern generell, zum Beispiel jetzt den Föderalismusminister Weiss zumindest tendenziell im Regen stehen lassen, wenn er einen Länderwunsch erfüllt. Es geht nämlich um die Veränderung der Kompetenz hinsichtlich der Regelung des Grunderwerbs.

Ich bin etwas erstaunt über die politische Debatte, die in diesem Zusammenhang geführt wird, als ob Wien sich grundsätzlich entschieden hätte, im Falle einer solchen Veränderung ein dirigistisches Grunderwerbssystem einzuführen. Wir haben das bisher nicht getan.

Wenn Sie die Praxis beobachten, Herr Klubobmann, des Ausländergrunderwerbs, so kenne ich einige Fälle, wo die Vertreter der Österreichischen Volkspartei in der Landesregierung Einspruch erhoben haben. Ich kenne keinen Fall, wo das seitens der SPÖ geschehen ist.

Wir haben in der Vergangenheit kein dirigistisches System geführt! Ich bin mir sicher, ohne daß eine politische Entscheidung bereits gefunden wurde, daß wir jetzt ein dirigistisches System führen werden. Das heißt, grundsätzlich ist nicht daran gedacht, in die Frage des Grunderwerbs in einer unzumutbaren Art und Weise einzugreifen. Wir wollen keine eigene Verwaltung und Bürokratie aufbauen, sondern es geht nur darum, Grundstücksspekulationen, die über das normale geschäftliche Ausmaß hinausgehen, zu verhindern.

Ich sage noch einmal: Es sind keinerlei Entscheidungsfindungen oder Entscheidungsprozesse auf diesem Gebiet eingeleitet worden, denn zuerst muß einmal klargestellt werden, ob auch die Österreichische Volkspartei die Bestrebungen ihres Ministers Weiss unterstützt oder nicht.

Präsidentin Christine Schirmer: Die 2. Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Prochaska: Eine politische Debatte wird darüber zu führen sein. Wir hätten sie auch schon vorgezogen angestrebt, ob berechtigte Befürchtungen bestehen oder nicht.

Herr Stadtrat! Meine Frage bezieht sich auf den Grunderwerb in der EG. Es gibt zwei Modelle, das bayrische Modell und das dänische Modell, die mit Begriffen wie "einheimisch" bzw. "ansässig" vorgehen und diese als Kriterien haben.

Können Sie sich vorstellen, daß eines dieser Modelle Ihren Vorstellungen entspricht, oder werden Sie versuchen, etwas völlig Neues zu finden?

Präsidentin Christine Schirmer: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Dr. **Swoboda**: Es gibt das bayrische Modell, es gibt das dänische Modell, es gibt die Südtiroler Lösung. Das sind alles sehr ähnliche Lösungen! Bei den bisherigen

Debatten hat sich zumindest, wenn man zu einer solchen Regelung kommt, kein anderes Modell entwickelt.

Daher werden sich die zuständigen Vertreter der Stadt Wien, wenn es zu solchen Diskussionen kommt, primär diese drei im EG-Raum existierenden Modelle ansehen.

Präsidentin Christine Schirmer: Danke schön. Damit ist die 6. Anfrage beantwortet.

Wir kommen zur 7. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Göbl an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport gerichtet. Ich bitte um die Beantwortung.

Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ihre Frage betrifft die sogenannte praktische Faltbox zum Sammeln von Verbundkartons. Ihre konkrete Frage lautet: Wie soll das funktionieren und ist das im Sinne einer Abfallvermeidung?

Darf ich zunächst, um die Dimension in Kürze abzustecken, deutlich machen, daß es sich hier um den Versuch Tetrapack handelt. Ich bleibe bei diesem gängigen Begriff. Diese werden in der Öko-box, die um fünf Schilling Kostenersatz verkauft wird, gesammelt, und diese soll dann mit den gesammelten Verbundkartons mit der Post zurückgesendet werden. Das wird einem Recyclingverfahren zugeführt, von dem ich lediglich mündliche Informationen habe.

Das wird auf postalischem Weg nach Attnang-Puchheim gebracht, dort gesammelt und an die Papierwerke nach Aschaffenburg weitergeleitet. Dort wird die Technologie des Repulping angewendet. Das heißt, die Verbundstoffe werden auseinandergetrennt. Die Zellulose wird herausgelöst, das Polyäthylen und das Aluminium und so weiter. Das Papier wird im Papierwerk Aschaffenburg angeblich wiederverwertet. Somit wird ein kompliziert zusammengestellter Getränkebehälter wieder in seine Bestandteile aufgelöst und einer Wiederverwertung zugeführt.

Laut Auskunft der Post sind bisher etwa 10.000 solcher Abfallsammelbehälter transportiert worden. Laut Auskunft der Firma Tetrapack waren es 20.000. Der Unterschied, nehme ich an, würde für die Gewerkschaft der Post merkbar gewesen sein! Das ist zunächst einmal die sachliche Darstellung!

Was Ihre Frage betrifft, so funktioniert es so, wie ich gerade gesagt habe.

Wie beurteile ich das? - Ich halte das für einen gegenüber der ARGEV noch um mehrere Zehnerpotenzen - ich suche nach einem Wort, das der Würde des Hauses angebracht ist - verwegeneren Versuch, das Pfandsystem entsprechend zu umgehen. Wobei offensichtlich der negativen Kreativität Tür und Tor geöffnet sind!

Im Sinne der Abfallvermeidung ist das nicht, sondern das ist im Sinne der Abfallvermeidung mit Sicherheit völlig kontraproduktiv. Das ist auch im Sinne der getrennten Müllsammlung völlig kontraproduktiv. Das ist natürlich auch völlig kontraproduktiv im Sinne dessen, was heute die modernen Abfallwirtschaftsgedanken sind.

Ich kann daher, nachdem ich leider keinen unmittelbaren Einfluß darauf habe, nur davon abraten, dieses Spiel gegen die Mehrweggebinde, dieses Spiel gegen das Pfandsystem, dieses Spiel gegen eine vernünftige Abfallwirtschaft mitzumachen!

Präsidentin Christine Schirmer: Die 1. Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Göbl: Herr Stadtrat!

Gibt es keine Möglichkeiten einer effizienteren Abfallverwertung oder Abfallvermeidung anstelle dieser Sammlung?

Präsidentin Christine Schirmer: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl: Die Systeme der getrennten Sammlung beziehungsweise der Abfallvermeidung sind im Prinzip hinlänglich bekannt.

Selbstverständlich wäre es sinnvoll, zunächst bei den Einweggebinden das Pfandsystem einzuführen. Dort, wo keine sinnvolle Wiederverwertung oder Wiederverwendung möglich ist, sollte man - im Bundesabfallwirtschaftsgesetz ist das auch ausdrücklich vorgesehen - zu einem Verbot greifen.

Ich plädiere nicht a priori für ein Verbot des Tetrapacks. Aber ich meine, daß zu prüfen ist, inwieweit dieser Verbundstoff einer ordnungsgemäßen Entsorgung oder Wiederverwertung zugeführt werden kann.

Diese Formen des Umgehens der normalen Kreislaufsysteme stehen mit Sicherheit im Widerspruch zu den Grundsätzen einer modernen Abfallwirtschaft. Ich habe betont: Das Pfandsystem ist ein sinnhaftes Leitsystem für die Kreislaufwirtschaft. Wo die Kreislaufwirtschaft nicht erreicht werden kann, sollte man in der Tat auch zu Verboten greifen.

Das ist nicht etwas, von dem man sagen kann, daß irgendeine postkommunistische Planwirtschaft ausbrechen würde. Eines der EG-Länder, nämlich Dänemark, hat beispielsweise die Dosen verboten. Ich weiß, daß es dafür ein anderes Motiv gegeben hat. Das soll zum Schutz des eigenen Bierkartells dienen. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß mit Zustimmung entsprechender EG-Gerichte diese Maßnahme dort gesetzt werden konnte, ohne daß dies zu einem Zusammenbruch der Marktwirtschaft geführt hätte.

Wenn man heute davor zurückscheut, regulierende Instrumente einzusetzen, die zum Funktionieren der Kreislaufwirtschaft beitragen, dann verkennt man meiner Auffassung nach die aktuelle Situation.

Es gibt sinnvolle Maßnahmen im Bereich der Abfallwirtschaft, es gibt sinnvolle Maßnahmen, die auch zu einer entsprechenden Wiederverwertung und Wiederverwendung führen. Diese Ökoboxen, dieses Rückholsystem des Tetrapacks, sind es mit Sicherheit nicht.

Präsidentin Christine Schirmer: Die 2. Zusatzfrage? - Es wird keine 2. Zusatzfrage gewünscht.

Wir kommen zur Beantwortung der 8. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Dr. Wawra ebenfalls an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport gerichtet.

Ich bitte um die Beantwortung Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ihre Frage lautet: Aufgrund welcher gesetzlichen Bestimmungen des Jagdgesetzes beziehungsweise des Forstrechts erfolgt die alljährliche Sperre des Lainzer Tiergartens? - Das darf ich wie folgt beantworten:

Eine jagdrechtliche Bestimmung für die Rechtfertigung der Wintersperre des Lainzer Tiergartens gibt es keine.

Im Forstgesetz von 1975 hingegen steht folgendes - ich erlaube mir, das zu zitieren, als Nicht-jurist muß ich das vorlesen:

Bundesgesetzblatt 440 in der geltenden Fassung § 34 Abs. 3 lit b: "Eine dauernde Sperre für Waldflächen, die der Besichtigung von Tieren oder Pflanzen, wie Tiergärten oder Alpengärten oder besondere Erholungseinrichtungen, ohne Berücksichtigung einer Eintrittsgebühr gewidmet sind, ist zulässig."

Darüber hinaus gibt es ein Bundesgesetz, betreffend die Veräußerung des Lainzer Tiergartens und der Lobau an die Stadt Wien. In diesem Gesetz wurde festgehalten, daß die Eigenart des Lainzer Tiergartens hinsichtlich seines Wild- und Waldbestands zu erhalten ist.

Das sind die rechtlichen Grundlagen, auf denen die Wintersperre basiert.

Präsidentin Christine Schirmer: Die 1. Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Dr. Wawra: Herr Stadtrat!

Ihren Ausführungen entnehme ich, daß es keine zwingende Bestimmung gibt, den Lainzer Tiergarten im derzeitigen Ausmaß zu sperren. Das ist nicht notwendig und rechtlich in dieser Form auch nicht gedeckt. Ich nehme daher an, daß vorwiegend andere Gründe als rechtliche, nämlich betriebswirtschaftliche Gründe, maßgeblich sind.

Ich darf Sie fragen: Sind Sie aufgrund dieser Situation und aufgrund der vielfachen Wünsche der Bevölkerung bereit, die Wintersperre in Zukunft zu verkürzen? Sind Sie bereit, Überlegungen anzustellen, in den Winter- und Semesterferien den Tiergarten zu öffnen sowie auch im Winter an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen?

Präsidentin Christine Schirmer: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Mir ist die inhaltliche Diskussion über dieses Thema auch lieber als die rein rechtliche. Das stellt lediglich die Rechtsgrundlage dafür dar. Ich habe nie von zwingenden Notwendigkeiten gesprochen. Ich meine nicht, daß es nur betriebswirtschaftliche Gründe gibt.

Das Argument, daß beispielsweise im Winter die Holzarbeiten, die in einem derartigen Wald notwendig sind, durchgeführt werden und daher eine Sperre verfügt werden muß, halte ich für lächerlich. Der gesamte Wald in Österreich müßte gesperrt werden, denn auch in anderen Wäldern, nicht nur im Lainzer Tiergarten, werden im Winter Holzarbeiten durchgeführt.

Die Tatsache, daß aus jagdlichen Gründen diese Sperre im Winter erfolgt, ist aus meiner Sicht gesehen eine differenzierter zu bewertende Sache, und zwar aus dem Grund, weil der gesetzliche Auftrag von seinerzeit lautet, daß der Lainzer Tiergarten, auch was das Wild betrifft, zu erhalten ist.

Der Lainzer Tiergarten ist in der Tat nicht nur irgendein Wald! Es gibt dort Wildbestände, die traditionell überliefert sind, und das - das ist im Gesetz auch verankert - macht eine andere Wildbewirtschaftung notwendig, als es üblicherweise in den Wäldern Österreichs der Fall ist. Äußerlich schlägt sich das dadurch nieder, daß der Lainzer Tiergarten von einer Mauer umgeben ist. Sie finden auch in keinem anderen Wald Österreichs eine derart dichte Population von Schwarzwild.

Im jagdlichen Bereich äußert sich das so, daß im Lainzer Tiergarten etwa 1.000 bis 1.100 Abschüsse zu tätigen sind, während die Zahl in einem normalen Wald ungefähr um eine Zehnerpotenz geringer ist. Das ist schon zu berücksichtigen! Allerdings meine ich auch, daß das beispielsweise dem Offthalten an den Wochenenden nicht entgegenstehen würde, denn das wäre sicherlich kompatibel.

Ein weiterer gravierender Punkt, aus meiner Sicht gesehen, ist die Frage der Rückzugsgebiete im Hinblick auf den Naturschutz. Ich habe das schon einmal mit meinem ehemaligen Berufskollegen Dozent Dr. Spitzer kurz erörtert. Wir werden eine diesbezügliche Diskussion natürlich noch führen müssen. Ich meine, daß das durchaus eine ernsthafte Sache vor dem Hintergrund dessen ist, daß der Lainzer Tiergarten auch ein Naturschutzgebiet ist. Andererseits soll es aber im Umfeld einer Millionenstadt auch so etwas wie Rückzugsgebiete geben!

Im Lainzer Tiergarten wird ein sehr wichtiger Versuch mit einem Urwaldreservat, mit dem sogenannten Johannser-Kogel, durchgeführt. Wir haben versucht, auf einem größeren Hektargebiet so etwas Ähnliches zu machen, wie das der Sihlwald darstellt. Dieses Gebiet soll einen Urwaldcharakter haben.

Es ist natürlich eine fragwürdige Sache, in dem Fall sozusagen einfach Tür und Tor zu öffnen. Sowohl die Fauna als auch die Flora scheinen mir gravierende Argumente zu sein, daß es zumindest die Winterruhe gibt.

Es gibt noch ein sehr wesentliches Argument, das ich inhaltlich nicht so beurteilen kann wie die anderen Punkte. Ich habe daher den Auftrag erteilt, das zu überprüfen. Ich habe noch keine entsprechenden Unterlagen bekommen, um dieses Argument mit hinreichender Sicherheit beantworten zu können. Es geht um die Frage der Verantwortlichkeit im Winter.

Wenn von mir verlangt werden sollte, daß im Winter im Lainzer Tiergarten auf allen Wegen die Schneeräumung und die Streuung zu funktionieren hat, und ich dafür die Verantwortung zu übernehmen habe, so halte ich das für sinnlos und unsinnig. Ich nehme an, daß Sie mit mir übereinstimmen! Ich werde mich, sobald dieses Gutachten vorliegt, damit befassen. Das sind halt jene Sachen, wo ich auch Erklärungen benötige.

Wir werden dann noch einmal darüber sprechen, inwieweit ein von Ihnen in der ersten Frage auch angedeuteter Kompromiß der Verkürzung der Sperrzeit am Wochenende zu prüfen sein wird.

Ich bin jedenfalls bereit, darüber zu sprechen, weil ich meine, daß das ausschließlich eine sachliche Frage ist und mit Politik eigentlich nichts zu tun hat.

Präsidentin Christine Schirmer: Die 2. Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Dr. Wawra: Herr Stadtrat!

Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang, über die auch schon seit langem diskutiert wird, ist die Möglichkeit des Radfahrens, vor allem für Kinder, da es sehr viele befestigte Wege gibt. Ich bin mir der Probleme mit den Mountainbikern durchaus bewußt!

Könnte man nicht zumindest überlegen, Kindern probeweise an einem Tag oder an verschiedenen Tagen das Radfahren auf den befestigten Wegen zu gestatten? Wäre vielleicht ein probeweiser Kinderfahrradtag im Lainzer Tiergarten möglich, sodaß man sieht, wie das in der Praxis funktioniert?

Präsidentin Christine Schirmer: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl: Ja, das kann man sich überlegen. Ich bin durchaus bereit, insbesondere für das Dreieck Eingang-Hermesvilla-Eingang, wo die Wege asphaltiert sind, solche Überlegungen anzustellen.

Nicht bereit bin ich hingegen, über eine allgemeine Öffnung des Lainzer Tiergartens für die Radfahrer zu reden. Wir haben ohnehin die größte Mühe, das durchzusetzen, was ich einmal den Mountainbikern zugebilligt habe, insbesondere im Naherholungsbereich des dicht verbauten Gebiets.

Wer beispielsweise heute im Wienerwald spazierengeht, insbesondere mit kleinen Kindern - das mache ich gelegentlich auch -, muß sich bei diesen Rudeln, die sich hinunterstürzen, wirklich gefährdet fühlen. Ich persönlich habe den Eindruck, daß es manchmal... (Lhptm. Dr. Zilk: Alte Leute!) Natürlich, auch die alten Leute müssen sich gefährdet fühlen.

Wenn ich die Möglichkeit habe, in einem eingezäunten Gebiet, das noch dazu ein Naturschutzgebiet ist, das nicht zuzulassen, dann werde ich das auch ausnutzen.

Präsidentin Christine Schirmer: Danke schön. Damit ist die 8. Anfrage beantwortet.

Wir kommen zur 9. Anfrage. Sie wurde von Frau Abg. Hannelore Weber ebenfalls an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport gerichtet.

Ich bitte um die Beantwortung.

Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Die kombinierte Frage, die Sie mir vorgelegt haben - "Werden Sie im naturschutzrechtlichen Verfahren zur Staustufe Wien die von der Österreichischen Donaukraftwerke AG durchgeführten Änderungen von Sperrbrunnen auf ein Drainagesystem auf die möglichen negativen Auswirkungen auf die Neue Donau und deren Wasserqualität sowie auf die unter Naturschutz stehenden Fische Schräutzer, Streber und Zingel überprüfen lassen?" - darf ich versuchen, insofern zu beantworten, als es keine durchgeführten Änderungen des Projekts gibt.

So gesehen fällt die Prämisse auch für diese Frage an sich weg. Das Projekt wurde nicht geändert. Es gibt lediglich, und das sei natürlich hinzugefügt, Überlegungen auch seitens des Projektverbers, Änderungen auszuarbeiten und Änderungen vorzuschlagen. Diese Änderungen sind aber keineswegs so, daß man vernünftigerweise heute bereits darüber diskutieren kann. Das macht nicht einmal die Wasserrechtsbehörde, wiewohl es selbstverständlich auch der Wasserrechtsbehörde zusteht, in Detailbescheiden, die sie zusätzlich zum Generalbescheid zu erlassen hat, auch andere Dinge zu genehmigen, als im ursprünglichen Bescheid drinnenstehen.

Ich beantworte daher diese Frage präzise mit Nein. Ich kann diese sogenannte Änderung im naturschutzrechtlichen Verfahren nicht prüfen lassen, weil sie nicht vorliegt, weil es keine Änderung des Projekts gibt. Daher kann ich auch allfällige Auswirkungen auf die Neue Donau, auf deren Wasserqualität und auf die unter Naturschutz stehenden Fische - warum Sie gerade diese Auswahl getroffen haben, ist den Zoologen nicht ganz klar - nicht überprüfen lassen. Ich kann das nicht tun und daher Ihre Frage auch nicht positiv beantworten!

Präsidentin Christine Schirmer: Die 1. Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Hannelore Weber: Herr Stadtrat!

Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, Sie als Zoologen, daß diese drei Fische genau jene Fische sind, die unter Naturschutz stehen und in der Donau leben. Das nur zu Ihrem Verständnis, warum nach diesen Fischen gefragt wurde!

Habe ich das jetzt richtig verstanden, daß es, wenn es nach dem naturschutzrechtlichen Verfahren zu einer grundlegenden baulichen Änderung kommt, kein weiteres naturschutzrechtliches Verfahren geben wird?

Präsidentin Christine Schirmer: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat. Dr. Häupl: Nein, Sie haben mich nicht richtig verstanden.

Selbstverständlich bemühen wir uns, all jene wasserrechtlichen Detailbescheide, die, wie Sie wissen, noch zu erlassen sind, auch noch naturschutzrechtlich prüfen zu lassen.

Zur Sache selbst, liebe Frau Abgeordnete, darf ich Sie schon daran erinnern, daß es natürlich auch noch andere Fische gibt, die unter Naturschutz stehen. (Dr. Hannelore Weber: Aber nicht in der Donau leben!) Meine Bemerkung hat sich lediglich darauf bezogen, daß es sich bei den beiden Zingelarten - denn auch der Streber ist ein Zingel - um reophile Arten handelt, die natürlich von entsprechender Bedeutung sind. Eine Stauhaltung wäre für den Schräutzer an sich völlig bedeutungslos, wie vergleichende Untersuchungen, die verschiedene Naturwissenschaftler angestellt haben, belegen.

Das war lediglich meine - mag sein verworrene - Überlegung, die dahintergestanden ist.

Präsidentin Christine Schirmer: Die 2. Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Hannelore Weber: Ich möchte den Herrn Stadtrat noch fragen, warum im naturschutzrechtlichen Verfahren nicht die von der Magistratsabteilung 45 in Auftrag gegebene Studie von Univ.-Prof. Löffler über die Schwermetallbelastung der Fische in der Donau berücksichtigt wurde?

Präsidentin Christine Schirmer: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl: Das kann ich zur Stunde überhaupt noch nicht beurteilen. Dieses naturschutzrechtliche Verfahren, betreffend die Staustufe Wien, ist ja keineswegs schon abgeschlossen. Ich kann daher diese Frage, warum das nicht berücksichtigt wurde, zur Stunde schlicht und einfach nicht beantworten.

Aber Sie wissen so gut wie ich, daß nicht nur diese Untersuchung über die Schwermetalle - Prof. Löffler war nicht der einzige, der diesen Detailthemenbereich entsprechend bearbeitet hat, sondern es gibt auch Studien von Prof. Fleckeder, die das nachgewiesen haben - das ergeben hat. Es gibt immer wieder Studien, die über Schwermetallbelastungen, im besonderen geht es um die Quecksilberbelastungen, in den Fischen selbst durchgeführt werden. Ein interessantes Phänomen ist, daß die Fische aus der Gegend von Hainburg stärker quecksilberbelastet sind als die Fische, die aus der Donau in Wien gefangen werden.

Das ist aber nicht Gegenstand der jetzigen Debatte! Analysen werden Sie, sehr geehrte Frau Abgeordnete, auch schwer wegdiskutieren können!

Selbstverständlich sind, sowohl bei der entsprechenden Prüfung durch die Universität für Bodenkultur, als auch bei der Prüfung, die sehr ins Detail gehend beim wasserrechtlichen Verfahren abgehandelt wurde, auch all diese Fragen besprochen worden. Diese Fragen tragen natürlich aufgrund der ungeheuren Mengen von Materialien, die es gibt, dazu bei, sich in den Details entsprechend festzubeißen.

Ich glaube, wir stimmen überein, wenn ich das etwas abseits der unmittelbaren Frage noch sagen darf, daß es eine wirklich wichtige und eine wirklich wesentliche Frage gibt. Da rede ich zumindest eine gewisse Übereinstimmung! Das ist die Frage der Kompatibilität zwischen der Staustufe Wien, also dem Kraftwerk Freudenberg, und dem Nationalpark. Ich habe immer betont, die ganzen vier Jahre hindurch, daß diese Kompatibilität herzustellen ist, ansonsten kann dieses Kraftwerk nicht funktionieren.

Wir haben in Übereinstimmung mit Herrn Prof. Lötsch auch entsprechende Studien in Auftrag gegeben, die nun beweisen, daß mit der Deckschichtbildung diese Kompatibilität herzustellen ist. Das ist die wirklich wichtige Frage, über die zu diskutieren ist, und das ist die wirkliche Auseinandersetzung, die zu führen ist, sodaß diese Deckschichtbildung tatsächlich durchgeführt wird.

Ich meine, daß wir in der Zwischenzeit und aufgrund des Generalbescheids des Wasserrechts nicht nur die ökologischen Argumente auf unserer Seite haben, sondern auch die ökonomischen Argumente, was für die Durchsetzung von Maßnahmen von besonderer Bedeutung ist.

Es ist wichtig, im Zusammenhang mit der Frage, ob die Population zugegebenermaßen zweier seltener Donaubarscharten etwas zurückgeht beziehungsweise sich verlagert, die Maßnahmen zu setzen! Frau Abgeordnete, das ist auch im entsprechenden Bescheid enthalten. Für diese unter Naturschutz stehenden Fische sollen besondere Maßnahmen, beispielsweise Flachwasserzonen, durchgeführt werden.

Die Frage der Schwermetalle, die enthalten sind, ist im Hinblick auf ihre Löslichkeit eine zu vernachlässigende Frage.

Präsident Christine Schirmer: Danke schön. Damit ist die 9. Anfrage beantwortet.

Wir kommen zur 10. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Herzog an den Herrn Landeshauptmann gestellt.

Ich bitte den Herrn Landeshauptmann um die Beantwortung.

Landeshauptmann Dr. Zilk: Herr Abgeordneter!

Ich bin in der Tat für diese Frage dankbar, weil sie eine oft nicht beachtete, aber wirklich sehr entscheidende Problematik trifft.

Ihre Frage lautet: "Welche Möglichkeiten gibt es, um die mehrfache Inanspruchnahme von Wohnubauförderungsmitteln durch Förderungsgeber in verschiedenen Bundesländern zu unterbinden?"

Ich möchte Ihnen dazu sagen - und das wird Sie interessieren -, daß bereits in der Sitzung des Wiener Landtags am 19. Juni 1991 die Abgen. Faymann, Ing. Svoboda und Hummel den Antrag gestellt haben, daß der Landeshauptmann von Wien mit dem Landeshauptmann von Niederösterreich geeignete Maßnahmen in dieser Richtung anstreben möge, um das einmal so zu sagen.

Der dafür zuständige Stadtrat Edlinger hat in meinem Auftrag Kontakte aufgenommen. Es sollte darum gehen, gemeinsam mit Vertretern der Länder Wien und Niederösterreich zu diesem Zweck eine Vereinbarung gemäß Artikel 15a WFG auszuarbeiten.

Es geht also um die Vermeidung, wie Sie richtig meinen, der Doppelförderung! Die Verhandlungen laufen bereits auf Beamtenebene, es liegt jedoch noch kein Ergebnis vor. Bei Bekanntwerden des ersten Ergebnisses werden - und ich möchte Ihnen das auch garantieren - wir Sie darüber informieren! Das ist in der Tat, wie ich schon sagte, eine wichtige Frage!

Ihre nunmehrige Anfrage zielt aber, wenn ich sie richtig lese, auf die Ebene der Landeshauptleute ab. Das heißt, Sie meinen die Landeshauptleute im allgemeinen.

Ich möchte Sie bitten zu verstehen, daß wir jetzt nur Gespräche mit dem Land Niederösterreich führen wollen, und zwar aus bestimmten taktischen Gründen. Die Dinge sind ja in den verschiedenen Ländern unterschiedlich gelagert, und wir glauben, daß uns der direkte Kontakt mit dem einen Land Niederösterreich schneller zum Ziel führt, als wenn wir beginnen, in einer Landeshauptleutekonferenz den ganzen Problemkreis aufzurollen. Es würde dann ewig Sitzungen mit den Beamtenkomitees aller Länder geben.

Wir befinden uns derzeit in einem Verhandlungsstadium. Ich bitte Sie zu verstehen, daß es nicht sinnvoll wäre, die anderen Bundesländer miteinzubeziehen, weil uns das nur in den Möglichkeiten hemmen würde. Daß wir eine diesbezügliche Regelung brauchen, das verbindet uns. Daß das nicht im gleichen Ausmaß von den anderen Bundesländern gesehen wird, das konzediere ich diesen Bundesländern durchaus.

Wir müssen uns in dieser Frage durchsetzen! Das ist ein Unrecht, das ist unmöglich das ist in Wahrheit ein Mißbrauch, wenn man es genau nimmt!

Präsidentin Christine Schirmer: Die 1. Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Herzog: Herr Landeshauptmann!

Daß Verhandlungen mit Niederösterreich geführt werden, ist mir bekannt.

Meine Frage lautet: Ist bereits ein Zeitrahmen absehbar, in welchem man sagen kann, daß Ergebnisse mit Niederösterreich erzielt werden können? In welche Richtung könnten diese Ergebnisse laufen?

Präsidentin Christine Schirmer: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Zilk: Ich kann das jetzt nur sehr allgemein sagen, Herr Abgeordneter!

Es sollten so schnell wie möglich Ergebnisse erzielt werden. Der Herr Stadtrat deutet mir sechs Monate, weil er damit befaßt ist. Also sagen wir: Innerhalb von sechs Monaten wäre unser Wunschzeitraum.

In welche Richtung das gehen soll, ist auch klar: Es geht um die Vermeidung dieser Doppelförderung.

Wenn Sie jetzt noch Details wissen wollen, dann würde ich sagen, vielleicht können Sie das direkt mit dem Wohnbaustadtrat, der ja die einzelnen Fakten und Details kennt, besprechen. (Amtsf. StR. Edlinger: Als Vorsitzender-Stellvertreter des Ausschusses!) Da er der Vorsitzende-Stellvertreter dieses Ausschusses ist, wird er sicher darüber Bescheid wissen.

Aber wir sind uns darüber einig, daß so schnell wie möglich Ergebnisse erzielt werden sollen.

Präsidentin Christine Schirmer: Die 2. Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Herzog: Herr Landeshauptmann!

Hielten Sie es nicht für sinnvoll, neben den Verhandlungen mit Niederösterreich zumindest auch Verhandlungen mit dem Bundesland Burgenland zu führen? Da doch auch der Nahraum Wiens berührt wird, erscheint eine natürliche Einheit zumindest im nördlichen Burgenland als gegeben?

Präsidentin Christine Schirmer: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Zilk: Wenn Sie mich so fragen, so halte ich das für sinnvoll!

Wenn wir das nicht getan haben, dann wahrscheinlich deshalb, weil es leichter ist, eine Sache nach der anderen zu erledigen. Ich gehe davon aus, daß im Falle einer Lösung - und es muß zu einer Lösung kommen - das Burgenland für uns dann kein Problemfall mehr ist.

Präsidentin Christine Schirmer: Mit der Beantwortung der 10. Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Von der Bezirksvertretung Rudolfsheim/Fünfhaus wurde gemäß § 104 der Wiener Stadtverfassung ein Antrag, betreffend Änderung der Stadtverfassung hinsichtlich eines eigenen Bezirkskulturbudgets, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Büro des Magistratsdirektors zu.

Die Abgen. Ing. Svoboda, Ing. Riedler, Herzog und Georg Fuchs haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Änderung der Bauordnung für Wien, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr zu.

Die Abgen. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch, Johann Römer und Pfeiffer haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien geändert wird, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Bürgerdienst, Inneres, Personal zu.

Die Abgen. Ing. Svoboda, Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz, Prochaska und Genossen haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Änderung des Wiener Fremdenverkehrsförderungsgesetzes, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Kultur zu.

Die Abgen. Maria Rauch-Kallat und Dr. Gertrude Brinek haben einen Antrag, betreffend Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit des Kinder- und Jugendanwalts, eingebracht. Ich weise diesen Antrag dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen zu.

Die Abgen. Maria Rauch-Kallat und Dr. Gertrude Brinek haben einen Antrag, betreffend Schaffung eines Landesfamilienförderungsgesetzes, eingebracht. Ich weise ihn dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen zu.

Die Abgen. Ing. Riedler, Prinz, Dr. Peter Mayr und Kenesei haben einen Antrag, betreffend Vorbereitung einer Novelle zur Wiener Bauordnung, eingebracht. Ich weise ihn dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr zu.

Die Abgen. Dr. Friedrun Huemer, Kenesei, Dr. Pilz und Hannelore Weber haben einen Antrag, betreffend unverzügliche Unterzeichnung eines Abkommens über eine Raumverträglichkeitsprüfung über Einkaufszentren, eingebracht. Ich weise ihn dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr zu.

Abg. Jutta Sander hat gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend eine Änderung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung zu.

Die Abgen. Jutta Sander und Kenesei haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend eine Änderung des Parkometergesetzes, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke zu.

Die Abgen. Barbara Schöfnagel, Zeihsel, Herzog und Dr. Günther haben einen Antrag, betreffend die Verabschiedung landesgesetzlicher Bestimmungen, die den Einsatz von Parkwächtern in den Wiener Grüngebieten möglich machen, eingebracht. Ich weise ihn den Amtsführenden Stadträten der Geschäftsgruppen Bürgerdienst, Inneres, Personal sowie Umwelt und Sport zu.

Die Abgen. Johann Römer, Mag. Kowarik und Ilse Arié haben eine an den Amtsführenden Stadtrat für Gesundheits- und Spitalswesen gerichtete Anfrage, betreffend eine Reform der Krankenpflegeausbildung und Aufwertung des Berufsstands der Diplomkrankenpfleger, eingebracht.

Gemäß § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung wurde die mündliche Begründung dieser Anfrage durch den Fragesteller und die Durchführung einer Debatte über den Gegenstand verlangt.

Da dieses Verlangen von der im § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet ist, haben die mündliche Begründung und die Debatte über den Gegenstand vor Schluß der öffentlichen Sitzung zu erfolgen.

Die Abgen. Herzog, Dr. Madejski und Johann Römer haben einen Antrag, betreffend Erlassung einer Verordnung hinsichtlich des Assanierungsgebiets Leopoldstadt, eingebracht, und gemäß § 44 Abs. 1 der Geschäftsordnung die dringliche Behandlung dieses Antrags verlangt.

Weiters wurde von der im § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Abgeordneten die Verlesung des Antrags verlangt. Die Verlesung des Antrags wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung erfolgen, ebenso die Begründung des Verlangens auf dringliche Behandlung und die Abstimmung.

Die Abgen. Hannelore Weber und FreundInnen haben einen Antrag, betreffend Unterstützung von Ungarn und Slowakei gegen Gabčíkovo, eingebracht, und gemäß § 44 Abs. 1 der Geschäftsordnung die dringliche Behandlung dieses Antrags verlangt.

Die Abstimmung über das Verlangen wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung, nach der Begründung durch den Antragsteller oder durch die Antragstellerin erfolgen.

Die Abgen. Hannelore Weber und FreundInnen haben einen Antrag, betreffend Schädigung der Ozonschicht, eingebracht, und gemäß § 44 Abs. 1 der Geschäftsordnung die dringliche Behandlung dieses Antrags verlangt.

Die Abstimmung über das Verlangen wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung, nach der Begründung durch den Antragsteller oder durch die Antragstellerin erfolgen.

Wir kommen nun zur Postnummer 1 der Tagesordnung. Sie betrifft die im Wiener Unvereinbarkeitsgesetz 1983 vorgeschriebenen Maßnahmen bezüglich der Betätigung von Mitgliedern der Landesregierung in der Privatwirtschaft.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Abg. Jank, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Jank: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Beschränkungen für die wirtschaftliche beziehungsweise berufliche Betätigung bestimmter öffentlicher Funktionäre sind im Unvereinbarkeitsgesetz 1983 geregelt, wobei diese Bestimmungen auf Mitglieder der Landesregierung und auf die Landtagsabgeordneten anzuwenden sind.

Ausnahmen kann der Landtag erteilen, und zwar für den Beschränkungstatbestand der sogenannten Betätigung, also Ausnahmen von dem Verbot, daß Mitglieder der Landesregierung keine leitende Stellung als Vorstand, Aufsichtsrat, Geschäftsführer, Sparkassenrat und ähnliches in Aktiengesellschaften, in einer GesellschaftmbH., in Sparkassen und in Versicherungen ausüben dürfen.

Der Wiener Landtag kann Ausnahmen erteilen, wenn die Landesregierung erklärt, daß an der Entsendung dieser Personen in die Funktionen ein Landesinteresse vorliegt. Der Unvereinbarkeitsausschuß hat sich damit beschäftigt, und ich ersuche Sie, dem gestellten Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses, den Sie in Ihren Unterlagen unter der Beilage 4 finden, Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsidentin Christine Schirmer: Ich eröffne die Debatte.

Zum Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Mag. Chorherr. Ich erteile es ihm.

Stadtrat Mag. Chorherr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Darf ich vorweg um folgendes ersuchen: Da sich diese Debatte unter anderem mit den Funktionen des Herrn Landeshauptmanns beschäftigt, ersuche ich zu warten, bis er wieder im Saal ist. (Beifall bei der GA und StR. Dr. Wille. - StR. Dr. Wille: Auch der Herr Vizebürgermeister!)

Präsidentin Christine Schirmer (unterbrechend): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Sie haben sich zur Debatte zum Wort gemeldet und ich bitte Sie, diese Debatte auch fortzuführen. Es kann nicht Gegenstand sein, ob der Herr Landeshauptmann im Raum ist oder nicht. (StR. Dr. Wille: Und auch der Herr Vizebürgermeister!) Ich bitte Sie daher, die Debatte fortzusetzen. (Abg. Dr. Pilz: Ich melde mich zu Wort!) Zur Geschäftsordnung? (Abg. Dr. Pilz: Ja! - Abg. Hannelore Weber: Zur Geschäftsbehandlung!)

Sehr geehrter Herr Abg. Dr. Pilz. Sie sind, soweit ich weiß, auf der Rednerliste vorgemerkt. Es ist jetzt Herr Stadtrat Mag. Chorherr am Wort. Ich bitte Sie doch, die Reihenfolge einzuhalten. (Abg. Dr. Pilz: Frau Präsidentin! Das ist eine einfach nicht akzeptable Vorgangsweise! - Abg. Ing. Riedler zu Abg. Dr. Pilz: Wieso? - Die Reihenfolge einhalten!)

Sie haben natürlich die Möglichkeit, Ihre Wortmeldung zurückzuziehen, Herr Stadtrat!

StR. Mag. Chorherr (fortsetzend): Ich werde weitersprechen. Ich stelle nur fest...

Präsidentin Christine Schirmer (unterbrechend): Wenn Sie am Rednerpult stehen, dann würde ich Sie doch bitten, Ihren Debattenbeitrag zu leisten! (Abg. Dr. Pilz: Ich ersuche um kurze Unterbrechung! - Abg. Ing. Riedler zu Abg. Dr. Pilz: Das ist nicht gesetzesgemäß! - Heftige Zwischenrufe aller Parteien.)

Herr Stadtrat, bitte.

StR. Mag. Chorherr (fortsetzend): Ich stelle noch einmal fest, daß eine so wichtige Debatte, die die Schlagzeilen aller Zeitungen in den letzten Tagen mit Recht füllt,... (Abg. Dr. Pilz: Eine Unterbrechung der Sitzung! Ich verlange eine Unterbrechung der Sitzung! - StR. Dr. Wille: Ja, für die Konferenz der Klubobmänner!)

Präsidentin Christine Schirmer (unterbrechend): Wer verlangt eine Unterbrechung? - Ich möchte das feststellen: Die Klubobleute der ÖVP, der Grünen Alternative, der SPÖ.

Ich unterbreche die Sitzung. Ich bitte aber die Abgeordneten, im Saal zu bleiben.

(Die Sitzung wird um 10.14 Uhr unterbrochen und um 10.18 Uhr wiederaufgenommen.)

Präsidentin Christine Schirmer: Die Sitzung wird auf zirka weitere zehn Minuten unterbrochen!

(Die Sitzung wird um 10.19 Uhr unterbrochen und um 10.34 Uhr wiederaufgenommen.)

Präsidentin Christine Schirmer: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Am Wort war Herr Stadtrat Mag. Chorherr. Ich bitte ihn, fortzufahren.

Stadtrat Mag. Chorherr: Meine Damen und Herren!

Vorweg zum Anlaß dieser Unterbrechung und zum Demokratieverständnis in diesem Haus:
(Abg. Ing. Riedler: Da brauchen Sie aber nichts sagen!)

Darüber werde ich jetzt sprechen, und zwar im Detail! (Beifall bei der GA. - Heftige Zwischenrufe bei der SPÖ.) Oh, wie Sie schreien! Das sind die Betroffenen, die sich hier offensichtlich aufregen! (Beifall bei der GA. - Abg. Margarete Dumser: Wir sind keine Betroffenen! - Abg. Ilse Forster: Wir regen uns über das Wort "Demokratieverständnis" bei Ihnen auf!)

Wir sprechen über die Unvereinbarkeit des Bürgermeisters in einer Position bei der größten Bank Österreichs. Es herrscht in der Öffentlichkeit, bei den Medien und auch unter vielen Abgeordneten die Meinung, daß ein hohes Maß an Unvereinbarkeit auftritt. Der Herr Bürgermeister ist nicht anwesend, das zuständige Gremium, das darüber zu entscheiden hat, ob eine Unvereinbarkeit gegeben ist oder nicht, unterbricht die Sitzung und die Klubobmänner gehen zum Herrn Bürgermeister und ersuchen ihn, hier zu erscheinen, aber der Herr Bürgermeister kommt nicht. (Abg. Ing. Svoboda: Herr Chorherr - richtig zitiert!)

Das ist sein gutes persönliches Recht! Das wirft jedoch ein bezeichnendes Licht auf das Demokratieverständnis des Herrn Bürgermeisters, der von der SPÖ gestellt wird! (Beifall bei der GA und bei StR. Dr. Wille.)

Sehr geehrter abwesender Herr Bürgermeister! Wir können aus verschiedenen Gründen dem Begehr, keine Unvereinbarkeit festzustellen, nicht beitreten, und zwar aus folgenden Gründen:

Der Chef eines Aufsichtsrats ist nach dem Aktiengesetz dazu verpflichtet, ausschließlich den Interessen des Unternehmens zu dienen. Der Bürgermeister der Stadt Wien ist dazu verpflichtet, den Interessen dieser Stadt zu dienen.

- Jetzt gibt es etliche Fälle, wo sich diese beiden Interessen kreuzen. Ich nenne Ihnen einige Beispiele:

- Viele Firmen der Bank Austria sind Bauunternehmen. Bauunternehmen haben das Interesse, hohe Gewinne und Umsätze zu machen, gute Preise auf dem Markt zu erzielen. Der Chef des Aufsichtsrats der Bank-Austria muß also im Interesse des Unternehmens versuchen, daß möglichst hohe Gewinne erzielt werden.

Auf der anderen Seite steht aber die Gemeinde Wien, die große Aufträge an Baufirmen vergibt, unter anderem auch an jene Baufirmen, die der Bank-Austria gehören. (Abg. Hufnagl: Sie verwechseln "Vorstand" mit "Aufsichtsrat" in einer AG!) Der Herr Bürgermeister müßte daher interessiert sein, daß möglichst knapp kalkuliert wird. (Abg. Hufnagl: Sie verwechseln "Vorstand" mit "Aufsichtsrat", Herr Chorherr!) Er müßte höchst interessiert sein, daß knapp kalkuliert wird.

Es soll ja in Wien schon vorgekommen sein - ich erinnere an den U-Bahn-Bau -, daß es Absprachen zwischen den Baufirmen gegeben hat, die zu Lasten der Stadt Wien gegangen sind. Dadurch wurden überhöhte Preise erzielt, weil die Baufirmen als Oligopole auftreten. (LhptmSt. Ingrid Smejkal:

Was hat das mit dieser Post zu tun?) Das ist ein Beispiel dafür, wo die Frage "ich, Aufsichtsratspräsident, oder ich, Bürgermeister", eine Unvereinbarkeit darstellt!

Die Stadt Wien, an der Spitze mit Bürgermeister Dr. Zilk, muß sich - was logisch und auch sinnvoll ist - verschulden. Als Bürgermeister muß er daran interessiert sein, möglichst gute Konditionen bei den Banken zu erzielen. Als Aufsichtsratschef muß er interessiert sein, daß möglichst hohe Erträge für die Bank herausgeschunden werden. Hier ist wieder eine Unvereinbarkeit festzustellen, weil das, was der eine will, den Interessen des anderen - Zilk versus Zilk - entgegengesetzt ist.

Ich gehe noch auf einen weiteren Bereich ein, wo eine völlige Diskrepanz der Interessenslage gegeben ist: Das ist die Wohnbauförderung. Diese wird großteils über die Banken abgewickelt. Wir diskutieren jetzt mit Recht über neue Methoden der Wohnbauförderung in Wien. Es erhebt sich wiederum die Frage: Welche Interessen vertritt hier der Herr Bürgermeister? Vertritt er als Chef des Aufsichtsrats die Interessen der Bank-Austria, wozu er gesetzlich verpflichtet ist, die aber den Interessen des größten Kunden, eines großen Schuldners, der Gemeinde Wien, entgegengesetzt sind? -

Sie sehen, daß politisch eine Unvereinbarkeit gegeben ist. (LhptmSt. Ingrid Smejkal: Wir sehen nichts!) Aus diesem Grund gibt es das Unvereinbarkeitsgesetz! (Abg. Hufnagl: Er macht ja nicht die Geschäftspolitik! Gehen Sie einmal in einen Aufsichtsrat und schauen Sie sich das an! Lesen Sie das Aktiengesetz!) Wir verstehen uns darauf, nicht in Aufsichtsräten zu sitzen, wo ein derartiges Naheverhältnis gegeben ist. (LhptmSt. Mayr: Ihr Unverständnis!)

Ich lese Ihnen jetzt, damit Sie etwas lernen, Herr Abgeordneter, das Unvereinbarkeitsgesetz vor. (LhptmSt. Mayr: Sie reden hier so, weil Sie von der Sache nichts verstehen!) Ich rede hier, auch wenn es Ihnen nicht paßt, Herr LhptmSt. Mayr! Es ist aber Ihr gutes Recht, daß Ihnen das nicht paßt! (Beifall bei der GA. - LhptmSt. Mayr: Sie haben überhaupt keine Ahnung! Sie reden ohne Sachwissen!) Ich rede ohne Sachwissen? - (LhptmSt. Mayr: Sie ziehen eine Show ab, ohne etwas zu wissen! Schämen Sie sich!)

Ich schäme mich überhaupt nicht! Sie sollten sich für solche Zwischenrufe schämen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. (Beifall bei der GA. - Abg. Hufnagl: Das können Sie nicht sagen! Sie verwechseln das doch dauernd!) Ich verwechsle überhaupt nichts!

Aufgrund Ihrer Erregung, Herr Abgeordneter, werde ich Ihnen das Unvereinbarkeitsgesetz vorlesen: (Abg. Hufnagl: Das ist ein Kontrollorgan!)

"§ 4 des Unvereinbarkeitsgesetzes regelt, daß Mitglieder der Landesregierung" - Sie werden mir sicher zustimmen, daß der Herr Bürgermeister ein Mitglied der Landesregierung ist (Abg. Hufnagl: Die Baupreise werden vom Aufsichtsrat bestimmt - das ist doch lächerlich!) - "nicht Mitglied des Aufsichtsrats einer Bank sein dürfen." - Das ist überhaupt nicht lächerlich, das steht im Unvereinbarkeitsgesetz! (Zwischenrufe von den Abgen. Hufnagl und Brix.)

Damit Sie nicht weiterschreien, lese ich es Ihnen noch einmal vor:

"Laut § 4 des Unvereinbarkeitsgesetzes dürfen Mitglieder der Landesregierung nicht Mitglied des Aufsichtsrats einer Bank sein."

Der § 5 sieht folgende Ausnahme vor: "Wenn das Land an den betreffenden Unternehmen beteiligt ist und die Landesregierung sowie der Landtag zustimmen."

Das heißt, das Unvereinbarkeitsgesetz hält prinzipiell einmal fest: Es gibt keine Beteiligung, außer es liegen gewichtige Gründe vor, daß ein Landesinteresse gegeben ist und daß die Landesregierung... (Zwischenruf von Abg. Brix.)

Hören Sie zu schreien auf, das ist irgendwie lästig! (LhptmSt. Mayr: Sie als Nichtabgeordneter unterstehen sich, zu einem Abgeordneten zu sagen, es soll ruhig sein?) Ich möchte bitte ausreden! (LhptmSt. Mayr: Das ist Ihr Demokratieverständnis!)

Präsidentin Christine Schirmer (unterbrechend): Darf ich darum bitten, den Debattenredner zum Wort kommen zu lassen und sich auf kurze Zwischenrufe zu beschränken.

Stadtrat Mag. Chorherr (fortsetzend): Danke Frau Präsidentin!

Das Unvereinbarkeitsgesetz sieht mit gutem Grund vor, daß außergewöhnliche Gründe notwendig sind, daß ein Mitglied einer Landesregierung im Aufsichtsrat einer Bank sitzen darf. (Abg. Strangl: Aber der Landtag entsendet ihn ja! Er geht ja nicht von sich aus!)

Jetzt reden wir einmal darüber und schauen uns die Gesetzeslage an. Das heißt, Voraussetzung ist die Beteiligung des Landes Wien. (LhptmSt. Mayr: Keine Ahnung! Er hat keine Ahnung!) Das ist im Rahmen des Gesetzes.

Sie glauben, daß ich keine Ahnung habe. Das steht halt so im Gesetz, und es wäre gut, sich das vorher genau anzuschauen. Ich fahre fort.

Ist das Land Wien überhaupt an dieser Bank beteiligt? - Weil das ist die rechtliche Voraussetzung! (Abg. Oblässer: Eben!)

Jetzt schauen wir uns an, was im Nationalrat diesbezüglich ausgehandelt worden ist. (Abg. Margarete Dumser: Schauen Sie sich die Beteiligung an!) Es wurde definitiv festgestellt, im Unvereinbarkeitsausschuß des Parlaments, daß ein Mitglied des Parlaments deswegen im Aufsichtsrat der Bank-Austria sitzen darf, weil der Rechnungshof nicht prüfen darf, weil nach Auffassung des Rechnungshofs keine Beteiligung des Landes Wien vorliegt.

In dem Punkt argumentieren Sie völlig anders und sagen: "Eigentlich sind wir beteiligt, weil" (Abg. Oblässer: Sie argumentieren das ja so! Das ist ja falsch!) "wenn wir nicht beteiligt wären, könnten wir aus rechtlichen Gründen", vom Politischen rede ich überhaupt nicht, "gar nicht drinnen sitzen."

Damit mir der Herr Vizebürgermeister und Finanzstadtrat nicht Unkenntnis vorwirft, werde ich wörtlich aus dem Schreiben des Rechnungshofs zitieren, das dazu führt, daß keine Landesbeteiligung vorliegt:

"Da die Anteilsverwaltung Zentralsparkasse, ungeachtet ihres auf die Vermögensverwaltung eingeschränkten Betriebs, weiterhin als Sparkasse im Rechtssinn anzusehen ist, und Gemeindesparkassen, herrschender Auffassung zufolge, unbeschadet der Gemeindehaftung für ihre Verbindlichkeiten nicht der Rechnungshofkontrolle unterliegen, mangelt es hinsichtlich Z-Länderbank-Austria an der Begründung der für die Prüfungszuständigkeit des Rechnungshofs erforderlichen Hälftebeteiligung."

Es mangelt an der Beteiligung, sagt der Rechnungshof, und deswegen darf auch ein Mitglied des Nationalrats im Aufsichtsrat vertreten sein!

Eines kann man nicht machen: Hier wird die Rechtsauffassung vertreten, wir dürfen uns beteiligen, und im Parlament wird das genau umgekehrt gehandhabt, weil man halt einen eigenen Genossen in den Aufsichtsrat bringen will. Die Zeiten sind vorbei, in denen man Gesetze interpretieren konnte, wie man wollte. Das möchte ich einmal festgestellt haben!

Das heißt also: Es liegt nach Ihrer Argumentation eine Beteiligung vor. Diese Beteiligung würde voraussetzen, daß die Prüforgane der Republik und die Prüforgane der Gemeinde das auch kontrollieren können.

Jetzt wollen Sie aber Ihren Bürgermeister, Herrn Dr. Zilk, im Aufsichtsrat, aber weder der Rechnungshof noch das Kontrollamt dürfen prüfen. Also das ist eine Situation, die zutiefst undemokratisch und gefährlich für dieses Land ist! (Beifall bei der GA.)

Jetzt kommen wir zu den aktuellen Fällen rund um das Milliardendebakel! Es zeigt sich schon in der öffentlichen Debatte, wie schwierig es ist, wenn ein derart hoher politischer Repräsentant in diesem Gremium sitzt. Was wird also jetzt passieren? -

Die Bank hat zumindest zwei Milliarden Verluste geschrieben, und in dem Fall muß es im Interesse der Bank liegen, diese Verluste wieder hereinzubekommen. Ich wiederhole noch einmal: Bei Baugeschäften, beim U-Bahn-Bau, beim Straßenbau, über die Gemeinde Wien als Schuldner, muß es möglich sein, an Geld heranzukommen. Wer wird das bezahlen? Irgendwer muß ja diese zwei Milliarden bezahlen? -

Ich fürchte, in dem Fall ist eine Unvereinbarkeit gegeben: Die Gemeinde Wien ist großer Auftragnehmer, großer Kunde und großer Auftraggeber! Letztlich müssen alle Steuerzahler in Wien dafür aufkommen, weil der Herr Bürgermeister praktischerweise bereits in dem Gremium vertreten ist und gleichzeitig Chef des Aufsichtsrats ist.

Zwei Herren, die konträre Meinungen haben, kann man nicht gleichzeitig dienen! Darum meinen wir, daß alles dafür gesprochen hat und jetzt mehr denn je dafür spricht, den Herrn Bürgermeister nicht auf diese Position zu setzen. Und zwar nicht, weil ich ihm persönlich mangelnde Integrität vorwerfe, das möchte ich klarstellen. Es geht nicht um Herrn Dr. Zilk. Es geht um die Person als Bürgermeister, welchen Namen sie auch immer hat und welcher Partei sie auch immer angehört. Es ist nicht möglich, daß die Banken Druck auf die diversen Kunden ausüben, um für ihre Flops im Ausland das Geld wieder hereinzubekommen.

Jetzt noch abschließend zum Politischen! Der Bürgermeister der Stadt und der Chef des Aufsichtsrats erklärt: "Na ja, wir haben bereits bei den Übernahmeverhandlungen geahnt, daß es zu gewissen Wertberichtigungen kommen muß. Wir haben damals nur nicht gewußt, daß ein Verschulden vorliegt." (LhptmSt. Mayr: Keine Ahnung hat der Mensch, wovon er redet!)

Folgendes ist interessant: Man weiß bereits bei der Übernahme Z - Länderbank, daß es zu Wertberichtigungen kommen muß. Trotzdem - insofern trifft jetzt auch den Herrn Bürgermeister, den Herrn Aufsichtsratspräsidenten eine Verantwortung - trifft man die Entscheidung, die dafür verantwortlichen Vorstandsmitglieder neu zu bestellen.

Was passiert jetzt Interessantes? - Nach dem Prüfbericht stellt sich heraus, daß offensichtlich ein größeres Verschulden vorliegt, und man zieht die Konsequenzen. Die Vorstandsmitglieder werden nicht wiederbestellt. (LhptmSt. Mayr: Keine Ahnung!) Was sagt man? - "Eigentlich brauchen wir diese Stellen nicht nachzubesetzen, wir sind ohnehin genug." (LhptmSt. Mayr: Keine Ahnung - wie der Blinde vor der Farbe!) Hat man das vor ein paar Monaten nicht auch schon gewußt? - Damals ging es aber darum, sowohl die Roten als auch die Schwarzen, weil das eine ist eine rote Bank, das andere ist eine schwarze Bank, zufriedenzustellen. Jetzt sagt man einfach, wir brauchen neue! (LhptmSt. Mayr: Nicht einmal das stimmt!)

Das stimmt nicht? - Ich gebe wirklich zu, daß die Z eine total unabhängige Bank ist, mit der SPÖ nichts zu tun hat und über allen Dingen steht. (LhptmSt. Mayr: Nein! - Aber keine schwarze!)

Ich meine wirklich, daß hier eine politische Zuordnung getroffen wird. (Abg. Hufnagl: Bleiben Sie bei der Verkehrspolitik - da verstehen Sie mehr davon!) Sie ärgern sich, ich verstehe das, ich würde mich an Ihrer Stelle auch ärgern. (LhptmSt. Mayr: Ich ärgere mich gar nicht! Ich schäme mich

nur für Sie!) Schauen Sie sich an... (LhptmSt. Mayr: Ich schäme mich nur, daß Sie nicht einmal ein politisches Gewissen haben! - Ich schäme mich für dieses Haus!)

Wir überlassen es den Wählern, das zu beurteilen! Ich habe solche Ausdrücke nicht notwendig! Ich verstehe Ihre Erregung, ich habe dafür Verständnis, ich würde mich auch ärgern! Sie waren ja maßgeblich an diesem Deal - auf Wiedersehen, Herr Vizebürgermeister - beteiligt! Sie regen sich zwar jetzt auf, aber Sie müssen sich, wenn Sie den Herrn Bürgermeister auf diese Position setzen, den Vorwurf schon gefallen lassen! Wer trägt die Verantwortung? -

Es hätte nicht dieses Anlaßfalls bedurft, um deutlich sehen zu können, daß die Verknüpfung Aufsichtsratschef der größten Bank Österreichs und Bürgermeister dieser Stadt zutiefst unvereinbar ist. Danke schön. (Beifall bei der GA und StR. Dr. Wille.)

Präsidentin Christine Schirmer: Als nächster Redner ist Herr Stadtrat Dr. Wille zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Stadtrat Dr. Wille: Hoher Landtag!

Ich bedauere es zutiefst, daß nunmehr nicht nur Herr Bürgermeister Dr. Zilk fehlt, sondern auch der für die Finanzen dieser Stadt verantwortliche Herr Vizebürgermeister Mayr, denn er ist es, der im wesentlichen die Fäden zieht und tatsächlich die Entscheidungen trifft, die der Bürgermeister nur vollzieht.

Ich nehme an, daß beide Herren über Lautsprecher zuhören. Ich gehe davon aus, daß Sie das, was von den gewählten Vertretern dieses Landes und von den Mitgliedern der Landesregierung, die das Wort ergreifen, gesagt wird, hören.

Ich bin sehr betroffen, daß beide Herren nicht mehr da sind. Nur Herr Stadtrat Hatzl ist da, um dessen Unvereinbarkeit es auch geht.

Wir haben im Ausschuß und in der Landesregierung den Anträgen des Unvereinbarkeitsausschusses zugestimmt. Wir haben aber erfahren müssen, daß in der Zwischenzeit Dinge geschehen sind, die diese Zustimmung nicht rechtfertigen.

Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen, worum es geht:

Die Bank-Austria ist das größte Institut dieses Landes, für dessen Verbindlichkeiten die Stadt Wien und das Land Wien die volle Haftung tragen. Die Stadt Wien ist zwar nicht unmittelbar beteiligt, aber die Anteilsverwaltung Zentralsparkasse hält die Anteile, die im Interesse der Stadt verwaltet werden. Das heißt, wir alle haften uneingeschränkt mit dem gesamten Vermögen der Stadt für alle Verbindlichkeiten, die bei der Z-Länderbank aus deren eigenem Vermögen nicht erfüllt werden können.

Ich darf Ihnen noch etwas Zweites dazusagen:

Ich habe anlässlich eines Amtshaftungsprozesses gegen die Republik Österreich nach 14jährigem Prozeß beim Obersten Gerichtshof erreicht, daß folgendes festgeschrieben worden ist: "Die Republik Österreich haftet für alle Verbindlichkeiten einer Bank in Österreich, wenn die Bankenaufsicht nicht funktioniert."

Das heißt im Klartext: Alle Einlagen, die auf einer österreichischen Bank liegen, sind die Verbindlichkeiten der Bank an den einzelnen Sparer, an den einzelnen Kontoinhaber. Für all diese Verbindlichkeiten, die über die 2-Billionen-Grenze hinausgehen - das sind 2.000 Milliarden Schilling - , haftet auch die Republik Österreich.

Das heißt, die Führung einer Bank ist gemeinsam mit allen anderen Verantwortungsträgern auch dafür verantwortlich, daß diese Haftungen nicht zum Tragen kommen. Zuerst ist das Vermögen der Bank heranzuziehen, im konkreten Fall das Vermögen der Stadt Wien, was die Sparer betrifft, so ist

der Fonds, der für die Sparguthaben nach dem Kreditwesengesetz 1979 geschaffen wurde, heranzuziehen, und schließlich das gesamte Vermögen der Republik Österreich.

Ich möchte Ihnen das nur sagen, um zu verdeutlichen, mit welcher großen Sicherheit jeder einzelne Sparer und jeder Kunde einer Bank rechnen kann, wenn er sein Geld einer österreichischen Bank anvertraut. Ich sage das im vollen Bewußtsein der Verantwortung, die uns alle, die wir in der Öffentlichkeit über eine Bank diskutieren, trifft. Denn derjenige, der in der Öffentlichkeit ein Unternehmen ins Gerede bringt, insbesondere wenn es eine Bank ist, trägt die besondere Verantwortung dafür, daß die Bonität in Frage gestellt wird, daß die Gläubiger, ihre Geschäftspartner, ihre Kontrahenten, ihre potentiellen Kunden unruhig werden, daß sie das Vertrauen verliert.

Überall dort, wo ein Unternehmen kein Vertrauen genießt, insbesondere eine Bank, droht ein Desaster; ein Desaster, das nicht jeden einzelnen Bankkunden unmittelbar berührt, weil diese drei, vier Netze gespannt nach der österreichischen Rechtsordnung sind. Aber es ist unsere - wir als die Vertreter der Wiener Bevölkerung - Pflicht, darauf zu achten, daß möglichst wenig Schäden durch Unbedachtsamkeiten, durch ein Verhalten in der Öffentlichkeit eintreten, das unverantwortlich ist.

Das ist der Grund, warum wir entgegen dem Stimmverhalten, das wir im Ausschuß und in der Landesregierung abgegeben haben, heute dieser Unvereinbarkeit nicht zustimmen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf Ihnen Fakten sagen:

Ich höre von der Wiener Börse, daß die Aktienkurse der Bank-Austria ins Bodenlose gestürzt sind. Ich höre von Bediensteten der Stadt, aber auch von den Bediensteten der ehemaligen Zentralsparkasse, die mit besonderer Sorge diese Entwicklung betrachten, daß kleine Sparer sich an den Schaltern von Z und Länderbank anstellen und ihr Geld zurückverlangen. (LhptmSt. Mayr: Das paßt ja hervorragend zum ersten!) Ich höre, daß berichtet worden ist... (Abg. Brix: Wissen Sie, was Sie sind? - Das ist eine bodenlose Gemeinheit, aber das entspricht Ihrem politischen Stil!)

Ich höre, daß berichtet worden ist, daß die internationale Agentur Moody's Rating die Bewertung der Bonität der Bank-Austria mit dem Triple-A in Frage stellt.

Ich frage Sie alle: Was sind die Fakten, die zu diesem Verhalten führen? - Ich muß Ihnen sagen, daß die Fakten, die dazu geführt haben, einzig und allein auf das Verhalten der Vertreter der Stadt, über deren Unvereinbarkeit wir heute zu beschließen haben, zurückzuführen sind. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Hufnagl: Nicht allein der Länderbank-Vorstand ist schuld, sondern der Aufsichtsrat der Bank-Austria? Das ist toll!)

Der Bericht, der von der Innenrevision erstellt worden ist, ist in vier Exemplaren erstattet worden (Zwischenruf von Abg. Brix.), die folgende Empfänger hatten: Haiden, Randa, Zilk und Mayr. (LhptmSt. Mayr und Abg. Brix: Sie irren!)

Sie haben im "profil", das am Wochenende erschienen ist, gelesen, was dort drinnensteht. Ich frage Sie: Woher kann das "profil" diese Nachrichten haben? (Abg. Hufnagl: Diese Frage ist oft berechtigt!) Ich frage Sie: Woher kann das "profil" diese Informationen haben? -

Die Verantwortlichen im Vorstand der Bank wissen, was sie tun, wenn sie solche Nachrichten zur Veröffentlichung weitergeben.

Ich sage Ihnen daher meinen persönlichen Eindruck: Ich traue weder Haiden noch Randa zu, daß sie diese Informationen an die Öffentlichkeit gegeben haben. Ganz so sicher bin ich bei den beiden anderen Herren nicht, insbesondere nicht beim Herrn Bürgermeister! (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Ing. Svoboda: Das ist doch ungeheuerlich!)

Ich werfe ihm das nicht vor, sondern ich sage nur: Für mich entsteht dieser Eindruck. (Abg. Ing. Svoboda: Das ist ungeheuerlich!) Für mich entsteht dieser Eindruck, weil das Verhalten des Herrn Bürgermeisters unmittelbar danach nichts anderes als eine Pressekampagne war, um alle zu verunsichern. (Beifall bei der ÖVP. - Amtsf. StR. Dr. Rieder: Daß Dr. Wille irgendeinmal Rechtsanwalt war, ist zu vergessen!) Er wollte alle verunsichern, die eine derartige Sorge, die sich darauf bezieht, ob denn diese Bank noch sicher ist, haben. (LhptmSt. Mayr: Herr Dr. Wille, ich warne Sie: Ich gehe hinaus und erzähle unser Telefongespräch!)

Ich sage Ihnen, daß dieses Verhalten, daß das in der Öffentlichkeit auf diese Weise behandelt worden ist, unverantwortlich ist. (Abg. Brix: Da sieht man, was man von einer Partei wie der ÖVP halten kann!) Offenbar weiß insbesondere Bürgermeister Dr. Zilk nicht, wie man sich als Obmann des Aufsichtsrats einer großen Bank verhält. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Hufnagl: Das heißt "Vorsitzender!)

Immer dann, wenn Dr. Zilk in der Öffentlichkeit agiert, beweist er, daß er ein hervorragender Lehrer ist. Er beweist, daß er ein hervorragender Medienmann ist. Aber ich stelle in Frage, ob er ein guter Aufsichtsratspräsident des größten Bankinstituts von Österreich ist! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich sage das vor dem Landtag, als dem gewählten Forum der Wiener Bevölkerung:

Wir sind zutiefst besorgt, daß Dinge in der Öffentlichkeit diskutiert werden, die unsere Wiener und Wienerinnen in ihrer Spargesinnung erschüttern, daß die Kontrahenten dieses Bankinstituts, für das die Stadt Wien haftet, für deren Verbindlichkeiten die Stadt Wien haftet, ins Gerede kommen. Es werden Dinge in der Öffentlichkeit gesagt, die das Vertrauen nur erschüttern! (Abg. Ing. Riedler: Sie sagen das ja!) Wir müssen alles dazu tun, um jene Dinge, die eine Sorge berechtigt erscheinen lassen, zu beseitigen.

Wir meinen, daß es nicht im Interesse der Stadt ist, daß politische Funktionäre an der Spitze stehen, daß der Bürgermeister, aber auch der Vizebürgermeister diese Funktionen ausüben sowie Amtsführender Stadtrat Hatzl.

Wir sind daher der Meinung, daß Fachleute, die keine Politiker sind, diese Funktionen innehalten sollen, um das Vertrauen, das erschüttert ist, wiederherzustellen.

Wir werden daher diesem Antrag nicht unsere Zustimmung geben! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Christine Schirmer: Herr Stadtrat Mag. Kabas hat seine Wortmeldung zurückgezogen.

An seiner Stelle ist Herr Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Was die Tagesordnungspunkte 1 und 2 betrifft, so sind Ausnahmen in bezug auf das Unvereinbarkeitsgesetz zu beschließen.

Aus meiner Sicht stellt sich das so dar, daß diese und ähnliche Beschlüsse eigentlich immer eine recht klare Sache waren. (Abg. Ing. Svoboda: Früher!) Früher waren sie noch klarer als heute, als die SPÖ eine deutlichere Mandatsmehrheit und auch noch die Stimmenmehrheit hatte. Die Beteiligung der ÖVP als Koalitionspartner andererseits war ja auch immer für solche Vorgangsweisen gegeben.

Tatsächlich ist das Ganze zu einer Art Ritual geworden, und die politischen Mandatare von SPÖ und ÖVP sind selbstverständlich immer mitgegangen, sind jedoch in weiterer Folge dann sehr häufig in die Positionen eingerückt.

Sie entschuldigen schon, Herr Stadtrat Dr. Wille, daß ich ein bißchen überrascht bin, denn dieses Mal war es ja auch so, daß Sie in der Sitzung der Landesregierung - Sie waren der einzige Vertreter der ÖVP in der letzten Landesregierungssitzung - zugestimmt haben. Ich meine, in der Sitzung der Landesregierung sind im wesentlichen die gleichen Fakten vorgelegen. (Abg. Ing. Svoboda: Dienstag!) Das war ja erst am Dienstag! Ich verstehe daher den Haken an dieser Sache nicht! (LhptmSt. Mayr: Soll ich es Ihnen erklären?)

Weiters möchte ich dazusagen: Es sollte jetzt nicht der Eindruck entstehen, als hätte die ÖVP damals dieser Fusion nicht zugestimmt. Das Gegenteil ist der Fall.

Die FPÖ - Herr Kollege Hirnschall - hat darauf hingewiesen, daß das problematisch sein kann, sowie auf all die Dinge, die Sie aufgezählt haben. Trotzdem haben damals die SPÖ und die ÖVP dieser Fusion zugestimmt, und ich meine, das sollte bei dieser Debatte doch nicht vergessen werden.

Wir Freiheitlichen haben zu diesem Problem, wenn aktive Politiker in Aufsichtsräten vertreten sind, immer einen sehr klaren Standpunkt eingenommen, und zwar zu aktiven Politikern in staatlichen, halbstaatlichen oder kommunalen Bereichen. Wir haben das auch immer aufgezeigt und festgehalten, weil uns im Laufe der Zeit auch die Erfahrungen recht gegeben haben.

Wir haben uns in weiten Bereichen mit unserer Forderung "Politiker raus aus den Aufsichtsräten" auch durchgesetzt. Wie gesagt, in weiten Bereichen, noch nicht in allen! Wir geben aber die Hoffnung nicht auf. Ich glaube, es wird über kurz oder lang sicher so weit kommen. Wir werden mit Nachdruck darauf achten, daß sich die Politiker aus allen Aufsichtsratsbereichen zurückziehen. (Beifall bei der FPÖ.)

Die heutige Beschußfassung fällt genau - und das ist das Ungewöhnliche am heutigen Tag - mit dem Auffliegen des Länderbank-Desasters zusammen. Das bestätigt jetzt für uns exemplarisch die Richtigkeit unserer Forderung, nämlich die Forderung nach der notwendigen Trennung in politische Funktionen auf der einen Seite und in wirtschaftliche Funktionen auf der anderen Seite. Wir meinen nun einmal, daß es problematisch ist, wenn diese Dinge ineinanderfließen. Aber das ist eine prinzipielle Feststellung!

Um auf das heutige Thema zu kommen, möchte ich sagen: Die Funktion des Bürgermeisters oder Vizebürgermeisters ist in erster Linie mit dem Wohl der Stadt Wien und mit dem Wohl der Bürger verbunden und erst in zweiter Linie vielleicht mit den Geschäftsinteressen einer Sparkasse oder Bank. Daher sollte eine konsequente Trennung dieser Funktionen auch ausgedrückt und durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren! Damit komme ich auch schon zum springenden Punkt! Wieso ist diese Trennung so wichtig? - Es ist ja so, daß die Stadt Wien haftet, und zwar mit ihrem ganzen Vermögen. Das heißt, die Stadt Wien haftet für die Z und seit der Fusion der Z mit der Länderbank natürlich auch für den Länderbankanteil innerhalb der Bank-Austria. Das ist der erste Punkt!

Dann gibt es noch einen zweiten Punkt: Die Stadt Wien ist auch der größte Schuldner der Bank, und spätestens hier ist natürlich die klassische Unvereinbarkeit gegeben.

Wir sind daher der Auffassung, daß Politiker, insbesondere natürlich der Bürgermeister oder der Vizebürgermeister, schon allein aus diesem Grund nicht in Aufsichtsräten vertreten sein sollten. Das, meine Damen und Herren, waren auch unsere Bedenken, die wir anlässlich der Verschmelzung von Länderbank und Z im Zuge der Sitzung vom 12. Dezember, also gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode, festgehalten haben.

Ich darf in Erinnerung rufen, daß sich allerdings schon im September, also ein paar Monate vorher, der freiheitliche Abg. Dr. Hirnschall namens der Freiheitlichen gegen eine Fusion der Zentralspar-

kasse mit der Länderbank unter dem Zeitdruck, der damals gegeben war - ich erinnere daran, wir waren in der Vorwahlzeit -, ausgesprochen hat.

Herr Dr. Hirnschall hat damals gemeint - ich darf an seine Presseaussendung erinnern, die lautet -: "Wenn man die Fusionsverhandlungen verfolgt, kommt man nicht umhin, einige Umgereimtheiten festzustellen. Es sei", so sagte Dr. Hirnschall damals, "eigenartig, wenn man in der Bewertungsfrage reichlich oberflächlich anmutende Ziffern präsentiere, die offenbar weniger den tatsächlichen Wert der jeweiligen Unternehmen, also Z und Länderbank, widerspiegeln, sondern mehr das politische Kräfteverhältnis."

Dr. Hirnschall vermutete schon damals, daß noch irgendwelche versteckten Leichen im Keller für zukünftige Überraschungen sorgen werden.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Leichen aber offensichtlich den Proporzbankern schon bekannt. Für mich erhebt sich folgende Frage: Wie weit waren diese Leichen auch dem Herrn Bürgermeister schon bekannt? -

Wovon wir heute ausgehen können, meine Damen und Herren... (Abg. Hufnagl: Die waren ebenfalls schon den Bewertungsfirmen bekannt! Und die waren national und international unumstritten!) Die waren zu diesem Zeitpunkt den Bewertungsfirmen offensichtlich schon bekannt.

Meine Damen und Herren! Offensichtlich - und in diesem Punkt scheint mir ein bißchen die Ungereimtheit zu liegen - sind diese Leichen im Keller in die Bewertung schon miteingeflossen. Es gibt daher einige ungeklärte Fragen:

Staatssekretär Ditz hat gestern in den Nachrichten um 23.00 Uhr im Fernsehen davon gesprochen, daß es offensichtlich um Prestigedenken gegangen ist und weniger um Ertragsdenken. Das hat mich insofern eigenartig berührt, als ja bei Staatssekretär Ditz im Finanzministerium unter anderem die Bankenaufsicht angesiedelt ist. Wenn der Staatssekretär sagt, es geht eigentlich mehr um das Prestige und weniger um die Bewertung, dann mache ich mir schon ein Bild!

Wenn diese Person über das Fernsehen erklärt, daß es um das Prestige und nicht um die Bewertung geht, so muß ich sagen: Der Mann gehört ersetzt oder die Bankenaufsicht gehört ersetzt, wenn die uns nämlich so in das Unternehmen hineingelassen haben! (Beifall bei der FPÖ.)

Bei genauerer Betrachtung ging doch bei der Länderbank in erster Linie - was für die geplagten Steuerzahler in den letzten Jahren, die wir ja verfolgen, eigentlich immer eine Quelle des besonderen Unmuts war - eine Pleite ansatzlos in die nächste über. Ich erinnere an Eumig und Klimatechnik, und die Republik mußte zahlen und zahlen. Zuletzt waren es 2,4 Milliarden Schilling aus dem Staatshaushalt, die der Länderbank überwiesen wurden. Nun stehen wir offensichtlich vor dem nächsten Milliardendesaster im Bereich der Länderbank.

Ich komme zur nächsten Frage, die sich daraus ergibt: Wieso hat eigentlich Herr Minister Lacina für die Länderbank diese 2,4 Milliarden Schilling aus dem Budget lockergemacht, nämlich zu einem Zeitpunkt, als es mit dem Budget auf Bundesebene ohnedies nicht mehr so richtig zusammengegangen ist? -

Offensichtlich muß der Wiener Finanzstadtrat, Herr Vizebürgermeister Mayr, ein ernstes Wort mit Minister Lacina in diesen Verhandlungen gesprochen haben. Ich würde sogar sagen, es muß... (Abg. Hufnagl: Kollege Pawkowicz! Kleine Richtigstellung! Nicht 2,4 Milliarden auf einmal, sondern ein Vertrag aus der Zeit Salcher gibt hier eine jährliche Zinsenrevidierung an die Bank! Von Jahr zu Jahr wird der Zuschuß weniger! - Abg. Dr. Hirnschall: Es geht um den Restlauf!)

Tatsächlich, ich darf das schon sagen, nur damit es keine Mißverständnisse gibt... (Abg. Hufnagl: Der Restlauf ist verhandelt worden! Das ist wahr!)

Jetzt geht es darum, daß der Bund, Herr Finanzminister Lacina, plötzlich eine Menge Geld in das Unternehmen Länderbank gesteckt hat. Das macht er ja nicht von sich aus! Bei diesen Gesprächen, die Herr Finanzstadtrat Mayr in dieser Frage mit Herrn Minister Lacina geführt hat, möchte ich nicht Herr Minister Lacina gewesen sein, das darf ich schon ganz offen sagen, sodaß es dann zu diesem Ergebnis gekommen ist. Aber auch diese Frage ist uns bisher nicht genau beantwortet worden!

Man fragt sich natürlich schon: Wer waren eigentlich die Manager - jetzt kommen wir schon zum Hintergrund der Sache - im Bereich der Länderbank, die dort so unglückselig am Werk waren? (StR. Gintersdorfer: Milde ausgedrückt!) -

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang damit nähern wir uns jetzt den ehemaligen Androsch-Sekretären, die mit politischer Hilfe und mit vielen Steuermillionen ans Werk gegangen sind, um der Länderbank mit den ersten großen Steuerbrocken, mit den ersten Steuermillionen, aus der Patsche zu helfen. Einer der Sekretäre des damaligen Vizekanzlers Androsch war Vranitzky, der Generaldirektor der Länderbank. Dann sind die vielen Steuermillionen dorthin geflossen und Vranitzky hat eigentlich mit seiner Sanierung beginnen können.

Vranitzky hat dann seinen Freund und den nächsten Androsch-Sekretär sofort auch nachgezogen: Das war Herr Dr. Cordt, der dann auch für das Auslandsgeschäft zuständig war. Den Erfolg, den dieser dann in weiterer Folge gebracht hat, können wir ja erkennen.

Wir sehen also, daß die reinen Politgünstlinge in Spitzenpositionen einer Bank untergebracht worden sind, und Milliarden aus dem Steuertopf mußten zur Unterstützung der dort Schaffenden eingesetzt werden.

Weil natürlich die roten Proporzbanker auch die entsprechenden schwarzen Pendants brauchen, hatten dann auch noch Manfred Drennig und Konrad Rumpold - das sind, wie gesagt, die schwarzen Proporzbanker - Platz in den Vorstandssesseln. Damit ist die Proporzbankerpartie komplett!

Dieser großkoalitionär besetzte Vorstand war tatsächlich eine starre parteipolitische Zusammensetzung. Diese starre parteipolitische Zusammensetzung hat natürlich in der weiteren Folge zu Pleiten führen müssen!

Jetzt muß man eine weitere Frage stellen: Wieso ist man eigentlich erst so spät draufgekommen? - Man ist deswegen so spät draufgekommen, weil die Bankenaufsicht wiederum bei SPÖ - Lacina - und bei ÖVP - Ditz - angesiedelt ist. Das heißt, im Aufsichtsbereich war die gleiche Koalition am Werk!

Meine Damen und Herren! Ich meine, es ist das politische System, das das Länderbank-Desaster begonnen und immer weiter fortgesetzt hat. Wenn wir die jetzige Bank-Austria vor einer ähnlichen Entwicklung, wie sie die Länderbank erlebt hat, bewahren wollen, dann muß dieses großkoalitionäre Proporzbankersystem durchbrochen werden! (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Es wird aber in der Öffentlichkeit auch nicht verstanden werden, wenn die Herren Manfred Drennig und Konrad Rumpold oder der Proporzmanager Dr. Cordt, der erst kürzlich vom hochbezahlten Länderbankvorstandssessel in den (Abg. Dr. Hirnschall: Noch höher!) noch besser bezahlten Vorstandssessel der Gaskoks gewechselt ist, mit großzügigen Pensionsregelungen verabschiedet werden, so nach dem Motto: "Wir wollen mit der ganzen Angelegenheit eigentlich nichts zu tun haben und jetzt schauen wir halt, daß sie Pensionen bekommen und daß es eine ordentliche Abfertigungsregelung gibt." (Abg. Hufnagl: Haben Sie das Thema wieder einmal nicht verstanden, Herr Kollege?)

Ich sage, ich mache mir Sorgen, und ich sage auch, daß es die Bevölkerung nicht verstehen würde, wenn diese Banker, die wirklich gescheitert sind und die jetzt zugegebenermaßen ausscheiden, mit großzügigen Pensionsabfertigungen in Pension gehen könnten. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich sage auch ganz offen, warum ich mir Sorgen mache: Ich habe zuerst die Personenkonstellation aufgezeigt, und jetzt weiß ich natürlich, daß diese Politmanager, auch wenn die Pensionsregelungen nur so ausschauen, wie es sich Bundeskanzler Dr. Vranitzky mit der Länderbank geregelt hat, möglicherweise ähnliche Pensionsregelungen erfahren werden. Das könnte uns, und nicht nur den Freiheitlichen, sondern allen, die hier sitzen, nicht gefallen und den Wiener Bürgern schon gar nicht!

Wir Freiheitlichen meinen, daß die verantwortlichen SPÖ- und ÖVP-Proporzbanker Drennig, Rumpold und Dr. Cordt nicht nur aus der Bank-Austria beziehungsweise aus dem Versorgungsosten als Generaldirektor bei der Gaskoks zu gehen haben, sondern daß natürlich auch alle zivilrechtlichen und, wenn es sein muß, auch strafrechtlichen Verantwortungen zum Tragen kommen müssen. Das heißt, daß diese Herrschaften nicht mit ihren Abfertigungen und überhöhten Pensionen das Weite suchen können und wir Steuerzahler dann endgültig auf dem Schuldenberg sitzen bleiben! (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn ich von dieser unglückseligen politischen Konstellation gesprochen habe und von dem, was mir Sorgen bereitet, so hänge ich gleich noch etwas dazu an. Das berührt den Tagesordnungspunkt 2 der heutigen Sitzung, darüber wird heute auch noch gesprochen werden.

Ich stelle nun fest, daß weitere Politsekretäre als Bankexperten verkleidet, in Wirklichkeit aber als Politkommissare einrücken werden, und zwar in den Sparkassenrat. Vorgesehen sind die SPÖ-Parteisekretärin Dumser und der ÖVP-Parteisekretär Dr. Maier. Die kommen jetzt quasi als Politsekretäre in den Sparkassenrat hinein.

Das heißt, ich befürchte nun tatsächlich, daß dieses unglückselige (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Ist Ihr stellvertretender Pressereferent etwas anderes?) System weiter fortgesetzt wird, und das (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Was ist mit Ihrem stellvertretenden Pressereferenten?) wollen wir eigentlich nicht! Herr Stadtrat Dr. Rieder gibt mir auch recht, daß das eine problematische Vorgangsweise ist! (Beifall bei der FPÖ. - Amtsf. StR. Dr. Rieder: Herr Pawkowicz! Ihre Vereinbarung stimmt nicht ganz!)

Meine Damen und Herren, ich komme (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Das stimmt wirklich nicht!) zum Schluß!

In der marktwirtschaftlich, meine Damen und Herren, orientierten westlichen Welt - und daran wollte man sich orientieren mit der Aussage "Go west" - ist wenig Platz für Proporzbanker. Alle politisch Verantwortlichen in Österreich und auch im Bundesland Wien sind daher gut beraten, wenn sie diesem Umstand Rechnung tragen.

Man spricht jetzt von einem Aufräumkommando, die "Wochenpresse" hat das so bezeichnet: Haiden, Zilk und Randa. Auch wenn die durchgegriffen haben und die Z nun tatsächlich im wesentlichen die Kontrolle der Bank-Austria übernimmt und die gescheiterten Manager dort ausgeschieden wurden, sollte - und das ist jetzt mein durchaus wohlmeinender Rat an den Herrn Bürgermeister - sich der Herr Bürgermeister trotzdem überlegen, ob es der ganzen Sache und der Stadt Wien dienlich ist, wenn die sozialdemokratische Mehrheit hier im Haus die Unvereinbarkeit aufhebt, und er, in weiterer Folge, wieder zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt wird. Dieselbe Problematik mit derselben Tragweite sehe ich auch auf jemand anderen zukommen, etwa auf den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter.

Daher wird meine Partei den vorgelegten Anträgen nicht zustimmen! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Outolny: Als nächster Redner ist Herr Abg. Dr. Pilz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Pilz: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich kann mir schon vorstellen, warum sich Herr Ing. Svoboda von der Rednerliste streichen hat lassen.

Zum ersten ist er heute wirklich in einer unglücklichen Situation, etwas vertreten zu müssen, was man eigentlich nicht vertreten kann. (GR. Ing. Svoboda: Nein, nein! Überhaupt nicht!)

Zum zweiten müssen wir heute - und das bleibt uns einfach nicht erspart - darüber reden, wer in dieser Frage eigentlich der Landeshauptmann ist.

Da komme ich zur Sitzungsunterbrechung und zu der ganzen Geschichte, die sich rund um das unangenehme Fernbleiben des Herrn Landeshauptmanns von dieser zentralen Debatte des heutigen Tags abgespielt hat.

Wir haben nicht leichtfertig um Sitzungsunterbrechung ersucht, und ich habe das mit den Kollegen Wille und Pawkowicz gerade durchgesprochen. Es ist keine Kleinigkeit, eine Landtagssitzung zu unterbrechen, aber es ist noch viel weniger eine Kleinigkeit, wenn der Landeshauptmann bei der wirtschaftspolitisch skandalösen Entwicklung in diesem Bundesland einfach sagt: "Ich stelle mich der öffentlichen Debatte im Landtag nicht. Ich weigere mich zu kommen. Ich weigere mich, hier für meine Verantwortung geradezustehen."

Da ist etwas passiert (Beifall bei der GA.), was mich sehr nachdenklich gemacht hat. Als wir zum Herrn Landeshauptmann gegangen sind, um ihn zu ersuchen, daß er uns hier Rede und Antwort steht, hat uns Klubobmann Ing. Svoboda gesagt: "Der Herr Landeshauptmann kommt auf meinen Wunsch nicht. Ich habe den Wunsch ausgesprochen, daß der Herr Landeshauptmann an diesem Teil der Sitzung nicht teilnimmt."

Jetzt frage ich Sie, Herr Klubobmann Ing. Svoboda: Steht Ihnen das wirklich zu, daß Sie darüber befinden, wann der Landeshauptmann hier herinnen zu sitzen hat und wann er der Sitzung fernzubleiben hat? - Stellen Sie sich einmal diese skurille Situation vor!

Bei der Besprechung hat uns der Herr Landeshauptmann erklärt, daß er kein Wort von dieser Debatte versäumt, daß er sich alles über Lautsprecher anhört. Wahrscheinlich wäre er gerne selbst hier gesessen, Herr Dr. Zilk ist ein neugieriger Mensch! Aber jetzt hat der Klubobmann der Sozialistischen Partei einen Wunsch ausgesprochen, nämlich den Wunsch: "Bitte schön, lieber Landeshauptmann, Du bleibst draußen." Jetzt sitzt der arme Herr Dr. Zilk in seiner Bürgermeisterwohnung und hört sich die Landtagsdebatte an. Das ist die Realität! (Beifall bei der GA.) So schaut es in diesem Haus aus!

Der Herr Bürgermeister muß schon den sozialistischen Klubobmann fragen: "Darf ich jetzt herinnen sitzen oder wünscht Du etwas anderes, lieber Genosse Ing. Svoboda?" - Das hat nicht nur kabarettistische Dimensionen, obwohl ich sehr gern zugestehе, daß das Verständnis der Sozialdemokraten in bezug auf die innere Demokratie in diesem Haus manchmal in der Grauzone zwischen Kabarett und politischer Ernsthaftigkeit sehr schwer zu orten ist, sondern das hat auch eine bedrohliche Dimension.

Wo kommen wir hin, wenn sich der Landeshauptmann den zentralen Debatten dieses Landtags nicht mehr stellt, mit der simplen Argumentation: "Ich habe ohnehin nichts zu verbergen, ich bin mir keiner Schuld bewußt." Kommt Herr Dr. Zilk nur mehr zu Landtagsdebatten, wenn er sich einer Schuld bewußt ist? Wo soll denn das hinführen? - Wenn der Landeshauptmann anwesend ist, wissen wir, daß das ein Schuldeingeständnis ist. (Abg. Hufnagl: Dialektische Tiraden sind das!)

Wohin kommen wir, wenn der Klubobmann der Sozialistischen Partei darüber entscheidet, wann der Landeshauptmann hier ist oder nicht? - Das, Herr Kollege Ing. Svoboda, sollten Sie sich genau überlegen!

Auf der anderen Seite bin ich Ihnen persönlich und politisch dankbar, daß die Verhältnisse in diesem Haus - wer in der SPÖ etwas zu sagen hat und wer nicht - in aller Öffentlichkeit klar auf den Tisch gelegt werden. Mir ist es viel lieber, Sie sagen ganz offen, "der Herr Bürgermeister und Landeshauptmann macht das, was ich ihm sage, und er tanzt nach meiner Pfeife", als Sie ziehen wie bei einem Hampelmann an einem Schnürl und keiner merkt es. Sie beteuern dann immer: "Er bewegt sich ohnehin so, wie er will." Das wäre ein zentrales Ergebnis der Debatte, was ich persönlich sehr bedauere.

Ich hoffe, daß sich der Bürgermeister und Landeshauptmann Dr. Zilk von den Svoboda'schen Schnürln in dieser und in den kommenden Debatten zumindest ein bißchen freimachen kann.

Kurze Anmerkungen noch zur ÖVP und FPÖ!

Es hat einen bemerkenswerten Zwischenruf während der Rede von Stadtrat Mag. Chorherr gegeben. Dieser bemerkenswerte Zwischenruf kam von Vizebürgermeister Mayr. Ich habe ihn mitgeschrieben. Entschuldigen Sie, das war nicht bei der Rede von Herrn Mag. Chorherr, das war bei der Rede von Herrn Dr. Wille!

Zwischenruf Mayr: "Ich warne Sie, ich erzähle von unserem Telefongespräch." Das war in der Passage, wo Dr. Wille davon gesprochen hat, was Dr. Zilk alles aufgeführt hat, und daß man jetzt eigentlich anders abstimmen muß als im Unvereinbarkeitsausschuß.

Herr Vizebürgermeister, kommen Sie bitte heraus und erzählen Sie von dem Telefongespräch! Erzählen Sie uns, was da gewesen ist und was Sie bis jetzt der Öffentlichkeit nicht mitteilen wollten! (LhptmSt. Mayr: Ich werde es Ihnen gerne sagen!) Erzählen Sie von dem Telefongespräch, vor dem Sie Herrn Dr. Wille gewarnt haben. Sie haben gesagt, wenn er so weitermacht, müßten Sie öffentlich darüber reden.

Ich bin schon sehr gespannt, und ich bin felsenfest davon überzeugt, daß Sie im Zusammenhang mit diesem Telefongespräch nichts zu verbergen haben. (Abg. Dr. Hirnschall: Da wären wir alle neugierig!)

Eine letzte Bemerkung zur Freiheitlichen Partei! Na ja, das ist halt immer so eine Geschichte, wenn man über den Proporz schimpft und sagt: "Da sitzen die Roten und da sitzen die Schwarzen und die haben sich alle auf ein Packerl zusammengetan." Natürlich sind immer viel weniger Blaue dabei, das ändert sich aber jetzt langsam.

Ich lese mir nun die Liste des alten Länderbank-Aufsichtsrats durch, der dafür verantwortlich ist, daß das alles passieren hat können, was jetzt die Bank-Austria so schwer belastet.

Herr Dr. Wrabetz (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Der ist kein freiheitlicher Politiker!) ist weder der SPÖ noch der ÖVP zuzurechnen, sondern ausschließlich der Freiheitlichen Partei und der hat auch bei diesem Beschuß mitgestimmt, obwohl im Aufsichtsrat klar war, daß die wichtigsten Unterlagen über das Sovereign-Leasing-Engagement im Juni 1990 gefehlt haben. Das ist vom Aufsichtsrat damals ganz klar gesagt und festgehalten worden. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Es geht um Politik!)

Herr Dr. Wrabetz von der Freiheitlichen Partei hat auch mitgestimmt, bei dem einstimmigen Beschuß, in dieses Fiasko in London einzusteigen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Es geht um aktive Politiker!)

Auch der freiheitliche Vertreter trägt Verantwortung für das totale Versagen und für das Chaos der Länderbank, das jetzt zu diesem Riesenverlust, zu diesem Flop geführt hat! (Abg. Dr. Stix: Aber damals war es doch noch nicht! - Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Es geht um aktive Politiker!)

Über das sollten wir auch reden, Herr Kollege! Es geht nicht nur um die Politik, es geht nur um aktive Politiker! Das heißt, wenn sich Herr Pawkowicz nicht mehr in den Aufsichtsrat hineintraut (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Ich ginge gar nicht!) und einen freiheitlichen Rechtsanwalt schickt, dann ist alles in Ordnung? - Es ist alles in Ordnung, wenn man einen Parteirechtsanwalt als Strohmann hineinschickt, sagt die Freiheitliche Partei, denn das ist ja kein aktiver Politiker! Das ist zwar der freiheitliche Mann im Aufsichtsrat, aber dieser ist kein aktiver Politiker!

Natürlich gibt es auch die Möglichkeit, das Ganze über Parteistrohmänner zu besetzen. Ich halte aber schon das direkte Entsenden von Politikern für die offenere und klarere Angelegenheit! Der Einsatz von Strohmännern ist wohl die schäbigste Art und Weise, einerseits den politischen Einfluß sicherzustellen, und andererseits so zu tun, als hätte man politisch mit dem Ganzen nichts zu tun.

Für diesen Herrn Dr. Wrabetz, der bei dem Sovereign-Leasing-Engagement der Länderbank mitgestimmt hat, Herr Kollege Pawkowicz, wird Ihre Fraktion heute und hier die gesamte politische Verantwortung übernehmen müssen, und da können Sie sich genauso wie die ÖVP und die SPÖ nicht davonstehlen. (Beifall bei der GA.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir heute darüber reden, was rund um die Länderbank passiert ist, dann dürfen wir nicht nur darüber sprechen, wie der Vorstand agiert hat. Über den Vorstand der Länderbank und der Nachfolgebank, der Bank-Austria, wissen wir inzwischen genug. Auch Landeshauptmann Dr. Zilk weiß trotz seiner Abwesenheit genug, sodaß das fristlose Entlassungen auf der Stelle rechtfertigen würde.

Das ist völlig klar, das wird von fast niemandem bestritten! Ich sage fast, weil es eine kleine, aber einflußreiche Gruppe gibt, die das Ganze nach wie vor bestreitet, und das ist die Kaste der Bänker und der führenden Manager in diesen ganzen Mischkonzernen. Die sagen selbstverständlich: "Es darf kein Exempel statuiert werden, es darf keine fristlosen Entlassungen geben, es muß einvernehmliche Lösungen, Pensionen und Millionen für die gestolperten Manager geben."

Eines der wichtigsten Ergebnisse der letzten Aufsichtsratssitzung der Bank-Austria ist für mich, daß Bürgermeister Dr. Zilk, und das muß man anerkennen, versucht hat, zu maximalen Konsequenzen für die schuldigen Manager in diesem Aufsichtsrat zu kommen, und daß er sich nicht durchgesetzt hat. Er mußte zurückstecken und letzten Endes zur Kenntnis nehmen, daß nicht das passiert, was ein in diesem Punkt durchaus sinnvoll agierender Politiker wollte, sondern daß das passiert, was ein paar Leute wollten, Manager aus anderen Betrieben, Banken und Versicherungen, die sich immer wieder vorstellen: "Was passiert mit mir, wenn ich in der gleichen Situation bin?"

Da hat sich eines herausgestellt, und auch das ersuche ich Sie, einmal zu bedenken: In heiklen Situationen, wenn sich der Aufsichtsratsvorsitzende und Spitenpolitiker Dr. Zilk entschließt, energische Schritte im Sinne der Öffentlichkeit zu setzen, hat er keine Chance in diesem Gremium. Ist er so etwas wie die bankpolitische Geisel der Manager, der Bankdirektoren und der Versicherungsdirektoren? - Auch das sollte man als Lehre aus diesem Bank-Austria- und Länderbank-Skandal ziehen.

Das Argument, es sollten Politiker in Spitzenfunktionen vertreten sein, damit öffentliche Interessen energisch und gut vertreten werden können - und in diesem Punkt habe ich keinen Grund, daran zu zweifeln, daß Dr. Zilk das wirklich versucht hat -, greift nicht. Diese Art von Kontrolle funktioniert offensichtlich nicht. Damit ist auch das Argument hinfällig, daß gegen alle Bedenken in Richtung Unvereinbarkeit nach dem Gesetz und Unvereinbarkeit in der Sache selbst der Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien in dieser Funktion verbleibt.

Der Aufsichtsrat - und das ist der zweite Punkt - ist genauso wie der Vorstand an seinen Erfolgen zu messen. Der Erfolg eines Aufsichtsrats kann nur darin bestehen, daß die Kontrolle funktioniert hat, daß die penible wirtschaftliche Kontrolle nicht nur bei den vergangenen, sondern auch bei den zukünftigen Engagements der Bank funktioniert. Die Bilanz des Aufsichtsrats, sowohl der alten Länderbank als auch der neuen Bank-Austria, ist in dieser Frage eindeutig negativ.

Jetzt kommt noch etwas dazu: Es war klar - bei Fusionierung und Gründung der Bank-Austria -, daß der Aufsichtsrat der alten Länderbank total versagt hat. Er hat die wichtigen Entwicklungen, die gefährlichen Entwicklungen verschlafen und ist seiner Kontrollfunktion nicht nachgekommen. Trotzdem sitzen vier ehemalige führende Mitglieder des Länderbank-Aufsichtsrats jetzt im Aufsichtsrat der Bank-Austria.

Ich frage mich: Welches Interesse haben diese vier Aufsichtsratsmitglieder, die schon aus der Ära "Länderbank" schwer belastet sind? - Da finden sich Aufsichtsratsmitglieder beider - im Bund - Regierungsfraktionen. Welches Interesse haben die, daß aufgeklärt wird, was in der Länderbank vor ein, zwei Jahren passiert ist? -

Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Diese vier Mitglieder des alten Länderbank- und neuen Bank-Austria-Aufsichtsrats haben allergrößtes Interesse daran, daß dieser Fall nicht aufgeklärt wird. Sie sind daran interessiert, daß die Verantwortlichkeit des Aufsichtsrats der Länderbank und der Bank-Austria nicht geklärt wird.

Deswegen bleibt es nicht nur bei der Forderung, die mit hoher Wahrscheinlichkeit schuldigen Vorstandsmitglieder der Bank Austria fristlos zu entlassen und zwecks Schadensersatzansprüchen sofort vor Gericht zu bringen, sondern es kommt noch etwas dazu: Neben den Politikern, die in diesen Aufsichtsräten längst nichts mehr verloren haben, gehören auch die möglicherweise schuldigen oder zumindest die grober Fahrlässigkeit verdächtigen alten Aufsichtsratsmitglieder der Länderbank aus dem Aufsichtsrat der Bank-Austria hinaus.

Ich erwarte, daß im nächsten Aufsichtsrat bereits die Konsequenzen gezogen werden. (LhptmSt. Mayr: Das geht nicht!) Diese vier Herrschaften, Herr Vizebürgermeister Mayr, können jederzeit von ihrer Funktion zurücktreten! (LhptmSt. Mayr: Das können sie!) Ich erwarte, daß sich der nächste Aufsichtsrat der Bank-Austria bereits ohne diese vier Aufsichtsratsmitglieder mit der Frage beschäftigt, durch wen sie zu ersetzen sind. (LhptmSt. Mayr: Das kann der Aufsichtsrat auch nicht!)

Ein weiterer Punkt! Das möchte ich als offene Frage an Sie richten, Herr Vizebürgermeister Mayr! Ich ersuche Sie, heute herauszukommen und zu sagen, wie hoch Sie, als einer der wenigen, der wirklich die Unterlagen kennt, das Sovereign-Gutachten und viele andere auch, das reale und heute abschätzbare wirtschaftliche Risiko der Bank-Austria beziffern? -

Ich habe mich ein bißchen in Bankerkreisen umgehört (LhptmSt. Mayr: Bei der Konkurrenz!) und möchte Ihnen das zur Kenntnis bringen: Es vermuten sehr viele - das sind im Moment Vermutungen - daß die Zahlen, die derzeit öffentlich genannt werden, wesentlich zu tief gegriffen sind. Ich höre bereits halblaut geäußerte Vermutungen, allein der Sovereign-Flop könnte die Bank-Austria bis zu drei Milliarden Schilling kosten, vielleicht auch noch mehr.

Ich möchte Sie fragen: Wieviel wissen Sie darüber, und wie hoch beziffern Sie hier und heute das Risiko? -

Ich möchte Sie fragen: Wie hoch beziffern Sie auch mögliche Risiken der ehemaligen Zentralsparkasse, über die noch nicht öffentlich diskutiert worden ist? -

Ich möchte Sie fragen: Was wissen Sie zum derzeitigen Zeitpunkt über mögliche Risiken der Zentralsparkasse? -

Ich möchte Sie fragen, ob es richtig ist, daß es derzeit bankerinterne Schätzungen gibt, daß die möglichen zur Haftung kommenden und schlagend werdenden Risken der gesamten Bank-Austria aus dem derzeit besprochenen Zeitraum ohne weiteres auch den Umfang von sieben Milliarden Schilling haben können.

Ich möchte Sie fragen, ob die derzeitigen Informationen darauf hindeuten.

Die Gespräche, die wir in den letzten Tagen mit Leuten aus Bankkreisen geführt haben, deuten für mich darauf hin, daß schlagend werdende Risiken des österreichischen Bankensystems allein aus den letzten zwei Jahren in einer Höhe von 12 bis 15 Milliarden Schilling zu befürchten sind. Da ist sehr viel von der Creditanstalt drinnen, da ist sehr viel von der Girozentrale drinnen, da sind alle möglichen Immobiliengeschichten, ausländische Beteiligungen und so weiter drinnen. Sie kennen sie sicherlich besser als ich, obwohl das Institute sind, mit denen Sie in Ihrer Funktion nicht direkt zu tun haben.

Ich möchte, daß das wirklich einmal auf den Tisch kommt. Das, was ich aus Bankkreisen höre, deutet darauf hin, daß das möglicherweise in den nächsten Monaten explosionsartig weitergeht. Wir werden in relativ kurzer Zeit mit dem größten kumulierten Sanierungsfall in der österreichischen Bankgeschichte der Zweiten Republik konfrontiert sein.

Sie werden deswegen auch gut beraten sein, relativ früh darüber zu reden.

Erstens geht es um die Interessen der Kleinanleger, zweitens geht es um die Frage, was passiert, wenn langsam aber sicher durch diese salamiweise Veröffentlichung der Risiken das Vertrauen in die größten Geldinstitute Österreichs komplett untergraben wird (LhptmSt. Mayr: Das wollen Sie ja! Das ist ja Ihr Ziel!), und drittens geht es darum, welche konkreten Konsequenzen im Sparbereich, im Kreditbereich und im Finanzierungsbereich dann eintreten können.

Herr Kollege Mayr, Sie wissen ganz genau: Wenn man Risiken verschweigt, von denen man weiß, daß sie ein, zwei oder drei Wochen später sowieso schlagend werden und an die Öffentlichkeit treten, dann untergräbt man die Vertrauensbasis und damit einen Teil der entscheidenden Geschäftsbasis der österreichischen Banken. (LhptmSt. Mayr: Das ist Ihr Ziel!) Das ist der Gefahrenbereich, in dem Sie sich im Moment befinden!

Deswegen wären Sie gut beraten, hier und heute herauszukommen und die Frage zu beantworten: Wie hoch ist das derzeit abschätzbare Risiko, wie hoch sind die möglicherweise schlagend werdenden Flops der Bank-Austria, soweit Sie das heute beurteilen können?

Wir diskutieren nicht zufällig - und ich glaube, daß das sehr gut zusammenpaßt - anhand eines der größten Flops der österreichischen Bankgeschichte die Frage der Unvereinbarkeit.

Der Brief des Rechnungshofs an das Parlament, den Herr Stadtrat Mag. Chorherr bereits zitiert hat, klärt eindeutig, daß es eine gar nicht mehr zu diskutierende Unvereinbarkeit zwischen der Funktion des Landeshauptmanns und der Funktion eines Aufsichtsrats, im konkreten Fall der Bank-Austria, gibt. Das ist nicht mehr wegzudiskutieren, weil aufgrund dieser Aussagen und Erkenntnisse des Rechnungshofs bereits im Österreichischen Parlament im Rahmen der Durchführung des Unvereinbarkeitsgesetzes klare Präjudizien geschaffen worden sind.

Sie wissen ganz genau, daß Sie als Landtagsabgeordnete weder das Recht noch die Möglichkeit haben (Abg. Ing. Svoboda: Also bitte!) - Herr Kollege Ing. Svoboda, jetzt wende ich mich wieder unter anderem an Sie - zu sagen: "Nachdem auf Bundesebene im Rahmen des Unvereinbarkeitsgesetzes bereits die Feststellungen des Rechnungshofs erfolgt sind und die Anlaßfälle im Rahmen der Bank-Austria vom Unvereinbarkeitsausschuß des Österreichischen Parlaments geklärt worden sind, schu-

stern wir uns, weil uns diese Klärung im Wiener Landtag nicht paßt, wie es halt irgendwie möglich ist, genau das Gegenteil zusammen." Das geht nicht! (Beifall bei der GA.)

Voraussetzung dafür, Herr Kollege Ing. Svoboda, wäre - und Sie dringen immer auf sehr präzise und sehr saubere Vorgangsweisen bei unserer Tätigkeit in diesem Haus (Abg. Ing. Svoboda: Ja, richtig!) -, daß Sie gemeinsam mit Ihren Kollegen Schritte ergreifen, um sowohl das Erkenntnis des Rechnungshofs als auch die Entscheidung des Unvereinbarkeitsausschusses des Österreichischen Nationalrats in Frage zu stellen und aufzuheben. Das wäre die Voraussetzung dafür, daß überhaupt eine Entscheidung zur Entsendung von Landeshauptmann Dr. Zilk in den Aufsichtsrat der Bank-Austria erfolgen könnte. Das wissen Sie!

Weil Sie das genau wissen und weil Ihnen das alles auch bekannt ist - Sie sind ja von Ihren Freunden und Kollegen aus dem Parlament, nehme ich an, ausführlich und genau informiert worden -, muß ich Sie auf einen Umstand aufmerksam machen:

Wenn Sie heute entgegen der herrschenden Meinung, das heißt, gegen die geltende Gesetzesinterpretation, die noch dazu vom Österreichischen Nationalrat vorgegeben ist, der das berufendste Organ ist, die von ihm beschlossenen Gesetze zu interpretieren - wir haben das ja ganz selten, daß die konkrete Interpretation und praktische Umsetzung eines Gesetzes durch die entsprechende gesetzgebende Körperschaft erfolgt, das ist das Höchstmaß an authentischer Interpretation, das überhaupt möglich ist -, entscheiden, weil Sie Dr. Zilk um jeden Preis im Aufsichtsrat haben wollen, dann besteht der Verdacht, daß die Mehrheit dieses Hauses bewußt ein österreichisches Gesetz verletzt. Dann werden wir über die Konsequenzen einer Gesetzesverletzung zu reden haben!

Ich kann mir schon denken, was nachher passieren kann und muß. Wir werden nachher darüber zu reden haben, wie wir mit einer möglichen bewußten Gesetzesverletzung - ich sage, mit einer möglichen bewußten Gesetzesverletzung - durch die Mehrheit des Wiener Landtags umgehen. Ich hoffe, Herr Klubobmann Ing. Svoboda, meine Damen und Herren von der sozialdemokratischen Fraktion, daß Sie sich dieses Umstands sehr genau bewußt sind!

Das ist eine schwierige Situation, in der Sie sich befinden. Wenn Sie heute in der Frage der Unvereinbarkeit so entscheiden, wie das der Gesetzgeber im Parlament getan hat, dann bedeutet das einen ersten Schritt in Richtung Bruch mit dem traditionellen Entsenden von Parteifunktionären in die höchsten Aufsichtsorgane des österreichischen Bank- und wahrscheinlich auch Versicherungswesens. Ich weiß, daß das ein großer und weitgehender Bruch mit der herrschenden politischen Kultur, ich sage Unkultur, in diesem Land ist.

Aber ich ersuche Sie, sich zu überlegen, daß eigentlich das Unvereinbarkeitsgesetz und die penible Befolgung dieses Gesetzes durch den Wiener Landtag ein sehr guter Anlaßfall wäre, um einen ersten großen öffentlichen Bruch mit dieser Unkultur, auch einmal von seiten der sozialdemokratischen Fraktion, zu riskieren. Dazu fordere ich Sie auf!

Ich hoffe, daß nach dem Umdenken der Österreichischen Volkspartei in dieser Sitzung auch noch ein Umdenken im Bereich der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion stattfindet. Danke. (Beifall bei der GA.)

Präsident Outolny: Die bei mir gemeldeten nächsten Debattenredner haben sich einvernehmlich, wie mir mitgeteilt wurde, zugunsten einer Wortmeldung für Herrn Abg. Dr. Ferdinand Maier zurückreihen lassen.

Ich erteile daher Herrn Abg. Dr. Ferdinand Maier das Wort.

Abg. Dr. Ferdinand Maier: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Landeshauptmann, hallo, hören Sie mich? (Heiterkeit. - LhptmSt. Mayr: Die Geschäftsordnung verletzen! Sehr lustig, Herr Abgeordneter! - Abg. Ing. Svoboda: Man spricht das Forum an, Herr Kollege! Lesen Sie nach in der Geschäftsordnung!)

Ich spreche Sie deshalb jetzt gleich an, weil heute wirklich der Beweis erbracht wurde, daß das, was Sie bisher immer gesagt haben, nämlich der Bürgermeister und Landeshauptmann aller Wiener zu sein, was ich ohnehin nie geglaubt habe, nicht stimmt. Sie sind der Bürgermeister und Landeshauptmann des SPÖ-Klubs! (Beifall bei der ÖVP.)

Das wurde gerade mit Ihrer Handlung bei dieser doch so heiklen Materie, wie die vorliegende es ist, in bezug auf die Vorkommnisse in der Bank-Austria sehr deutlich.

Ich möchte folgendes in Erinnerung rufen:

Ich habe in einem meiner Debattenbeiträge, ich glaube, das war im Dezember, von hier aus dem Herrn Bürgermeister den Tip gegeben, er solle sich nicht um diesen Job reißen, sondern eher einer profilierten Persönlichkeit aus dem Wirtschaftsbereich die Funktion als Aufsichtsratspräsident der Bank-Austria übergeben.

Wie schaut die Entwicklung dort aus? - Daß es ein gewisses riskantes Engagement im Ausland gegeben hat, ist ja nichts Neues, das hat man im Zusammenhang mit der Fusionierung auch gewußt. Ähnlich, wie im "profil" am vergangenen Montag über die aktuelle Situation zu lesen war, gab es auch dementsprechende Berichte des "profil" im Herbst des vergangenen Jahrs, in denen darauf hingewiesen wurde, wie schwierig das Engagement der Länderbank in Großbritannien, aber auch in den USA gewesen ist, und daß ein gewisses gefährdetes Auslandsengagement gegeben war.

Man hätte, hätte man einen Aufsichtsratspräsidenten aus dem Bankwesen zur Verfügung gehabt, sicherlich eine andere Vorgangsweise gewählt!

Die Wiener Sozialisten waren aber damals schon etwas abgelenkt, aus welchen Gründen auch immer, und haben, anstatt über diese Problematik zu diskutieren, Überlegungen angestellt, ob sie die Wahl vorverlegen sollen. Sie haben sich dann dazu durchgerungen, in der Form Konsequenzen zu ziehen, daß die Wahl vorverlegt wird. Mit welchem Erfolg Sie das gemacht haben, wissen Sie ja selbst! Ich habe Ihnen schon einmal von dieser Stelle aus zu dieser strategischen Meisterleistung gratuliert! (Abg. Honay: Sie haben es notwendig!)

Wenn Sie sich jetzt die Ausführungen verschiedener Herren des Instituts Bank-Austria anhören, dann wird immer wieder von der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns gesprochen. Das ist an sich begrüßenswert, ist aber genauso spannend, da man das aus jenem Kreis hört, von dem man weiß, daß es so Fälle wie den "Vorwärts-Verlag", die "Arbeiter-Zeitung", die Wohnwelt des Herrn Dr. Mischek oder auch das Engagement an der deutschen Konsumgenossenschaft COOP-AG gegeben hat. Was war denn da von Ihnen in Richtung Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns zu hören? - (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Vorkommnisse und Entwicklungen, wie sie in diesem Institut sind, an sich nicht von der Politik und von den Politikern beeinflußt werden sollten.

Insofern hat mir auch der Debattenbeitrag des Herrn Abg. Dr. Pilz nicht unbedingt rasend gut gefallen, weil er sehr stark in ein Institut eingreift, in dem es Organe gibt, die dafür geschaffen sind, sich mit diesen Dingen auch zu befassen.

Da - und das ist das Problem - sich Herr Bürgermeister Dr. Zilk um den Job als Präsident gerissen hat, kommt es natürlich zu einer Vermantlung zwischen wirtschaftlichem Handeln und Politik. Das ist das, was wir kritisieren, und wo ich auch meine, daß Herr Bürgermeister Dr. Zilk geradezu schlagend den Beweis erbracht hat, daß eine Unvereinbarkeit gegeben ist, denn dank seiner sicherlich

nicht sehr qualifizierten Ausbildung als Bankfachmann, ist es ja zu dieser mißlichen Entwicklung gekommen!

Herr Bürgermeister Dr. Zilk (Abg. Ing. Svoboda: Das ist ja ungeheuerlich! Das darf doch nicht wahr sein!) hat ja an sich keine schlechte Fähigkeit, ein ganz guter Pressereferent der Stadt Wien zu sein. Ich sage meistens, er ist der Pressereferent des Herrn Vizebürgermeisters Mayr. Er ist aber ganz sicherlich kein guter Pressereferent eines Bankinstituts, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Aufgrund seines Drangs, in die Öffentlichkeit zu gehen - Herr Stadtrat Dr. Wille hat das auch schon angesprochen -, meine ich, hat er dem Institut schweren Schaden zugefügt. (Abg. Oblasser: Der Dr. Wille hat das durch seine Äußerungen!) Das ist kein Punkt, den man in der Öffentlichkeit austrägt, sondern das ist ein Punkt, meine Damen und Herren, Herr Kollege Oblasser, den man in den Gremien ausdiskutiert.

Ich persönlich wundere mich über die Mitglieder des derzeitigen Aufsichtsrats der Z-Länderbank, daß sie sich das gefallen lassen.

Stadtrat Dr. Wille hat es schon gesagt: Einen Revisionsbericht im "profil" lesen zu müssen, der an sich den Aufsichtsräten des Instituts vorbehalten sein sollte, ist schlichtweg eine Frechheit. Aber das müssen sich die Aufsichtsratsmitglieder mit dem Herrn Vorsitzenden selbst ausmachen!

Was ist passiert, meine Damen und Herren? - Mit einer gewissen Brutalität und unter Zuhilfenahme der Öffentlichkeit, ohne zu wissen, daß dadurch Schaden entsteht, ist der Versuch unternommen worden, die Fusionierung der Z-Länderbank im Kahlschlagweg durchzuschlagen und de facto die Funktionen mit den ehemaligen Z-Funktionären und Managern zu besetzen. Man kann sagen, das hat man so gewollt!

Man hört jetzt nur aus dem Institut - und das ist natürlich bedauerlich -, daß die Zusammenführung von Abteilungen, von Geschäftsbereichen und von dergleichen mehr, wesentlich schwerer geworden ist, weil sich insbesondere jene, die aus der Länderbank kommen, ins Eck gedrängt fühlen, und es zu einer Blockbildung kommt. Das wird für die künftige Fusionierung sicherlich ein Problem sein. Das liegt aber daran, daß man nicht dementsprechend sorgsam umgegangen ist.

Wie man hört, ist es in den letzten Tagen zu einem Abzug von Sparguthaben gekommen. Das wurde im Aufsichtsrat deutlich ausgesprochen!

Meine Damen und Herren, man muß sagen, der Präsident dieses Instituts hat das verursacht und niemand anderer! Das ist auch der Grund, warum wir meinen, daß Dr. Helmut Zilk schleunigst diese Funktion niederlegen sollte. (Beifall bei der ÖVP.)

Es wäre Aufgabe des Präsidenten und aller anderen, in dem Gremium für Vertrauen zu sorgen, den Sparern die Sicherheit zu geben, daß die Guthaben gut angelegt sind, und nicht, wie es Dr. Helmut Zilk gemacht hat, Verunsicherungen herbeizuführen, die zum Schaden des Instituts sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich lade die Damen und Herren der sozialistischen Fraktion ein, noch einmal mit den Betriebsräten zu sprechen, denn die stehen Ihnen angeblich ja gar nicht so fern. Die Betriebsräte werden Ihnen berichten, daß die Kundengespräche in den Filialen seit letztem Montag äußerst unersprießlich sind.

Es gibt auch einen gewissen Argumentationsnotstand, das zu argumentieren, daß es sich bei der Bank-Austria um jenes Institut handelt, das immer Sinn und Zweck der Fusionsgespräche gewesen ist. Auch das, meine Damen und Herren, ist wieder eine Schuld, die Bürgermeister und Landeshauptmann Dr. Helmut Zilk auf sich geladen hat.

Wenn Sie dann auch noch hören, daß die internationalen Rating-Agenturen, beispielsweise Standard & Poors, anrufen und fragen, wie es uns geht und ob das mit den fünf Milliarden oder mit den sieben Milliarden stimmt, meine Damen und Herren, dann ist Gefahr in Verzug! Das kann man doch nicht nur damit bewenden lassen, daß man meint, man beseitigt einen Teil des Vorstands.

Mich würde konkret interessieren, welche Order das Management bekommen hat, um die Gefahren, die es gibt, abzuwenden!

Meine Damen und Herren, ich wurde heute auch von Herrn Stadtrat Pawkowicz angesprochen (Abg. Ing. Svoboda: Das ist der Klubobmann!), der wahrscheinlich auch über einen Lautsprecher zuhört, er war ja auch Mitglied des Sparkassenrats. Dieses Gremium (LhptmSt. Mayr: Bis gestern! Bis gestern!) - lassen Sie mich bitte ausreden, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter - war eine Institution, die dann zusammengetreten ist, wenn es der Herr Bürgermeister und Vorsitzende dieses Gremiums wollte. (LhptmSt. Mayr: Das ist eine glatte Unwahrheit! - Abg. Oblässer: Und das haben sie sich gefallen lassen? Das kann ich mir nicht vorstellen! Das glaube ich nicht! Erzählen Sie keine Geschichten!)

Auch die Information war dann so, wie es der Herr Bürgermeister wollte, und wenn man konkrete Fragen gehabt hat, wurde man vertröstet oder auf irgend etwas verwiesen.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr, ich habe das deshalb zum Anlaß genommen,... (Abg. Honay: Märchenerzähler!)

Ich kann Ihnen Geschichten erzählen, wo der Brauch eingerissen ist, plötzlich irgendwelche Beschlüsse im Umlaufwege durchzuführen, anstatt eine Sitzung einzuberufen. In dieser ziemlich schwierigen Situation, in der sich das Institut jetzt befindet, ist zwar eine Sitzung angesetzt gewesen, sie wurde aber abgesagt. Das, glaube ich, ist geradezu das Schlimmste, wenn man jene Organe, die dafür da sind, zu informieren und darüber zu beraten, dann wieder absetzt.

Ich habe daher dem Herrn Bürgermeister folgenden Brief geschrieben, und möchte ihn jetzt auch Herrn Klubobmann Pawkowicz vorlesen, er ist mit 27. Februar datiert.

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich wende mich heute in Ihrer Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bank-Austria an Sie und ersuche um Kenntnisnahme, daß ich mit sofortiger Wirkung mein Mandat als Mitglied des Sparkassenrats der Anteilsverwaltung Zentralsparkasse zurücklege.

Die dramatische Entwicklung der letzten Zeit, aber insbesondere der letzten Tage, wäre Anlaß genug gewesen, die Mitglieder des Sparkassenrats zu informieren und die Situation zu beraten. Statt dessen wurde die geplante Sitzung abgesagt, und ich mußte mich über den Medienbereich davon in Kenntnis setzen lassen, welche Schritte von Ihnen unternommen wurden. Ich habe den Eindruck, daß auch Mitglieder des Aufsichtsrats der Bank-Austria ein ähnliches Schicksal erfahren mußten und Dinge in den Zeitungen lesen mußten, die an sich in den dafür vorgesehenen Gremien diskutiert werden sollten.

Die Art und Weise, wie Sie anstehende Probleme lösen wollen und dabei den Weg in der Öffentlichkeit suchen, ist aus meiner Sicht problematisch und nicht angetan, das Ansehen und den Stellenwert der Bank-Austria zu stärken.

Ich bedauere diese Ihre Haltung außerordentlich und sehe aufgrund Ihres Managementstils keine Möglichkeit einer effizienten, erfolgreichen und sinnvollen Mitwirkung im Sparkassenrat, der von Ihnen in der letzten Zeit zu einem Gremium zum Krenreiben degradiert wurde.

Ich hoffe, daß die Bank-Austria so rasch wie möglich diese schwierige Zeit überwindet und weiterhin jenen erfolgreichen Kurs gehen kann, der immer Gegenstand der Fusionsgespräche war.

Vielleicht denken Sie in einer ruhigen Stunde über meinen Vorschlag nach, den ich Ihnen in der Gemeinderatsdebatte am 10. Dezember 1991 ans Herz gelegt habe, wonach ich eine profilierte Persönlichkeit aus dem Wirtschaftsleben als Präsident der Bank-Austria gerne gesehen hätte.

Mit der Bitte, den Mitgliedern des Sparkassenrats und den Mitgliedern des Betriebsrats meine besten Wünsche für ein erfolgreiches Wirken zu erbringen, verbleibe ich Ihr..."

Ich habe das deshalb getan, meine Damen und Herren, als Protest auf die Haltung und Vorgangsweise, wie der Herr Bürgermeister derart schwierige Situationen zu meistern versucht, zum Schaden des Instituts.

Ich glaube auch, daß die Forderungen, die seitens der Wiener Volkspartei seit Jahren gestellt werden, nämlich die Privatisierung in allen Bereichen zu forcieren, heute und in den letzten Tagen sehr deutlich bestätigt wurden! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube auch, daß das, was Herr Abg. Dr. Pilz gemeint hat, nicht ganz richtig ist, von außen jetzt in diese Gremien hineinzuregieren. Man kann Fragen stellen, das ist ein gutes Recht, das soll man auch machen! Ich bin der Meinung - und ich habe das auch dieser Tage gesagt -, daß der Rechnungshof zwecks Überprüfung der Aktivitäten, die seinerzeit von der Länderbank noch einzeln geführt wurden, angestellt werden sollte. Er sollte aufzeigen, was hier wirklich passiert ist.

Ich glaube, daß es ein Problem ist, wenn ein Politiker vom Zuschnitt eines Dr. Helmut Zilk (Pressereferent) an der Spitze dieses Instituts ist, der auch nicht die Sachkenntnisse hat, die man dazu mitbringen sollte. Wenn ich Herrn Bürgermeister Dr. Zilk unmittelbar nach dem Aufwachen fragen würde, was ist Dow-Jones, würde er sagen, ein Popsänger.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist der Punkt, wo ich glaube, daß Herr Bürgermeister Dr. Zilk tatsächlich überlegen sollte,... (Abg. Ing. Svoboda: Das ist schon eine riesige Frechheit! Das ist ganz tief unten! - Abg. Oblässer: Arrogant brauchen Sie nicht zu argumentieren!)

Herr Klubobmann Ing. Svoboda, regen Sie sich nicht so auf. Ich verstehe ja, daß Sie sich aufregen, denn es geht um Ihr Institut und um Ihre Politik. Sie haben die Politik in der "Z" jahrelang beschrieben, und das ist herausgekommen! (Abg. Ing. Svoboda: Ihre Argumentation ist eine Frechheit!)

Daher würde ich Sie auffordern, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, sich anlässlich dieses Tagesordnungspunkts so zu verhalten wie, ich glaube, alle drei Fraktionen der Opposition. Ich meine jene, die noch mit einem klaren Verstand dieses Problem sehen und nicht zustimmen. (Abg. Ing. Svoboda: Also die nächste Ungeheuerlichkeit!) Dazu lade ich Sie ein. ((Beifall bei der ÖVP.))

Präsident Otolny: Als nächster Debattenredner ist Herr Abg. Dr. Serles zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Serles: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben heute darüber zu befinden, ob das Amt des Landeshauptmanns von Wien mit der Funktion des Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Bank-Austria vereinbar ist.

Wir Freiheitlichen sagen dazu ein klares Nein, denn, meine Damen und Herren, Politiker haben als Aufsichtsräte in Banken, die dem Einfluß der öffentlichen Hand unterliegen, nichts verloren!

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich hoffe, Sie hören mich an dieser Stelle: Wir wollen Ihnen ersparen, daß Sie als Bürgermeister der Stadt Wien mit der Bank-Austria um die bestmöglichen Kreditkonditionen feilschen, und gleichzeitig als Vorsitzender des Aufsichtsrats um ein optimales Ergebnis des Kreditsektors dieser Bank bemüht sein müssen.

Das ist ein klassischer Fall von Unvereinbarkeit, und das ist ein klassisches Unvereinbarkeitsszenario, das Sie in dieser Doppelrolle erwarten wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit aller Deutlichkeit eines sagen: Der Milliardenflop der ehemaligen Länderbank und nunmehrigen Bank-Austria ist in erster Linie eine Pleite des Managements. Der Milliardenflop der Bank-Austria ist in erster Linie eine Pleite der Herren Cordt, Drennig und Rumpold.

Meine Damen und Herren, es ist ein Skandal, daß es den Anschein hat, als würden diese Herren nunmehr mit horrenden Abfertigungen und großen Pensionen in das Privatleben entlassen werden.

Wie man dem heutigen "Standard" entnehmen kann, gibt es in dieser Frage auch signifikante Auffassungsunterschiede zwischen der Bank einerseits und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats andererseits. Bankintern wird davon gesprochen, daß die Wiedergutmachung, die diese Manager zu leisten hätten, eine Pro-forma-Aktion sein soll, und der Herr Bürgermeister fordert, daß die Herren Cordt, Drennig und Rumpold markant zur Kasse gebeten werden.

Da gibt es offensichtlich einiges, was noch auszudiskutieren sein wird. Ich kann mir vorstellen, daß der Herr Bürgermeister vielleicht aus diesem Grund noch länger Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bank-Austria bleiben will.

Lassen Sie mich aber auch eines mit aller Deutlichkeit sagen, meine Damen und Herren:

Der Milliardenflop der Bank-Austria ist die Pleite der Bankenaufsicht und die Pleite des Finanzministeriums. Der Milliardenflop der Bank-Austria ist die Pleite des ehemaligen Länderbankchefs und nunmehrigen Bundeskanzlers, der die Herren Drennig und Rumpold in den Vorstand der Bank-Austria gehievt hat. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber, meine Damen und Herren, der Milliardenflop der Bank-Austria ist auch die Pleite des ehemaligen Finanzministers Franz Vranitzky, der nach seinem Abgang in die Politik Herrn Dr. Cordt in den Länderbankvorstand gehievt hat. (Beifall bei der FPÖ.)

Lassen Sie mich noch etwas mit dem gebotenen Nachdruck sagen:

Der Milliardenflop der Bank-Austria ist vor allem die politische Pleite von ÖVP und SPÖ, die durch jahrzehntelange Postenschacherei in den österreichischen Großbanken einen geschützten Bereich geschaffen haben, in dem die Gehälter der ehemaligen Ministersekretäre nur durch die Verluste übertroffen werden, die diese Herren erwirtschaften. (Beifall bei der FPÖ.)

An dieser Stelle muß ich eine kleine Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Pilz machen, der leider nicht ansprechbar ist, zumindest nicht im Saal ist.

Herr Kollege Pilz hat an dieser Stelle den untauglichen Versuch gemacht, zwischen dem Bank-Austria-Desaster und der Freiheitlichen Partei irgendeinen Bezug herzustellen und hat in diesem Zusammenhang den Namen des Herrn Dr. Wrabetz erwähnt.

Ich darf dazu folgendes sagen:

Herr Dr. Wrabetz ist weder Funktionär der Freiheitlichen Partei, noch ist er Mandatar der Freiheitlichen Partei. Herr Dr. Wrabetz war Vizepräsident der Rechtsanwaltskammer, und er war im Aufsichtsrat der Länderbank. (StR. Dr. Wille: Er ist schon seit zwei Jahren nicht mehr Aufsichtsratsmitglied!) Ich habe gesagt, er war Vizepräsident der Rechtsanwaltskammer.

Meine Damen und Herren! Es spricht für die Weltanschauung und für die politische Einstellung des Herrn Kollegen Pilz, wenn er hier den Versuch unternimmt, all diejenigen, die sich zu einer liberalen Weltanschauung bekennen und noch dazu mit der Freiheitlichen Partei sympathisieren, aus allen Aufsichtsratspositionen dieser Republik zu verbannen.

Hoher Landtag! Der 5-Milliarden-Schilling-Verlust, den die Bank-Austria erwirtschaftet hat, der 4-Milliarden-Schilling-Verlust, den die Girozentrale erwirtschaftet hat, der 2,5-Milliarden-Schilling-Verlust, den die Creditanstalt erwirtschaftet hat, das sind nicht nur Ergebnisse eines rezessiven Auslandsmarkts - das wollte uns gestern Finanzstaatssekretär Ditz in der "ZIB 2" erklären -, sondern diese Verluste sind zu einem guten Teil das Ergebnis des jahrzehntelangen Hineinregierens von ÖVP und SPÖ in die personalpolitischen Entscheidungen der österreichischen Großbanken.

Der "Kurier" in Gestalt des Herrn Rauscher hat diesen Typus des österreichischen Bankmanagers - Herr Klubobmann Pawkowicz hat ihn als Proporzbanker bezeichnet - folgendermaßen beschrieben:

"Die Länderbank und die CA haben die Expansion in die großen Finanzmärkte London und New York nicht bewältigt. Dort herrscht ein scharfer Wind, dort sind clevere Jungs unterwegs, denen die Herrschaften aus lovely old Austria anscheinend nicht gewachsen waren." - Meine Damen und Herren, das ist der Typus von Manager, den Sie in unseren Großbanken gezüchtet haben! (Beifall bei der FPÖ.)

Hoher Landtag! Es ist eine traurige Tatsache, daß die Bank-Austria im Jahr 1991 fünf Milliarden Schilling verloren hat. Der Herr Bürgermeister hat festgestellt, daß die Bank-Austria nach wie vor die größte österreichische Bank ist. Da hat er recht. Durch einen Verlust von fünf Milliarden wird die Bank-Austria noch nicht wesentlich kleiner. Aber, meine Damen und Herren, die Bank-Austria - und das ist der springende Punkt - ist um fünf Milliarden Schilling ärmer geworden. Fünf Milliarden, die letztlich die Bankkunden über höhere Zinsen und höhere Bankgebühren bezahlen werden! (Beifall bei der FPÖ.)

Ich stelle daher fest: Es ist kein Zufall, daß die Bankgebühren ab 1. April drastisch erhöht werden. Es ist der kleine Sparer, der für die riskanten Auslandsgeschäfte von Cordt & Co. zur Kasse gebeten wird.

Hoher Landtag! Ich halte fest und fasse zusammen:

Das Motto des Herbert Cordt, so hat er seine Risikobereitschaft umschrieben, "lieber gut schlafen, als gut essen", ist noch keine Strategie für Auslandsgeschäfte einer Großbank. Parteibücher sind kein Auswahlkriterium für Bankvorstandsdirektoren. Landeshauptmann zu sein, ist nicht die Qualifikation, die vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Bank-Austria erwartet wird. (Beifall bei der FPÖ. - Abg. Dinhof: Landeshauptmann ist ja kein Posten!)

Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir dem vorliegenden Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses unsere Zustimmung verweigern! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Outolny: Als nächster Debattenrednerin erteile ich Frau Abg. Hannelore Weber das Wort.

Abg. Hannelore Weber (eine Mappe aus Karton so auf das Rednerpult stellend, daß die Aufschrift "Schließt den Flötzersteig" zu lesen ist): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir zu diesem Tagesordnungspunkt noch einige prinzipiellen Bemerkungen zur Betätigung von Mitgliedern der Landesregierung in der Privatwirtschaft.

In Österreich ist die Privatwirtschaft nach wie vor in einem Ausmaß verpolitisirt, das an Zustände erinnert, die in den Staaten des ehemaligen Ostblocks gang und gäbe waren. Diese Verpolitisierung ist völlig anachronistisch und durch nichts als durch Pfründewirtschaft der Großparteien für langdiente Parteiapparatschiks, die Versorgungsposten benötigen, zu begründen.

Ich erspare mir heute die geringste Andeutung auf alle wohlbekannten Spiel- und Erscheinungsformen österreichischer Korruption und Mißwirtschaft, die sich auf das unselige Nahverhältnis zwischen Parteien und Wirtschaftsbetrieben in unserem Staat zurückführen lassen, wobei naturgemäß die verstaatlichten und mehrheitlich im Besitz von Bund und Ländern befindlichen Betriebe anfällig sind, die besonders das Objekt der Begierde von Landes- und Bundespolitikern darstellen.

Diese Grauzone zwischen Politik und Wirtschaft, auf die man bei so gut wie jedem der in Österreich in schöner Regelmäßigkeit ruchbar werdenden Wirtschaftsskandal stößt, ist ganz sicher mit ein Grund für die Politikverdrossenheit breiter Wählerschichten, und es gibt dagegen nur ein brauchbares Rezept: Konsequenter Rückzug aller zur Versorgung ausgeschriebenen Politiker aus Entscheidungsgremien der Wirtschaft.

Selbstverständlich will ich damit heute nicht an der Reputation jener ehrenwerten Mitglieder des Stadtseats kratzen, deren Funktion in der Privatwirtschaft heute zur Bestätigung anstünde. Es stellen sich aber in dieser Angelegenheit doch einige Fragen, die ich seit jeher als Mitarbeiterin in der Bürgerrechtsbewegung von irgendeinem jener legendären Ämterkumulierer in unserem Land gerne beantwortet hätte.

Was befähigt einen Politiker beispielsweise zu Sitz und Stimme im Aufsichtsrat eines Wirtschaftsbetriebs, deren man nur habhaft wird, weil dies eine schlechte politische Tradition in unserem Land ist? Wo erwirbt man die Kompetenz für eine derartige wirtschaftliche Verantwortung, zu der man nur gelangt, weil einem die Mutterpartei in ein solches Amt gehievt hat? -

Präsident Otolny (unterbrechend): Frau Abg. Weber, gestatten Sie, daß ich Sie unterbreche!

Ich bin soeben darauf aufmerksam gemacht worden, daß Sie vor Ihrem Rednerpult wieder eine Werbetafel angebracht haben. (Abg. Kenesei: Werbetafel ist gut!) Wenn Sie so freundlich wären und mir das einmal zur Kenntnis bringen würden, was Sie propagieren. Sofern es nicht zum Tagesordnungspunkt gehört, würde ich Sie bitten, das wieder zu entfernen.

Abg. Hannelore Weber (fortsetzend): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich habe vor meinem Rednerpult keine Werbetafel angebracht. Es handelt sich dabei um meine Unterlagenmappe, und es gibt keinen Geschäftsordnungspunkt, in dem erklärt ist, in welcher Art und Weise ich meine Unterlagenmappe am Podium deponieren muß. (Beifall bei der GA. - Abg. Ing. Svoboda: Herr Präsident! Bitte sich selbst zu überzeugen, nachdem die Frau Abgeordnete nicht bereit ist! - Abg. Dr. Pilz: Entscheidet die Mehrheit darüber? - Abg. Ing. Svoboda: Nein, ich habe gesagt, er soll sich überzeugen!)

Präsident Otolny (unterbrechend): Frau Abgeordnete! Ich muß einen Mitarbeiter des Hauses ersuchen, mir diese Tafel zu zeigen, die Sie aufgestellt haben!

Abg. Hannelore Weber (fortsetzend): Das ist keine Tafel!

Präsident Otolny (unterbrechend): Wenn Sie es nicht freiwillig tun,...

Abg. Hannelore Weber (fortsetzend): Das ist meine Unterlagenmappe, in der ich...

Präsident Otolny (unterbrechend): Wir sind hier nicht im Kindergarten! (Abg. Dr. Pilz: Richtig!) Sie machen das Spiel ja nicht zum ersten Mal, sondern jedes Mal, wenn Sie herauskommen. Daher bitte ich Sie, damit aufzuhören.

Nachdem das nicht zu diesem Tagesordnungspunkt gehört, seien Sie so nett und legen Sie die Mappe bitte so hin, wie das jeder andere auch tut.

Abg. Hannelore Weber (fortsetzend): Es tut mir leid, ich kann mich diesen Wünschen nicht beugen.

Es ist in der Geschäftsordnung nicht geregelt, in welcher Art und Weise ich die Mappe, in der ich meine Unterlagen heraustrage, am Pult hinstellen muß, darf oder kann, und ich lasse daher diese Mappe so stehen. (Beifall bei der GA. - Abg. Oblässer: Das ist sagenhaft! - Abg. Riepl: Das ist ein grünes Kasperltheater, das Sie aufführen!)

Präsident Otolny (unterbrechend): Frau Abg. Weber!

Es ist lächerlich, was Sie hier machen. (Abg. Kenesei: Das ist genauso lächerlich, was Sie machen!) Warum können Sie die Mappe nicht so hinlegen, wie jeder andere auch? (Abg. Dr. Pilz: Weil sie nicht will!) -

Abg. Hannelore Weber (fortsetzend): Ich bin nicht bekannt, wie jeder andere auch.

Präsident Otolny (unterbrechend): Ohne Werbeaufschrift!

Abg. Hannelore Weber (fortsetzend): Das ist keine Werbeaufschrift! (Abg. Susanne Jerusalem: Das ist das Gegenteil einer Werbung!)

Präsident Otolny (unterbrechend): Na sicher! Sie könnten die Mappe genausogut umdrehen, sodaß Sie das selbst vor Ihrem Gesicht haben. (Abg. Oblässer: Drehen Sie sie doch um, wenn es keine Werbeaufschrift ist!)

Die Beschriftung, die Sie dem Publikum kundtun, gehört nicht zu diesem Tagesordnungspunkt. (Abg. Dr. Pilz: Darf ich wissen, worauf Sie sich geschäftsordnungsmäßig beziehen?)

Herr Abg. Dr. Pilz, wenn Sie etwas sagen wollen, dann können Sie sich zum Wort melden, was Sie auch schon getan haben. (Abg. Dr. Pilz: Haben Sie eine Ahnung von der Geschäftsordnung?)

Ich habe jetzt Frau Abg. Weber ersucht, mit dem Spiel aufzuhören, ein jedes Mal, wenn sie hier herausgeht, diese Werbeaufschrift vor ihrem Rednerpult aufzubauen. (Heiterkeit bei der GA. - Abg. Dr. Pilz: Herr Präsident! Sie brechen durch Ihre Intervention die Geschäftsordnung!)

Sie brechen auch die Geschäftsordnung, indem Sie von Ihrem Platz aus hier hereinreden. Sie können sich ja zum Wort melden. (Abg. Dr. Pilz: Ich kann Zwischenrufe machen, soviel ich will! - Widerspruch bei der SPÖ.)

Abg. Hannelore Weber (fortsetzend): Ich fange noch einmal mit dem ersten Punkt an, weil Sie es vielleicht inzwischen vergessen haben.

Ich stelle mir als Bürgerrechtlerin in diesem Land die Frage: Was befähigt einen Politiker beispielsweise zu Sitz und Stimme im Aufsichtsrat eines Wirtschaftsbetriebs, deren man nur habhaft werden kann, weil dies eine schlechte politische Tradition in diesem Land ist? (GR. Oblässer: Frau Weber! Ihr Klubobmann verlangt die freie Rede, und Sie lesen da Berichte!)

Wo erwirbt man die Kompetenz für eine derartige wirtschaftliche Verantwortung, zu der man nur gelangt, wenn die Mutterpartei einen in diese Position gehievt hat? (Abg. Oblässer, zu Abg. Dr. Pilz: Sie verlangen die freie Rede, und sie liest herunter!)

Ich gehe davon aus, daß die letzten Universalgenies, wie Michelangelo und Leonardo da Vinci, bereits in der Renaissance ausgestorben sind. (Abg. Riepl: Besser, Sie reden allein. - Die meisten ÖVP-Abgeordneten verlassen die Bankreihen. - Abg. Margulies: Geht's zum Zirkus!)

Ich bezweifle sehr stark, daß ein Berufspolitiker, dessen erlernter Beruf ihn kaum für eine Position in einem Aufsichtsrat befähigt, diese Verantwortung nun besser wahrnehmen kann als ein Fachmann der Wirtschaft. (Abg. Dinhof: Sind Sie imstande, Ihr Konzept in die Mappe hineinzulegen und frei zu reden? - Bitte legen Sie das Manuskript in die Mappe und reden Sie frei, wie es Ihr Klubobmann verlangt! Darum möchte ich Sie ersuchen! Der Klubobmann der Grünen verlangt die freie Rede! - Abg. Margulies: Sie liest ja Zitate! - Abg. Dinhof: Nein, sie liest alles!)

Selbst den Fall vorausgesetzt, daß all unsere Multifunktionäre und Ämterkumulierer ihre Aufgaben erfüllen, zum Beispiel ruh- und rastlos wie einst Kaiser Maximilian der letzte Ritter, oder fähig der ungeteilten Aufmerksamkeit wie Cäsar und Napoleon (Abg. Dinhof: Beanspruchen Sie die Mappe für Ihr Konzept und reden Sie frei!), bei Hintanstellung aller persönlichen Freiheit, Freuden der Familie und Erholung des Schlafs, stellt sich für mich schon noch die Frage der Zeit und des Zeitaufwands für mehrere Funktionen.

Wir alle wissen aus den letzten Wahlkampfbroschüren, daß unser sehr verehrter Herr Bürgermeister schon beim Frühstück zwischen 7.45 Uhr und 7.55 Uhr bei einem Becher Kefir imstande ist, hunderte Briefe von Bürgern und Bürgerinnen dieser Stadt zu lesen. Ich kann mir aber dennoch schwer vorstellen, daß die Arbeit eines Wiener Bürgermeisters oder eines Stadtrats noch für diverse andere Ämter, Pöstchen und Posten Zeit läßt, sofern die Arbeit für diese Stadt mit großem Engagement betrieben wird. Schließlich heißt es doch so schön im Volksmund: "Man kann nicht mit einem Hintern auf mehreren Kirtagen tanzen!"

Völlig unklar ist mir, und darauf hätte ich auch ganz gerne eine Antwort, was einen Politiker überhaupt in solche Ämter und Posten treibt. Ist es die Sorge um das Gemeinwohl, ist es der Glaube an die Unersetzlichkeit oder ist es der Drang nach Omnipräsenz? - Vielleicht genügt das wirklich dem einen oder anderen Bürger! Vielleicht freut er sich darüber, wenn er das Konterfei seines sehr geschätzten Herrn Bürgermeisters nicht nur in den Klatschkolumnen sieht, sondern auch auf der Wirtschaftsseite. (Beifall bei der GA.)

Aber das alleine soll doch kein Grund dafür sein, daß die Privatwirtschaft weiterhin verpolitisiert wird.

Ich stehe daher auf dem Standpunkt, daß es keinen Grund für die Funktion von Mitgliedern des Stadtsenats in der Privatwirtschaft gibt. Außerdem ist das, wie wir schon gehört haben, teilweise rechtswidrig.

Ich bin der Meinung, daß die Wiener und Wienerinnen es wahrscheinlich lieber sehen würden, wenn sich ihre Regierungsmitglieder auf jene Tätigkeiten konzentrierten, für die unser sehr verehrter Herr Bürgermeister und die Stadträte Mayr und Hatzl gewählt worden sind. (Beifall bei der GA.)

Diese sollten ihre Aufmerksamkeit primär auf jene Mißstände in ihren Ressorts lenken, auf die der Rechnungshof und auf die das Kontrollamt in letzter Zeit hingewiesen haben. Dadurch ließen sich Zinsenverluste in der Höhe von 200 Millionen Schilling, weil man nicht rechtzeitig beim Wasserwirtschaftsfonds eingereicht hat, vermeiden. Dadurch hätten sich vielleicht auch die Kostenexplosionen beim U-Bahn-Bau etwas vermeiden lassen können. Vom AKH möchte ich gar nicht reden. Aber es hätte sich sicherlich auch der neuerliche Umweltkandal in bezug auf die Deponie Lackenjöchl vermeiden lassen können.

Es kann nicht passieren, daß jene Firmen, die in diesen Umweltkandalen involviert sind als Produzenten dieser Filterkuchen, und die selbst für die Bauausführung einer Altlastensanierung verantwortlich sind, jetzt wieder jener Gesellschaft angehören, die neuerlich eine Deponie sanieren darf. Das betrifft jene Firmen, die gegen das Altlastensanierungsgesetz verstoßen haben, und jene Firmen, die jetzt im Auftrag der Magistratsabteilungen 22 und 45 Filterkuchen in den EBS verbrennen lassen mußten, obwohl diese eigentlich auf einer Deponie für gefährliche Sonderabfälle gelagert werden sollten. Jene Firmen sollen sich zehn Jahre lang am Betrieb dieser Deponie dumm und dämlich verdienen können!

Hier wird wieder nur die Halbwahrheit gesagt! Man sagt, diese Firmen finanzieren das vor, man verschweigt aber, daß diese Firmen über zehn Jahre einen bis zu zehnfachen Gewinn der Sanierungskosten haben werden.

Dieses Geld würde die Stadt Wien dringend benötigen, um die weiteren Altlasten in diesem Gebiet sanieren zu können. Trotzdem werden diese Firmen für eine weitere Sanierung herangezogen.

Ich möchte daher den sehr verehrten Herrn Bürgermeister, weil er ja alles mithört, und die beiden Stadträte ersuchen, ihre Funktion in der Privatwirtschaft noch einmal zu überdenken und ihre Funktion in der Stadtverwaltung zu effektuieren. Ich glaube, die Wiener und Wienerinnen werden Ihnen das zu danken wissen. (Beifall bei der GA.)

Im übrigen bin ich der Meinung: Müllverbrennung gefährdet Umwelt und Gesundheit und gehört abgeschafft! (Beifall bei der GA.)

Präsident Otolny: Als nächster Redner ist Herr Abg. Ing. Svoboda zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. (Die Abgeordneten der SPÖ nehmen wieder ihre Plätze ein.)

Abg. Ing. Svoboda: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Hoher Landtag! (Abg. Dr. Pilz: Herr Landeshauptmann!)

Wir haben heute wieder einmal gesehen und gehört, wie die Oppositionsparteien in sachlichen Fragen agieren. Es werden Behauptungen aufgestellt, es werden Unterstellungen getätigt, mit der Wahrheit wird es auch nicht ganz genau genommen, die gesetzlichen Grundlagen werden etwas gebeugt. (Abg. Hannelore Weber: Wo?) Man nimmt es einfach nicht genau mit den Grundlagen und Fakten! (Abg. Margulies: Wir sind nicht in der Länderbank und in der Bank-Austria drinnen!)

Wir haben heute beim Tagesordnungspunkt 1 den Auftrag, die Unvereinbarkeit der Tätigkeit von Regierungsmitgliedern in bezug auf ihre Tätigkeit außerhalb der Regierung zu überprüfen, und wenn die Vereinbarkeit gegeben ist, dem zuzustimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sowohl Herr Kollege Mag. Chorherr als auch Herr Kollege Dr. Pilz haben unterstellt: Das ist so, und wer anders denkt und handelt, der verletzt die Gesetze.

Das ist ihre Meinung gewesen. Sie haben sich den Akt wahrscheinlich nicht genau durchgelesen, wie möglicherweise viele andere Akte auch. In den Ausschüssen wird immer verlangt, daß man lange Einsicht nehmen kann, aber dann informiert sich niemand über die Fakten.

Im Motivenbericht dieses Antrags steht drinnen: "Für die Z-Länderbank-Bank-Austria-AG haftet die Anteilsverwaltung Zentralsparkasse als Ausfallsbürge gemäß § 8 a Abs. 10 des Kreditwesengesetzes. Aufgrund der Haftung der Stadt Wien für die Verbindlichkeiten der Anteilsverwaltung Zentralsparkasse haftet die Stadt Wien mittelbar" (Abg. Dr. Pilz: Haftet!) "auch für die bestehenden und zukünftigen Verbindlichkeiten der Z-Länderbank-Bank-Austria-AG als Ausfallsbürge. Nach übereinstimmender Rechtsauffassung des Bundeskanzleramts und des Bundesministeriums für Finanzen, ist eine derartige Haftung der Gemeinde einer vermögensrechtlichen Beteiligung gleichzusetzen."

Ich habe aus diesem Antrag zitiert. Jeder Abgeordneten und jedem Abgeordneten war dieser Antrag zugänglich!

Ich möchte noch etwas ergänzen. Das Bundesministerium für Finanzen teilt mit, "daß das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst in Übereinstimmung mit der hieramts vertretenen Auffassung in teleologischer Auslegung des § 3 des Unvereinbarkeitsgesetzes..." (Abg. Dr. Pilz: Teleologischer!) Mir ist das schon klar, ich habe das nur noch einmal wiederholt, damit auch alle genau aufpassen: "Gemäß § 3 des Unvereinbarkeitsgesetzes ist die Rechtsbeziehung zwischen einer Gemeindesparkasse und deren Haftungsgemeinde einer vermögensrechtlichen Beteiligung gleichzusetzen."

Sehen Sie, und daraus ergibt sich ein sehr klares Faktum: Diese Feststellungen, sowohl von Herrn Kollegen Mag. Chorherr als auch von Herrn Kollegen Dr. Pilz getätigt, stimmen schlicht und einfach nicht! Das ist eine Auffassung, die vom Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts getätigt wird, und wir legen diese Rechtsmeinung unseren Entscheidungen zugrunde.

Im § 5 Abs. 1 Ziff. 2 steht dann drinnen, daß damit auch die Frage der Unvereinbarkeit sehr klar gegeben ist, denn die Landesregierung hat die Erklärung abgegeben - und diese wurde hier im Gemeinderat bereits im Dezember sehr klar und deutlich zum Ausdruck gebracht -, daß das öffentliche Interesse der Stadt damit gegeben ist.

Es wurde schon damals erklärt, daß im Interesse der Bank der Herr Bürgermeister auch nach der Fusionierung Vorsitzender des Aufsichtsrats bleiben soll, um gewisse wirtschaftliche Fragen einer positiven Regelung zuzuführen. Ich darf nur an die Verträge, die mit einigen Großanlegern gemacht werden mußten, erinnern.

Ich möchte auch gleich die Gerüchte, daß der Herr Bürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzender nicht ordnungsgemäß handelt, entkräften. Ich glaube, das haben gerade die letzten Ereignisse deutlich gezeigt.

Ich werde mir erlauben, in weiterer Folge noch auf einige Bemerkungen, die getroffen worden sind, einzugehen!

Ich glaube daher, daß die Frage der Unvereinbarkeit nicht so zu sehen ist, wie sie von den bisherigen Debattenrednern beurteilt wurde.

Der Herr Bürgermeister hat als Aufsichtsratsvorsitzender sehr deutlich Handlungen gesetzt. Er war es, der die Innenrevision mit der Klarstellung beauftragt hat. Es ging um Dinge, die zwar bekannt waren, aber nicht in ihrem vollen Umfang und in ihrer ganzen Tiefe. Er hat diesen Bericht zum Anlaß genommen, um die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten.

Wenn jetzt Herr Kollege Dr. Maier im Zusammenhang mit dem Herrn Bürgermeister von Unfähigkeit spricht, so frage ich mich, ob er sich nicht bei den Personen geirrt hat. (Abg. Neumann: Das glaube ich nicht!) Die Unfähigkeit kann nur bei jenen gelegen sein, die verantwortlich waren, und die haben ja Konsequenzen ziehen müssen. Sie heißen Drennig, Rumpold und nicht Zilk! So ist nämlich die Frage zu beurteilen. Man soll das ja nicht verwechseln! (Beifall bei der SPÖ.)

Eine weitere Klarstellung: Alle Einkünfte - der Herr Bürgermeister bekommt für diese Tätigkeit überhaupt nichts - gehen an die Stadthauptkasse! Das ist zwar nicht direkt angesprochen worden, aber das wird manchmal doch unterstellt!

Ich möchte jetzt gar nicht im Detail auf die Aufgaben des Aufsichtsrats eingehen. Die wirtschaftlichen Interessen sind nicht nur in bezug auf die Gemeinde, gerade im Zusammenhang mit der Z, zu sehen, sondern das ist auch maßgeblich für Fragen betreffend das Ausland. Welche Wirkung hat das auf das Ausland? - Dieses Naheverhältnis war gerade zum Zeitpunkt nach der Fusion von entscheidender Bedeutung!

Sehen Sie, darunter versteht man das Tragen von Verantwortung für diese Stadt und für die Menschen! (StR. Mag. Chorherr: Unsere!)

Ich komme daher schon zur Frage der Verantwortung! Gestatten Sie mir, entgegen der Geschäftsordnung auch über ein paar andere Dinge zu reden. (Abg. Dr. Pilz: Gegen die Geschäftsordnung?) Sicher, Herr Kollege Pilz! Unvereinbarkeit... (Abg. Dr. Pilz: Gegen die Geschäftsordnung?)

Sicher! Ich muß doch ein paar Dinge ins rechte Licht rücken! Herr Kollege Mag. Chorherr hat... (Abg. Dr. Pilz: Aber gegen die Geschäftsordnung! Herr Präsident: Gegen die Geschäftsordnung!)

Ich erlaube mir jetzt nur, auf einige Fragen, die sonst sie im Raum stehenbleiben, einzugehen.

Wenn neue Mitglieder des Gemeinderats glauben, daß unser Herr Bürgermeister ein Mensch ist, der an Fäden zu leiten oder zu lenken ist, so verstehe ich das. Ich glaube, das können aber nur jene glauben, die unseren Herrn Bürgermeister nicht kennen.

Herr Kollege Pilz, Sie kennen ihn ja. Daher ist das eine weitere Unterstellung, die Sie getägtigt haben!

Herr Kollege Mag. Chorherr, zur Frage Interessenkollision!

Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich ein bißchen mit der Frage der Kapitalaufnahme zu beschäftigen. Schauen Sie sich das Budgethandbuch hinten an. Da ist aufgelistet, wo überall Kapital aufgenommen wird. Sie werden feststellen können, daß Ihre Aussagen schlicht und einfach falsch waren.

Es ist auch wieder das Demokratieverständnis so drohend erwähnt worden. Herr Kollege Mag. Chorherr und Herr Kollege Dr. Pilz lassen nur eine Meinung gelten, und diese eine Meinung ist die einzige wahre Meinung. Das ist Ihre Art von Demokratieverständnis!

Sehen Sie, Herr Kollege Mag. Chorherr, da kommen wir schon zum demokratiepolitischen Verständnis. Sie haben heute auch von der Aufklärung bestimmter Dinge gesprochen. (Abg. Hannelore Weber: Sie lassen doch andere Meinungen überhaupt nicht gelten!)

Frau Weber, das ist bei den Grün-Alternativen so, aber bei den Sozialdemokraten gibt es immer ein Ringen um Meinungen. Wir haben keine Einheitsmeinung, sondern wir versuchen, uns aus den individuellen Meinungen zu einer gemeinsamen Meinung durchzuringen. (GR. Hannelore Weber: Bitte, heute ist noch nicht Faschingssamstag, der ist erst morgen!) Das ist der Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und den Grün-Alternativen in bezug auf das Demokratieverständnis. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich darf jetzt vielleicht zu Herrn Stadtrat Dr. Wille kommen! Ein Mitglied der Wiener Landesregierung spricht von Verantwortung, damit keine Unruhe aufkommt, die man gegenüber dieser Bank hat. Was macht er? - Er sagt: "Wir haften dafür, das ist alles gesichert, das ist alles in Ordnung." Im nächsten Atemzug sagt er aber: "Die Leute gehen zur Bank und beheben ihre Sparguthaben, weil sie Sorge und Angst haben."

Er behauptet hier etwas, was unrichtig ist und entzieht sich damit eigentlich seiner Verpflichtung, öffentlich wahrheitsgemäß und verantwortungsvoll zu handeln. Denn wahr ist vielmehr, daß die Leute nachfragen kommen. Das ist genau die Art von Verunsicherungspolitik, die von vielen Seiten, Serles, Chorherr, betrieben wird.

Herr Abg. Dr. Serles spricht von fünf Milliarden Schilling. Er kennt die Ziffern nicht. (Abg. Dr. Pilz: Er hat keine fünf Milliarden?) Das sind Traumziffern, die er hat. In der Bilanz 1991 ist bei der Bank-Austria eine Rückstellung in der Höhe von 3.150.000.000 Schilling ausgewiesen. (Abg. Dr. Serles: Das ist für Wertberichtigungen!) Eine Rückstellung für Wertberichtigungen!

Sie wissen auch genau, wenn Sie sich erkundigt haben, daß sich das vielleicht in der Größenordnung von 3 Milliarden oder 3,5 Milliarden bewegt. Die Frage der Bedeckung dessen ist nicht gegeben!

Sie sprechen auch nicht darüber, daß die Frage "ÖCI-Einkauf oder Verkauf" natürlich auch Erträge bringt.

Herr Kollege Dr. Serles! Es geht mir darum, daß sich jeder, der hier herausgeht, seiner Verantwortung gegenüber den Wienerinnen und Wienern klar sein soll und keine Verunsicherungspolitik betreiben soll. Das verlange ich! (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Pilz: Unseren Wienerinnen und Wienern!)

Ich darf zu dem ungeheuerlichen Vorwurf kommen, den Herr Kollege Dr. Wille gegenüber dem Herrn Bürgermeister geäußert hat. Er hat, ohne es klar auszusprechen, gesagt: "Die sind es nicht, die das dem "profil" weitergeben haben." Also daher bleibt nur mehr der Vorsitzende des Aufsichtsrats, unser Herr Bürgermeister! (StR. Mag. Chorherr: Wo ist der Herr Bürgermeister? Wo ist er denn?)

Ist das keine Ungeheuerlichkeit, Dinge einfach zu unterstellen? - Das ist eine Unterstellung von jemandem, der rechtskundig ist und der die Dinge immer rechtspolitisch sieht. Diese Person geht so locker hier hinaus und sagt das! Er ist sich dessen gar nicht bewußt, was er damit eigentlich anrichtet!

Wo ist denn Herr Klubobmann Pawkowicz? - Okay! Ich stelle nur fest, daß die FPÖ nicht vollständig im Saal anwesend ist, es sind nur ein paar Beobachter hiergeblieben. Diese Frage ist für die FPÖ so wichtig, daß sie jetzt draußen steht und nicht im Saal anwesend ist.

Herr Abg. Pawkowicz hat eigentlich etwas gesagt, was ich durchaus nachvollziehen kann: Was hat es eigentlich zwischen Dienstag 10 Uhr und dem heutigen Tag gegeben (Abg. Dr. Pilz: Mittwoch! - Heiterkeit!), daß die ÖVP ihre Meinung so geändert hat? Was hat es zwischen der Sitzung der Landesregierung und der Sitzung des Landtags gegeben? - Das "profil" ist am Sonntag abends erschienen. Am Montag in der Früh war es überall zu kaufen. Das war also schon vor dem Dienstag. Was hat es eigentlich gegeben zwischen Dienstag und heute? -

Ich habe gestern in der Zeitung gelesen, daß Drennig und Rumpold, die im Vorstand der Länderbank waren, jetzt den Vorstandssessel räumen müssen.

Es ist daher nur der Schluß zulässig: Weil Drennig und Rumpold nicht mehr dem Vorstand der Bank-Austria angehören, hat die ÖVP ihre Meinung geändert. Das heißt, sie ist eigentlich nicht daran interessiert, daß in bezug auf bestimmte Handlungen Konsequenzen gezogen werden.

Diese Konsequenzen hat unser Bürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzender eingeleitet, und das bestätigt eigentlich indirekt, daß er zwar ordnungsgemäß gehandelt hat, aber Ihnen damit weh getan hat. Weil Ihnen das nun weh tut, sagen Sie jetzt: "Wir strafen die Sozialdemokraten damit, indem wir diesem Antrag nicht zustimmen." (Beifall bei der SPÖ.) Diesen Schluß ziehe ich daraus!

Die FPÖ tritt vehement für eine Trennung zwischen Politikern und Aufsichtsräten ein, wobei ich noch immer nicht begreife, warum eine so strenge Trennung angestrebt wird. Bis gestern war Herr Abg. Pawkowicz noch im Sparkassenrat vertreten. Vor einiger Zeit, ich kann mich dunkel daran erinnern, hat es auch ein Aufsichtsratsmitglied... (Abg. Herzog: Er war nie Sparkassenrat! Nie!) Entschuldigung, das nehme ich zurück!

Aber ich glaube, Herrn Mag. Kabas, der jetzt Stadtrat ist, hat es irgendwo im Aufsichtsrat der Länderbank gegeben. Rein zufällig war er zu diesem Zeitpunkt nicht Stadtrat, aber meines Wissens war er irgendwo politisch tätig. (Abg. Prochaska: In der CA war er! Der Androsch ist ihm sehr verpflichtet!)

Aufsichtsrat war er, darüber sind wir uns einig, okay! Ich wollte das nur zur Klarstellung erwähnen!

Diese Frage läßt eher den Schluß zu: Ich drehe es mir, wie es mir paßt! Das ist etwas, was wir nicht machen! (Heiterkeit bei der FPÖ.) Wir halten uns exakt an die Grundlagen!

Herr Kollege Dr. Pilz, ich habe schon gesagt, daß Sie den Herrn Bürgermeister auch gut kennen. Sie haben aber trotzdem rhetorisch eine klasse Geschichte erzählt.

Sie wissen ganz genau, daß unser Herr Bürgermeister nicht an Fäden zu ziehen ist. Das sage ich sehr deutlich! Ich lege wirklich Wert darauf, daß nicht... (Abg. Dr. Pilz: Sie ziehen nicht an Fäden?) Wir ziehen nicht an Fäden, das ist der Unterschied! Vielleicht ist das aber bei Ihnen so üblich, bei uns nicht!

Ich darf vielleicht noch zu Herrn Kollegen Dr. Maier in bezug auf Unterstellungen und Behauptungen etwas sagen.

Ich gehe davon aus, daß Sie politische Unkultur haben. Es ist eine politische Unkultur, wenn Sie sagen: "Die SPÖ-Abgeordneten, die noch bei klarem Verstand sind!" Was heißt das? - (Heiterkeit bei der FPÖ.)

Der Kollege Dr. Maier ist so ähnlich wie Herr Kollege Dr. Pilz, der einmal gesagt hat: Alle, mit Ausnahme von ihm und seiner Fraktion, seien faule und ängstliche Abgeordnete. Das hat er gesagt (Abg. Dr. Pilz: Ja!), und er hat sich auch nicht dafür entschuldigt! Das ist ja falsch! (Abg. Dr. Pilz lacht.)

Herr Kollege Dr. Pilz, ich erwarte mir von Ihnen, daß Sie herausgehen und sich für diese Dinge entschuldigen. Wenn man auf Unwahrheiten aufmerksam gemacht wird, die man einmal gesagt hat, sollte man auch den Mut haben zu sagen: "Ich habe mich geirrt, ich nehme das mit Bedauern zurück!" Aber das haben Sie bisher nicht gemacht. (Beifall bei der SPÖ.)

Diese Reihe mit Maier (Abg. Prochaska: Sie meinen den Maier!), ja, Dr. Ferdinand Maier, damit es kein Mißverständnis gibt, wäre noch fortzusetzen. Ich könnte durchaus noch ein paar Schmankerln erwähnen!

Selbstverständlich wird meine Fraktion diesem Antrag zustimmen, weil er sachlich begründet ist und weil er letzten Endes auch im Interesse unserer Stadt und der Wiener Bevölkerung ist. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Hirnschall: Als nächster Redner ist Herr Abg. Neumann zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Neumann: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Klubobmann!

Sie tun mir fast ein bißchen leid, das muß ich Ihnen ehrlich sagen! (Abg. Ing. Svoboda: Ich brauche Ihnen nicht leid zu tun!) Das ist ein schweres Geschäft, das Sie haben, weil immer wenn es in dieser Stadt oder in diesem Land kracht, wenn es einen Skandal gibt, müssen Sie sich hier herausstellen und versuchen zu argumentieren, wo nichts zu begründen ist. Das ist wirklich fast bedauerlich!

Ich weiß nicht, ob es Ihnen auffällt, Herr Klubobmann, oder Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Wiener SPÖ:

Immer wenn es einen Skandal in der Zweiten Republik gegeben hat, ist die SPÖ mit von der Partie gewesen! (Lebhafte Heiterkeit bei der SPÖ. - Abg. Dinhof: Wieso? Der Rumpold!) Ich erinnere Sie an AKH, Rinter-Zelt, Konferenzzentrum, Stadion, Teletheater. Ich nenne Ihnen auch ein paar Namen, um Ihre Erinnerungen aufzufrischen (Abg. Dinhof: Drennig, Rumpold!): Androsch, Gratz, Blecha, Sekanina, Braun (Abg. Dinhof: Rablbauer, Fürst!), Sipötz, Lustig, Sinowatz, Sallaberger, Hofmann, Rechberger. (Abg. Dinhof: Weiter: Fürst, Drennig, Rumpold! Okay!)

Wo nehmen Sie eigentlich den Nachwuchs her, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ja wirklich sensationell? - Also ich verstehe schon, daß Sie sich hier schwer tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die "Frankfurter Allgemeine", die "Neue Zürcher Zeitung" und die "Financial Times" haben schon in den 80er Jahren geschrieben, daß mit den Besetzungen der Top-Jobs auf dem österreichischen Bankensektor etwas nicht in Ordnung ist. (Abg. Prochaska: Richtig!)

Damals ist Herr Vizekanzler Androsch, der mittlerweile aus gut bekannten Gründen aus der Regierung ausgeschieden ist, zum Generaldirektor der Creditanstalt ernannt worden. Meine Damen und Herren! Das ist wirklich eine lustige Situation: Das ist der einzige Mensch, der seine Bankenlehre gleich als Generaldirektor begonnen hat!

Es ist interessant, daß Herr Stadtrat Mag. Kabas heute nicht gesprochen hat. Herr Kollege Pawkowicz und irgendein anderer junger Kollege von der FPÖ haben den Proporz angeprangert. Herr Stadtrat Mag. Kabas war es, der Herrn Generaldirektor Androsch mit seiner Stimme in die CA bestellt hat. Der Saubermann Mag. Kabas war das Züglein an der Waage! Er war der Büttel des Herrn Androsch, daß es dazu gekommen ist! (Beifall bei der ÖVP. - LhptmSt. Mayr: Woher wissen Sie denn das?)

Dann darf ich Ihnen folgendes noch sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, obwohl es heute schon einmal gesagt wurde:

Der frühere Sekretär im Finanzministerium, Herr Dr. Franz Vranitzky, war 1981 mit der Führung der zweitgrößten heimischen Bank, mit der Länderbank, beschäftigt, und zwar auf Wunsch des SPÖ-Zentralsekretariats. Von seinem glorreichen Wirken als Bankmanager sind zwei Maßnahmen noch in guter Erinnerung:

Er "sanierte" die Österreichische Länderbank in die AG, indem er einen Zuschuß in Milliardenhöhe bei der SPÖ-Alleinregierung lockermachte. Dr. Franz Vranitzkys sogenannter Sanierungserfolg bestand seinerzeit schlicht und einfach darin, die österreichischen Steuerzahler für das damalige Finanzdesaster der Länderbank haftbar zu machen.

Dr. Franz Vranitzky war es, der seinen Freund Dr. Herbert Cordt in den Vorstand der Länderbank geholt hat und ihn mit dem Auslandsgeschäft betraut hat. Sein und Androschs Freund Dr. Cordt wurde im Schnellsiederkurs zum Bankmanager ausgebildet, und der Erfolg dieses Kurses, meine Damen und Herren, liegt auf der Hand!

Vranitzky und Cordt haben sich ins Auslandsgeschäft gestürzt und, wie wir längst wissen, ohne Rücksicht auf Verluste, im wahrsten Sinne des Wortes, Repräsentanzen auf der ganzen Welt zwischen London und New York eingerichtet. Damals - und zwar von Vranitzky, das muß man immer wieder sagen - wurde der Grundstein für das Finanzdebakel der Österreichischen Länderbank gelegt.

Herr Bundeskanzler Dr. Vranitzky hat sich jedoch von seinem Macherimage weit weg entfernt und ist heute ein besonderer Zauderer dieser Republik!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fusionsverhandlungen zwischen der Österreichischen Länderbank und der Zentralsparkasse standen schon von Anfang an unter schlechten Vorzeichen, denn in Wirklichkeit wurden damals keine ernsthaften Verhandlungen zwischen Fachleuten geführt, sondern der parteipolitische Wille des Wiener SPÖ-Obmanns und Vizebürgermeisters Mayr wurde vollzogen.

Seit 26. August 1991 sind allen Entscheidungs- und Verantwortungsträgern in der früheren Länderbank, in der früheren Zentralsparkasse und in der heutigen Bank-Austria die Probleme bekannt, über die wir heute diskutieren. Der Öffentlichkeit wurde alles oder fast alles verheimlicht. Erst jetzt, wo man nicht mehr in der Lage ist, eine 91er Bilanz zustande zu bringen, zieht man nur punktuelle Konsequenzen, und zwar personeller Natur.

Den Schaden, meine Damen und Herren, tragen die Kunden der Bank-Austria und jene Menschen davon, die sich seinerzeit Länderbank-Aktien und Partizipationsscheine der Zentralsparkasse gekauft haben.

Die Bank-Austria hat als erste Bank die Kontogebühren dramatisch erhöht. Die Partizipations-scheine der Bank-Austria haben in den letzten zehn Tagen gut zehn Prozent an Kurswert verloren. Im Fließhandel ist der Kurs der Bank-Austria-Vorzugsaktien in den letzten Tagen um 30 Punkte zurückge-gangen. Der Kursverlust der Bank-Austria-Stammaktien betrug in den letzten zehn Tagen ebenfalls

rund zehn Prozent. Nicht zuletzt belastet dieses finanzielle Desaster das allgemeine Börsenklima in Wien!

Auch dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Wiener SPÖ, tragen Sie die politische Verantwortung! Sie können sich von dieser Verantwortung nur befreien, wenn Sie bereit sind, im Vorstand und Aufsichtsrat der Bank-Austria die Konsequenzen zu ziehen. (Beifall bei der ÖVP. - LhptmSt. Mayr: Den Drennig und den Rumpold zu belassen!) Auch im Aufsichtsrat, Herr Vizebürgermeister!

Die Konsequenzen betreffen die personelle Besetzung sowohl im Vorstand als auch im Aufsichtsrat! Es ist nicht gut, wenn dort das Parteibuch regiert. Ich sage Ihnen das auch von unserer Partei her. Das soll nicht die Spielwiese... (LhptmSt. Mayr: Warum verlangt es dann Ihr Landesparteivorsitzender?) Wann hat der Herr Landesparteivorsitzende von Ihnen verlangt,... (LhptmSt. Mayr: Am Mittwoch hat er mich angerufen und mich aufgefordert, die beiden Herren zu belassen, sonst gibt es Krieg!) In Gleichheit mit dem Herrn Cordt. (LhptmSt. Mayr: Das hat er verlangt!) Das muß man mit dem Herrn Landesparteobmann besprechen!

Ich sage Ihnen von dieser Stelle aus, daß es gut wäre, wenn kein parteipolitischer Einfluß, von welcher Partei auch immer, dort stattfindet. (Abg. Dr. Pilz: Stimmt das mit Mittwoch?)

Warum fragen Sie mich, bin ich der Landesparteobmann? - Da müssen Sie Herrn Dr. Wille fragen. (Abg. Dr. Pilz: Das möchte ich jetzt wirklich wissen!) Fragen Sie ihn! (Abg. Dr. Pilz: Wo ist der Wille?) Gehen Sie hinaus und fragen Sie ihn! Was fragen Sie mich?

Wir von der Wiener Volkspartei knüpfen an die Neubesetzung von Vorstandsdirektoren und Aufsichtsratsmitgliedern keine parteipolitischen Bedingungen. (Heiterkeit bei LhptmSt. Mayr.) Uns sind die Besten, ich sage es noch einmal, auch wenn Sie lachen, Herr Vizebürgermeister, gerade gut genug, auch im Aufsichtsrat!

Es ist nicht gut, wenn der Wiener Bürgermeister an der Spitze des Aufsichtsrats der größten Bank unseres Landes steht. Es ist wirklich für das Image und für den geschäftlichen Erfolg dieser Bank schlecht, wenn der Wiener SPÖ-Obmann Mayr dort die parteipolitischen Fäden zieht. (Abg. Ing. Svoboda: Wovon reden Sie?)

Diese Neuordnung ist Voraussetzung für die Konsolidierung der größten österreichischen Bank und für ihren Weg an die Börse. Uns von der ÖVP liegt das Wohlergehen dieser Bank, ihrer Kunden und ihrer Sparer am Herzen. (Abg. Ing. Svoboda: Überhaupt nicht! Euch überhaupt nicht!)

Sie, Herr Vizebürgermeister Mayr, haben allen Grund, um Ihren Ruf als Finanz- und Wirtschaftspolitiker besorgt zu sein. Die personelle und strukturelle Neuordnung der Bank-Austria kann nur gleichbedeutend sein mit dem Rückzug der SPÖ aus allen Gremien und aus der aktiven Geschäftspolitik dieser Bank.

Retten Sie, Herr Vizebürgermeister Mayr, Ihren Ruf und sichern Sie damit der Bank-Austria die Zukunft! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Hirnschall: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Stadtrat Mag. Chorherr das Wort.

Stadtrat Mag. Chorherr: Meine Damen und Herren!

Bisher war das eine Diskussion über die Funktion von Bürgermeister Dr. Zilk. Jetzt aber ist der Zeitpunkt gekommen, auch eine Diskussion über die Funktion von Landesparteobmann Dr. Wille zu führen.

Ich wiederhole das, was in einem Zwischenruf von Vizebürgermeister Mayr gesagt wurde. (Abg. Fürst: Sagen Sie: des Landesparteiobmanns!) Des Landesparteiobmanns und des Abgeordneten dieses Hauses. (Abg. Pfeiffer: Er ist kein Abgeordneter!)

Er hat gesagt - ich zitiere jetzt nur den Herrn Vizebürgermeister -: Es gab ein Telefongespräch, wo angeblich -ich hoffe, daß Herr Dr. Wille herauskommen und das bestätigen oder dementieren wird, das hoffe ich auch von Herrn Vizebürgermeister Mayr - Herr Dr. Wille gesagt hat: "Entweder Ihr läßt die Vorstandsdirektoren Drennig und Co. im Amt oder es gibt Konsequenzen." Ich zitiere sinngemäß, was der Herr Vizebürgermeister gesagt hat. (Abg. Pfeiffer: Herr Stadtrat, beschäftigen Sie sich mit Fakten!)

Wenn das der Fall ist, werden wir nicht nur über den Fall Zilk, sondern auch über den Fall Wille eine ausführliche Diskussion führen müssen.

Wenn ein Kollege von Ihnen herausgeht und sagt, der Proporz ist vorbei und wir verlangen eine Trennung von Proporz und Wirtschaft, was richtig ist, und wenige Tage vorher der Landesparteiobmann genau dieser Partei übelste Proporzpolitik betrieben hat,... (Abg. Prochaska: Wieso hat er das?)

Wenn Herr Vizebürgermeister Mayr, bei allen politischen Differenzen, einen Zwischenruf macht, so muß ich sagen: Entweder er lügt und erfindet etwas, oder das ist die Wahrheit und der Vorwurf stimmt. Ich erwarte... (Abg. Prochaska: Herr Stadtrat, unterstellen Sie nicht!) Ich unterstelle gar nichts! (Abg. Prochaska: Sie haben etwas gehört und stellen es als Faktum dar!)

Ich fordere Herrn Dr. Wille auf, hier herauszukommen und zu sagen: Es hat dieses Telefongespräch gegeben, und zwar mit diesem Inhalt oder mit einem anderen Inhalt.

Eines ist auf jeden Fall eine Tatsache: Wenn das, was Herr Vizebürgermeister Mayr gesagt hat, völlig falsch ist, dann ist er schwerstens zu kritisieren, daß er es sich herausnimmt, derartige Unterstellungen zu machen. Ich bezweifle jedoch, daß er so etwas einfach erfindet. Ich weiß es aber nicht, ich war bei diesem Gespräch nicht dabei. (Abg. Georg Fuchs: Sie wissen nichts!)

Aber eines können wir feststellen: Einer von den beiden, Mayr oder Wille, hat eine schwere Verfehlung gemacht. Entweder hat einer eine üble Proporzpolitik betrieben, oder jemand unterstellt hier etwas und schadet somit dem Ruf einer Person.

Eines verlange ich noch: Herr Dr. Wille - er kommt gerade in den Saal - wird hier herauskommen und erklären, ob es ein Telefongespräch zwischen ihm und Herrn Vizebürgermeister Mayr gegeben hat (Heiterkeit bei der ÖVP.), in dem er tatsächlich verlangt hat, Proporzpolitik im alten Stil fortzuführen, während ein Parteikollege die Abschaffung dieser verlangt.

Ich bin sehr gespannt, wie Herr Dr. Wille agieren wird. Er wird sich hoffentlich als einer der nächsten Redner zum Wort melden! (Abg. Pfeiffer: Bei einem geht es um Politiker und bei einem um Manager! Wenn Ihnen das nicht bekannt ist, sollten Sie sich informieren!) Der Unterschied zwischen Politikern und Managern!

Wenn der Parteiobmann einer Partei, die sich auf die Fahnen heftet, angeblich den Proporz abzuschaffen, wie das gerade mein Vorredner gesagt hat, genau diese Proporzpolitik verfolgt,... (Abg. Pfeiffer: Das ist ein Proporz!)

Wenn es wahr ist, daß Sie von Herrn Vizebürgermeister Mayr verlangt haben, daß die der ÖVP zuzurechnenden Vorstandsmitglieder im Amt bleiben sollen, so ist das genau jene Art von Proporzpolitik, die ich meine. (Heftige Zwischenrufe bei der ÖVP.) Für Ihr eigenes Überleben können Sie nur hoffen, daß der Zwischenruf von Herrn Vizebürgermeister Mayr falsch war.

Ich kann das Thema insofern beenden, als ich sage: Herr Dr. Wille wird hier herausgehen und erklären, wie es tatsächlich war, und dann werden entweder er oder Herr Vizebürgermeister Mayr eine

Erklärung abgeben. (Abg. Prochaska: Das haben Sie uns jetzt schon viermal erklärt - kommen Sie endlich zum Wesentlichen!)

Ich wollte mich ursprünglich nicht mehr in bezug auf Ihre Aussagen zum Wort melden, aber Sie sind auf einen wesentlichen Vorwand von mir nicht eingegangen, Herr Klubobmann. (Abg. Ing. Svoboda: "Vorwand" - das ist richtig! Ja, "Vorwand"!) Ich meine eine Vorhaltung.

Innerhalb des Rechnungshofs besteht eine Rechtsmeinung, die besagt, daß ein Mitglied Ihrer Partei in den Aufsichtsrat von Z/Länderbank entsendet werden kann. Die gipfelt jedoch darin zu sagen, es liegt keine Beteiligung vor. Nur weil diese Rechtsauffassung so lautet, besteht die Möglichkeit für den Unvereinbarkeitsausschuß des Parlaments, das zu tun. (Abg. Ing. Svoboda: Nein!)

Es gibt noch eine andere Rechtsauffassung, die der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts unter der Weisungsberechtigung von Seiten des SPÖ-Vorsitzenden... (Abg. Ing. Svoboda: Nein! - Unterstellen Sie dem Verfassungsdienst doch nichts!) Ich unterstelle gar nichts, ich stelle wieder einmal dar, wie die Faktenlage ist. Vielleicht kann auch der Herr Vizebürgermeister dann Stellung dazu nehmen. Es gibt auch noch vom Finanzministerium eine andere Rechtsauffassung!

Ich stelle nur fest, daß die Rechtsauffassung, die der Rechnungshof vertritt, dazu führt, daß sowohl Z als auch Länderbank nicht vom Rechnungshof kontrolliert werden können. Sie nicken! Diese beiden Institute können auch vom Kontrollamt der Stadt Wien nicht kontrolliert werden. Der Grund dafür ist, so argumentiert der Rechnungshof in seinem Schreiben, das wir haben, daß eben keine Beteiligung vorliegt.

Wenn Ihre Rechtsauffassung stimmt, dann könnte ein Kollege Ihrer Partei nicht im Aufsichtsrat sitzen und dann könnten sowohl der Rechnungshof als auch das Kontrollamt prüfend tätig sein.

Bevor klargestellt ist, welche dieser Rechtsauffassungen gegeben ist, können Sie doch nicht allen Ernstes von uns verlangen, daß wir hier herausgehen und eine Ausnahmebestimmung nach dem Unvereinbarkeitsgesetz beschließen, eine Ausnahmebestimmung, die erfordert, daß eine Landesbeteiligung vorliegt. Maßgebliche Stellen im Unvereinbarkeitsausschuß des Parlaments besagen jedoch, daß keine Beteiligung vorliegt. Hier stehen sich zwei Rechtsauffassungen gegenüber!

Sie haben zur FPÖ gesagt, Herr Klubobmann Ing. Svoboda: "Sie drehen es sich, wie man es braucht." Genau das tun Sie aber! Im Parlament besteht die Auffassung, es liegt keine Beteiligung vor. Da Sie von der SPÖ aber eine Beteiligung brauchen, um jemanden in den Aufsichtsrat bringen zu können, werden zwei Rechtsauffassungen gemacht. Dazu erwarte ich eine eindeutige Erklärung! (Beifall bei der GA.)

Präsident Dr. Hirnschall: Als vorläufig letzter Redner ist Herr Abg. Dr. Pilz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. (StR. Mag. Chorherr: Herr Wille, Sie geben keine Erklärung zu diesen Vorwürfen ab? - Abg. Prochaska zu StR. Mag. Chorherr: Sind Sie mit Ihrer Rede fertig? - Dann setzen Sie sich nieder und geben Sie Ruhe!)

Abg. Dr. Pilz: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Klubobmann Prochaska, ich danke für Ihren Hinweis darauf, daß ich immer spannend bin. Ich hoffe, Ihren Erwartungen gerecht zu werden und beginne mit Herrn Dr. Wille.

Gehen wir die Geschichte durch!

Ich kann auch nur das zur Kenntnis nehmen, was von Herrn Vizebürgermeister Mayr hier - und ich hoffe, daß es protokolliert worden ist - gesagt worden ist.

Es hat am Mittwoch ein Telefonat zwischen Dr. Wille und Vizebürgermeister Mayr gegeben. (Abg. Fürst: Jetzt haben Sie endlich etwas Gemeinsames zwischen ÖVP und SPÖ gefunden!) In die-

sem Telefonat soll Dr. Wille erklärt haben, wenn die beiden ÖVP-Vorstandsmitglieder Drennig und Rumpold aus dem Vorstand der Bank-Austria entfernt werden, werde das zu öffentlichen Konsequenzen führen.

Jetzt muß man sich einmal den Hintergrund der ganzen Geschichte anschauen, abgesehen davon, daß ich mir schwer tue zu ergründen, warum Vizebürgermeister Mayr etwas Derartiges erfinden sollte. Schauen wir uns die Hintergründe an!

Im "Standard" vom 26. Februar 1992 steht folgendes über Bundeskanzler Dr. Vranitzky: "Vranitzky erklärt: Die Vorstandsbestellungen seien strikt nach dem Proporz vorgenommen worden. Drennig und Rumpold seien von der VP vorgeschlagen worden."

Diese Erklärung des Bundeskanzlers, so sie stimmt - sie ist nicht widerrufen worden -, stellt an sich schon eine Ungeheuerlichkeit dar. Der gleiche Bundeskanzler, den ich jahrelang im Parlament mit Tiraden gegen den Proporz und gegen die politische Postenbesetzung in der verstaatlichten Industrie und in den Großbanken erlebt habe, erklärt hier, es sei alles nach dem Proporz passiert, es sei alles in Ordnung, und er bestätigt, daß Drennig und Rumpold von der ÖVP vorgeschlagen wurden.

Das, was jetzt an öffentlichen Vorwürfen gegenüber dem alten Länderbank-Vorstand und dem Aufsichtsrat und auch gegenüber den Organen der Bank-Austria existiert, ist für Insider nichts Neues. Es ist schon länger bekannt, daß diese riesigen Aushaftungen in naher Zukunft fällig werden müssen, schlagend werden müssen. Trotzdem hat die Österreichische Volkspartei, im Gegensatz zur Freiheitlichen Partei, im Unvereinbarkeitsausschuß des Wiener Landtags für die Aufhebung der Unvereinbarkeit für den Wiener Landeshauptmann gestimmt.

Am Mittwoch gab es ein Telefonat, von dem Vizebürgermeister Mayr jetzt berichtet hat. Kurz darauf ändert die ÖVP ihre Haltung in der Frage Unvereinbarkeit des Wiener Landeshauptmanns.

Das ist jetzt eine klare Chronologie! Das sind klare und jederzeit belegbare Fakten!

Für mich steht fest: Zu einem Zeitpunkt, wo der ÖVP bereits alles bekannt war und vieles bekannt sein mußte, was rund um die Länderbank und um die Bank-Austria passiert ist, hat sie keinen Grund gesehen, eine Unvereinbarkeit zwischen der Funktion des Landeshauptmanns und des Mitglieds des Aufsichtsrats der Bank-Austria festzustellen. Das hat in diesem Fall im Ausschuß nur die Freiheitliche Partei und außerhalb des Ausschusses - wir gehören dem Ausschuß nicht an - die grüne Fraktion getan.

Der Meinungsumschwung hat stattgefunden, kurz nachdem auch öffentlich klargeworden ist, daß die Vertreter der SPÖ nicht bereit sind, die zwei schwer belasteten, von der ÖVP entsandten Vorstandsdirektoren zu halten. Ab dem Moment, wo klar war, daß Zilk die Köpfe von Rumpold und Drennig fordert, hat die ÖVP ihre Haltung in der Frage der Unvereinbarkeit um 180 Grad geändert.

Deswegen kann ich jetzt, kurz nachdem diese Information bekanntgeworden ist, eines schon sagen: Alle uns bekannten Fakten sprechen für das, was uns Vizebürgermeister Mayr in seinem Zwischenruf zur Kenntnis gebracht hat.

Wir haben jetzt möglicherweise einen Fall "Wille". Wir haben auf jeden Fall den Fall "Wille", mit dem sich dieser Landtag beschäftigen muß.

Es ist für mich keine Kleinigkeit, wenn ich in der jetzigen Situation davon ausgehen muß, daß nicht irgendein Landtagsabgeordneter, sondern der Parteiobermann der drittstärksten Fraktion möglicherweise - und alle Fakten sprechen dafür - versucht hat, eine Intervention im Sinne des Proporz in der übelst denkbaren Art und Weise im Rahmen seiner Tätigkeit im Wiener Landtag und im Wiener Gemeinderat durchzuführen. Ich bin froh, daß das bekanntgeworden ist!

Herr Dr. Wille, es bleibt Ihnen nur eines über: Erstens sofort eine öffentliche Erklärung abzugeben, wie es sich Ihrer Meinung nach zugetragen hat, und zweitens aus dem ganzen Konsequenzen zu ziehen. Das ist ja nicht irgendein Vorwurf, das ist ja nicht irgendein Telefonat gewesen, das wissen Sie als Rechtsanwalt besser als ich. Dieser Vorwurf von Vizebürgermeister Mayr ist zumindest ehrenrührig! (Abg. Pfeiffer: Das meinen Sie doch nicht wirklich? Das ist doch nicht ehrenrührig!)

Als Anwalt wissen Sie ganz genau, wenn Sie der Meinung sind, daß Sie das nicht gesagt haben, und wenn Sie nicht versucht haben, schwerst belastete Vorstandsdirektoren der ÖVP um jeden Preis in diesem Vorstand zu halten, was Sie zu tun haben. (Abg. Pfeiffer: Das ist doch lächerlich!) Ich bin sehr gespannt, ob Sie die notwendigen Schritte ergreifen, oder ob Sie durch den Verzicht auf eine Stellungnahme und durch den Verzicht auf weitere Schritte letzten Endes ein öffentliches Schuldbekenntnis hier und heute ablegen. Das ist der eine Punkt! (Abg. Fürst: Sie werden es erfahren!)

Ich bin dagegen, in einem Atemzug von einem "Fall Wille" und von einem "Fall Zilk" zu sprechen. Ich halte die politische Entscheidung des Landeshauptmanns für falsch, in diesem Aufsichtsrat eine Funktion zu erfüllen. Ich halte - und das habe ich heute in meinem ersten Beitrag schon gesagt - jedoch vieles an der Handlungsweise des Landeshauptmanns der letzten Tage für absolut richtig und unterstützungswert, was die Konsequenzen gegenüber den belasteten Managern betrifft.

Ich habe auch darauf hingewiesen, daß die sehr stark begründete Vermutung besteht, daß die Aufhebung der Unvereinbarkeit laut § 5 Unvereinbarkeitsgesetz zugunsten von Herrn Landeshauptmann Dr. Zilk eine Verletzung des Unvereinbarkeitsgesetzes darstellen dürfte. Ich möchte das noch einmal ganz kurz begründen.

Der Verfassungsdienst, der von Klubobmann Ing. Svoboda zitiert worden ist, ist in der Frage des Vollzugs des Unvereinbarkeitsgesetzes sachlich und vom Wirkungsbereich her nicht zuständig.

Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts ist zuständig für die verfassungsmäßige Kontrolle der Akte der österreichischen Hoheitsverwaltung und nicht der Legislative. Im Bereich der Legislative liegt die Zuständigkeit, soweit es den Bund betrifft, eindeutig einerseits beim Rechnungshof und beim Rechnungshofausschuß, andererseits beim Unvereinbarkeitsausschuß des Österreichischen Nationalrats und drittens in ganz bestimmten Fällen beim Verfassungsausschuß des Nationalrats. Ganz sicherlich nicht liegt sie beim Verfassungsdienst des Österreichischen Bundeskanzleramts, in dem weisungsgebundene Beamte nach bestem Wissen und Gewissen Hoheitsakte der österreichischen Bundesverwaltung prüfen und beurteilen.

Das sollte Klubobmann Ing. Svoboda wissen, und ich gehe auch davon aus, daß er das weiß. Ich gehe davon aus, daß er weiß, daß er sich auf die Äußerung eines sachlich und vom Wirkungsbereich her unzuständigen Organs stützt. In unserer Kritik und Ablehnung des Antrags der Mehrheitsfraktion stützen wir uns auf die Auskunft des sachlich zuständigen Organs, nämlich des Rechnungshofs des Österreichischen Nationalrats. (Beifall bei der GA.)

Ich sage Ihnen gleich - und ich habe das in meinem ersten Beitrag auch schon angedeutet -, es ist für uns keine Kleinigkeit, heute einen Beschuß, der sich abzeichnet, zur Kenntnis nehmen zu müssen, der unter Mißachtung der herrschenden Meinung und möglicherweise unter Bruch des Unvereinbarkeitsgesetzes zustande kommt.

Zumindest darüber sollten wir uns einigen: Wenn für Sie die, meiner Meinung nach unzuständige, Rechtsauffassung des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramts gilt, dann hat sie bitte auch für den Nationalratsabgeordneten zu gelten, der in das gleiche Gremium über jede Unvereinbarkeitsregelung hinweg entsandt wird. Aber es geht nicht, nach Rechnungshofansicht einen Nationalratsabgeordneten Ihrer Fraktion hineinzubringen, im Gegensatz zur Rechtsauffassung des Bundeskanzleramts.

Der Wiener Landeshauptmann wird wiederum im Gegensatz zu dem, worauf sich die Entsendung des Nationalratsabgeordneten stützt, in den gleichen Aufsichtsrat entsandt.

Bitte entscheiden Sie zumindest, wen Sie von Ihrer Fraktion im Aufsichtsrat haben wollen: den Nationalratsabgeordneten oder den Landeshauptmann. Beide zugleich sind aufgrund der österreichischen Gesetzeslage nicht möglich, und das sollten Sie mit Ihren Freunden, Kolleginnen und Kollegen im Österreichischen Nationalrat besprechen.

Herr Klubobmann Ing. Svoboda hat erklärt - ich weiß zwar nicht genau, was das bedeutet -, daß er vorhat - er hat das dann auch gemacht -, einiges entgegen der Geschäftsordnung zu sprechen. Ich antworte nun auf das, was er gesagt hat, auch entgegen der Geschäftsordnung.

Er hat sich nämlich bitter beklagt, daß ich bei der gestrigen Pressekonferenz gesagt hätte: "Ein Großteil der Abgeordneten dieses Hauses ist faul und ängstlich". Er hat richtig gesagt und festgestellt, daß ich die grüne Fraktion von dieser Kritik ausgenommen habe.

Ich möchte das jetzt ein bißchen präzisieren:

Jeder von Ihnen verdient mindestens 35.000 Schilling netto pro Monat, vom Gemeinderat und vom Landtag. Trotz dieser 35.000 Schilling - in vielen Fällen ist es noch wesentlich mehr - sind Sie nicht bereit, mehr als einen Sitzungstag pro Monat abzuhalten.

Die Argumente sind mir bekannt, ich habe sie mir jetzt wochenlang angehört: (Abg. Neumann: Aber nicht verstanden!) Jeder von uns hat einen Zivilberuf, wir haben noch Funktionen in Kammern, in der Gewerkschaft, in der Partei, im Bezirk und so weiter. Wir haben nicht genug Zeit, um diesem Landtag und diesem Gemeinderat voll zur Verfügung zu stehen. (Abg. Dinhof: Wie die Grünen, die nicht einmal die Akten anschauen!)

Das andere Kapitel, daß uns, ob bewußt oder unbewußt, als einziger Fraktion schon einige Unterlagen nicht zugesandt und vorenthalten wurden, ist ein Punkt, den wir noch extra klären werden. (Abg. Oblasser: Dann schauen Sie sich die Akten im Ausschuß an! - Abg. Margarete Dumser: Sie müssen nur lesen!) Deswegen haben wir Sie und die Gemeinde Wien jetzt auch verpflichtet, sich jederzeit und in jedem Fall die Übernahme durch uns bestätigen zu lassen. (Abg. Margarete Dumser: Aber lesen sollen Sie doch! Sie sollen Sie genau lesen!)

Das werden wir nicht mehr von Ihnen akzeptieren: Einerseits werden uns die Unterlagen nicht zur Verfügung gestellt, andererseits werfen Sie uns vor, daß wir die Unterlagen nicht studiert haben. So geht das nicht, meine Damen und Herren! (Beifall bei der GA.)

Gewöhnen Sie sich daran, daß jede Fraktion dieses Hauses auf die gleiche Anzahl der Unterlagen Anspruch hat, nicht nur die Mehrheitsfraktion! (Abg. Margarete Dumser: Ja, richtig - aber alles sollen Sie lesen! Lesen - das werden Sie doch können für 40.000 Schilling im Monat!) Das ist der eine Punkt! (LhptmSt. Ingrid Smejkal: Sie bleiben bei Ihren Schlußfolgerungen?)

Der zweite Punkt ist: Ich wünsche mir, daß Sie, die höchsten politischen Repräsentanten in der Legislative dieses Bundeslands, endlich zu dem Punkt kommen, wo Sie sagen: "In erster Linie bin ich nicht meinem Job, meinen Partefunktionen, meinen Kammer-, Gewerkschafts- und Industriefunktionen verpflichtet, sondern in erster Linie bin ich nach der Annahme meines Mandats den Wählerinnen und Wählern unserer Stadt verpflichtet." (Beifall bei der GA.)

Danach, meine Damen und Herren, hat sich Ihre Arbeit zu richten (Abg. Margarete Dumser: Aber Ihre auch!) und danach haben Sie Prioritäten zu setzen! (Abg. Margarete Dumser: Aber auch Ihre Arbeit!)

Heute werden wir wieder um Mitternacht über etliche der wichtigsten Punkte dieser Stadt diskutieren, weil sich SPÖ, ÖVP und FPÖ darauf geeinigt haben, jetzt zu diskutieren, wenn kein Vertreter

der Öffentlichkeit diese Diskussion verfolgen kann. (Abg. Oblässer: Nein, weil Sie bis Mitternacht verzögern!) Die Öffentlichkeit hat aber ein Recht zu erfahren, mit welcher Fahrlässigkeit, mit welcher Inkompétenz, mit welcher Schlämpigkeit und mit welcher Sorglosigkeit in vielen Bereichen von dieser Stadtverwaltung Politik gemacht oder nicht gemacht wird. (LhptmSt. Ingrid Smejkal: Sie gehen ein bißchen zu weit!)

Wir fordern, daß Sie für die Spitzengehälter, die Sie als Politiker in vielen Funktionen beziehen (Abg. Margarete Dumser: Sie auch! Sie beziehen Sie auch!), den Menschen dieser Stadt auch zur Verfügung stehen, und zwar in mehr als einer einzigen Sitzung pro Monat. (Abg. Margarete Dumser: Sie auch! Stellen Sie sich mit Ihrer Arbeitskraft doch auch zur Verfügung!)

Wo gibt es das sonst noch, daß die Mehrheit sagt: "Wir können nicht extra eine Landtagssitzung und eine Gemeinderatssitzung machen. (Abg. Oblässer: Nicht, wenn Sie es wollen!) Wir machen alles an einem Tag und schauen, daß wir so schnell wie möglich durchkommen, und über die zentralen Fragen wird erst nach Mitternacht diskutiert." (Abg. Margarete Brauner: Nur, weil Sie so lange provozieren!)

Das ist die Praxis in diesem Haus, und deswegen sage ich: Die meisten von Ihnen sind zu ängstlich, die zentralen Fragen dieses Landes vor einer großen Öffentlichkeit zu besprechen und zu diskutieren. Sie haben offensichtlich Probleme, Ihre Haltung öffentlich zu begründen. Nach Mitternacht tun Sie sich ein bißchen leichter als zu Mittag, wo die Leute zuschauen und zuhören können.

Überlastet von Ihren Multifunktionen im Beruf, in den Verbänden, in der Partei und in der Gewerkschaft sind Sie zu faul, diese zu kürzen und wirklich Ihre ganze Arbeitskraft in diesen Gemeinderat und Landtag zu investieren. (Abg. Prochaska: Sie wollen eine Halbtagsbeschäftigung machen! - Abg. Ilse Forster: Ich lasse mich nicht als faul beschimpfen von einem Herrn Pilz!)

Faulheit und Ängstlichkeit sind die zwei Vorwürfe, die ich Ihnen nicht ersparen kann. (LhptmSt. Mayr: Ordnungsruf!)

Ich hoffe, daß unser Beispiel "einer Arbeitsfraktion" für Sie ein Vorbild sein wird und dazu führen wird, daß es in diesem Haus in Zukunft im Interesse der Bürgerinnen und Bürger anders zugeht. (Aufregung bei ÖVP und SPÖ. - Abg. Margarete Dumser: Analphabeten im Grünen Klub! - Beifall bei der GA. - Abg. Prochaska: Also, heute war der Chorherr besser!)

Präsident Dr. Hirnschall: Zum Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Dr. Wille. (Abg. Sramek zur Abg. Dr. Pilz: Dreckkübel ausleeren, das kann der Pilz, aber sonst nichts! Sie werden im Dreck noch einmal ersticken! - Abg. Kenesei zu Abg. Sramek: Weil so viel von Euch drinnen ist!)

Stadtrat Dr. Wille: Hoher Landtag!

Ich bin im Zuge der Debatte angesprochen worden. Ich war ganz kurz weg und konnte daher nicht selbst hören, was Herr Vizebürgermeister Mayr gesagt hat. Was mir mitgeteilt wurde, darf ich nun aus meiner Sicht darstellen.

Sie wissen, daß wir uns, bevor der letzte Landtag aufgelöst wurde, gemeinsam hier im Haus, und zwar auch mit den Freiheitlichen, damit befaßt haben, in welcher Weise die Verbindung zwischen Z und Länderbank behandelt wird und wie zugestimmt wird.

Wir haben uns damals ausführlich über die Bedingungen, den Vertrag und so weiter informiert, unter anderem auch, wie die personelle Ausstattung des Aufsichtsrats und seines Präsidiums aussehen soll. Wir haben damals - ich kann mich noch sehr gut daran erinnern - auch die Fragen aufgeworfen, wie das mit der Haftung für das Sovereign-Leasing-Engagement in Großbritannien ist und welche Fakten auf dem Tisch liegen, damit wir wissen, für welche Beträge die Stadt Wien als Haftungsträger der Z und dann der Z-Länderbank haften muß, damit man also abschätzen kann, wie das aussieht!

Wir haben uns damals informiert, ich weiß die Zahl jetzt nicht mehr genau, ich glaube, es waren 400 oder 500 Millionen Schilling, die zur Diskussion gestanden sind, oder vielleicht auch eine Milliarde. Ich weiß das nicht mehr genau, es war jedenfalls ein Betrag, der eine erkleckliche Summe ausgemacht hat. Alle Fachleute haben damals gesagt, das sei in der Bewertung berücksichtigt, das habe in der Bewertung seinen Niederschlag gefunden. Das hat daher auch im Preis und im Verhältnis der Aktien und so weiter, also im gesamten Vertragswerk, seinen Niederschlag gefunden.

Wir haben nach eingehender Prüfung diesem Vertragswerk damals zugestimmt. Wir haben auch zugestimmt, daß Zilk als Aufsichtsratsvorsitzender in der Übergangszeit bis 1993, wenn ich mich recht erinnere (LhptmSt. Mayr: Bis zur ersten Bilanzlegung!), bleibt. Bis die erste Bilanz nach dem Jahr 1992 gelegt und vom Aufsichtsrat verabschiedet worden ist. Wir haben dem damals zugestimmt!

Wir haben auch der Zusammensetzung des Vorstands, unter anderem mit Randa von der Länderbank, mit Drennig von der Länderbank, mit Rumpold von der Länderbank und den anderen Mitgliedern des Vorstands der Z zugestimmt. Wir haben im Landtag zugestimmt.

Nun habe ich aus der Zeitung erfahren, welche Probleme und Schwierigkeiten bei der Z-Länderbank entstanden sind, vergangene Woche. Ich habe daher, wie das zwischen Parteibleuten in diesem Haus durchaus üblich ist, Herrn Vizebürgermeister Mayr angerufen und ihn gefragt, wie er diese Situation sieht, weil ich eine andere Informationsschwelle hatte.

Ich habe vor allem darauf hingewiesen, daß ich es für einen Wahnsinn halte, für eine wirtschaftliche Unverantwortlichkeit, derartige Dinge in der Öffentlichkeit auszubreiten, da doch das Vertrauen eines Unternehmens gerade im Bankenbereich eine besonders wichtige Voraussetzung für den Erfolg ist. Herr Vizebürgermeister Mayr hat mir zugestimmt, daß diese Dinge nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden sollen.

Weiters habe ich gesagt, man kann - nach meiner Information sind die Dinge alle bekannt gewesen, die zur Diskussion stehen - den Leuten des Vorstands nicht ganz einfach den Sessel vor die Türe stellen, ohne verantwortungsvoll zu prüfen, welchen Anteil sie an den Zuständen haben, und vor allem in welcher Weise die Verantwortlichkeit gegeben ist.

Herr Vizebürgermeister Mayr und ich waren einer Meinung, daß es in jedem Unternehmen vor kommt, daß nicht jede Entscheidung richtig ist, und zwar in dem Sinn, daß sie Gewinne bringt. Es kann in einem Unternehmen auch der Fall eintreten, daß Entscheidungen getroffen werden, die einen wirtschaftlichen Nachteil oder nicht den erhofften Erfolg mit sich bringen.

Ich habe nun gesagt, für mich ist entscheidend, wie weit die Verantwortung geht und insbesondere der § 75 des Aktiengesetzes, wo es heißt, daß eine vorzeitige Abberufung von Vorstandsmitgliedern nur dann möglich ist, wenn wichtige Gründe vorliegen.

Die Frage, ob ein wichtiger Grund vorliegt oder nicht, ist eine Frage, die nicht ganz einfach vom Aufsichtsrat allein beantwortet werden kann, sondern einer gerichtlichen Nachprüfung zugänglich sein muß. Das heißt, wenn ein Vorstand abberufen wird, so hat das keine aufschiebende Wirkung, selbst dann, wenn er erklärt, zu Gericht zu gehen, um die Frage der Berechtigung der vorzeitigen Abberufung überprüfen zu lassen. Das Gericht hat aufgrund eines ordnungsgemäßen Verfahrens zu überprüfen, ob wichtige Gründe vorliegen oder nicht, also ob die vorzeitige Abberufung gerechtfertigt ist.

Ich habe zusätzlich gesagt, daß nach meiner Information keine wichtigen Gründe vorliegen, die eine solche vorzeitige Abberufung rechtfertigen, und daß diejenigen, die vorzeitig abberufen werden würden, darum kämpfen werden, um zu ihrem Recht zu kommen. Das habe ich gesagt und dazu stehe ich auch! (Beifall bei der ÖVP.)

Wissen Sie, gerade jene, die in der Öffentlichkeit stehen, wie das jeder Abgeordnete, aber auch jedes Mitglied einer Landesregierung tut, haben vorsichtig bei Vorverurteilungen zu sein. Ich beziehe mich insbesondere auf Sie, Herr Kollege Pilz, und auf Sie, Herr Kollege Chorherr! Man hat vorsichtig zu sein bei Vorverurteilungen! Man hat vorsichtig zu sein bei der Meinung, man sei der liebe Gott und könnte daher sagen, wo die wichtigen Gründe liegen! (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn ein Gericht in einem ausführlichen und verantwortungsvoll geführten Verfahren wichtige Gründe als gegeben ansieht, so ist eine vorzeitige Abberufung gerechtfertigt. Sieht ein Gericht das nicht als gerechtfertigt an, dann haben die finanziellen Konsequenzen von Seiten des Unternehmens getragen zu werden.

Ich habe mehrere solcher Prozesse geführt. Ich habe mehrere solcher Prozesse gewonnen. Ich weiß daher, mit welchem Maß und mit welchem Verantwortungsbewußtsein die Gerichte vorgehen.

Wissen Sie - ich sage das wiederum in Richtung Pilz und Chorherr -, der Ruf eines Menschen muß gerade uns, die wir in der Öffentlichkeit stehen, besonders am Herzen liegen, und die Unschuldsvermutung und die Vermutung, daß jemand ordnungsgemäß und nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat, muß so lange gelten, bis das Gegenteil nicht schwarz auf weiß bewiesen ist. (Beifall bei der ÖVP. - Amtsf. StR. Hatzl: Herr Dr. Wille, ich kann mich erinnern, daß Ihre Haltung vor sechs Monaten eine andere war!)

Ich frage mich nur, Herr Dr. Pilz, wieso es nicht zulässig sein sollte, daß ein Parteiobmann mit dem Parteiobmann einer anderen hier im Landtag vertretenen Partei spricht. - Ich darf dem Hohen Landtag nur mitteilen, daß auch Herr Dr. Pilz bei mir gewesen ist zu einem Gespräch zwischen Fraktionsobmännern. (Abgeordnete der ÖVP und SPÖ: Oh? Oho! - StR. Mag. Chorherr: Und welche Posten haben Sie verlangt? Welche Posten haben Sie verlangt?) Ich frage mich nur, was daran Unrechtes sein soll. Ich frage das Herrn Kollegen Dr. Pilz. (StR. Mag. Chorherr: Welche Posten hat Pilz verlangt?)

Ich muß nicht unbedingt jemanden persönlich aufsuchen, sondern ich kann das auch telefonisch erledigen. Dieser Landtag hat lange Zeit gute Entscheidungen getroffen, wenn die Parteiobmänner und die Klubobleute miteinander gesprochen und einvernehmliche Lösungen gefunden haben, aber kein Kasperltheater aufgeführt haben! (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Ich bekenne mich dazu, daß wir miteinander reden. Ich bekenne mich auch dazu, daß ich mit Ihnen gesprochen habe, Herr Dr. Pilz. Ich bekenne mich auch dazu, daß ich mit Herrn Pawkowicz und mit Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr gesprochen habe. Ich spreche bei den verschiedensten Gelegenheiten auch mit Herren der anderen Fraktionen, um Dinge auszuräumen oder Dinge zu klären, die sonst in stundenlangen nächtlichen Diskussionen hier nicht geklärt werden können. (Beifall bei der ÖVP.)

Natürlich ist es Gegenstand solcher Gespräche, einvernehmliche Lösungen zu finden.

Sie haben vorgeschlagen, daß wir gemeinsam eine Dringliche Anfrage unterfertigen sollten. Ich habe gesagt, daß ich mit meiner Fraktion darüber reden werde. Wir haben uns dann dazu entschlossen, das nicht zu tun, weil wir meinen, daß Sie nicht paktfähig sind. Wir meinen, Sie sind nicht paktfähig! Das geht leider Gottes nicht! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bedauere es, Herr Dr. Pilz, Ihnen sagen zu müssen, daß Sie diese Plattform dazu benutzen, um die vom Volk gewählten Organe dieses Landtags mit Hohn zu überschütten und sich in Destruktion hervorzutun. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Ich frage mich weiters: Was berechtigt Sie, hier den Moralapostel zu spielen? - Sie, wo Sie mit Ihrem Gehalt in einer Gemeindewohnung sitzen, die an und für sich für Sozialfälle reserviert sein sollte. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich frage mich weiters, was Sie dazu berechtigt, den Herren und Damen dieses Gemeinderats und Landtags vorzuhalten, daß sie nicht 24 Stunden für ihre Funktion tätig sind.

Ich frage mich, wie oft Sie beim Bund drüben sind und schauen, daß Sie Bundesgeschäftsführer werden, und wie oft Sie im Parlament arbeiten, obwohl Sie von hier aus bezahlt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte den Damen und Herren des Landtags nur sagen, daß jeder von uns - und diesen Vertrauensvorschuß möchte ich jedem von uns hier geben, subjektiv auch Herrn Dr. Pilz - das Beste für seine Funktion tut und seine Funktion nicht nur darin erschöpft sieht, hier zu sitzen und Gemeinderatsdebatten zu führen und daran teilzunehmen.

Die Tätigkeit, die jeder von uns ausübt, ist doch eine vielfältige! Wir haben Vorbereitungsarbeiten für die Sitzungen, wir haben das Studium der Akten, wir haben die Einholung von Informationen, wir haben die Vorbereitung von Reden, von Anfragen und so weiter zu erledigen. Das ist doch eine wesentliche und entscheidende Aufgabe! Das, was bei den Sitzungen des Gemeinderats und Landtags geschieht, ist doch nur ein verschwindend kleiner Teil jener Arbeit, die wir eigentlich leisten! (Beifall bei der ÖVP und Abgen. Dinhof und Ing. Svoboda.)

Zusammenfassend möchte ich sagen: Der Respekt vor einer Person gebietet es uns - ich sage das Ihnen, Herr Dr. Pilz, und auch Ihnen, Herr Mag. Chorherr -, aber auch Ihnen, solange den Ruf von jemandem zu achten und zu respektieren, solange nicht schwarz auf weiß bewiesen ist, daß erhobene Vorwürfe richtig sind.

Deshalb glaube ich, Hoher Landtag, daß Gespräche zwischen Parteioblieuten, die diesem Ziel dienen und dem Ziel, daß die Wiener Bevölkerung, die uns gewählt und bestellt hat, die beste Vertretung hat, sehr wohl stattfinden müssen.

Herr Dr. Pilz und Herr Mag. Chorherr, ich möchte Ihnen subjektiv gar nicht absprechen, daß Sie dieses Ziel verfolgen. Nur manches Mal habe ich großen Zweifel daran, wenn Sie mit Hohn und mit Destruktion hier herauskommen.

Wo sind die positiven Vorschläge, die Sie gemacht haben, mit Ausnahme jenes Zettels "schließt den Flötzersteig". (Abg. Haubenburger: Und der Masken!) Ich habe bereits die Bürgerinitiative "Flötzersteig" vertreten, als es Sie in Wien noch gar nicht gegeben hat. Ich weiß, was dort zu verhandeln ist.

Ich möchte Ihnen an einem kleinen Beispiel darstellen, daß diese Dinge, wie sie heute hier dargestellt worden sind - das ist im Landtag so nicht üblich -, keine wie immer geartete Rechtfertigung finden.

Wenn Sie paktfähig werden wollen, dann müssen Sie sich den Regeln dieses Hauses unterwerfen, dann müssen Sie konstruktive Vorschläge unterbreiten und dann müssen Sie auch ein bißchen die Würde jener Personen, die hier nicht anwesend sind und sich nicht verteidigen können, respektieren, denn damit hat uns auch die Wiener Bevölkerung beauftragt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Hirnschall: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abg. Dr. Pilz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Ich darf allerdings darauf aufmerksam machen, daß die Redezeit maximal fünf Minuten beträgt. (Abg. Ing. Svoboda: Aber tatsächlich!)

Abg. Dr. Pilz: Meine Damen und Herren!

Herr Abg. Dr. Wille hat festgestellt,... (StR. Maria Hamnel-Fuchs: Er ist kein Abgeordneter!) Daß ein Landtagsabgeordneter kein Abgeordneter ist, ist etwas Neues, aber bitte schön! (Abg. Fürst: Er ist kein Abgeordneter! - Abg. Neumann: Das ist falsch!)

Lassen Sie das! (Abg. Fürst: Es ist falsch! Er ist kein Abgeordneter!) Lassen Sie das! Ich vermute, wenn die nächste und übernächste Postenschieberei auftaucht, daß sich diese Anrede bei Herrn Abg. Dr. Wille sowieso erübrigt. (Abg. Prochaska: Er ist kein Abgeordneter! Sie nennen auch das falsch!)

Ich stelle folgendes fest: Das Gespräch zwischen mir und Dr. Wille im sachlichen Zusammenhang mit dem Postengespräch... (Abg. Dkfm. Hotter: Natürlich, Sie sind ja nur sachlich!) Im Gespräch mit mir hat Herr Dr. Wille nicht versucht, uns irgendwelche Posten anzubieten. Es ist ausschließlich um die Frage der Dringlichen Anfrage gegangen. (Heiterkeit bei der ÖVP.)

Herr Dr. Wille hat erklärt, daß wir nicht paktfähig sind. Ich stelle folgendes richtig: (Abg. Dkfm. Hotter: Können Sie einen Aufsichtsrat anbieten?) Überall, wo es um seriöse Politik geht, sind wir selbstverständlich paktfähig. (Abg. Dkfm. Hotter: Können Sie einen Aufsichtsrat anbieten?) Dort, wo es um Wille'sche Postenschiebereien geht, versagen wir selbstverständlich jede Paktfähigkeit! (Beifall bei der GA. - Abg. Prochaska: Schwach, sehr schwach!)

Präsident Dr. Hirnschall: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Margulies.

Abg. Margulies: Nur eine kurze Anmerkung in bezug auf die Paktfähigkeit!

Ich betrachte es eigentlich als sehr originell, daß wir jetzt von Herrn Dr. Wille erfahren, daß deswegen eine Dringliche Anfrage, die übrigens ich gestellt habe - und daher weiß ich auch, worum es geht... (Heiterkeit bei ÖVP und SPÖ: Na Gott sei Dank! - LhptmSt. Mayr: Wissen Sie es wirklich, oder wissen es nur die, die es geschrieben haben?)

Wir haben keine Ghostwriter, das ist es, was uns unterscheidet! (Heiterkeit bei ÖVP und SPÖ.)

Wir werden noch ausführlich darüber reden! Herr Vizebürgermeister, der KRAZAF kommt auch noch dran, nehmen wir nicht schon alles vorweg. Wir werden noch ausführlich darüber reden. Es wird auch darüber gesprochen werden, auf welche Art und Weise Gesundheitspolitik in diesem Land gemacht wird. (Abg. Brix: Hoffentlich schlafen Sie nicht ein!)

Wir haben eine Dringliche Anfrage, betreffend das Thema Gesundheitswesen und Pflegepersonal, erarbeitet. Der ÖVP war es aber wichtiger, eine Wischiwaschi-Dringliche Anfrage von ihr auf die Tagesordnung zu setzen, und das war der Grund, der uns genannt worden ist, warum diese Dringliche Anfrage nicht unterstützt wird. (Abg. Prochaska: Da kennen Sie sich nicht aus!)

Jetzt hört's auch einmal zu, damit Ihr wißt... (Heiterkeit bei der ÖVP. - Beifall bei der GA. - Abg. Prochaska: Ich bitte Sie, keine Aufregung!)

Noch heute ist der zuständige Gemeinderat vom Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen zu mir gekommen und hat mir erzählt, daß es in diesem Ausschuß einen Antrag geben wird und daß wir ihm zustimmen sollen. Wir sollen das gemeinsam im Interesse einer Spitals- und Gesundheitsreform vorantreiben. Das ist heute vor einer Stunde geschehen!

Da wagt es Herr Dr. Wille, der seine Fraktion wahrscheinlich nicht kennt... (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Warum schreist Du denn so?) Drehen Sie es leiser, es gibt ja heutzutage so moderne Sachen. Es gibt halt Leute, die eine laute Stimme haben. (Heiterkeit im Saal.)

Geht es jetzt wieder? - Ich weiß, daß Lärm gesundheitsschädigend ist und werde daher ein bißchen leiser reden. Entschuldigung!

Ich möchte nur festhalten, daß wir sowohl auf dem Gebiet des Wiener Gesundheits- und Spitalwesens, als auch auf dem Gebiet des Verkehrswesens und auch in bezug auf soziale Fragen mit all jenen zusammenarbeiten werden, die bereit sind, im Interesse der Bevölkerung tätig und aktiv zu sein.

In diesem Sinne unterstütze ich auch das, was unser Klubobmann gesagt hat: Wir sind paktfähig (Abg. Prochaska: Ja, untereinander!), aber nicht im Zusammenhang mit Mauscheleien und Postenvergaben! (Beifall bei der GA.)

Präsident Dr. Hirnschall: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Ing. Svoboda.

Abg. Ing. Svoboda: Herr Präsident! Herr Berichterstatter!

Ich möchte nur eine grundsätzliche Feststellung machen.

Herr Kollege Dr. Pilz, ich weise Ihre Vorwürfe und Unterstellungen, die Sie sowohl der sozialdemokratischen Fraktion, als auch allen Abgeordneten dieses Hauses gegenüber getägt haben, zurück! (Beifall bei SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Ich fordere Sie auf, Ihre Aufgabe als Wiener Gemeinderat und als Wiener Landtagsabgeordneter ernst zu nehmen und mitzuarbeiten. Arbeiten Sie nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch dort, wo Presse und Medien nicht präsent sind! (Beifall bei SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Es ist nicht möglich, daß Wünsche und Forderungen auf den Tisch gelegt werden, beispielsweise die Verlängerung der Einsichtnahme in Akten, die dann letzten Endes nicht erfüllt werden. Man begibt sich als Unwissender in den Ausschuß, ohne sich vorher die Akten angesehen zu haben. Das sind jene Dinge, die für die Menschen in dieser Stadt von entscheidender Bedeutung sind! (Beifall bei SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Ich behalte mir vor, nach Vorlage des Protokolls, bei der nächsten Sitzung einen Ordnungsruf aufgrund Ihrer Aussagen zu beantragen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Präsident Dr. Hirnschall: Meine Damen und Herren! Zum Wort ist niemand... (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Ich, bitte, zur Geschäftsordnung!)

Herr Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz, bitte.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Wir kommen ja jetzt zur Abstimmung. Ich stelle jedoch den Antrag, eine namentliche Abstimmung durchzuführen. Das scheint mir übersichtlicher zu sein. (Heiterkeit bei Abg. Maria Rauch-Kallat.)

Präsident Dr. Hirnschall: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Jank: Meine Damen und Herren!

Ich werde es ganz kurz machen. Meine Aufgabe ist es gewesen, Ihnen den Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses vorzulegen. Das habe ich getan.

Ich möchte nur eine persönliche Bemerkung als stellvertretender Vorsitzender des Unvereinbarkeitsausschusses machen: Egal wie das Abstimmungsverhalten im Ausschuß gewesen ist, Herr Dr. Pilz, ich verwahre mich gegen Ihre Unterstellung, es hätte jemand möglicherweise wissentlich gegen ein Gesetz verstößen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Hirnschall: Meine Damen und Herren!

Es wurde der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt. Eine solche ist nach der Geschäftsordnung vorgesehen, wenn sie von mindestens 25 Mitgliedern des Hauses unterstützt wird.

Ich darf die Frage stellen, wer den Antrag des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz auf namentliche Abstimmung unterstützt. - Das sind zweifellos mehr als 25 Landtagsabgeordnete. Wir werden daher die Abstimmung namentlich durchführen.

Ich darf die Frau Schriftührerin ersuchen, mit dem namentlichen Aufruf zu beginnen. (LhptmSt. Mayr: Bitte, die Frage der Abstimmung ist erst vorzulesen!)

Es liegt der Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses vor, den genannten Mitgliedern der Landesregierung die Tätigkeit genehmigen zu wollen. (LhptmSt. Mayr: Und wer dafür ist, stimmt mit "Ja"!) - Derjenige, der dafür ist, stimmt mit Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Dkfm. Dr. Adolf Aigner.

Abg. Dkfm. Dr. Adolf Aigner: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Ilse Arié.

Abg. Ilse Arié: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Mag. Ruth Becher.

Abg. Mag. Ruth Becher: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Kurth-Bodo Blind.

Abg. Kurth-Bodo Blind: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Mag. Renate Brauner.

Abg. Mag. Renate Brauner: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Dr. Gertrude Brinek.

Abg. Dr. Gertrude Brinek: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Otmar Brix.

Abg. Otmar Brix: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Rudolf Czerny.

Abg. Rudolf Czerny: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Herbert Dinhof.

Abg. Herbert Dinhof: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Margarete Dumser.

Abg. Margarete Dumser: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Franz Karl Effenberg.

Abg. Franz Karl Effenberg: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Dipl.-Ing. Erich Engl. (Abg. Ing. Svoboda: Den gibt es noch nicht!)

Darf ich den Herrn Präsidenten fragen, was in diesem Fall zu tun ist? -

Präsident Dr. Hirnschall: Es ist mit der Namensliste fortzufahren!

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Werner Faymann.

Abg. Werner Faymann: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Elisabeth Fleischmann.

Abg. Elisabeth Fleischmann: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Ilse Forster.

Abg. Ilse Forster: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Brunhilde Fuchs.

Abg. Brunhilde Fuchs: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Georg Fuchs.

Abg. Georg Fuchs: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Anton Fürst.

Abg. Anton Fürst: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Gerhard Göbl.

Abg. Gerhard Göbl: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Dr. Helmut Günther.

Abg. Dr. Helmut Günther: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Werner Haubenburger.

Abg. Werner Haubenburger: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Dr. Johannes Hawlik.

Abg. Dr. Johannes Hawlik: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Johann Herzog.

Abg. Johann Herzog: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Dr. Erwin Hirnschall.

Abg. Dr. Erwin Hirnschall: Nein. (Abg. Christine Schirmer: Entschuldigung: Der Präsident stimmt erst bei Stimmengleichheit! - Abg. Ing. Svoboda: Der Vorsitzende stimmt nicht mit - erst bei Stimmengleichheit!)

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Ich habe diese Liste zum Verlesen bekommen. Es tut mir leid!

Herr Abg. Holub, dürfen Sie mitstimmen? - Gut.

Abg. Albert Holub:

Abg. Albert Holub: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Fritz Honay.

Abg. Fritz Honay: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Dkfm. Robert Hotter.

Abg. Dkfm. Robert Hotter: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Erich Huber.

Abg. Erich Huber: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Ing. Rolf Huber.

Abg. Ing. Rolf Huber: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Dr. Friedrun Huemer.

Abg. Dr. Friedrun Huemer: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Heinz Hufnagl.
Abg. Heinz **Hufnagl**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Alfred Hummel.
Abg. Alfred **Hummel**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Rudolf Hundstorfer.
Abg. Rudolf **Hundstorfer**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Werner Jank.
Abg. Werner **Jank**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Gerda Jerabek.
Abg. Gerda **Jerabek**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Susanne Jerusalem.
Abg. Susanne **Jerusalem**: Nein.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Karl Kammerer.
Abg. Karl **Kammerer**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Fritz Kandl.
Abg. Fritz **Kandl**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Ingrid Kariotis.
Abg. Ingrid **Kariotis**: Nein.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Mag. Franz Karl.
Abg. Mag. Franz **Karl**: Nein.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Günter Kenesei.
Abg. Günter **Kenesei**: Nein.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Susanne Kovacic.
Abg. Susanne **Kovacic**: Nein.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Mag. Helmut Kowarik.
Abg. Mag. Helmut **Kowarik**: Nein.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Hans König
Abg. Hans **König**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Mag. Christine Lapp.
Abg. Mag. Christine **Lapp**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Adolf Lehner.
Abg. Adolf **Lehner**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Ursula Lettner.
Abg. Ursula **Lettner**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Dr. Herbert Madejski.
Abg. Dr. Herbert **Madejski**: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Dr. Ferdinand Maier. - Nicht da.

Abg. Dr. Günther **Marek**.

Abg. Dr. Günther **Marek**: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Jean Margulies.

Abg. Jean **Margulies**: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Hans Mentschik.

Abg. Hans **Mentschik**: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Hermine Mospointner.

Abg. Hermine **Mospointner**: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch.

Abg. Dr. Elisabeth **Neck-Schaukowitsch**: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Walter Nettig. - Nicht da.

Abg. Peter Neumann.

Abg. Peter **Neumann**: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Gerhard Oblasser.

Abg. Gerhard **Oblasser**: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Ernst Outolny.

Abg. Ernst **Outolny**: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. **Pawkowicz**: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Herbert Pfannenstiel.

Abg. Herbert **Pfannenstiel**: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Gerhard Pfeiffer.

Abg. Gerhard **Pfeiffer**: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Dr. Peter Pilz.

Abg. Dr. Peter **Pilz**: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Walter Prinz.

Abg. Walter **Prinz**: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Johannes Prochaska.

Abg. Johannes **Prochaska**: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Ing. Kurt Pudschedl.

Abg. Ing. Kurt **Pudschedl**: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Maria Rauch-Kallat.

Abg. Maria **Rauch-Kallat**: Nein.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Günther Reiter.

Abg. Günther **Reiter**: Ja.

Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Ing. Horst Georg Riedler.
Abg. Ing. Horst Georg **Riedler**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Franz Riepl.
Abg. Franz **Riepl**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Christoph Römer.
Abg. Christoph **Römer**: -
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Johann Römer.
Abg. Johann **Römer**: Nein.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Rudolf Sagmeister.
Abg. Rudolf **Sagmeister**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Jutta Sander.
Abg. Jutta **Sander**: Nein.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Hans Schiel.
Abg. Hans **Schiel**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Christine Schirmer.
Abg. Christine **Schirmer**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. DDr. Eduard Schock.
Abg. DDr. Eduard **Schock**: Nein.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Godwin Schuster.
Abg. Godwin **Schuster**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Brigitte Schwarz-Klement.
Abg. Brigitte **Schwarz-Klement**: Nein.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Barbara Schöfnagel.
Abg. Barbara **Schöfnagel**: Nein.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Dr. Wilfried Serles.
Abg. Dr. Wilfried **Serles**: Nein.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Johann Sevcik.
Abg. Johann **Sevcik**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Heinz Sramek.
Abg. Heinz **Sramek**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Rudolf Stark.
Abg. Rudolf **Stark**: Nein.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Anton Steier.
Abg. Anton **Steier**: Ja.
Schriftührerin Abg. Hannelore **Weber**: Abg. Dr. Rüdiger Stix.
Abg. Dr. Rüdiger **Stix**: Nein.

Schriftführerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Oswald Strangl.

Abg. Oswald Strangl: Ja.

Schriftführerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Erika Stubenvoll.

Abg. Erika Stubenvoll: Ja.

Schriftführerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Ing. Karl Svoboda.

Abg. Ing. Karl Svoboda: Ja.

Schriftführerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Josefa Tomsik.

Abg. Josefa Tomsik: Ja.

Schriftführerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Mag. Heidemarie Unterreiner.

Abg. Mag. Heidemarie Unterreiner: Nein.

Schriftführerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Dr. Oskar Wawra.

Abg. Dr. Oskar Wawra: Nein.

Schriftführerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Hannelore Weber.

Abg. Hannelore Weber: Nein.

Schriftführerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Ing. Peter Westenthaler.

Abg. Ing. Peter Westenthaler: Nein.

Schriftführerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Renate Winklbauer.

Abg. Renate Winklbauer: Ja.

Schriftführerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Gert Wolfram.

Abg. Gert Wolfram: Nein.

Schriftführerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Manfred Wurm.

Abg. Manfred Wurm: Ja.

Schriftführerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Inge Zankl.

Abg. Inge Zankl: Ja.

Schriftführerin Abg. Hannelore Weber: Abg. Gerhard Zeihsel.

Abg. Gerhard Zeihsel: Nein.

Präsident Dr. Hirnischall: Ich möchte jetzt die beiden Schriftführer bitten, die Zählung vorzunehmen und mir dann das Ergebnis mitzuteilen.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen das Abstimmungsergebnis mitteilen: Der Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses ist mit 51 Ja-Stimmen bei 42 Nein-Stimmen - ohne die Stimme des Präsidenten, das darf ich noch hinzufügen - angenommen worden. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir kommen nun zur Postnummer 2 der Tagesordnung. Sie betrifft die im Wiener Unvereinbarkeitsgesetz 1983 vorgeschriebenen Maßnahmen bezüglich der Betätigung von Mitgliedern des Landtags in der Privatwirtschaft.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Abg. Jank, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Jank: Meine Damen und Herren!

Das, was ich zum Tagesordnungspunkt 1 bereits berichtet habe, betrifft auch den Tagesordnungspunkt 2.

Es gibt auch Bestimmungen des Unvereinbarkeitsgesetzes. Die entsprechenden Ausnahmen hat der Unvereinbarkeitsausschuß festgelegt, und ich ersuche Sie daher heute, dem Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses, den Sie in der Beilage 5 finden, zuzustimmen.

Präsident Dr. Hirnshall: Ich eröffne die Debatte.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Herzog. Ich erteile es ihm.

Abg. Herzog: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident!

Bei der vorliegenden Beurteilung der Betätigung von Mitgliedern des Landtags in der Privatwirtschaft beantragt die Freiheitliche Partei eine getrennte Abstimmung, und zwar betreffend die Mitglieder des Landtags Margarete Dumser und Dr. Peter Mayr.

Unklar ist mir nur jetzt, ob das auch noch Herrn Dr. Ferdinand Maier betrifft? (Zwischenruf bei der ÖVP: Nein!) Also nicht mehr!

Dann besteht der Wunsch, über Frau Margarete Dumser und Herrn Dr. Peter Mayr getrennt abzustimmen.

Die Zustimmung der Freiheitlichen Partei wird dort gegeben sein, wo es sich wirklich um eine privatwirtschaftliche Tätigkeit der Mitglieder des Landtags handelt und wo kein Zusammenhang mit Beteiligungen der Stadt Wien an den gegebenen Gesellschaften der Fall ist.

Daher wird es ein Ja geben seitens der Freiheitlichen zu jenen Kolleginnen und Kollegen, die einer rein privatwirtschaftlichen Betätigung nachgehen. Das betrifft folgende Kolleginnen und Kollegen: Rudolf Czerny, Dr. Helmut Günther, Peter Neumann, Ingrid Kariotis, Maria Rauch-Kallat und Gert Wolfram.

Dagegen wird es von seiten der Freiheitlichen ein Nein zur Funktion des Dr. Peter Mayr in der Flughafen Wien BetriebsgesellschaftmbH. und zur Funktion der Kollegin Margarete Dumser geben, und zwar in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Sparkassenrats der Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse.

Wir glauben, daß in der ursprünglichen Fassung des Herrn Dr. Maier der Zipfel einer großkoalitionären Verknüpfung zu sehen gewesen ist, wobei der Begriff großkoalitionär in der nächsten Zeit nicht mehr ganz stimmen wird.

Ich glaube, es ist eine Unsitte, wenn Landtagsabgeordnete und Gemeinderäte in Körperschaften sitzen, an denen die Stadt Wien maßgeblich beteiligt ist. Die Zeit für solche Vernetzungen, die Zeit für solche Verfilzungen sollte endgültig vorbei sein. Kein Politiker soll mehr in Aufsichtsräten oder in ähnlichen Gremien vertreten sein. Das ist unsere feste Überzeugung!

Im übrigen bin ich erstaunt gewesen, was die offensichtlich personelle Decke von SPÖ und auch ÖVP betroffen hat. Ohne die Qualifikation der Frau Dumser und des Herrn Dr. Mayr auch nur im geringsten in Zweifel zu ziehen, erstaunt es mich doch, daß für eine solche Funktion eine aus dem Lehrberuf kommende Gemeinderätin und Parteisekretärin und letztlich auf ÖVP-Seite ein im Hauptberuf Parteangestellter nominiert worden sind.

Daraus resultiert unsere Ablehnung zu dieser Kollegin und zu diesem Kollegen, denn was unvereinbar ist, soll auch unvereinbar bleiben.

Im übrigen darf ich Frau Dumser empfehlen, falls die Vereinbarkeit in der Abstimmung doch eine Mehrheit findet, letztendlich die gleiche Vorgangsweise zu wählen wie Herr Kollege Dr. Maier, nämlich das freiwillige Ausscheiden aus diesem Gremium von selbst vorzunehmen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Christine Schirmer: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Neumann. Ich erteile es ihm.

Abg. Neumann: Nur zur Erklärung auch für die Freiheitliche Partei!

Der heutige Beschuß des Unvereinbarkeitsgesetzes, betreffend die Betätigung von Mitgliedern des Wiener Landtags in der Privatwirtschaft, gemäß Beilage 5, ist in dieser Form nicht mehr relevant, da Herr Dr. Ferdinand Maier mit Wirkung vom 27. Februar 1992 seine Funktion als Mitglied des Spar- kassenrats der Anteilsverwaltung Zentralsparkasse zurückgelegt hat.

Ich ersuche daher um entsprechende Abänderung dieses Antrags.

Präsidentin Christine Schirmer: Danke schön. Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Jank: Meine Damen und Herren!

Der Unvereinbarkeitsausschuß hat sich auch mit der getrennten Abstimmung beschäftigt. Die Abstimmung wurde auch im Unvereinbarkeitsausschuß getrennt durchgeführt. Allerdings hat es dort keine grundsätzlichen Bedenken gegeben, die Infragestellung des § 8 des Unvereinbarkeitsgesetzes, sondern es waren grundsätzliche Erwägungen, die eine Fraktion des Unvereinbarkeitsausschusses dazu veranlaßt haben, dagegenzustimmen.

Ich stelle daher fest, daß im Sinne des Gesetzes nach Auffassung der Mehrheit des Unvereinbarkeitsausschusses die Funktion Landtagsabgeordnete und Mitglied des Sparkassenbeirats durchaus vereinbar ist.

Präsidentin Christine Schirmer: Wir kommen zur Abstimmung.

Es wurde die getrennte Abstimmung verlangt. Das ist möglich. Ich werde daher getrennt abstimmen lassen.

Zusätzlich wurde der Antrag gestellt, da der Rücktrittsbrief von Herrn Dr. Ferdinand Maier eingelangt ist, über diesen nicht abzustimmen.

Es wurde die getrennte Abstimmung verlangt über Frau Abg. Margarete Dumser, Herrn Abg. Dr. Peter Mayr und Frau Abg. Maria Rauch-Kallat. (Abg. Dr. Hirnschall: Nein! Rauch-Kallat nicht!)

Entschuldigung, Frau Abg. Rauch-Kallat betrifft das nicht.

Ich lasse zuerst über die genannten Landtagsabgeordneten abstimmen. (Abg. Josefa Tomsik: Im Unvereinbarkeitsausschuß haben Sie die Rauch-Kallat auch dazugenommen!)

Wer dafür ist, dem Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses die Zustimmung zu erteilen, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Abg. Stark: Welche Abgeordnete?) Ich habe sie vorgelesen. (Abg. Stark: Wen?) Wenn Sie es nicht wissen, Herr Abgeordneter, dann hätten Sie zuhorchen müssen. Ich bin sogar noch berichtigt worden!

Ich wiederhole die Namen für diejenigen noch einmal, die sie beim ersten Mal nicht gehört haben: Über Frau Abg. Margarete Dumser und Herrn Abg. Dr. Peter Mayr wird jetzt abgestimmt. (Abg. Dinhof: Wurde abgestimmt!) Mit Mehrheit wurden sie angenommen!

Die restlichen Personen, inklusive der jetzt abgestimmten, ergeben dann das, was der Unvereinbarkeitsausschuß vorgeschlagen hat.

Wir stimmen daher jetzt über die restlichen genannten Personen, ohne Herrn Dr. Ferdinand Maier, ab. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Danke schön, das ist einstimmig so angenommen.

Die Postnummer 3 betrifft eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1994.

Der Berichterstatter dazu ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Da ich grundsätzlich in vielen Bereichen einer anderen Meinung bin als Herr Klubobmann Dr. Pilz, bin ich auch dieses Mal der Meinung, daß dieses seit Dezember bekannte Vertragswerk den Damen und Herren des Wiener Landtags genauestens bekannt sein müßte.

Ich darf mich daher in der Einleitung sehr kurz fassen.

Es ist dieses Vertragswerk mit dem Namen Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds für den Zeitraum 1992 bis 1994 abgeschlossen worden. Der wesentlichste Teil davon ist, daß mit dem Anteil Wiens auch die Frage der Fremdpatienten in diesem Zeitraum als geklärt erscheint.

Der zweite wesentliche Faktor ist, daß über Wunsch und Willen der Stadt Wien bis 1993 die Voraussetzung für eine leistungsgerechte Kostenberechnung in den Spitäler geschaffen werden soll, sodaß im letzten Jahr bereits nach anderen Gesichtspunkten vorgegangen werden kann.

Ich halte das Ergebnis für einen großen Vorteil für die Stadt Wien. Die Stadt Wien bekommt aus den zusätzlichen Mitteln etwa 36 Prozent.

Ich bitte Sie daher, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Präsidentin Christine Schirmer: Ich eröffne die Debatte.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Margulies. Ich erteile es ihm.

Abg. Margulies: Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Werte Abgeordnete!

Ich werde mich bemühen, keine gesundheitsschädigende und zu laute Stimme zu haben. Ich hoffe aber, daß die Technologie in diesem Haus so ist, daß man das regeln kann.

Ich hoffe, daß sich heute der Aufregungslevel des Herrn Vizebürgermeisters Mayr bereits erfüllt hat und er sich mit Ruhe einer kritischen Auseinandersetzung, die ich vor habe, im Zusammenhang mit dem KRAZAF durchzuführen, stellen kann.

Wir sind damit konfrontiert, daß die Stadt Wien mehr Mittel bekommen soll, und zwar 1,5 Milliarden Schilling pro Jahr für die Zeit von 1992 bis 1994. Damit könnte für die Gesundheit wesentlich mehr gemacht werden, als ursprünglich bei der Budgetsitzung vereinbart wurde.

Bereits bei der Budgetsitzung habe ich darauf hingewiesen, und mir den Unmut des Herrn Vizebürgermeisters zugezogen, daß mir folgendes problematisch erscheint:

Die Mittel aus dem KRAZAF haben dazu geführt, daß der Familienlastenausgleichsfonds, die Sozialversicherung und der Wasserwirtschaftsfonds herangezogen worden sind. Mir ist damals vorgeworfen worden, als Interessenlobby für irgendwen, nur nicht für die Wienerinnen und Wiener, dazustehen.

Ich behaupte, daß der Großteil der Wienerinnen und Wiener darunter leidet, daß gerade in diesen drei Bereichen die Mittel gekürzt worden sind. Ich behaupte, daß die einfache Umschichtung von Geldern aus anderen Bereichen nicht unbedingt ein sehr großer Erfolg ist.

Die zweite Frage, die sich stellt und die viel relevanter ist, ist die Frage, wofür dieses Geld eigentlich verwendet wird.

Ich möchte daran erinnern, daß im Zusammenhang mit meinen ersten Tätigkeiten der Herr Vizebürgermeister darauf hingewiesen hat, daß er inkompetente und unwissende Abgeordnete nicht mag. Damals hat er nur mich nicht mögen, in der Zwischenzeit mag er schon viel mehr nicht. Ich glaube,

alle unsere Abgeordneten sind jetzt schon vom Nichtmögen des Herrn Vizebürgermeisters Mayr betroffen, wobei ich das unter anderem darauf zurückführe, daß das Kriterium für Inkompetenz wahrscheinlich das ist, daß man nicht nahtlos akzeptiert, daß der Herr Vizebürgermeister ein Finanzgenie ist.

Die heutige Diskussion im Zusammenhang mit Z, Länderbank und Bank-Austria sowie die Diskussionen im Zusammenhang mit Flötzersteig und EXPO haben gezeigt, daß es berechtigt ist, Zweifel an den Finanzfähigkeiten des Herrn Vizebürgermeisters zu hegen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß ich ähnlich - es tut mir wahnsinnig leid, daß Herr Stadtrat Dr. Rieder nicht da ist - wie Herr Stadtrat Dr. Rieder, er hat das bei seinem Amtsantritt als Stadtrat gemacht, einige Spitäler besucht habe. Es hat eine "Kurier"-Reportage unter dem Titel "Alles was recht ist in der Medizin" gegeben, wo Herr Stadtrat Dr. Rieder als Harun al Raschid durch die Spitäler, zumindest durch eines, gegangen ist.

Wir, meine Kollegin Alessandra Kunz und ich, sind eigentlich überzeugt davon, daß es eine Grundvoraussetzung ist, sich mit der verfehlten Spitalspolitik auseinanderzusetzen, sich mit der verfehlten Krankenpflegepolitik auseinanderzusetzen, und zwar vor Ort.

In der Zwischenzeit waren wir in mindestens acht Spitälern, und ich muß Ihnen sagen, ich war zutiefst betroffen. Als Sozialpolitiker habe ich geahnt, daß wir eine Spitalsmisere haben, aber daß diese Spitalsmisere derart katastrophal ist - ich kann Ihnen die Bandaufzeichnungen mitbringen, wenn Sie sehen möchten, wie sich die Misere wirklich in der Praxis darstellt -, hat selbst mich betroffen gemacht.

Ich würde sagen, wir sind heute damit konfrontiert, auch wenn das der Herr Stadtrat und andere in dieser Stadt leugnen, daß wir gewissermaßen in einzelnen Bereichen von einer gesundheitsgefährdenden, einer gefährlichen Pflege sprechen können.

Ich weiß, das ist ein schwerer Vorwurf. Ich weiß, eine gefährliche Pflege bedeutet, daß der Patient oder die Patientin Schaden an Leib und Leben nehmen können. Ich weiß aber auch, daß der Aufschrei vor allem des Pflegepersonals, aber auch von anderen dahingehend ist, daß sie Angst haben, wirklich dieser gefährlichen Pflege anheimzufallen.

Wenn ich mir jetzt die Frage stelle, "was steht eigentlich im KRAZAF drinnen", so muß ich feststellen, daß der KRAZAF die Verlängerung dieses Zustands der Spitalsmisere fördert, und das ist ein großes Problem.

Wir haben im Juni 1989 den Expertenbericht über das Krankenhaus Lainz bekommen. Im Oktober 1990 ist der Gesundheits- und Krankenanstaltenplan der Gemeinde Wien veröffentlicht worden. Seitdem ist es aber nach den Aussagen von vielen Menschen in den Spitäler nicht besser geworden, im Interesse der Patienten und im Interesse des betroffenen Pflegepersonals, sondern eher problematischer.

Es ist in diesem Zusammenhang kein Zufall - und darauf möchte ich schon hinweisen -, daß gerade die Frage der Spitalspolitik dazu geführt hat, daß es innerhalb des Pflegepersonals, der Ärzte und der Primariate große Widerstände gegeben hat.

Ich begrüße es, daß heute von Herrn Stadtrat Dr. Rieder ein Antrag eingebracht wird, der eine Verfassungsänderung im Zusammenhang mit der Autonomisierung der Spitäler beinhaltet. Ich glaube jedoch, daß es dafür schon viel zu spät ist.

Auch die KRAZAF-Regelungen werden es kaum ermöglichen, jene Schritte im konkreten umzusetzen, die jetzt und heute bitter notwendig sind.

Ich möchte dennoch einige konkrete Beispiele in dem Zusammenhang bringen!

Wir sind damit konfrontiert, daß das AKH und das SMZ-Ost die wesentlichsten Mittel des KRAZAF aufbrauchen. Das bedeutet aber, daß andere Bereiche straflich vernachlässigt werden. Wir sind aber auch damit konfrontiert, daß innerhalb des KRAZAF Möglichkeiten bestünden, die Mittel anders zu verwenden.

Gehen wir also einige Spitäler durch!

Ich hoffe, daß sowohl Herr Vizebürgermeister Mayr als auch Herr Stadtrat Dr. Rieder zu diesem Problemkreis Stellung nehmen werden.

Das erste große Beispiel ist die Rudolfstiftung.

Neben dem Spital soll ein Privatsanatorium eingerichtet werden, in dem 160 Pflegebetten zur Verfügung gestellt werden sollen. Das soll privatisiert werden, wobei es zu Überschneidungen zwischen dem Pflegepersonal, zwischen den Ärzten, zwischen der technischen Infrastruktur und zwischen den Intensivstationen kommen wird. Das soll dem Sanatorium der HUMANOMED von der Rudolfstiftung zur Verfügung gestellt werden!

Im KRAZAF wurde festgehalten, daß die Akutbettensituation jedoch reduziert werden soll. Wie ist das eigentlich zu vereinbaren, daß mit weniger Personal mehr Betten geschaffen werden? - Die Frage der Abwerbung des Personals wird nämlich eine große Rolle spielen!

Ein zweites Beispiel! In Wien gibt es einige Kinderspitäler: das Mautner-Markhof'sche Kinderspital, das St.-Anna-Kinderspital und das Gottfried von Preyer'sche Kinderspital.

Wir haben Gespräche im Gottfried von Preyer'schen Kinderspital geführt, nur um ein Beispiel zu nennen, wo uns folgendes mitgeteilt worden ist:

Es werden 40 Millionen benötigt und die würden dann zur Verfügung gestellt werden, wenn die Gemeinde Wien das Mautner-Markhof'sche Kinderspital schließt. In dem Fall braucht das Mautner-Markhof'sche Kinderspital keine Mittel mehr und daher würden diese Mittel dann dem Preyer'schen Kinderspital zum Ausbau zur Verfügung gestellt werden.

Es wurde aber noch etwas angeboten, und zwar von Gemeinderätinnen, die der Mehrheitspartei dieses Hauses angehören. Den Verantwortlichen des Preyer'schen Kinderspitals wurde nahegelegt, dem Bau eines Einkaufszentrums auf den Porr-Gründen, die unmittelbar angrenzen, zuzustimmen, weil von irgendwo die Steuermittel ja herkommen müssen.

So wird versucht, das Preyer'sche Kinderspital doppelt in eine verheerende Politik einzubinden! Doppelt deswegen, da einerseits ein Kinderspital gegen das andere ausgespielt wird und andererseits das Kinderspital etwas zuläßt, was Sie für gesundheitsgefährdend halten: Unmittelbar neben diesem Spital soll ein gigantisches Einkaufszentrum gebaut werden.

Kommen wir zurück zur Rudolfstiftung!

Wir wissen ganz genau, daß der Widerstand innerhalb der Rudolfstiftung vor allem beim Pflegepersonal, bei den Oberärzten, aber zum Teil auch bei den Primariaten dermaßen groß ist, sodaß wir hoffen, daß das Projekt Rudolfstiftung/Sanatorium Rudolfstiftung nicht durchgeführt wird.

Ich freue mich als Alternativer Gewerkschafter, der ich nach wie vor bin, das erste Mal der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten meine Anerkennung aussprechen zu können. Sie haben sich in ihrer Gewerkschaftszeitung mit dem Musterfall "Sanatorium Rudolfstiftung" auseinandergesetzt und folgendes geschrieben:

"Privatisierung ist Rückschritt! Wo bleibt die Verbesserung des Standards aller Gemeindespitäler, also ist ja auch jetzt im Jänner 1992 die Verbesserung aller Gemeindespitäler notwendig. Wann werden die Stationen aller Gemeindespitäler verkleinert? - Langsam fragt man sich in der Gewerk-

schaft, wozu man tagtäglich mit dem Spitalsbetreiber, der Gemeinde Wien, verhandelt, wenn Verbesserungen im Spitalsbereich nur wie im konkreten Fall, Sanatorium Rudolfstiftung, punktuell durchgeführt werden."

Mehr will und kann ich zu diesem Spital nicht sagen!

Wir haben gleichzeitig - ich habe schon darauf hingewiesen - versucht, den KRAZAF auch auf seinen Inhalt hin etwas näher zu untersuchen. Wir konnten feststellen, daß im Bereich der Kleinspitäler, der dezentralen Spitäler sehr wohl Mittel eingespart werden, die zugunsten der zwei Großspitäler SMZ-Ost und AKH verwendet werden.

Ich würde sagen, das sogenannte neue AKH - ich nehme an, derjenige, der sich intensiv damit beschäftigt hat, wird das auch nicht bestreiten - ist sicherlich nicht das, was wir heute als modernes und patientenorientiertes Spital bezeichnen können.

Man muß nur die Frauen fragen, die in den Kreißsälen liegen! Man muß nur jene Menschen fragen, die in abgedunkelten Räumen auf eine Behandlung in der Ambulanz warten müssen! Man kann aber auch das in den Operationssälen arbeitende Personal fragen - das haben wir auch getan -, das die Meinung vertritt, daß der zentrale Operationsbereich mit 48 Operationsälen nicht optimal durchdacht worden ist.

Mit der bereits bekannten Angelegenheit im Zentrallabor möchte ich mich gar nicht näher auseinandersetzen. Tatsache ist, daß es im Zentrallabor nicht nur Probleme mit den Befunden gibt. Ich möchte darauf hinweisen - es wäre interessant, im Zusammenhang mit Qualitätssicherung und Standardsicherung das einmal zu analysieren -, daß Herr Dr. Rumpold erklärt hat: "Jawohl, ich habe eine neue Methode entwickelt, die nicht zulassungspflichtig ist, und zwar unter anderem deshalb nicht, weil es für Proben im Labor keine zulassungspflichtigen Regelungen gibt." (Abg. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch: Das haben wir doch nicht selbst entwickelt! Das ist eine internationale Methode!)

Ich bin sehr froh, wenn wir inhaltlich über die Gesundheitsproblematik, die Ihnen auch ein großes Anliegen ist, diskutieren!

Ich habe mit einigen Ärzten gesprochen, weil unter anderem das Zentrallabor den Stationen den Vorwurf macht, daß die Ärzte nicht genau gelesen haben. Sie hätten erkennen müssen, daß das eine neue Methode mit anderen Werten ist. Ich vertrete die Meinung, daß das Zentrallabor nicht willkürlich aufgrund spezifischer Naheverhältnisse zu irgendwelchen Industrien die Methoden wechseln kann.

Ich habe wirklich das Glück, daß mich momentan - ich weiß ja nicht, wie lange das andauert - die Themen Krankenanstalten, Gesundheit und so weiter derart faszinieren, daß ich wirklich versuche, mich mit den betroffenen Leuten zu beschäftigen, so auch mit dem Personal des Zentrallabors.

Im AKH gibt es auch insoferne Probleme - dafür sind Millionen und Abermillionen verwendet beziehungsweise verschwendet worden -, als die Computeranlagen nicht funktionieren (Abg. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch: Das stimmt nicht!), und daher die Befundübertragung durch Träger erfolgen muß.

Sie schütteln den Kopf, ich kann Ihnen aber all diese Fakten bestätigen und belegen. Ich bin gerne bereit, Herr Stadtrat Dr. Rieder, zwar nicht als Harun al Raschid, aber doch inkognito, mit Ihnen gemeinsam die Spitäler zu besuchen. (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Mit schwarzer Brille? - Allgemeine Heiterkeit.)

Schauen wir uns das gemeinsam an, und versuchen Sie nicht, aufgrund der Darstellung des Krankenpflegepersonals, das sich eigentlich wehrt, unter solchen Bedingungen arbeiten zu müssen, so zu reagieren, wie Sie gegenüber Herrn Dr. Vogt reagiert haben, wo Sie den Staatsanwalt erwähnt haben. Sie haben im Zusammenhang mit der Zentrallabor-Affäre gesagt: "Anzeige Staatsanwalt." Sie

haben in bezug auf das Franz-Josef-Spital, als Ihnen Pflegerinnen gesagt haben, daß sie nahe der gefährlichen Pflege handeln müssen, gesagt: "Staatsanwalt."

Versuchen wir nicht, über den Staatsanwalt den wesentlichen Problemen, mit denen wir im Gesundheitsbereich konfrontiert sind, auszuweichen. Die Voraussetzung, um die Spitalsmisere lösen zu können, ist eine neue Gesundheitspolitik, die ja zum Teil schon fixiert ist.

Ich habe mir den Gesundheits- und Krankenanstaltenbericht schon durchgelesen. Ich muß sagen, er beinhaltet vieles, was ich inhaltlich für richtig halte.

Ich habe mir aber auch Unterlagen durchgelesen, die schon vor 10 oder 20 Jahren über die Spitalsmisere in Wien und über das AKH erarbeitet worden sind, und trotzdem ist nichts geschehen. Ich würde sagen, die Situation hat sich verschlechtert! (Abg. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch: Das stimmt doch nicht!)

Eine weitere Frage im Zusammenhang mit dem KRAZAF betrifft die Verwendung der Strukturmöglichkeiten. Ich frage mich: Warum nützt Wien es nicht aus, bis zu 25 Prozent der Mittel für Strukturausgaben in die Hauskrankenpflege zu investieren? -

Herr Stadtrat Dr. Rieder hat erklärt (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Was habe ich erklärt?), daß es wesentlich wäre, wenn jede mobile Krankenschwester auch einen Krankenpfleger mitbekommen würde, der die Grundpflege garantiert. Die mobile Krankenschwester wäre an sich nur für die medizinische Krankenpflege zuständig (St. Karin Landauer: Das ist eine gute Idee!), was immer man auch darunter versteht.

1991, falls ich mich nicht irre, oder 1990, das weiß ich jetzt nicht genau, Sie werden mich aber sicher verbessern, sind 261 Millionen Schilling für Strukturreformen aus dem KRAZAF zur Verfügung gestellt worden. Wir hätten die Möglichkeit, mehr als das Doppelte dafür zu verwenden.

Eine weitere Anmerkung möchte ich mir auch noch erlauben:

Wir müssen sehr wohl als eine der wesentlichsten Sachen zur Behebung der Spitalsmisere auch die Frage der Qualitätssicherung betrachten! Was die Qualitätssicherung anbelangt, so haben wir in der Magistratsabteilung 17 eine Stabsstelle entwickelt, aber diese Stabsstelle hat überhaupt keine Möglichkeiten, sich inhaltlich mit den Qualitätsreformen, mit dem Personal und so weiter zu befassen.

Was wir in Wien brauchen, ist eine wirkliche Qualitätssicherungskommission, die verhindert, daß die Qualität der medizinischen Versorgung kontinuierlich zurückgeht.

Eine weitere Bemerkung, bevor ich noch drei oder vier Fragen stelle: Der KRAZAF fördert im Spitalswesen eine Politik, die eine einseitige Bevorzugung der großmedizinischen Technik darstellt.

Ich habe es relativ leicht, weil ich zum Beispiel bei der letzten Gemeinderatssitzung gegen die Anschaffung des Gammaknife gestimmt habe. Ich finde es absurd, 50 Millionen Schilling für so etwas aufzuwenden, nur damit Wien ein Prestigeobjekt hat!

Der verantwortliche Primar hat erklärt, es werden maximal 600 Eingriffe im Jahr möglich sein. Ein derartiger Eingriff wird nun nicht mehr sieben Stunden dauern, sondern eine Viertelstunde. Ich möchte jetzt keine Multiplikation durchführen, um feststellen zu können, wie hoch die Auslastung dann ist.

Tatsache ist aber, daß im KRAZAF eine viel intensivere Kontrolle und eine Bedarfserhebung für großmedizinische Geräte verlangt wird.

Wenn wir den 600 möglichen Patienten einen Flug nach Graz ermöglichen würden, dann käme uns das noch immer wesentlich billiger als ein Vorzeigegerät, das verschwendetes Geld bedeutet.

Verswendetes Geld, das in der... (StR. Karin Landauer: Hoffentlich werden Sie nie einen Gehirntumor haben! - Abg. Ilse Forster: Ja, das möchte ich auch sagen!!)

Das gibt es in Graz. In Graz kann man das machen! (Abg. Ilse Forster: Verswendetes Geld! Lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen!)

Diese Gegenüberstellungen gefallen mir wirklich sehr gut! Ich vergönne Ihnen keinen Gehirntumor! Ich vergönne Ihnen auch nicht, daß Sie stundenlang am Gang in Ihrem Dreck liegen müssen und nicht gesäubert werden, weil wir nicht 100 Schilling für das Pflegepersonal gehabt haben. Diese Gegenüberstellungen bin ich nicht mehr bereit zu akzeptieren!

50 Millionen wurden verschwendet! Es wäre möglich, ohne die Gesundheit der Patienten zu gefährden, Flüge nach Graz zu arrangieren, und das käme uns wesentlich billiger! Das ist ein Prestigeobjekt, und es wundert mich eigentlich, daß FPÖ-Abgeordnete, die zu manchen Sachen sonst in Opposition stehen, dieses Prestigeobjekt akzeptieren! (Beifall bei der GA. - Abg. Ilse Forster: Sie sollten an die Patienten denken!)

Ich habe Ihnen schon einmal erklärt, daß wir auch an die Patienten denken. (Abg. Ilse Forster: Denken Sie doch an die Patienten, bitte!) Wir denken an die tausenden Patienten, die in Gangbetten untergebracht sind und die in ihrem Dreck liegen müssen, weil die Hauskrankenpflege nicht garantiert werden kann. (Zwischenrufe von StR. Karin Landauer und Abg. Ing. Forster.)

Über die Akutbetten haben wir gesprochen!

Bei den Akutbetten habe ich gesagt, daß ich sie nicht abbauen möchte. Ich habe nur gesagt, das steht im KRAZAF drinnen. (Abg. Ilse Forster: Was soll das?) Ich habe gesagt, der KRAZAF beinhaltet diesen Auftrag! Das geben Sie uns vor, das ist ein Auftrag des KRAZAF und nicht etwas, was ich für richtig halte!

Ich behaupte ja gar nicht, daß wir zu viele Akutbetten haben. Die Verteilung der Akutbetten ist falsch. In manchen Bereichen besteht ein großes Defizit an Akutbetten, sodaß die Leute auf den Gängen liegen müssen, und in manchen Bereichen wiederum sind sie nicht ausgelastet.

Bleiben wir doch bei dieser Frage! Ich wollte eigentlich gar nicht so lange darüber reden, aber ich bin gerne bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren, wie die Bettensituation ist. (Abg. Hundstorfer: 41 Gangbetten! Mit heutigem Stand!)

Wie ist das mit der Qualitätssicherung? Wie ist der Standard? - (Abg. Ilse Forster: 41 Gangbetten! 41! Mit heutigem Stand! Hören Sie?) Ihr werdet reden! (Abg. Ilse Forster: Wir möchten Sie ja nur gleich aufklären!) Mir gefällt das! (Abg. Ilse Forster: 41 Gangbetten!)

Ich werde Euch trotzdem etwas sagen: Die Realität ist (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Von welchem Spital sprechen Sie?) - ich kann das Spital, wo folgendes passiert ist, leider nicht nennen, beziehungsweise möchte es nicht nennen - ,...

Präsidentin Christine Schirmer (unterbrechend): Darf ich Sie bitten, ins Mikrofon zu sprechen, damit Sie alle hören können.

Abg. Margulies (fortsetzend): Ich bin ein bißchen erregt, aber das Thema "Gesundheit" ist ein sehr emotionelles. (StR. Karin Landauer: Sie können auch das Mikrofon hinüberstellen!) So kann ich auch von der FPÖ etwas lernen! (StR. Karin Landauer: Dann können Sie sogar rundherum gehen!)

Ich möchte darauf hinweisen, daß Bedarfserhebungen, betreffend Bettenanzahl, Pfleger und Ärzte, interessant wären. Wir sind damit konfrontiert, daß die Frage "Qualitätssicherung" unter anderem den Spitätern auch deswegen schwergemacht wird, weil sie, um ihr Pflegepersonal behalten zu können, die vorgeschriebenen Zahlen und Verhältnisse einhalten müssen.

In jenen Bereichen, wo es beispielsweise gelungen ist, Langzeitpatienten nach Hause zu entlassen, wo es gelungen ist, die Patientenzahl zu reduzieren, war der erste Schritt der Magistratsabteilung 17, unter anderem zu sagen: "Ihr habt einen Unterbelag, daher müssen wir Euch einen Pfleger wegnehmen." Das ist ein großes Problem! Wir können in das Spital gehen. (Abg. Hundstorfer: In welches Spital? - Abg. Ilse Forster: Wo?) Wir können in dieses Spital gehen. (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Wo? Bitte, wo?)

Wenn wir - ich werde das in den nächsten drei, vier Monaten verfolgen - ein Klima haben (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Wo?), in dem ich Informanten, die mich über Zustände informieren, nennen kann, ohne sie zu gefährden, ohne daß ihnen der Staatsanwalt angedroht wird oder disziplinäre Maßnahmen gesetzt werden (Abg. Hundstorfer: Das ist eine bodenlose Unterstellung!), werde ich diese Sachen aufzeigen. (Abg. Ilse Forster: Ich will keine Namen! Das Spital will ich wissen!)

Solange meine Erfahrungen dahin gehend sind, daß jemand, der uns informiert, mit Schwierigkeiten rechnen muß, kann ich Ihnen nur sagen: Ich bin bereit, mit Ihnen in diese Spitäler zu gehen. Die Namen der Leute, die mir diese Informationen geben, werde ich Ihnen im konkreten Fall nicht nennen! (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Sie sollen uns ja auch nicht den Namen eines Informanten geben, Sie sollen uns das Spital nennen!)

In dem Zusammenhang habe ich einige Fragen zu dem KRAZAF-Antrag!

Wie schaut es mit dem Artikel 1 jetzt wirklich aus, mit der Arbeit am leistungsorientierten Abrechnungssystem? Sind die ersten Probeläufe auch auswertbar? -

Im Zusammenhang mit Artikel 2 wollen wir wissen: Wie ist die Ziel- und Planvorstellung für 1992 im Zusammenhang mit dem Einsatz der Struktur- und Reformmittel? -

Weiters wollen wir wissen, welche Regionalisierungsvorschläge vom Fonds beantragt werden können, welche bereits gestellt wurden, ob sie genutzt wurden, und wenn ja, für welches Haus. -

Welche Großgeräte fehlen noch, beziehungsweise warum sind Sie der Auffassung, daß diese Großgeräte fehlen? -

Summa summarum betrachten wir das als ein Abkommen, das eigentlich die jahrelangen Verzäumnisse weiter perpetuiert und sinnvolle Reformen auf diesem so wichtigen Gebiet behindert.

Daher werden wir den Antrag ablehnen. (Beifall bei der GA.)

Präsidentin Christine Schirmer: Als nächster Redner ist Herr Abg. Pfeiffer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Pfeiffer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtags!

Bei einem Wettbewerb für das häßlichste Wort in der deutschen Sprache wäre KRAZAF sicherlich unangefochten der Sieger geworden. (LhptmSt. Mayr: Zweiter! Umvolkung wäre erster!) Umvolkung ist auch sehr schön, aber KRAZAF ist etwas ganz Besonderes!

Insofern ist aber auch das gesamte Vertragswerk häßlich, das muß man dazusagen, denn seine Lesbarkeit und Übersichtlichkeit stellen gleichfalls eine negative Sonderleistung dar. Das resultiert sicherlich nicht aus der Unfähigkeit der beamteten Formulierer, sondern aus der nahezu levantinischen Konstruktion der Mittelaufbringung und der Mittelaufteilung.

Dennoch, der KRAZAF ist das Beispiel der normativen Kraft des Faktischen! Da man im menschlichen Leben immer gezwungen ist, zwischen dem Dringenden und dem Wichtigen zu unterscheiden, kommt es ganz automatisch zuerst immer zur Behandlung des Dringenden, und nur dann, wenn ein ganz besonderer Druck vorhanden ist, wird das Wichtige in Angriff genommen. Erst recht gilt

diese Weisheit für große und umfangreiche Aufgaben, wie sie zum Beispiel das Gesundheitswesen darstellt. Gut ist das zwar nicht, aber das ist die Realität!

Wichtig wäre die Strukturreform, mit Hinwendung zur extramuralen Pflege. Wichtig wäre auch die leistungsorientierte Verrechnung der Kosten. Wichtig wäre die Erstellung zahlloser Richtlinien für ein einheitliches Spitalskonzept in den Fragen Zielsetzung, Errichtung, Betreibung, Abrechnung und Kontrolle.

Wir werden all diese Punkte in der frommen Wunschliste des Artikels 5 wiederfinden, "nur es kummt net". Denn dringlich ist die Finanzierung der Spitäler, und das schafft das neue Übereinkommen zwischen Bund und Ländern. Als gelernter Österreicher weiß man aber, mehr wird es trotz bester Absicht nicht schaffen.

Man kann mit allen Kritikern in einen Chorgesang einfallen, der sich manchmal schon wie ein Kanon anhört, über die Jahrzehnte hinweg: Wirklich gravierende Änderungen sind bei der Vielzahl der Interessen nur in einem leidvollen Prozeß der Umgestaltung und schrittweise zu erreichen. Gute Absichtserklärungen gibt es innerhalb des Vertrags genügend!

Lassen Sie mich aber zu jenen Details kommen, wo auch wir in Wien etwas beisteuern können zu dieser schrittweisen, aber dennoch wichtigen Verbesserung.

Im Artikel 1 Absatz 2 Ziffer 9 ist folgendes festgehalten: "Es werden die legistischen Voraussetzungen für Maßnahmen der Länder zu schaffen sein, um im Zusammenwirken aller Institutionen regionale Modellversuche zur Erprobung integrierter Versorgungssysteme zu ermöglichen, die insbesondere eine finanzielle Durchlässigkeit und den Mitteleinsatz dort zulassen, wo es zur optimalen Versorgung der Patienten unter Beachtung ökonomischer Überlegungen möglich erscheint."

Ich frage mich: Wo sind die Vorschläge für legistische Maßnahmen des Landes Wien? - Im Bereich der Hauskrankenpflege könnten wir schon viel weiter sein. Die Landesregierung, aber auch wir als Vertreter des Landtags werden aufgerufen, ehestbaldig tätig zu werden.

Im Artikel 2 in den Absätzen 1 und 2 geht es um die Mittel für die Strukturreform: "Zwischen 10 und 25 Prozent" - Herr Kollege Margulies hat das zuvor schon erwähnt - "der jeweiligen Landesquote werden als Mittel für die Finanzierung von strukturverbessernden Maßnahmen - das sind alle Maßnahmen, die zur Entlastung des stationären Akutbereichs in den Krankenanstalten führen - bestimmt sein."

Wir werden diesen Vertrag unterschreiben, wir werden ihm heute zustimmen. Darin steht, das wird geschehen. Aber offensichtlich werden diese 10 bis 25 Prozent der Mittel nicht aufgebracht, beziehungsweise ich kann sie im Budget für das kommende Jahr nirgendwo finden.

Es ist nicht nur so, daß der Bund säumig ist in der Durchsetzung von verschiedenen Maßnahmen im Absichtsbereich, sondern daß auch das Land Wien es ist.

"Die Länder werden gebeten, dem Fonds bis 31. März eines jeden Jahrs den Prozentsatz gemäß Absatz 1, sowie die Ziel- und Planvorstellungen für den Einsatz dieser zweckgebundenen Mittel in Verbindung mit dem vom Land für die Erreichung der gleichen Ziele allenfalls bereitgestellten Mittel projektbezogen bekanntzugeben."

Na ja, ich glaube, lieber Herr Vizebürgermeister, Sie werden sich beeilen müssen, wenn Sie nicht in Terminverzug geraten wollen. Oder haben Sie schon ein Konzept dafür? - Wenn ja, warum haben Sie dieses bis jetzt verborgen gehalten?

Sehr wichtig ist aber auch der Artikel 2 Absatz 3, der Abbau von Kapazitäten. Das Wichtigste dabei sind aber die Schaffung und der Ausbau alternativer Versorgungseinrichtungen, insbesondere

Pflegebetten, Hauskrankenpflege und mobile Dienste. Der Vertrag im KRAZAF legt eindeutig fest, daß der Pflege großes Augenmerk beigemessen werden muß.

Wir von der Volkspartei haben für die kommende Sitzung des Gemeinderats einen aus unserer Sicht wichtigen und richtungsweisenden Antrag eingebracht. Es geht dabei, und zwar ganz konform mit den Zielen des KRAZAF, um ein Richtlinienkonzept für den Pflegedienst im Wiener Gesundheitswesen.

Einer der Gründe, warum wir mit der Dringlichen Anfrage nicht mitgegangen sind, ist der, daß mit diesem Antrag umfassend das gesamte Pflegewesen im Bereich des Gesundheitsdienstes der Stadt Wien behandelt werden soll.

Es geht ganz einfach darum, daß alle Dinge, die jetzt im einzelnen, die jetzt in Sonderlösungen, die durchaus in bester Absicht auch seitens des Magistrats gemacht werden, zusammengefaßt werden sollen, aber nicht so, wie es im Leitlinienkonzept für das Gesundheitswesen und für die Krankenanstalten der Fall ist. Darin wird das nur in einer reinen Wunschformulierung dargestellt! Das soll unser Ziel sein!

In dem Zusammenhang erwähne ich die "berühmten W": Wer, was, wann, wo, womit, wofür und mit welchem Aufwand durchgeführt werden kann!

Es geht bei diesem Antrag, den wir einbringen werden, auch nicht darum, daß wir den Vollzug gängeln wollen, oder ins Detail hineingehende Vorschriften im Rahmen einer Gemeinderätlichen Kommission erarbeiten wollen. Das Mittelding zwischen Wunsch und Durchführung ist unser Ziel! Das gibt uns die Mittel und die Möglichkeiten in die Hand, um auch tatsächlich die große Problematik, die sich in diesem Bereich ergibt, durchzustehen zu können.

Ich möchte auch noch die koordinierte Vorgangsweise erwähnen. Neben den verschiedenen Abteilungen, die bereits heute etwas zur Pflege beitragen, können sich auch Vereine außerhalb des Magistrats und alle gutwilligen Kräfte, die mitwirken wollen, daran beteiligen. Das muß natürlich koordiniert geschehen!

Es geht um folgendes: Bedarfsplanung; Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Pflegedienste über die Aus- und Weiterbildung; Festhalten der Quoten für den Ausstoß im schulischen Bereich; Mitwirkung der Arbeitgeber, aber auch der Personalvertretung, im Hinblick auf das Dienstrecht und auf das Arbeitsklima.

Wann immer man mit Menschen aus dem Pflegebereich spricht, so ist das Hauptproblem bei all jenen, die nach drei Jahren Ausbildung oder drei Jahren durchschnittlicher Verweildauer die Dienste der Stadt Wien verlassen, der Frust. Der Frust über die Arbeitsbedingungen, der Frust über die Behandlung durch die Vorgesetzten, der Frust, daß sie viel mehr lernen müssen, als sie dann in der Praxis tatsächlich auch durchführen dürfen, weil es Eifersüchteleien und alles mögliche gibt. (Beifall von Abg. Margulies.) Danke schön, Herr Kollege.

Es ist, glaube ich, wichtig, daß wir Ziele vorgeben und daß wir mit den Beteiligten sprechen. Wir müssen auch mit der Personalvertretung reden, die es sich angedeihen lassen muß, nicht immer die Wochenstundenanzahl herunterzulizitieren, sondern die die menschenwürdigen Arbeitsbedingungen in den Vordergrund stellen müßte. Denn auch eine 20-Stunden-Woche ist zu lange, wenn man in diesen 20 Stunden nur Arbeitsleid erfährt! (Abg. Ilse Forster: Wie wahr!) Das kennen Sie, Frau Kollegin! (Abg. Ilse Forster: Natürlich!)

Es nützt nichts, wenn man nur darüber lächelt. Sie kennen das sicher aus Ihren eigenen Erfahrungen! Wenn Sie dort, wo Sie beschäftigt sind, nicht glücklich sind, dann werden Sie sich eine andere Betätigung suchen.

Wenn es darum geht, daß Millionen und Abermillionen in eine Ausbildung investiert werden, die sich nicht amortisiert, wenn die Menschen keine gute Pflege erfahren, weil zuwenig Pflegepersonal vorhanden ist, dann müssen wir doch feststellen, daß hier etwas nicht funktioniert.

Aus diesem Grund ist eine koordinierte Vorgangsweise mit echten Zielen wichtig! Beachtet werden müssen die budgetäre Situation, die in irgendeiner Form übereinstimmen muß, die Bundes- und Landesgesetzgebung, die wahrscheinlich gewisse Änderungen erfordern, und sonstige Einflußgrößen aller Art, seien sie sozialer, familiärer oder sonstiger Natur. In diesen Bereichen müssen wir Ziele formulieren. Damit wird es uns dann hoffentlich möglich sein, das Problem und den Notstand im Pflegedienst etwas beseitigen zu können.

Ich frage mich auch, ob wir Wiener bei dem im Absatz 1 Ziffer 7 postulierten Modellausbau für die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung mitwirken werden. Ob unsere Abrechnungssysteme bis Jänner 1993 darauf abgestimmt sind, ist auch etwas, was noch offen ist. Inwiefern wir etwas beitragen können, daß der Idee des KRAZAF-Abkommens, das ja an sich gut ist, auch Rechnung getragen wird, ist fraglich.

Das alles sind Punkte, wo wir vor unserer eigenen Türe kehren können. Da gibt es keine Ausrede auf den KRAZAF!

Mit einem Kompliment für den Herrn Vizebürgermeister für jene 36-Prozent-Länderquote für Wien möchte ich diese Detailpunkte abschließen. Hier hat er für unser Land wirklich sehr viel herausgeholt. Alle Achtung dafür! (Beifall bei der SPÖ und von StR. Dr. Wille.)

Eine Folge des Übereinkommens ist aus meiner Sicht wirklich gravierend, und die gilt es, auch einmal zu beleuchten. Durch den KRAZAF werden weiterhin und noch verstärkt jene 2,9 Millionen Mitbürger überbelastet, die im Zuge von Zusatzversicherungen zur Eigenvorsorge bereit sind. Man muß sich vorstellen: Menschen sind bereit, Eigenvorsorge über das hinaus zu betreiben, was sowieso vom Staat abverlangt wird. Die werden dann zusätzlich noch doppelt und dreifach belastet! Jene Menschen müssen im Krankheitsfall nicht nur die Mehrkosten des größeren Komforts in der Klasse bezahlen, sie werden über das vorhin schon erwähnte levantinische Mittelaufbringungssystem doppelt und dreifach zur Kasse gebeten (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Wieso?), was sich natürlich in den Versicherungsprämien niederschlägt.

Wieso? - Das ist ganz klar. Die Krankenkassen zahlen zwischen 32 und 52 Prozent der allgemeinen Gebührenklasse. Dafür stellen sie dem KRAZAF Mittel in der Höhe von insgesamt 4,48 Milliarden Schilling zur Verfügung. Sie sind dann aber mit einer zweiten Tranche beteiligt, mit 4 Milliarden Schilling, die nicht in die allgemeine Gebührenklasse wandern, sondern in den gesamten KRAZAF-Topf. Deshalb sind die Zusatzversicherten praktisch um 100 Prozent mehr belastet als die Krankenkassen.

Die Krankenkassen zahlen für die Patienten nur die Hälfte. Das heißt, die Privatpatienten müssen die Differenz zwischen den durchschnittlich 45 Prozenten - das ist das, was die Krankenkasse für die allgemeine Gebührenklasse bezahlt - und den 100 Prozent bezahlen und zusätzlich noch die Mehraufwendungen, die von den Krankenhäusern gerade an die Privatpatienten herangetragen werden.

Das heißt, würde die Krankenkasse nicht 4,48 Milliarden für die allgemeine Gebührenklasse und weitere 4 Milliarden in den KRAZAF-Topf stecken, sondern die in Summe 8,48 Milliarden Schilling für die Refundierung der allgemeinen Gebührenklasse verwenden, könnten die - und darum geht es jetzt - Prämien für die Privatversicherten wahrscheinlich um 30 Prozent herabgesetzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind 2,9 Millionen Menschen! Daß diese Personen nicht alle Kapitalisten sind, können Sie sich sicher vorstellen! Gäbe es um 2,9 Millionen mehr Kapitalisten in diesem Land, dann könnten wir uns gratulieren, weil dann bräuchten wir keinen KRAZAF!

Der Fonds ist zum gegenständlichen Zeitpunkt unabdingbar. Er bietet Ansätze und Absichtserklärungen, die in die richtige Richtung führen. Er bietet aber leider auch ein Ruhekissen für das Fortwursteln weiterer drei Jahre und ist für eine große Gruppe in unserem Staat leistungsfeindlich. Es gibt aber zur Zeit keine Alternative. Das alte Übereinkommen ist im Dezember 1990 abgelaufen.

Schlecht ist der im Artikel 30 Absatz 1 für die gesamte Zeitdauer vereinbarte Kündigungsverzicht.

Vielleicht geht doch etwas bei der Reform des Gesundheitswesens weiter. Wir arbeiten ja alle heftig daran! Nicht zuletzt unser Antrag soll in dieser Richtung auch etwas weiterbringen und ein bißchen mithelfen.

Ich habe in privaten Gesprächen selbstverständlich alle Fraktionen dazu eingeladen. Es gibt keine Paktbildung, Herr Kollege Margulies. Wenn wir gemeinsam etwas tun können, um der Gesundheit unserer Bevölkerung dienlich zu sein, dann bin ich bereit, selbst mit dem Teufel zu sprechen. (Abg. Margulies: Mit den rot-grünen!) Ich bin aber nicht unbedingt bereit, deswegen einen faustischen Pakt zu schließen, das muß ich dazusagen.

Aus den genannten Gründen der Notwendigkeit wird meine Fraktion dem Übereinkommen zustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Christine Schirmer: Als nächster Redner ist Herr Abg. Dr. Serles zum Wort gemeldet.

Ich möchte, bevor ich ihm das Wort erteile, liebe Gäste, Landtagspräsidenten aus Deutschland, die sich auf der Galerie befinden, sehr herzlich bei uns begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Abgeordneter!

Abg. Dr. Serles: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich könnte es mir heute sehr einfach machen, so wie das vielleicht die Kollegen von der sozialdemokratischen Fraktion nach mir machen werden, und sagen: Der KRAZAF ist großartig. Die Artikel 15a-Vereinbarung ist großartig. Der Herr Vizebürgermeister ist einfach großartig. (Abg. Ing. Svoboda: Richtig! Er ist es!) Es ist einfach großartig, daß es ihm gelungen ist, den prozentuellen Anteil an Mitteln für Wien von bisher 29 Prozent auf 36 Prozent zu erhöhen.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich stehe nicht an, auch das soll von diesem Rednerpult von einem oppositionellen Abgeordneten einmal gesagt werden, daß Sie tatsächlich großartig verhandelt haben.

Aber, meine Damen und Herren (Abg. Ing. Svoboda: Jetzt wird es gefährlich!), vorweg möchte ich vielleicht noch eines sagen: Die FPÖ wird dem KRAZAF mit dieser Artikel 15a-Vereinbarung auch die Zustimmung erteilen, weil nämlich diese 15a-Vereinbarung die Basis für die Finanzierung der Wiener Spitäler darstellt.

Meine Damen und Herren! Ich sage in aller Deutlichkeit folgendes: Der KRAZAF hat sich seit dem Jahr 1978, seit dem Jahr seines Entstehens, als völlig untaugliches Instrument für gesundheitspolitische Reformen dargestellt. Der KRAZAF ist ein Instrument für die Mittelverteilung. Er ist aber kein Instrument für gesundheitspolitische Reformen, und das ist bedauerlich.

Die eigentliche Tragik dieser KRAZAF-Vereinbarung liegt darin, daß sie die nächsten drei Jahre Bestand haben wird. denn, meine Damen und Herren, die nächsten drei Jahre werden die hungrigen Länder befriedigt sein, die Gelder werden fließen und die gesundheitspolitischen Reformen werden weiterhin ausbleiben.

Meine Damen und Herren! Schon vor 20 Jahren haben gesundheitspolitische Sprecher aller Couleurs erkannt, daß die Kosten in den Spitäler explodieren und daß die Finanzierung des Gesundheitswesens ein immer größer werdendes Problem darstellt.

Schon vor 20 Jahren wurde über eine Veränderung des Verrechnungssystems diskutiert und im Hinblick auf eine Weiterentwicklung über ein leistungsorientiertes Verrechnungssystem gesprochen. Schon seit 20 Jahren wird über die Verringerung der Akutbetten diskutiert, und seit 20 Jahren diskutieren wir über die Auslagerung teurer medizinischer Leistungen vom Spital zu den niedergelassenen Ärzten.

Meine Damen und Herren, seit 20 Jahren hat sich in bezug auf Reformen im Gesundheits- und Spitalsbereich nichts getan!

Die Kosten der Spitäler sind dramatisch explodiert. Die Verweildauer der Privatpatienten und die Anzahl der Akutbetten sind dramatisch gestiegen. Die Anzahl der Spitalsaufenthalte pro Person hat sich vergrößert. Und das alles innerhalb der letzten 20 Jahre, in denen die Sozialdemokratische Partei federführend im Gesundheitsressort Politik gemacht hat! Das alles auch seit 14 Jahren KRAZAF!

Sehr geehrte Damen und Herren! Wieder einmal wird der KRAZAF verlängert und wieder einmal gibt es unverbindliche Absichtserklärungen. Es gibt ein großartiges 22-Punkte-Programm als Bestandteil dieser Vereinbarung, das eine Fülle unverbindlicher Absichtserklärungen ohne exakte Fristsetzungen und ohne Sanktionen enthält, was beispielsweise passiert, wenn sich einer der Vertragspartner an dieses Maßnahmenpaket nicht halten sollte.

Ich stelle fest, das 22-Punkte-Programm dieser Vereinbarung ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als die Zusammenfassung der Probleme, über die im Gesundheitsbereich seit Jahren diskutiert wird.

Nun zu den 22 Punkten im einzelnen, zumindest zu einigen davon.

Es wird die Bereinigung bestehender Versorgungsdefizite ins Auge gefaßt. Das ist eine unverbindliche Absichtserklärung, ohne genaue Festlegung von Was, Wie und Wann.

Es wird erklärt, daß die Patientenversorgung durch die niedergelassenen Ärzte verbessert werden soll, um dadurch den stationären Akutbereich zu entlasten. Auch das ist eine völlig unverbindliche Absichtserklärung, ohne exakten Zeitplan und ohne Quoten der Erfüllung.

Es wird die Schaffung neuer Versorgungsmöglichkeiten versprochen, um den Akutbereich der Krankenanstalten zu entlasten. Darunter versteht man vor allem den Ausbau der mobilen Dienste und den Ausbau von Kapazitäten für alte Menschen.

Meine Damen und Herren! Das sind Dinge, über die seit Jahren diskutiert wird! Seit Jahren ist aber in diesem Bereich nichts passiert! (Beifall bei der FPÖ. - Abg. Ilse Forster: Also bitte! - Abg. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch: Das stimmt doch nicht!)

Meine Damen und Herren! Es werden Gesundheits- und Sozialsprengel für die Koordinierung aller Gesundheitseinrichtungen in Aussicht gestellt, und ich halte fest, daß das nichts anderes als ein neuer Verwaltungsapparat ist. Ich wage die Behauptung: Wenn es dem KRAZAF nicht gelungen ist, die Koordination im Gesundheitsbereich herbeizuführen, wird es diesen Gesundheits- und Sozialsprengeln ebenfalls nicht gelingen.

Zur Finanzierung! Im KRAZAF wird also in diesem 22-Punkte-Programm davon gesprochen - und das muß man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen -, daß die Finanzierung der Krankenanstalten und der übrigen Einrichtungen langfristig auf eine gesicherte Basis zu stellen ist. Meine Damen und Herren! Seit 20 Jahren reden wir von der Finanzierung des Gesundheitswesens und sie ist noch immer nicht gesichert!

Meine Damen und Herren! Es wird weiterhin davon gesprochen, daß die Vielfalt der Kostenträger bereinigt werden soll. Das ist ein großartiger Vorschlag! Es ist großartig, daß man jetzt endlich draufkommt.

• Es werden Maßnahmen zur Pflegevorsorge versprochen. Dafür gibt es immerhin einen exakten Termin: Ab dem 1. Jänner 1993 soll Wesentliches passieren! Wir von der Oppositionspartei werden sehr genau im Auge behalten, ob wirklich etwas weitergeht.

Es wird auch davon gesprochen, daß in der Spitalsfinanzierung das Finanzierungsrisiko zu Lasten der Spitalserhalter auf alle Finanzierungspartner verteilt wird. Auch das ist eine unverbindliche Absichtserklärung völlig oberflächlicher Natur!

Schließlich findet sich in diesem 22-Punkte-Programm auch ein Dauerbrenner, den wir aus jahrzehntelangen gesundheitspolitischen Diskussionen kennen: die Forderung nach einem leistungsorientierten Honorierungssystem. Meine Damen und Herren! Wir warten seit 20 Jahren darauf und noch immer gibt es dieses System nicht! (Beifall bei der FPÖ.)

Ich stehe auch nicht an, hier positiv festzustellen, daß dieses 22-Punkte-Programm die Vorsorge für eine flächendeckende Hauskrankenpflege als Pflichtleistung der Sozialversicherungsträger beinhaltet. Aber auch dazu eine klare Feststellung: Die sieben Milliarden mehr an Sozialversicherungsbeiträgen, mit denen die Österreicher belastet werden, stehen in keiner Relation zu dem, was die Sozialversicherungsträger an zusätzlichen Leistungen erbringen.

Die Österreicher sind bereit, für ihre Gesundheit zu zahlen. Im Jahr 1990 wurden in Österreich rund 150 Milliarden Schilling für Gesundheitsmaßnahmen ausgegeben. Davon entfallen rund 54 Milliarden auf die privaten Haushalte und rund 100 Milliarden auf die öffentliche Hand. Die 100 Milliarden inkludieren die Transferzahlungen an private Haushalte. Die privaten Haushalte geben rund 5,3 Prozent ihres Nettohaushaltseinkommens für die Gesundheit aus.

Die Österreicher sind also, wie diese Zahlen beweisen, bereit, für die Gesundheit zu zahlen. Die Österreicher sind aber nicht so ohne weiteres bereit, der Sozialversicherung weitere sieben Milliarden Schilling in den Rachen zu werfen, die uns alle die Beitragserhöhung ab 1. Jänner 1992 kosten wird.

• Meine Damen und Herren! Ich fasse zusammen: Wir werden der Artikel-15a-Vereinbarung zustimmen, und wir warten weiterhin auf Reformen im gesundheitspolitischen Bereich! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Christine Schirmer: Herr Abg. Dr. Pilz hat seine Wortmeldung zurückgezogen.

Es gelangt nunmehr Frau Stadträtin Karin Landauer zum Wort. Ich erteile es ihr.

Stadträtin Karin Landauer: Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Dem Artikel 2 Abs. 3 ist zu entnehmen: "Bei der Verwendung dieser Mittel werden die Länder insbesondere folgende Zielvorgaben einzuhalten haben:

Punkt 1: Abbau von Kapazitäten in allen Bereichen der Akutversorgung von Krankenanstalten. •

Punkt 2: Schaffung und Ausbau alternativer Versorgungseinrichtungen, insbesondere Pflegebetten, Hauskrankenpflege und mobile Dienste.

Punkt 3: Ausbau integrierter Versorgungssysteme, insbesondere Sozial- und Gesundheitssprengel."

Dieser Artikel 2 Punkt 1, Abbau von Kapazitäten in der Akutversorgung von Krankenanstalten, ist der Grund meiner Wortmeldung. Ich kann mich nämlich des Gefüls nicht erwehren, daß Sie mit dem Abbau von Kapazitäten bereits beginnen, und zwar im Mautner-Markhof'schen Kinderspital.

Herr Stadtrat Dr. Rieder (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Hier!), bekennen Sie Farbe. Sagen Sie den betroffenen Mitarbeitern, den Eltern und den Kindern, daß Sie dieses Spital nicht mehr als Kinderspital weiterführen wollen, sondern daß Sie daraus ein Rehab-Zentrum machen wollen, weil Sie Ärzte und Pflegepersonal im Donauspital brauchen und weil ohnedies eine neue Kinderchirurgie im AKH geplant ist.

In unserem Gesundheits- und Anstaltenplan 1990 kann man auf Seite 9 folgendes nachlesen:

"In der Kinderheilkunde sind noch vorhandene Kinderzimmer in Abteilungen mit erwachsenen Patienten schrittweise aufzulassen. Statt dessen sind Kinder in eigenen Stationen oder in Kinderspitäler zu konzentrieren. Nach Möglichkeit sollen noch zusätzliche Mutter-Kind-Zimmer geschaffen werden." - Das steht im krassen Widerspruch zu den Vorgängen im Mautner-Markhof'schen Kinderspital!

Bei der Besprechung mit Ihnen, Herr Stadtrat, hat man von seiten der kollegialen Führung des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals ganz konkrete Zielvorstellungen eingebracht, welche auch die Zustimmung der Personalvertretung des Kinderspitals gefunden haben. Machen Sie aus dem Mautner-Markhof'schen Kinderspital ein Kinderunfallkrankenhaus, wie sich dies die Mitarbeiter dieses Spitals wünschen und wie es diese Stadt der Medizin wohl auch dringend benötigen würde. (Beifall bei der FPÖ.)

Vermehrt nützen Mütter mit ihren Kindern beim Spitalsbesuch seit April 1991 die Möglichkeiten des öffentlichen Verkehrs durch die Errichtung des Verkehrsknotens Schlachthausgasse, welcher unmittelbar an das Mautner-Markhof'sche Kinderspital angrenzt. Es ist unbestritten, daß das Mautner-Markhof'sche Kinderspital seit fast einem Jahr eine zentrale Lage aufweist.

Parallel zu dieser Entwicklung stieg auch die Zahl der stationären Aufnahmen von 5.816 1990 auf 6.146 1991, obwohl in diesem Zeitraum der Bettenstand von 164 auf 139 reduziert wurde, um die Pflegequalität entsprechend den medizinischen Erfordernissen gewährleisten zu können.

Die bis vor kurzem aktive Zusammenarbeit mit den Unfallkrankenhäusern ist leider zusammengebrochen, weil bei der Unfallversicherung die Meinung vorherrscht, daß das Mautner-Markhof'sche Kinderspital geschlossen wird.

Anlässlich einer Besprechung über den Bedarf von Abteilungen der Kinderchirurgie im Raum Wien kamen die dort anwesenden Herren zur Erkenntnis, besonders die Herren Obersenatsrat Dr. Zwins und Chefarzt Dr. Kaspar, daß das Auslangen mit dem Gottfried von Peyer'schen Kinderspital, dem Donauspital und dem neuen AKH gefunden wird.

Im AKH sind 63 Betten geplant. Diese Neuplanung kostet zusätzliches Steuergeld und ist nicht notwendig, da der Bedarf an kinderchirurgischen Betten in Wien bereits durch das Mautner-Markhof'sche Kinderspital gedeckt ist. Es ist zu befürchten, daß Sie, Herr Stadtrat Dr. Rieder, von der Magistratsabteilung 17 nicht richtig informiert werden.

Im Jahr 1925 wurde in diesem Haus die Übernahme des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals beschlossen. Der Punkt 6 des Antrags des Stadtsenats lautete, ich zitiere wörtlich:

"Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, keine Änderung der Zweckbestimmungen des Stiftungsvermögens vorzunehmen und zu jedem Verkauf der Realitäten, im ganzen oder in Teilen oder zu einer anderweitigen Verwendung, die Zustimmung der Bundesregierung einzuholen."

Herr Landeshauptmann! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren! Haben Sie von der Bundesregierung die Zustimmung bereits eingeholt, oder wollen Sie diese übergehen?

Es gibt immer noch keine öffentliche Ausschreibung des Primariats Chirurgie. Herr Prof. Dr. Horcher übernimmt ja mit 1. April die Chirurgie des Donauspitals. Wenn es kein Primariat gibt, gibt es auch keine Ausbildungsplätze, gibt es nicht genügend Chirurgie auf dieser Abteilung, wie dies bereits jetzt im Mautner-Markhof'schen Kinderspital der Fall ist. All diese Maßnahmen sprechen für ein Aushungern dieses Spitals!

Herr Stadtrat Dr. Rieder, sprechen Sie mit den Mitarbeitern, mit den Eltern, mit den Kindern und sichern Sie ihnen den Weiterbestand dieses Krankenhauses zu, welches eine Pionierleistung auf dem Gebiet von verunfallten Kindern erbracht hat.

Ich weiß schon, daß Sie die Macht haben, doch ich weiß auch, daß Sie Verstand, Gefühl und Menschenachtung haben, daher begehen Sie mit einer Verschleierungstaktik keinen Vertragsbruch des 1925 von Ihrem Bürgermeister Seitz unterzeichneten Vertrags. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Christine Schirmer: Zum Wort gemeldet ist Herr Amtsführender Stadtrat Dr. Rieder. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat Dr. Rieder: Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mich nicht nur deswegen veranlaßt gesehen, mich zum Wort zu melden, weil ich in einzelnen Fragen unmittelbar angesprochen worden bin, sondern auch zur Entlastung des Herrn Berichterstatters, weil derart viele Halb- und Unwahrheiten hier behauptet worden sind, sodaß es beinahe für einen allein unmöglich ist, das alles richtigzustellen.

Ich möchte damit beginnen, was zur Frage der Finanzierung des Gesundheitswesens gesagt worden ist.

Herr Dr. Serles, Sie haben das so dargestellt, als ob das ein spezifisch österreichisches Problem wäre. Ich lade Sie ein, sich ein Bild davon zu machen, daß die Gesundheit das Thema des amerikanischen Wahlkampfs ist. Ein Bericht aus der Schweiz lautet: "Teure Gesundheit! Die Schmerzgrenze ist erreicht! Dem Schweizer Gesundheitswesen droht der Kollaps!" Bundesrepublik Deutschland: "Krankenhauskosten 1991: Enorme Steigerungen!"

Dort wird das dargestellt, was auch ich sagen muß: Im wesentlichen sind es die Kostensteigerungen beim Personal! Es muß uns klar sein, daß es nur einen gemeinsamen Nenner geben kann. Man kann nicht auf der einen Seite darüber jammern, wie teuer das Gesundheitswesen ist, und auf der anderen Seite sagen, aber man müßte doch eigentlich mehr Mittel für das Personal aufwenden.

Zweite Bemerkung! Auch das stimmt nicht, daß die Verweildauer steigt. In Wirklichkeit ist sie in den letzten zwei Jahren von 12,3 auf 11,2 deutlich zurückgegangen. Im längerfristigen Prozeß ist der Rückgang um vieles dramatischer. Man kann sagen, daß in der Bundesstadt Wien den Anforderungen des KRAZAF, nämlich dort, wo es möglich ist, die Bettenzahl in sehr erheblichem Maße zu reduzieren, nachgekommen wurde, und zwar nicht nur im Rahmen der Psychiatriereform, sondern auch in weiten Bereichen anderer Akutspitäler.

Dieser Kostenfaktor der Verweildauer wurde enorm gesenkt, allerdings um den Preis zusätzlicher Belastungen für das Personal. Das soll hier auch mit Nachdruck gesagt werden, denn jener Patient, der relativ kurzzeitig betreut und behandelt wird, stellt natürlich höhere Anforderungen an das Personal, und es liegt auf der Hand, daß die Kostensenkung mit enormen Einsatzleistungen des Personals verbunden ist.

Dritte Bemerkung! Hier wende ich mich an die Einladung, quasi als Harun al Raschid verkleidet, mit in die Spitäler zu gehen. Vieles was Sie hier gesagt haben, war wie ein Märchen aus Tausendund-einer Nacht. Es ist mir völlig unverständlich, wie gerade Sie mit einer Lockerheit und Oberflächlichkeit sagen konnten: "Auf Gangbetten stundenlang im Dreck liegen."

Nun es mag sein, daß es Patienten gibt, die aus den verschiedensten Gründen am Gang liegen müssen, aber das mit der unverfrorenen Behauptung zu verbinden, daß die Betreffenden stundenlang in ihrem Dreck liegen müssen, ist nicht nur unwürdig, ist nicht nur in der Ausdrucksweise im hohen Maße herablassend gegenüber diesen Menschen, sondern ist auch eine Unverfrorenheit gegenüber den Schwestern, denen Sie damit ja unterstellen, daß sie die Menschen bewußt in ihrem Dreck liegen lassen. Und solche unbewiesenen Behauptungen, Herr Abg. Margulies, weise ich mit Nachdruck zurück! (Beifall bei SPÖ, FPÖ und ÖVP. - Abg. Margulies: Das lasse ich mir nicht gefallen! Ich lasse mir nicht unterstellen, daß das ein Angriff auf das Krankenpflegepersonal ist!)

Es paßt in ihr Gesundheits- und Spitalsverständnis, daß Sie mit derselben Oberflächlichkeit im Zusammenhang mit dem Gammaknife von einem Prestigeobjekt gesprochen haben, als wenn es nicht darum ginge, Menschen, die sich sonst in einer aussichtslosen Situation befänden, zu helfen.

Die Behauptung, man könnte sie ja ins Flugzeug setzen und das wäre günstiger, scheitert schon deswegen, weil natürlich, und das müßten Sie eigentlich wissen, die Voraussetzungen für den Einsatz dieses Geräts in Wien um vieles besser sind als in Graz. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Zu diesem merkwürdigen Verständnis des Wiener Gesundheits- und Spitalssystems gehört es auch, daß Sie sich einfach hier herstellen und darauf verweisen, daß die Stadt Wien die in der KRAZAF-Vereinbarung vorgesehenen Mittel für sogenannte systemverändernde Maßnahmen nicht nutzt.

Wir verwenden 2,4 Milliarden Schilling aus Steuermitteln und das Geld hat bekanntlich kein Mascherl für solche Maßnahmen. Wie können Sie die Frage aufwerfen, welcher Anteil der 265 Millionen jetzt für diesen Zweck verwendet wird, wenn 2,4 Milliarden dazu verwendet werden? - Das ist doch völlig absurd!

Im Vergleich zu anderen Bundesländern wird ein x-facher Betrag dafür eingesetzt, und zwar nicht erst seitdem es die KRAZAF-Vereinbarung gibt, sondern schon viel länger. Wir hätten sonst nicht all die Sozialeinrichtungen, die es in anderen Bundesländern noch nicht gibt und die dort erst aufgebaut werden müssen.

Wir bezahlen das aus Steuermitteln, natürlich auch unter Einschluß jener Mittel, die aus der KRAZAF-Vereinbarung kommen. Aber das ist ein Bruchteil dessen, was wir selbst aus eigenen Mitteln aufwenden. Sie können Ihren Kopf schütteln wie ein Pendel, das ist eine Tatsache, um die Sie nicht herumkommen!

Letzte Bemerkung! Es ist mehrfach das Mautner-Markhof'sche Kinderspital angesprochen worden. Um die Situation richtig einzuschätzen, muß man, glaube ich, auf folgenden Umstand hinweisen:

Das Mautner-Markhof'sche Kinderspital dient Patienten, die zu einem Großteil aus anderen Bundesländern kommen. Der Leiter der Kinderchirurgischen Abteilung hat selbst darauf hingewiesen, daß ein Drittel der Patienten in seiner Abteilung Nichtwiener sind: 972 Niederösterreicher, 96 Burgenländer.

25 Prozent der Patienten der Kinderchirurgischen Abteilung kommen aus den Bezirken nördlich der Donau, aus dem 21. und 22. Bezirk. Es liegt auf der Hand, daß mit der Betriebsaufnahme des neuen Spitals die Kinder in dieser Größenordnung nicht mehr ins Mautner-Markhof'sche Kinderspital

kommen werden. Damit erreicht die Kinderchirurgische Abteilung eine Größe, die es, wie in anderen Belangen, nicht mehr möglich macht, sie aufrechtzuerhalten.

Wir haben das überprüft, unter Beziehung eines Universitätsprofessors aus Graz, um nicht den Eindruck zu erwecken, sozusagen im eigenen Bereich die Konkurrenten gegeneinander auszuspielen. Wir haben auch Herrn Prof. Dr. Heck aus München zugezogen, einen international anerkannten Experten, um festzustellen, welche Möglichkeiten es gibt, um einen solchen Betrieb aufrechtzuerhalten.

Das Gutachten, ich sage es ganz offen, dieses Gremiums ist in dieser Frage zuungunsten des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals ausgefallen. Es herrscht in diesem Kreis die Übereinstimmung, daß eine Aufrechterhaltung als spezifische Kinderchirurgische Abteilung nicht möglich ist.

Es kam der Vorschlag: "Machen wir dort eine Kinderunfallchirurgie". Auch diese Frage wurde mit Experten, insbesondere auch mit Herrn Prof. Dr. Poigenfürst, besprochen.

Er rät eindeutig davon ab. Er meint, daß die Erfahrungen, die im Fall der Unfallchirurgie gegeben sein müssen, bei der raren Zahl der Fälle in einem solchen Spital dann nicht aufrechterhalten werden können. Das wird dadurch bestätigt, daß es eigentlich international gesehen nirgendwo eine Kinderunfallchirurgie eigener Art gibt, weil man weiß, daß es viel sinnvoller ist, die Kinderchirurgie in einem Schwerpunktspital oder in einem spezifischen Unfallspital unterzubringen.

Es bedarf dazu natürlich auch enormer Einrichtungen, wenn man nicht auf zweitklassigem Niveau in diesem Bereich tätig sein will.

Ich glaube daher, daß es aufgrund der Gespräche, die jetzt geführt werden, sowohl auf der Ebene der Spitalsführung, der Spitalsmitarbeiter, als auch auf der politischen Ebene mit dem Bezirk, um nämlich abzustimmen, welche konkreten unmittelbaren Bedürfnisse es in der Bevölkerung gibt, durchaus möglich sein müßte, zu einer Lösung zu kommen, die sinnvoll ist, unter dem Gesichtspunkt, was die Bevölkerung braucht.

Das ist ja der primäre Punkt! Es geht ja nicht darum, eine Abteilung als Prestigeobjekt ihrer selbst wegen zu erhalten, sondern sie muß darauf abgestimmt werden: Was braucht die Bevölkerung im unmittelbaren Einzugsgebiet, was kann anderwärts nicht versorgt werden? -

Ich glaube, daß etwas möglich sein wird, was ich für eine optimale Lösung betrachte: Nämlich die Aufrechterhaltung eines den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung angepaßten Kinderspitals sowie die Schaffung eines Pflegezentrums für ältere Menschen.

Ich möchte Ihnen den Gedanken näherbringen, der mir wichtig erscheint: Ich glaube, daß es wichtig ist, im Zuge der Betreuung der alten Menschen nicht nur isolierte Einrichtungen zu schaffen, sondern sie auch mit Akuteinrichtungen zu verbinden. Die Pflegeeinrichtungen für die alten Menschen dürfen nicht als Ghettos betrachtet werden, sondern müssen als eine Einrichtung angesehen werden, die auch den eigenen Interessen dient.

Wir werden für diese Idee werben! Für mich stellt sich zunächst die gesundheitspolitische Frage, was sinnvoll ist, und dann erst die Frage, ob es wirklich eines Rechtsstreits vor dem Bezirksgericht bedarf? (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Christine Schirmer: Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg. Susanne Jerusalem zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Susanne Jerusalem: Um weitere unqualifizierte Zwischenrufe zu vermeiden, gebe ich hiermit bekannt, daß Herr Abg. Dr. Pilz erkrankt ist. Das heißt, er wird als Redner überhaupt von der Liste gestrichen. (Abg. Oblässer: Für immer?) Er war bereits heute in der Früh krank! Er ist jetzt nicht deswegen gegangen, weil es um sachliche Inhalte geht, sondern ausschließlich deswegen, weil er

krank ist. Gekommen ist er in der Früh aus Solidarität mit den Abgeordneten der Grünen Alternative! (Beifall des Abg. Margulies.)

Präsidentin Christine Schirmer: Als nächste Rednerin ist Frau Stadträtin Maria Hampel-Fuchs zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Stadträtin Maria Hampel-Fuchs: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Äußerungen zum Mautner-Markhof'schen Kinderspital haben mich dazu bewogen, mich ad hoc zum Wort zu melden.

Im Zielplan, den alle Fraktionen gemeinsam beschlossen haben - es hat bei den Beratungen ein gutes Arbeitsklima geherrscht -, wurde festgelegt, daß erst nach Inbetriebnahme des SMZ-Ost die gesamte kinderärztliche Versorgung und kinderspitalsmäßige Versorgung in Wien überprüft wird.

Das SMZ-Ost ist noch nicht in Betrieb, und schon weiß man, ohne mit der zuständigen Bevölkerung darüber zu sprechen, was dort anders gemacht wird.

Es werden mir Vorschläge unterbreitet, die in keiner Weise mit der Bevölkerung abgestimmt wurden. Die Bevölkerung geht nämlich in einem wesentlich größeren Ausmaß, als das bisher der Fall war, in das Mautner-Markhof'sche Kinderspital. Sie können das den Ambulanzzahlen und den Aufenthaltszahlen entnehmen!

Dieses Kinderspital ist das einzige, das mit der U-Bahn erreicht werden kann. Es ist direkt mit dem U-Bahn-Aufgang verbunden. Also es gibt kein anderes Spital, das eine derartige Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln sichert. (Abg. Hundstorfer: Waren Sie schon beim St. Anna-Kinderspital?) Ja, natürlich, dort fährt die Straßenbahn vorbei!

Ich habe kein Auto, ich fahre immer mit den öffentlichen Verkehrsmitteln und bin daher über alle Vorgänge sehr genau informiert, weil ich es täglich an Leib und Seele erlebe, ob etwas funktioniert oder nicht.

Es ist völlig unmöglich, mit dieser Infrastruktur, wie sie in diesem Kinderspital vorhanden ist, ein Pflegezentrum aufzubauen. Es bedarf eines gänzlich anderen Mitarbeiterstabs und einer gänzlich anderen Einstellung zu den speziellen Patienten. Das kann man nicht auf einer so kleinen Fläche ohne irrsinnigen Aufwand, muß man dazusagen, funktional und auch kostengünstig durchführen. Der Kinderarzt kann nicht für die alten Patienten zuständig sein, für sie ist ein Geriatriespezialist notwendig. Das ist doch unmöglich! Die neuesten Erkenntnisse auf diesem Sektor werden völlig über den Haufen geworfen!

Die ÖVP hat wirklich schon bewiesen, beispielsweise durch die vor Jahren beantragte Bestellung eines Kurators zur Sicherung dieser Stiftung, daß ihr das Mautner-Markhof'sche Kinderspital sehr am Herzen liegt.

Noch einige Worte zu der Beurteilung durch die Ärzte, die zu den Gesprächen eingeladen wurden.

Wir haben 1,5 Millionen Einwohner in Wien. Diese Ärzte haben festgestellt, daß pro einer Million Einwohner eine Kinderabteilung oder ein Kinderspital reicht. Sie entscheiden jedoch einfach autokrat: Für die 1,5 Millionen Einwohner brauchen wir drei. Das ist willkürlich festgelegt worden aufgrund dieser Untersuchungsergebnisse und auch aufgrund dieser Fachgespräche. Das entbehrt auch jeder fachlichen Grundlage!

Deshalb nehme ich mir für meine Fraktion das Recht heraus zu sagen: Das Mautner Markhof'sche Kinderspital muß für die Bevölkerung des 3., 10. und 11. Bezirks erhalten bleiben. (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Präsidentin Christine Schirmer: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Ich freue mich, Ihnen trotz der heute vormittag losgebrochenen Debatte mitteilen zu können, daß im Gegensatz zur Sorge einiger Debattenredner die Papiere der Bank-Austria weder gesunken sind, noch ins Bodenlose gestürzt sind, wie nicht sehr verantwortungsvoll gesagt wurde, sondern am heutigen Tag gestiegen sind, und zwar die Papiere aller Art. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß ein sehr offenes Geständnis ablegen im Zusammenhang mit den Ausführungen von Herrn Abg. Margulies:

Ich liebe wirklich nicht alle Mitglieder des Landtags. Den größten Teil schätze ich, aber das Lieben und Mögen behalte ich mir doch für andere Gelegenheiten vor.

Was ich aber gerne hätte, wäre, daß wir versuchen, die Problematik mit ein bißchen mehr Sachverstand, mit besseren Informationen zu sehen. Ich fürchte, Sie werden sonst nach den Ausführungen Ihres Klubobmanns in die Reihen der anderen Fraktionen gestellt. Er hat ja heute eine sehr harte Kritik gegenüber den Mitgliedern der anderen Fraktionen abgegeben. (Zwischenruf von Abg. Margulies.)

Ich habe ihm auch nicht geglaubt, daß er den Nachtrag zum Finanzausschuß nicht bekommen hat. Er hat den Inhalt viel zu gut gekannt. Aber ich konnte ihm nichts Gegenteiliges beweisen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten uns ein bißchen mehr mit dem Inhalt beschäftigen.

Die Frage, Herr Abg. Margulies, warum in der Rudolfstiftung der Bettenstand vergrößert wird, stellt sich ganz einfach nicht! Das ist eine halbe Information! Draußen entstehen deshalb mehr Betten, weil die größeren Zimmer im alten Teil geteilt werden und damit weniger aufnahmefähig sind. (Abg. Margulies: Das ist aber eine Viertelinformation! Wir haben 30 aufgelassen und 130 neue!)

Also das geht schon einmal mathematisch nicht! Wenn man zur Hälfte etwas hinzufügt, sodaß es dann ein Viertel ergibt, also das geht mathematisch nicht! (Abg. Margulies: Ich lasse mir nicht etwas unterstellen!)

Herr Kollege, lassen Sie mich sagen: Wenn Sie in Ihrer Jugend politisch erfolgreicher gewesen wären, dann wäre ich in Sibirien gewesen, und das ist der Grund meiner Abneigung gegen Sie! (Beifall bei SPÖ, FPÖ und ÖVP. - Abg. Margulies: Das ist der Antifaschismus! Das darf nicht wahr sein!)

Wenn Sie die Frage stellen und sagen, das wurde zahlenmäßig überprüft, so stimmt es ganz einfach nicht, daß die Strukturmittel nicht ausgenützt wurden. Die vom Land allen anderen Bundesländern zur Verfügung gestellten Strukturmittel von zehn Prozent wurden ausgenützt und sind zur Verfügung gestellt worden.

Herr Kollege Pfeiffer! Ich glaube, Sie haben die Ziffer 9 falsch gelesen und ich bitte Sie, mit mir das noch einmal durchzulesen.

Bei Artikel 1 Absatz 2 Ziffer 9 heißt es nicht, daß die Länder legistische Maßnahmen setzen sollten, sondern "es werden die legistischen Voraussetzungen für Maßnahmen der Länder zu schaffen

sein". Das sind keine Maßnahmen, die die Länder in ihrem Bereich schaffen können, sondern das sind Maßnahmen, die der Bund schaffen muß. Das geht sehr deutlich aus dem weiteren Text hervor, wenn es hier heißt: "...um im Zusammenwirken aller Institutionen, regionale Modellversuche zur Erprobung integrierter Versorgungssysteme zu ermöglichen."

Wenn Sie einmal das Bundeskrankenanstaltengesetz, das meiner Meinung nach für ein Grundgesetz zuviele Details regelt, zur Hand nehmen, werden Sie sehr rasch feststellen, daß ein solches Zusammenwirken von Institutionen nur dann möglich ist, wenn dieses Bundeskrankenanstaltengesetz geändert wird.

Ich sage Ihnen ein Beispiel dazu, mit dem ich leider gescheitert bin, und zwar bei der eigenen Gebietskrankenkasse. Das war beim Lithotripter! Wir haben gesagt: Bei einer Nierensteinoperation ist man zehn Tage im Spital, drei Wochen zu Hause im Krankenstand und drei Wochen auf Kur. Verwenden wir den Lithotripter, so ist man drei Tage im Spital und braucht alles andere nicht!

Wenn diese drei Tage auch wesentlich teurer sind, als drei normale Spitalstage, so sind sie dennoch wesentlich billiger, als wenn wir zusammenrechnen: zehn Tage Spitalsaufenthalt, drei Wochen Krankenstand, drei Wochen Kuraufenthalt.

Das ist damit gemeint! Das ist aber nur möglich, wenn der Bundesgesetzgeber die entsprechenden Maßnahmen setzt. Die Länder wären gerne dazu bereit, aber sie brauchen die bundesgesetzliche Ermächtigung.

Das gleiche gilt für die bis 1993 festzulegende leistungsbezogene Krankenhausfinanzierung. Es geht ja darum, daß wir österreichweite Vergleichsmaßstäbe bekommen. Diese österreichweiten Vergleichsmaßstäbe können nur gesetzt werden, wenn es österreichweit eine einheitliche Buchführung in den Spitäler gibt.

Ich bin sehr für das leistungsbezogene System! Ich muß es sein, weil wir in Wien die hohen Leistungen erbringen, weil wir in Wien die Zentralversorgung für die Hälfte Österreichs absolvieren, weil wir die Spitzenversorgung erbringen.

Was wir nicht wollen, ist, daß Durchschnittspreise festgelegt werden und diese Durchschnittspreise auch für die Spitzenversorgung gelten. Wir wollen eine echte leistungsbezogene Abrechnung!

Nun sage ich Ihnen gleich dazu: Das Bundesministerium für Gesundheit muß etwa bis 30. Juni 1992 die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, denn das muß dann in den Buchhaltungen noch umgesetzt werden, und das geschieht auch nicht über Nacht!

Herr Kollege Dr. Serles, die Verweildauer ist deutlich gesunken. Ich glaube, Sie wurden mit der Verweildauer der Privatpatienten ein bißchen irregeführt.

Nur lassen Sie mich bitte sagen: Ihre andere Argumentation hat auch nicht ganz gestimmt. Das hat zunächst einmal überhaupt nichts mit dem KRAZAF zu tun. Bei gleicher Voraussetzung des KRAZAF in ganz Österreich, handhaben die Steirer das völlig anders als die Wiener. Das ist eine autonome Entscheidung!

Ich möchte Ihnen zur Zahl der Pflegetage in den Spitäler generell etwas sagen: Die Steirische Landesregierung hat mit großem Aufwand eine private Organisation der steirischen Landesspitäler durchgesetzt.

Nun gibt es eine Bestimmung im Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds, daß, wenn die Zahl der Pflegetage sinkt, das honoriert wird.

Acht Bundesländer haben die Zahl der Pflegetage gesenkt. Allein die Steiermark war in der Lage, das zu überkompensieren und mehr an zusätzlichen Pflegetagen zu haben, als die anderen acht einsparen konnten.

Der Grund ist einfach: Der teuerste Spitalstag ist derjenige, an dem die intensivste Behandlung durchgeführt wird und der billigste Spitalstag ist der letzte Tag, wo der Patient praktisch schon gehfähig ist, sein Essen selbst holen kann und kaum mehr sehr viel Hilfe braucht. Wenn ich an den letzten noch einen allerletzten und allerallerletzten anhänge, dann ist das für das Spital wirtschaftlich interessant. Das ist in der privatwirtschaftlichen Führung der Steirer geschehen!

Wenn das wenigstens dazu geführt hätte, daß es ein wirtschaftlicher Erfolg gewesen wäre, dann hätten wir darüber reden können. Aber das war auch ein wirtschaftlicher Mißerfolg und ein Flop!

Frau Stadträtin Hampel-Fuchs, ich möchte den Beginn Ihrer Rede mit dem Schluß Ihrer Rede in Zusammenhang bringen. Sie haben am Beginn Ihrer Rede gesagt, daß nach der Eröffnung im Donauspital die Dinge geprüft werden. Sie haben am Schluß Ihrer Rede gesagt, Sie bestehen auf den Weiterbestand des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals.

Vielleicht können wir uns auf das einigen, was Sie am Anfang Ihrer Rede gesagt haben: Warten wir, bis es eröffnet ist, und schauen wir uns dann die Voraussetzungen an.

Meine Damen und Herren! Ich darf noch einen Dank aussprechen. Von allen Fraktionen - und das ist sehr selten - wurde anerkannt, daß es gelungen ist, einen höheren Anteil für Wien zu erreichen, nicht nur deswegen, weil der Finanzreferent gut verhandelt hat - er hat sich zumindest bemüht -, sondern auch deswegen, weil die objektiven Voraussetzungen gegeben waren. Wien leistet auf dem Gebiet des Spitalswesens wesentlich mehr, als es seiner Einwohnerzahl entspricht. Ich darf mich dennoch herzlich bedanken, daß das anerkannt wurde!

Ich möchte weiters sehr offen sagen: Ich bin von Anfang an, und zwar seit dem Jahr 1977, dafür eingetreten, daß es diesen Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds gibt.

Lassen Sie mich aber deutlich sagen: Ich bin trotzdem nicht mit dem Inhalt dieses Vertrags glücklich, denn mir persönlich als Sozialdemokrat ist eine andere Art von österreichischer Zusammenarbeit in bezug auf das Spitalswesen vorgeschwobt. Mir ist vorgeschwobt, daß es eine österreichweite Zusammenarbeit im Spitalswesen gibt, die jedem Österreicher, egal in welchem Bundesland er wohnt, egal welches Einkommen er hat, die bestmögliche medizinische Behandlung sichert, und daß sich der Beitrag ausschließlich nach den Einkommensverhältnissen richtet.

Eine solche Lösung wurde noch immer nicht erreicht. Dafür gibt es viele gute Gründe. Daher muß ich eine Zwischenlösung, weil das Spitalswesen keinen Tag unterbrochen werden kann und darf, auch dann annehmen und dann zur Kenntnis nehmen, wenn ich nicht restlos glücklich damit bin. Ich bin nicht restlos glücklich mit diesem Vertrag, aber er sichert uns ein ordnungsgemäßes Weiterführen!

Ich darf Sie nochmals bitten, diesem Antrag zuzustimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Otolny: Wir kommen zur Abstimmung. (Abg. Margulies zum Rednerpult gehend: Persönliche Berichtigung! - Abg. Dinhof: Das geht nicht mehr!) Die Abstimmung ist bereits eingeleitet. Wir kommen zur Abstimmung. (Abg. Margulies: Ich habe mich schon vorher gemeldet!)

Es ist keine Wortmeldung mehr vorgelegen! (Abg. Margulies: Ich habe mich gemeldet zur persönlichen Berichtigung!) Es war schon das Schlußwort des Herrn Berichterstatters.

Wir sind bei der Abstimmung. (Abg. Dinhof: Die Schriftführung hat keine Wortmeldung!) Herr Abg. Margulies, bitte nehmen Sie Ihren Platz ein, wir sind bereits bei der Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Geschäftsstück die Zustimmung erteilen wollen, die Hand zu erheben. - Danke, das ist die Mehrheit. Das Geschäftsstück ist somit mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Postnummer 4 der Tagesordnung. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage des Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1966 (19. Novelle zur Dienstordnung 1966), die Besoldungsordnung 1967 (38. Novelle zur Besoldungsordnung 1967) und die Vertragsbedienstetenordnung 1979 (21. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979) geändert werden.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Amtsführenden Stadtrat Hatzl, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Hatzl: Hoher Landtag!

Mit der 44. Novelle zum ASVG wurde die Möglichkeit einer begünstigten Selbstversicherung für Zeiten der Pflege eines im gemeinsamen Haushalt lebenden behinderten Kindes, für das erhöhte Familienbeihilfe gewährt wird, eingeräumt.

Für Bundesbeamte wurde bereits eine ähnliche Regelung getroffen. Nun soll auch für Gemeindebedienstete ein Rechtsanspruch auf Gewährung eines unbezahlten Karenzurlaubs, der auf die Pensionszeit angerechnet wird, geschaffen werden.

Der Entwurf eines dementsprechenden Gesetzes, mit dem die Dienstordnung, die Besoldungsordnung und die Vertragsbedienstetenordnung geändert werden, wurde im zuständigen Ausschuß aufgrund eines Initiativantrags der Abgen. König, Mag. Karl, Maria Rauch-Kallat und Herzog beschlossen und weitergeleitet.

Ich ersuche um Zustimmung.

Präsident Outolny: Ich danke für die Einleitung.

Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Daher werde ich so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Mag. Karl. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Karl: Herr Präsident! Hoher Landtag!

Nicht daß mir Herr Abg. Dr. Pilz und Herr Stadtrat Mag. Chorherr sehr abgehen, aber Sie sind schon seit zwei Stunden nicht anwesend. Wenn die Gesetzesvorlage, die wir nun zu behandeln haben, schon zum Herrn Stadtrat Hatzl ressortiert, so hat dieser die Entwicklung richtig vorausgesehen. In dem neuen Stadtatlas spricht er davon, daß man über den richtigen Umgang mit unbekannten Pilzen etwas lernen sollte! (Heiterkeit.)

Ich habe aber zu einem sehr ernsten Thema zu sprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor einem Jahr und zwei Monaten haben wir die sogenannte Behindertenbauordnung einstimmig beschlossen, knapp vor Weihnachten, quasi als Weihnachtsgeschenk. Mit der heutigen Vorlage zugunsten der Eltern von behinderten Kindern wäre es uns fast gelungen, wenn wir nicht alle in der Hektik der konstituierenden Sitzungen versäumt hätten, den entsprechenden Antrag einzubringen. Es war nämlich unser aller Wunsch, daß diese Gesetzesnovellen schon am 1. Jänner 1992 in Kraft treten. Nun ist es ein paar Monate später! Das soll aber unserer Freude und unserer Genugtuung keinen Abbruch tun!

Meine Damen und Herren! Ohne die Verdienste anderer schmälern zu wollen, darf ich doch mit großem Stolz sagen: Was wir heute beschließen, geht auf eine Initiative der Österreichischen Volkspartei zurück.

Lassen Sie mich die Entwicklung in gebotener Kürze schildern:

Frau Stadträtin Hampel-Fuchs hat im April 1991 den Brief einer Mutter eines behinderten Kindes erhalten, die Gemeindebedienstete ist und die darin ihre Probleme schilderte. So kamen wir drauf, daß es zwar eine Bundesregelung gibt, aber auf Landesebene analoge Bestimmungen nicht vorhanden waren.

- Dies führte am 19. April 1991 zu einem Antrag von Frau Kollegin Rauch-Kallat und mir, in welchem der zuständige Amtsführende Stadtrat aufgefordert wurde, Gesetze mit analogen Bestimmungen vorzulegen.

Im Personalausschuß vom 20. Juni 1991 lag dann die Antwort des Amtsführenden Stadtrats Dr. Swoboda in Form eines Berichts der Magistratsabteilung 1 vor, der ablehnend war und den unsere Fraktion sicher abgelehnt hätte. Ich brachte das in der Diskussion zum Ausdruck und auch mein Unverständnis für eine derartige, nur die Interessen der Dienstbehörde im Auge habende Antwort.

Stadtrat Dr. Swoboda lenkte sofort ein, man möge das nur als Zwischenbericht betrachten, und er werde im September 1991 Ausschußmitglieder und Vertreter der Behindertenkommission zu einem Gespräch einladen.

Dieses fand dann mitten im Wahlkampf statt. Es dauerte kaum länger als fünf Minuten, da sich alle einig waren, daß die Bundesregelung analog zu übernehmen ist. Stadtrat Dr. Swoboda hat auch sofort versprochen, den entsprechenden Gesetzesentwurf ausarbeiten zu lassen. Man kam auch überein, daß dies als Initiativantrag einzubringen sei, um die zeitraubende Begutachtung und ähnliches zu vermeiden.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zum Schluß noch zwei ganz persönliche Bemerkungen.

Diese Gesetzesnovellen sind, wenn ich das so sagen darf, mit meinem Herzblut geschrieben. Ich war vor vielen Jahren selbst ein Betroffener und ich weiß, was es heißt, ein behindertes Kind zu haben, das man mit allen Fasern seines Herzens liebt und dem man oft nicht helfen kann. Glauben Sie mir, der Staat und die Stadt Wien werden hier nicht finanziell belastet, sie ersparen sich viele Millionen Schilling, denn Betreuungsdienste oder gar eine Abschiebung in ein Heim kommen sehr viel teurer und sind auch fast unmenschlich. Denn was solche Kinder trägt, ist allein die Liebe und Fürsorge ihrer Eltern!

Meine zweite Bemerkung: Ich bin mit großem Bedauern aus der Wiener Behindertenkommission ausgeschieden. Wir haben nun weniger Vertreter und es erschien dem Klub und mir richtig, daß die ehemalige Vorsitzende-Stellvertreterin und ein in der Sache mehr als ich Betroffener diesem Gremium angehören. Ich darf aber den Vorsitzenden bitten, mich weiterhin zu informieren und vielleicht auch manchmal als Gast einzuladen, möglicherweise auch in meiner Funktion als Präsident der Österreichischen Gesellschaft zur Bekämpfung der Muskelkrankheiten.

Ich möchte allen danken! Ich habe zu Beginn mit Stolz auf unsere Urheberschaft hingewiesen. Wesentlich ist aber, daß für behinderte Menschen in diesem Land etwas geschieht, sodaß es keine Trennung mehr in Nichtbehinderte und Behinderte gibt.

In diesem Sinne nochmals allen herzlichen Dank! (Beifall bei ÖVP und SPÖ und der Abg. Dr. Friedrun Huemer.)

Präsident Otolny: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Hans König. Ich erteile es ihm.

Abg. Hans König: Herr Präsident! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich hätte mich nicht zum Wort gemeldet, denn ich bin ebenso wie Herr Kollege Karl froh, daß wir diesen Initiativantrag nunmehr über die Bühne bringen und die Novelle Wirklichkeit wird. Ich muß aber einige kleine Berichtigungen anbringen.

Die behindertengerechte Bauordnung für Wien war kein Weihnachtsgeschenk. Wir haben nichts zu schenken!

Behinderte Menschen werden das auch nicht brauchen. Was sie notwendig haben, sind Gesetze, die halten. Ich möchte es immer wieder in der Semantik betonen: Das sind keine Geschenke! (Abg. Mag. Karl: Ich habe das aber nur als Freude gemeint!) Ja, das weiß ich schon, ich kenne Dich gut genug. Ich halte das nur protokollarisch fest, denn das, was hier gesagt wird, wird ja auch zitiert, und daher wollte ich das korrigieren.

Ich freue mich über die Initiative von jeder Partei. Besonders wenn sie gut ist, hat halt der Sieg viele Väter. Es ist sicher richtig, daß der Antrag der Abgen. Rauch-Kallat und Mag. Karl damals sehr viel in Bewegung gebracht hat.

Vom Zeitpunkt der Abfolge muß ich aber sagen: Es hat einen Amtsantrag gegeben, und zwar wurde er von der stellvertretenden Referatsleiterin des Behindertenreferats der Magistratsabteilung 12, von Frau Zappe, die auf diesem Gebiet besonders engagiert ist, gestellt.

In diesem Antrag wurde auf die Schwierigkeit hingewiesen, natürlich über die Abteilungsleitung. Dann wurde er der zuständigen Frau Stadträtin und Vizebürgermeisterin übermittelt, obwohl die Novelle eine Sache des Personalstadtrats ist.

Hier gab es die Gleichzeitigkeit, daß das, was bei der Frau Vizebürgermeisterin und zugleich auch beim Herrn Stadtrat eingelangt ist, nicht so beantwortet wurde, wie Sie es erwartet haben. Darum war ich umso mehr erfreut, daß wir eine Sitzung dazu in fünf Minuten beenden konnten, indem wir sagten, keine Verhandlungen, was not tut, muß gemacht werden, und damit war die Verhandlung beendet.

Meine Damen und Herren! Betreuungsdienste sind für unsere behinderten Mitbürger sehr wichtig. Manchmal sind sie auch besser als familiärer Aufenthalt, denn nichts ist besonders rosig und besonders schön! Es gibt auch einige Ausnahmen, wo ich sage: Die Förderung von behinderten jungen Menschen findet in manchen Familien durch die Familienmitglieder nicht in der Form statt, wie sie sein sollte oder könnte. Daher sind die Einrichtungen, wie zum Beispiel "Lebenshilfe" oder "Jugend am Werk", von Vorteil.

Immer wieder gibt es Fälle, wo ich sagen muß: Wir haben im Behindertengesetz keine Handhabe, wenn eine Mutter sich weigert, das Kind einer Einrichtung, einer Therapie et cetera zuzuführen. Es bleiben oft Kinder bis zum 30sten Lebensjahr in den Familien, wo wir sagen müssen, es findet keine Förderung statt. Es ist leider, nachdem sie nicht mehr als Jugendliche gelten, das Gegenteil der Fall. Mit dem 30sten oder 35sten Lebensjahr, wenn die Mutter vielleicht vor der Zeit alt geworden ist, werden dann die Kinder zu uns geschickt. Dann ist es sehr schwer, ihnen das Binden von Schnürriemen zu lernen, dann ist es sehr schwer, sie bei all den notwendigen Tätigkeiten zu fördern. Ich glaube, das hat keine parteipolitischen Gründe, das ist ein Faktum des vorhandenen Zustands in Wien.

Ich bitte Sie, diese kleinen Korrekturen freundschaftlich zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Ich werde selbstverständlich als Vorsitzender der Behindertenkommission, wenn es möglich ist, Herrn Abg. Mag. Karl einladen, und zwar sicherlich als Abgeordneten und nicht als Präsidenten der Gesellschaft, denn sonst wäre die Beispielfolgerung zu groß, da ich die Präsidenten aller Gesellschaften zur Behindertenkommission einladen müßte.

Alles Gute für die weitere Arbeit. Wir sehen uns sicher weiterhin bei der Behindertenarbeit! (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Präsident Outolny: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte die Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung die Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. - Danke, das ist einstimmig der Fall.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt keiner.

Ich bitte daher die Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke, das ist einstimmig der Fall. Die Gesetzesvorlage ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt, und wir kommen nunmehr zur Dringlichen Anfrage der Abgen. Johann Römer, Mag. Helmut Kowarik und Ilse Arie an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen, betreffend eine Reform der Krankenpflegeausbildung und Aufwertung des Berufsstands der Diplomkrankenpfleger.

Die Anfrage wird vom Fragesteller mündlich begründet. Hierauf wird eine Debatte stattfinden.

Gemäß § 39 Abs. 6 der Geschäftsordnung hat vorher die Verlesung des Antrags zu erfolgen. Ich bitte daher die Frau Schriftführerin, den Text der Anfrage zu verlesen.

Schriftührerin Abg. Mag. Heidemarie Unterreiner: Ich bringe die Dringliche Anfrage der Abgen. Johann Römer, Mag. Helmut Kowarik und Ilse Arié an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen, betreffend eine Reform der Krankenpflegeausbildung und Aufwertung des Berufsstands der Diplomkrankenpfleger, zur Verlesung:

"Die Österreichische Bundesregierung hat sich für die Dauer der 18. Gesetzgebungsperiode des Nationalrats für die Reform der Krankenpflegeausbildung mit dem Ziel der Integration in das berufsbildende Schulwesen und für die Erweiterung des Zugangs zum Pflegeberuf ausgesprochen. Diese Absichtserklärung versucht der Tatsache Rechnung zu tragen, daß dem Bereich der Krankenpflegeausbildung lange Zeit hindurch zuwenig Bedeutung beigemessen wurde.

Eine Folge dieser verfehlten Politik ist der derzeitige Mangel an diplomiertem Krankenpflegepersonal.

Mit einer Aufwertung dieses Berufsstands könnte dieser die Gesundheitsversorgung des Landes bedrohende Fehlbestand behoben werden. Dazu bedarf es vor allem einer Reform der Diplomkrankenpflegeausbildung.

Derzeit werden zwei Varianten diskutiert, die sich noch für das Schuljahr 1992/1993 verwirklichen lassen könnten. Gedacht ist einerseits an die Einrichtung eines Schulversuchs 'Höhere Lehranstalt für Gesundheits- und Krankenpflege' mit Zugang nach der achten Schulstufe, andererseits an ein sechssemestriges 'College für Gesundheits- und Krankenpflege' für Maturanten.

Der Zweck dieser in Aussicht genommenen Maßnahmen zielt ab auf die Verbesserung der Ausbildung, besonders auch mit Hinblick auf die psychischen und sozialen Aspekte des Berufsfelds und auf die Imagewirkung des Berufsstands, auf die Anhebung des Krankenpflegeberufs, auf die europäische Norm und eine Erhöhung der beruflichen Durchlässigkeit und damit der Steigerung der Attraktivität des Berufs.

Diese neue Form der Krankenpflegeausbildung soll im Rahmen der Krankenpflegeschulen nach den Bestimmungen des Privatschulgesetzes erfolgen. In diesem Zusammenhang wurden die Landessanitätsdirektionen gebeten, bekanntzugeben, ob sie an der Führung eines solchen Schulversuchs in ihrem Bereich interessiert sind und welcher Standort in Aussicht genommen wurde.

Seitens des Landes Wien erfolgte keine Angabe.

Hinsichtlich der Finanzierung von bundesweit zehn Klassen dieses Schulversuchs ist vorgesehen, daß der Bund die Lehrerpersonalkosten übernimmt und der Schulerhalter die personelle Organisation und Finanzierung der vorgesehenen Praktika und den Sachaufwand des Unterrichts trägt. Zusätzliche Schulversuche ließen sich mit etwa 5,6 Millionen Schilling pro Klassenzug und Schulstandort durchführen.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 39 Abs. 1 und Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtags für Wien nachfolgende Dringliche Anfrage:

Welche Bedeutung messen Sie der Aufwertung des Krankenpflegeberufs bei?

Inwieweit stimmen Sie der Schlußfolgerung der Internationalen Expertenkommission zu beziehungsweise befinden Sie sich in Übereinstimmung mit dem Wiener Krankenanstaltenzielplan, wo eine verbesserte Ausbildung des diplomierten Krankenpflegepersonals als dringend notwendig erachtet wird?

Erachten Sie die Schaffung neuer Ausbildungsformen für den Bereich der diplomierten Krankenpflegeausbildung für notwendig?

Inwieweit vertreten Sie die Ansicht, daß durch ein reformiertes Ausbildungsangebot der dramatische Mangel beim diplomierten Krankenpflegepersonal in absehbarer Zeit behoben werden kann?

Weshalb wurde seitens der Landessanitätsdirektion für Wien keine Stellungnahme zu den angeführten Schulversuchen abgegeben?

Inwieweit erachten Sie die Einrichtung der genannten Schulversuche zur Verbesserung der Krankenpflegeausbildung für notwendig?

Werden Sie Ihren Einfluß dahingehend geltend machen können, daß in Wien bereits mit dem Schuljahr 1992/1993 derartige Schulversuche stattfinden?

Inwieweit halten Sie es für verantwortbar, angesichts des permanenten Mangels an diplomiertem Pflegepersonal das bisherige Ausbildungssystem beizubehalten?"

Präsident Otolny: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß gemäß § 39 Abs. 8 der Geschäftsordnung bei der nun folgenden Begründung und anschließenden Debatte kein Redner mehr als 20 Minuten sprechen darf.

Ich erteile nunmehr Herrn Abg. Johann Römer zur Begründung der Dringlichen Anfrage das Wort.

Abg. Johann Römer: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Das Arbeitsübereinkommen der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei für die Bildung einer gemeinsamen Koalitionsregierung für die 18. Legislaturperiode des Nationalrats enthält unter anderem folgenden Satz:

"Reform der Krankenpflegeausbildung mit dem Ziel der Integration in das berufsbildende Schulwesen und Erweiterung des Zugangs zum Pflegeberuf."

In diesem Papier wird auch darüber gesprochen, daß im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe Entwicklungen zur Hebung des Ausbildungsniveaus einzuleiten sind.

Auch der Wiener Gesundheits- und Krankenanstaltenplan 1990 verkennt diese Sache nicht und akzeptiert, daß eine Reform der Ausbildung durch gesetzliche Änderungen auf Bundesebene durchgeführt werden könnte.

Es beschäftigen sich viele laufend mit diesem Thema, so die Gewerkschaft, die Standesvertretung, die Arbeiterkammer, ein Curriculum des österreichischen Bundesinstituts für Gesundheitswesen und viele andere mehr. Auch das Bundeskanzleramt als zuständige Behörde befaßt sich damit.

Warum das Ganze? - Weil all diesen Leuten, all diesen Institutionen bewußt ist, daß Krankenpflegepersonal an allen Orten fehlt, nicht nur in Wien. Diesen Leuten ist auch bewußt, daß nicht jeder mit 15 Jahren schon seinen endgültigen Berufswunsch weiß und auch die richtige Wahl trifft. Viele wollen später umsatteln, wollen einen anderen Beruf ergreifen, oder wie zum Beispiel AHS-Maturanten überhaupt eine Berufsausbildung anstreben, um sich erst später entscheiden zu können.

Warum haben wir zuwenig Schwestern? - Spricht man mit ihnen, so tritt zutage: Während sich in der Gesellschaft im Laufe der letzten Jahrzehnte sehr viel wesentlich geändert hat, scheint hier die Zeit stehengeblieben zu sein. Es wird in Gesprächen von den Schwestern bestätigt, daß der Beruf leider unattraktiv geworden ist, und zwar aus mehreren Gesichtspunkten heraus:

Erstens. Die Arbeitszeit.

Zweitens. Das schlechte Image.

Drittens. Die überaus anstrengenden Arbeitsbedingungen, der große psychologische Streß und Druck, dem sie ausgesetzt sind.

Zur Arbeitszeit! Wer arbeitet schon gerne in diesem Rhythmus: Montag 12-Stunden-Tagdienst, Dienstag 12-Stunden-Tagdienst, Mittwoch 12-Stunden-Nachtdienst, Donnerstag kommt man in der Früh nach Hause und hat dann frei, Freitag hat man auch frei, Samstag beginnt wieder der 12-Stunden-Tagdienst, Sonntag ist wieder Nachtdienst, dann hat man wieder zwei Tage frei und dann beginnt der Radldienst wieder von vorne.

Ich frage, wer in Österreich noch mit einer derartigen Arbeitszeit belastet ist? - Überstunden, so wird glaubhaft versichert, gibt es fast keine, obwohl niemand nach den zwölf Stunden aus dem Spital hinauskommt, weil durch die Dienstübergabe und den Schichtwechsel längere Zeiten voneinander sind. Andererseits möchte auch offiziell niemand zugeben, daß länger als zwölf Stunden gearbeitet wird, weil ja die arbeitsrechtlichen Vorschriften ebenfalls zu beachten sind.

Das Image! Wenn ich an meine Jugend zurückdenke, so überlege ich, wie oft es passiert ist, daß der Sohn den Beruf des Vaters oder die Tochter den Beruf der Mutter angestrebt haben. In meinen vielen Gesprächen, die ich in der letzten Zeit mit Schwestern und Familien geführt habe, hat mir aber niemand gesagt, daß die eigene Tochter oder zumindest die Nichte einen Beruf in der Krankenpflege ergreifen möchten, weil sie so ein gutes Vorbild im Familienkreis haben.

Aber auch die Arbeitsbedingungen werden von allen angesprochen! So gibt es zwar die Pflegehelfer und Pflegehelferinnen, die beim Bettenmachen, beim Austeilen des Essens, beim Wegräumen des Geschirrs, bei der Körperpflege und beim Ausgeben der Schüssel helfen. Auch wenn jemand läuft, helfen sie mit. Auch die Abteilungshelferinnen sollen hierbei als Unterstützung des Personals nicht vergessen werden.

Und die Schwester? - Die Schwester hat all diese Aufgaben zu erledigen, die ich zuvor aufgezählt habe, wenn niemand da ist, der das macht, weil sie die letzte ist, die die Verantwortung trifft, und daher einspringen muß. So zum Beispiel wurde mir erklärt, daß es Sonntag nachmittags auf

gewissen Stationen keine Abteilungshelferinnen gibt und sie daher alles wegputzen muß. Das muß die Schwester zusätzlich zu ihren Hauptaufgaben, die sie sowieso hat, machen, wobei nicht ganz klar ist, was alles noch dazukommen könnte. Das Mitmachen der Visite, das Aufarbeiten der Visite, die Aufnahme und Entlassung der Patienten, die Manipulation mit Blutproben, mit Laborberichten et cetera belasten die Schwestern und Krankenpfleger aufs äußerste.

Ich möchte Ihnen auch ein Beispiel für den psychologischen Druck bringen:

Eine Schwester hat einmal alleine Nachdienst gehabt, wo leider Gottes jemand gestorben ist. Sie hat eine Stunde mit dem Toten allein sein müssen. Das ist sicher kein Problem, das ist die tägliche Arbeit! Aber sie hat mir gesagt: Der psychologische Druck, eine Stunde allein zu sein, hat mich fertiggemacht.

In einem meiner letzten Gespräche war folgende Aussage sehr signifikant. Auch wenn es ein bißchen übertrieben ist, ist es sicherlich symptomatisch: "Nach einem Jahr haben die meisten bereits das Burn-out-Syndrom."

Die zweite Aussage lautet: "Nach drei Jahren will sowieso die Hälfte der Leute aufhören." - Es zeigen ja auch die Statistiken, daß die Krankenschwestern und Krankenpfleger sich im Spannungsfeld Patient, Angehöriger, Arzt aufgerieben fühlen. Allheilmittel kennt sicher niemand!

Wir Freiheitlichen sind davon überzeugt, daß jedes Mittel, welches dieses Dilemma zu beseitigen hilft, ergriffen werden muß. Darum halten wir eine attraktivere Ausbildung für das Krankenpflegepersonal für den richtigen Weg. Wenn dann Vorschläge kommen, die eine qualifiziertere Ausbildung vorsehen, so darf es nicht an einigen Millionen scheitern.

Die Gesellschaft hat sicher viele Verpflichtungen zu erfüllen, die viel Geld kosten. Aber die Gesellschaft wird daran gemessen, wie sie mit den Schwächsten, mit den Alten, mit den Kranken, mit den Kindern und mit den Behinderten umgeht. Es ist ja nicht nur das Geld, an dem die Gesellschaft gemessen wird.

Es liegt daher ein Vorschlag auf dem Tisch. Es wird gesagt: "Es ist im Krankenpflegeberuf fünf vor zwölf." Um welchen Vorschlag geht es hier? - Es werden Schulversuche vorgeschlagen: einerseits eine fünfjährige Höhere Lehranstalt für Gesundheits- und Krankenpflege und andererseits ein College, welches sechs Semester dauern soll.

Diese BHS, und das überlege ich mir, hätte doch immense Vorteile.

Jene, die sich heute für den Krankepflegeberuf entscheiden müssen, 15jährig, 16jährig, müßten sich nicht unbedingt schon im zarten Kindesalter dafür entscheiden, da sie noch später die Gelegenheit hätten, diesen Beruf ergreifen zu können. Wenn sie glauben, dafür doch nicht geeignet zu sein, könnten sie in andere Zweige überreten. Die Überlegung ist nicht von der Hand zu weisen, daß einen solch anstrengenden Humanberuf sicher Ältere - nehmen wir die Maturanten mit 19, 20 Jahren - leichter ergreifen werden, wenn sie sich bewußt sind, was auf sie zukommt und sie mehr Verständnis für die Willfähigkeit des Lebens haben.

Das brächte eine attraktivere Ausbildung! Eine attraktivere Ausbildung, die auch höherwertig wäre, und diese würde auch den steigenden Ansprüchen der Krankenschwester gerecht werden, ist doch die heutige Krankenschwester mit so vielen Dingen befaßt, die sich vor Jahrzehnten niemand hätte träumen lassen! Denken wir nur an die Handhabung der modernen Geräte, die inzwischen hochspezialisiertes Verständnis erfordern.

Das Berufsbild der Krankenschwester hätte sich inzwischen aber auch ändern müssen, genauso wie sich viele andere Berufsbilder auch geändert haben! Nehmen wir nur den Facharbeiter, dessen Position heute bereits sicher einen anderen Stellenwert einnimmt, weil er nicht mehr unbedingt derje-

nige ist, der mit Feingefühl handwerkliche Tätigkeiten ausführt, sondern weil er zum Teil hunderte Millionen Schilling teure elektronische Geräte zu handhaben hat. Denken wir nur an diesen Stellenwert.

Ich glaube, auch die Aufgabe der Krankenschwester oder des Krankenpflegers müßte einer Neubewertung zugeführt werden. Bei den Arbeitslehrerinnen, oder ein anderes Beispiel, auch bei den Kindergärtnerinnen, ist das ohne Probleme gegangen. Auch in diesem Bereich wurde die Ausbildung verlängert und qualitativ nun höher gestaltet.

Mein Ausgangspunkt war, daß es zuwenig Schwestern gibt, zuwenig Krankenpfleger. Ich stelle dazu fest, daß es Initiativen gibt, die genau diese Personen benötigen: Initiativen, die in den letzten Jahren versprochen und geplant wurden, die aber leider im Endeffekt noch nicht realisiert werden konnten.

Ich denke nur an den großangelegten Modellversuch im GESO 2 im 2. Bezirk vom Oktober 1988, als die mobilen Krankenschwestern verdoppelt wurden. Aber meine Frage lautet: Wo sind die anderen 22 Modellversuche für Wien? -

Frau Stadträtin Karin Landauer hat noch als Abgeordnete am 22. Februar 1991 eine Anfrage an Frau Landeshauptmann-Stellvertreter Smejkal gestellt, die diese wie folgt beantwortet hat, ich zitiere:

"Die Realisierung des Pilotprojekts spitälerne Kinderkranken- und Säuglingspflege ist eines der nächsten Ziele der Hauskrankenpflege. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß die Finanzierung der Hauskrankenpflege durch die Krankenversicherungsträger geklärt ist. Ein konkreter Zeitpunkt hängt daher vom Fortgang der Überlegungen, Hauskrankenpflege zu einer Pflichtleistung der Krankenkassen zu machen, ab."

Daß die Krankenkassen in vollem Umfang die Hauskrankenpflege für ewige Zeiten übernehmen werden, wird ja zu diesem Zeitpunkt wohl niemand geglaubt haben. Ich gehe schon davon aus, daß man sich bewußt war, daß nur der medizinische Teil von den Gebietskrankenkassen, die ja sowieso nicht im Geld schwimmen, übernommen werden wird.

Es gibt ein ähnliches Beispiel. Das ist wieder eine Anfragebeantwortung von Frau Landeshauptmann-Stellvertreter Smejkal, und zwar vom Dezember 1990, als es um den vermehrten Einsatz von mobilen Krankenschwestern ging, ich zitiere wieder:

"Es bestehen Überlegungen von Seiten des Bundes, die Hauskrankenpflege zu einer Pflichtleistung der Sozialversicherung zu machen. Diesbezügliche Entscheidungen des Bundes werden selbstverständlich die weitere Vorgangsweise der Stadt Wien in dieser Frage beeinflussen."

Es gibt noch andere Beispiele. Ich verweise nur auf die Pflegegeldsicherung. Es wird uns versprochen: Sie kommt zum 1. Jänner. Hoffentlich, sonst muß der Herr Minister zurücktreten, wie versprochen. Aber selbst wenn sie kommt, so fehlt ja dann noch immer die Vereinbarung gemäß § 15a Bundesverfassungsgesetz, wo auch die Finanzierung geregelt werden muß. Ob wir das alles bis zum 1. Jänner zusammenbringen? -

Ein anderes Beispiel: die Installierung der Gesundheitssprengel. Darüber wird jahrelang gesprochen, das wird geplant, vorgezeigt kann nur wenig werden!

All diese Maßnahmen kosten viel Geld. Das ist mir schon klar! Es ist aber festzuhalten, daß auch dann, wenn das Geld vorhanden wäre, die Initiativen nicht durchgeführt werden könnten, weil das Wichtigste fehlt, nämlich das Personal.

Es wäre übertrieben, zum jetzigen Zeitpunkt zu sagen: "Dieses Manko haben die Verantwortlichen zu tragen." Nein, man muß davon ausgehen, daß seit Jahrzehnten alles schiefgelaufen ist. Aber wir hätten heute eine Chance! Wir hätten die Chance, daß all das, was die Sozialisten jahrzehntelang schiefgehen ließen, die Sozialdemokraten heute wieder gutmachen könnten. Unter diesem Gesichts-

punkt werden die Bundesländer gefragt: "Teilt uns Euren Bedarf für den Schulversuch mit, teilt uns mit, wieviel Klassen Ihr braucht." Sie werden es nicht glauben: Die Landesfinanzreferenten teilen lakonisch mit: "Es besteht kein Interesse."

Aber es geht noch weiter! Ich habe hier ein Schreiben, in dem einfach mitgeteilt wird: "Die Landesfinanzreferentenkonferenz erwartet daher, daß Versuche in dieser Richtung unterlassen werden." Ich glaube, das ist wirklich einer der Höhepunkte in dieser Angelegenheit! Dort, wo sich so viele Menschen bemühen, Neues zu bringen, Verbesserungen zu erzielen, wird das einfach mit einem lapidaren Satz vom Tisch gewischt.

Herr Stadtrat, aus Sorge, die wir mit Ihnen teilen, haben wir Ihnen heute diese Fragen gestellt. Wir haben sie Ihnen deshalb heute gestellt, weil jetzt Ende Februar ist und Ende Februar eigentlich der Zeitpunkt ist, um die Klassen bis zum Herbst zu errichten, um die Schüler und Schülerinnen auch aufnehmen zu können, will man nicht wieder das Schuljahr 1992/1993 ungenutzt vorübergehen lassen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Outołny: Wir kommen nunmehr zur Debatte über die Dringliche Anfrage.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Margulies. Ich erteile es ihm.

Abg. Margulies: Ich habe volles Verständnis, daß ich die Geschäftsordnung falsch verstanden habe und daher keine persönliche Berichtigung machen konnte. (Abg. Ing. Svoboda: Oja, ordnungsgemäß schon!) Ja eben, weil ich es falsch gemacht habe. Das gebe ich schon zu.

Nur, das große Problem ist, daß mir Klubobmänner heute erklärt haben, daß sie entgegen der Geschäftsordnung hier sprechen und trotzdem geredet haben. (Abg. Dinhof: Herr Kollege, Sie machen es jetzt auch!) Ja, ich gebe zu, ich bin kein Klubobmann! Nichtsdestotrotz mache ich jetzt meine persönliche Berichtigung, bevor ich mich inhaltlich mit dem auseinandersetze, was auf der Tagesordnung steht.

Ich bin eigentlich zutiefst betroffen! Ich habe vor allem die Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratischen Partei in einem immer geschätzt, zumindest die überwiegende Mehrheit, daß sie sich wirksam und effizient als Antifaschisten verstehen. Ich habe immer geschätzt, daß sie sich auch zum Widerstandskampf bekennen.

Mir persönlich ist es egal, das muß ich ganz ehrlich sagen, wenn mir unterstellt wird, daß, wenn ich in der Jugend an die Macht gekommen wäre, der Herr Mayr nach Sibirien gegangen wäre.

Nicht egal ist es mir, wenn ich daran denke, daß meine Eltern, die in der Widerstandsbewegung aktiv waren, die fast zum Tod verurteilt worden sind und unter anderem die Voraussetzung dafür waren, daß Österreich als freies, neutrales Land wiedererstehen konnte, in dieser Art und Weise beschimpft werden. Das muß ich persönlich energisch zurückweisen.

Ich möchte noch auf eine zweite Sache hinweisen. Während Herr Mayr und andere Leute noch jahrelang in die Sowjetunion, nach Polen, in die Tschechoslowakei, in diese stalinistisch regierten Staaten gefahren sind, ihre Verhandlungen und Bruderküsse zum Teil ausgetauscht haben, habe ich Einreiseverbot gehabt, weil ich mich vehement für einen demokratischen, menschlichen und humanen Sozialismus eingesetzt habe.

Ich bekenne mich heute noch dazu, daß die Grundwerte einer anständigen und humanen Gesellschaft nach wie vor für mich maßgeblich sind, und genau deswegen sind solche Leute wie ich aus dieser Partei ausgeschlossen worden und genau deswegen sind zehntausende Kommunisten in Sibirien umgekommen, weil sie ihrem Wunsch und ihrem Glauben wirklich Rechnung tragen wollten.

Ich lasse mir diese Art und Weise von Auseinandersetzung nicht unterstellen! Ich bin stolz darauf, daß ich mein Rückgrat behalten habe, daß ich mich immer gegen den Stalinismus gewehrt habe und auch bereit war, daraus die Konsequenzen zu ziehen. (Beifall bei der GA.)

Nun zur Anfrage der FPÖ! Wir haben schon darauf hingewiesen,... (Abg. Hannelore Weber zur SPÖ: Ihr Herr Bürgermeister war auch Mitglied der KPÖ!)

Sogar Zilk war es, so ist es ja nicht! Ich kann mich noch erinnern, wie ich als junger Bub auf den Zilk geschaut habe, wie er mit dem FAJ-Leiberl herumgerannt ist. Es ist besser, das zu untersuchen, als wir beginnen zu untersuchen, wer bei den Nazis war. Das möchte ich schon festhalten! Wenn ich mir anschau, wer von Euch allen dabei war, also was soll es!

Präsident Outolny (unterbrechend): Herr Abg. Margulies, wir haben Ihre persönliche Erklärung zur Kenntnis genommen.

Ich bitte Sie aber jetzt, zur Tagesordnung zu sprechen.

Abg. Margulies (fortsetzend): Ich möchte im Zusammenhang mit der Anfrage der FPÖ auf zwei, drei Sachen hinweisen!

Wir als Grüne Alternative haben eine viel intensivere und ausführlichere Anfrage zu dem gesamten Problem gestellt, zirka vierzig Fragen! (Abg. Ilse Forster: 51 sind es!) Beim Gemeinderat werden wir sie als Dringliche Anfrage noch einmal zur Behandlung bringen. (StR. Karin Landauer: 14 oder 40? - 40, danke!)

Ich möchte darauf hinweisen, daß wir dieses Thema eigentlich schon für so relevant halten, daß wir die Art der Fragestellungen, die die FPÖ an Herrn Stadtrat Dr. Rieder gerichtet hat, für sehr problematisch halten, mit Ausnahme der Frage 5, die wir für sehr wichtig und interessant halten.

Im Zusammenhang damit würden wir auch gerne wissen, wer eigentlich in dieser Stadt das Sagen hat. Hat in dieser Stadt Herr Stadtrat Dr. Rieder das Sagen, zumindest im Pflegebereich und im Gesundheitsbereich, der ja kontinuierlich als Berufsreformer dafür eintritt, daß das Berufsbild verändert wird, oder Herr Stadtrat Mayr, der selbst einen relativ geringen Anteil finanzieller Mittel nicht für einen Schulversuch zur Verfügung stellt? - Das hätte 5,6 Millionen Schilling bei 30 Teilnehmern gekostet.

Interessant ist, daß man im Kulturbereich, das begrüße ich sehr, viel toleranter ist. Das Kunstforum im AKH hat ein Vielfaches davon gekostet, was diese Schulreform kosten würde.

Generell möchte ich darauf aufmerksam machen - ich nehme an, viele Kolleginnen und Kollegen, die aus der Facharbeiterbewegung kommen, ich selbst bin gelernter Starkstrommonteur, werden mir zustimmen -, daß diese Vorstellungen, eine spezifische Integration in Form der Fachhochschulen oder der Berufsbildenden Höheren Schulen anzustreben, als Alternativen nicht angebracht sind und auch nicht angenommen werden.

Das große Problem des Pflegepersonals besteht ja unter anderem darin, daß die Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger eigentlich keinerlei weitere Möglichkeiten haben, nach ihrem Berufsabschluß in irgendeiner Form einen universitären Abschluß zu machen. Wir müssen daher eine Berufsausbildungsreform machen, die inhaltlich damit aufs engste verbunden ist, daß es möglich wird für das Pflegepersonal, bis hin zur Universität, bis hin zu akademischen Hochschulen ausgebildet zu werden.

Der Bereich eines akademischen Pflegers, um einmal dieses Wort zu verwenden, mit dem gesellschaftlichen Status und mit den gesellschaftlichen Einflußmöglichkeiten, muß sowohl in Wien als auch in Österreich Wirklichkeit werden. Das ist eine der Grundforderungen, die an die Pflegereform gestellt wird! Alle Berufsausbildungsreformen, die diesen Weg weiter verhindern, führen in eine Sack-

gasse, und die Menschen werden weiterhin mit den Füßen abstimmen und diese Angebote nicht ausnutzen.

Aber nichtsdestotrotz, ich glaube, daß es uns gelingen wird, uns im Gesundheits- und Spitalsausschuß wirklich inhaltlich mit dieser Problematik zu befassen und auch konkrete Konsequenzen zu ziehen.

Ich habe mir die Mühe gemacht - leider ist Herr Stadtrat Mayr nicht da, aber insofern bin ich doch nicht so faul, wie er glaubt -, unter anderem "Die kommunalen Begegnungen, Aspekte städtischer Gesundheitspolitik" durchzuarbeiten. Die Vertreter der Arbeiterkammer und die Autoren sind zweifellos keine Leute, die der grünen Fraktion wahnsinnig nahestehen beziehungsweise der SPÖ nahestehen. Sie weisen darauf hin, daß der Krankenpflegedienst seit Jahrzehnten vernachlässigt wird. Hier steht:

"Die Notsituation in der Pflege, die sich negativ auf die Kranken auswirkt, hat tiefe Wurzeln. Sie reichen zumindest Jahrzehnte zurück. Ein Hauptproblem, der eklatante Mangel an diplomiertem Krankenpflegepersonal, wurde bereits 1974 empirisch analysiert.

Das Ergebnis einer berufspädagogischen und berufssoziologischen Untersuchung des Krankenpflegepersonals des Österreichischen Instituts für Berufsforschung läßt sich auf folgende Punkte bündeln..."

Bitte hören Sie mir zu, ich glaube die Gesundheit ist auch sehr wichtig, Herr Stadtrat Dr. Swoboda! (Amtsf. StR. Dr. Swoboda: Ich höre ja zu! - Geht schon!) Ich höre Dir immer zu, Hannes!

1974 ist das bereits analysiert worden. Die Grundbedingungen beziehungsweise die Problematik des Pflegepersonals bestehen darin: Ungünstige Arbeitsbedingungen, ungünstige Arbeitsteilung, mangelnde Weiterbildungsmöglichkeiten, geringe Aufstiegschancen und inadäquater Einsatz, gemessen an Kompetenz und Wissen.

1979 wurde das bestätigt. Was war? - Unzufriedenheit mit den Weiterbildungsmöglichkeiten, mangelnde Aufstiegschancen, schwierige Arbeitsbedingungen, zu hohe wöchentliche Arbeitszeit.

1992 müssen wir feststellen: Was sind die Ursachen für den Pflegenotstand? Was sind die Ursachen dafür, daß wir eigentlich keine humane Pflegeversorgung bieten können? - Ungünstige Arbeitsbedingungen, ungünstige Arbeitsteilung, mangelnde Weiterbildungsmöglichkeiten, geringe Aufstiegschancen und inadäquater Einsatz, gemessen an Kompetenz und Wissen.

Es ist höchste Zeit, nach Jahrzehnten versäumter Pflegepolitik endlich die Konsequenzen daraus zu ziehen. (Beifall bei der GA.)

Präsident Outolny: Als nächste Rednerin ist Frau Abg. Maria Rauch-Kallat zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Maria Rauch-Kallat: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich muß mich inhaltlich fast Herrn Kollegen Margulies anschließen, was mir nicht immer ganz leichtfällt, aber im Gesundheitsausschuß ist mir das schon einmal passiert.

Ich denke daran, daß ich Jahrgang 1949 bin, das heißt, aus einer Generation bin, für die eine höhere Bildung und ein Studium noch nicht selbstverständlich war, insbesondere für die Mädchen. Die Berufswahl der Mädchen - man hört das leider heute noch immer, aber Gott sei Dank nur mehr sehr selten - war sehr oft begleitet von den Worten der Eltern: "Du wirst ja ohnehin heiraten, was sollen wir da in Dich investieren!"

In dieser Zeit war der Beruf der Krankenschwester ein sehr angesehener Beruf, der zu den gehobenen Berufen gehört hat, was sicher daraus resultierte, daß wir in der Schule vielleicht noch von

Henri Dunant und Florence Nightingale und dem damit verbundenen Image der Krankenschwester als "Engel im Kriegsgeschehen" beeinflußt wurden.

Es war klar, daß es ein schwerer Beruf ist, aber es war auch klar, daß es ein schöner Beruf ist, und so hat sich manches Mädchen - die Burschen konnten diesen Beruf damals noch gar nicht ergreifen, oder es war zumindest nicht üblich - für diesen Traumberuf entschieden, der für viele sehr bald zum Alptraum wurde, weil sie ihn nur zu früh verlassen haben oder ihn dann sehr früh wieder verlassen haben.

Woran liegt das oder woran lag das? - Einer schweren und schwierigen Ausbildung, die durchaus dem heutigen Maturaniveau entspricht, folgte kein adäquates Ansehen in der Arbeit selbst, wenn man nur die Behandlung durch das ärztliche Personal ins Kalkül zieht.

Zum Glück hat sich in den letzten Jahren durch die partnerschaftliche Führung in den Krankenhäusern auch hier manches zu wandeln begonnen, wiewohl ich sagen muß, daß es noch lange nicht so ist, wie es wünschenswert wäre.

Aber zu dieser nicht adäquaten Behandlung kommt auch noch ein nicht adäquates Ansehen, sowohl im Krankenhaus als auch in der Öffentlichkeit, die nur noch bestätigt wird durch eine nicht adäquate Bezahlung, die auch nicht der Schwere der Verantwortung der Krankenschwestern entspricht. Die relativ hohe Bezahlung wird nur durch nicht adäquate Arbeitsbedingungen erreicht, indem eben die Schwestern durch zusätzliche Überstunden und zusätzliche Nachtdienste dieses Gehalt zu einem halbwegs attraktiven machen.

Es darf uns daher nicht wundern, daß dieser Traumberuf seit Jahren, in einer Generation, die viele Möglichkeiten hat, der viel mehr offensteht als unserer Generation offenstand, kein Traumberuf mehr ist.

Ich verstehe daher, daß wir uns etwas einfallen lassen müssen, um diesen Beruf wieder attraktiver zu machen, daß wir die Arbeitsbedingungen verändern müssen. Darüber wird Frau Stadträtin Hampel-Fuchs sicher noch Genaueres sagen.

Wir werden uns vor allem auch damit beschäftigen müssen, wie wir die Ausbildung an die Bedürfnisse anpassen können und wie wir sie vor allem vermehren können.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit nicht nur auf das Krankenpflegepersonal beschränken, sondern wieder einmal darauf zurückkommen, was ich schon in der letzten Gemeinderatssitzung in Form eines Antrags eingebracht habe, der nicht sehr befriedigend beantwortet wurde.

Es geht um das gehobene medizinisch-technische Personal, an dem wir hohen Bedarf haben, und das nicht in dem Maße quantitativ ausgebildet wird, wie wir es nötig hätten.

Ich glaube, daß das sehr wichtig wäre, nicht nur im Hinblick auf die Versorgung unserer kranken und pflegebedürftigen Menschen im Krankenhaus und in den Pflegeheimen, sondern insbesondere auch in bezug auf die Versorgung alter und behinderter Menschen zu Hause und für den ambulanten Bereich.

Herr Stadtrat Dr. Rieder hat in dieser oder in der vergangenen Woche in einer Pressekonferenz den zweiten Teil einer Studie von Univ.-Prof. Dr. Leopold Rosenmayr vorgestellt, in dem neuerlich auf die Notwendigkeit nicht nur der Schaffung zusätzlicher Pflegeplätze in Pflegeheimen, sondern auch auf den intensiven Ausbau der ambulanten Pflege hingewiesen wird.

Dankenswerterweise hat Herr Stadtrat Dr. Rieder in den letzten Wochen auch mit der Konstituierung einer Arbeitsgemeinschaft der Vereine oder Initiativen, die sich mit der ambulanten Pflege beschäftigen, begonnen. Ich hoffe, daß wir in diesem Bereich zu einer guten Kooperation kommen werden.

Die Studie von Herrn Univ.-Prof. Dr. Rosenmayr zeigt sehr klar auf, daß an sich drei Fünftel aller Menschen über 60 alleine ihren Lebensunterhalt bestreiten können und in der Regel erst ab 75 bis 80 Jahren einen stark ansteigenden Bedarf an Pflege haben.

Den größten Teil der Pflege übernehmen derzeit noch die Ehepartner, so vorhanden, wobei die Frauen eher zum Handkuß kommen als die Männer. Es wird aber auch darauf hingewiesen, daß sich durch die partnerschaftliche Umerziehung das in Zukunft ändern wird.

Aber ein ganz wesentlicher Punkt in dieser Studie weist auch darauf hin, daß durch die zunehmende - Rosenmayr nennt das "Singularisierung" - Tendenz zum Alleineleben das Problem verschärft werden wird, weil mit dem zunehmenden Alleineleben auch weniger Kinder da sein werden, die diese alten Menschen dann versorgen können. Das heißt, daß der Bedarf an professioneller Hilfe steigen wird, und daß vor allem aber auch die Möglichkeit eines, wenn Sie so wollen, Generationenvertrags zwischen jung und alt, der nicht unmittelbar durch biologische Verwandtschaft begründet sein muß, ein ganz wesentliches Anliegen für die nächsten Jahre sein wird.

Es ist dies ein Gedanke, der unserer seit langem gehegten Idee der Nachbarschaftshilfe voll und ganz recht gibt. Sie wissen, im ländlichen Raum, in kleinräumigen Strukturen, ist es durchaus üblich, daß man einander hilft, wenn man einander kennt. Auch über verwandtschaftliche, freundschaftliche Verhältnisse hinweg wird geholfen. So funktioniert Nachbarschaftshilfe.

Die Wiener ÖVP hat unter Dr. Erhard Busek und Dr. Gertrude Kubiena sehr richtig erkannt - das war auch für andere sichtbar, nur sind sie nicht aktiv geworden -, daß das in der Großstadt beileibe nicht der Fall ist, und daß die menschenfeindliche Bauweise der 60er und 70er Jahre noch das ihre dazu beigetragen hat, sodaß Isolation und Anonymität zugenommen haben.

Ich glaube, daß mit der Idee der Gründung von Nachbarschaftshilfzentren doch einiges an Wiederbelebung von ehrenamtlicher Hilfe, an Kontaktmöglichkeiten bewirkt wurde. Ich glaube, daß hier die Wiener ÖVP Pionierleistungen erbracht hat! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, daß es nun notwendig ist, den zweiten Schritt zu setzen, und das Soziale Hilfswerk als Rechtsträger hat diesen Schritt auch mit 1. Jänner schon gesetzt. Es ist jetzt die Zeit gekommen, in Form einer Umstrukturierung der professionellen Dienste diese ganz intensiv mit der ehrenamtlichen Hilfe zu verknüpfen, und zwar im Hinblick auch auf jenen Bereich, den Leopold Rosenmayr in seiner Studie auch anerkennt. Ich zitiere:

"Bei aller Anerkennung der Wichtigkeit einer Ausgleichung von Behinderungen im Bereich der Körperpflege und der Hauswirtschaft durch Außenhilfen, ist die Gewährleistung von Mobilität für die Aufrechterhaltung von Kontakten und die Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben ebenso bedeutsam."

Ich glaube, daß wir mit unseren integrierten Nachbarschaftszentren nicht nur eine auf den Menschen konzentrierte oder auf den Menschen zentrierte ambulante Betreuung anbieten können, sondern daß wir auch das Drumherum der kulturellen Begegnung, der sozialen Begegnung anführen müssen. (Abg. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch: Vom Inhalt her reden Sie über viele andere Dinge als über die FPÖ-Anträge!)

Das ist richtig. Ich werde das auch kürzen. Aber Ihr Zwischenruf, Frau Kollegin, hat einen Vorteil gehabt. Die beiden Herren haben zum Tratschen aufgehört, und das hat mich sehr gestört. (Beifall bei der ÖVP. - Amtsf. StR. Edlinger: Ich bitte um Entschuldigung! Wir haben Ihnen trotzdem zugehört!) Ich habe mir dreimal überlegt, ob ich lehrhaft eingreifen soll, aber ich habe es dann doch unterlassen. Danke, Frau Kollegin! (Amtsf. StR. Edlinger: Ich war immer ein schlimmer Schüler!) Sehen Sie, auch ich bin lernfähig. (Heiterkeit.)

Ich komme schon zum nächsten Punkt! Das sollte nämlich nur die Überleitung sein. Diese Form der Pflege setzt etwas voraus, was unbedingt notwendig ist: Die freie Wahl des Pflegenden und die freie Wahl der Pflegehilfe.

Ich glaube, daß das ganz wesentlich in den Bereich des Pflegegelds hineinspielt. Eigentlich wollten wir heute wieder einen Antrag einbringen, in bezug auf die Zuerkennung oder auf die Schaffung eines Pflegegelds in sieben Stufen nach dem Vorarlberger oder, wenn Sie so wollen, in der Zwischenzeit gibt es auch ein Modell in Oberösterreich, nach dem oberösterreichischen Modell, weil die bundeseinheitliche Regelung immer noch auf sich warten läßt.

Seit vielen Jahren tagt diese Arbeitsgruppe im Bund, ist immer noch zu keinem Ergebnis gekommen, und die Betroffenen erreichen dadurch keine befriedigende Lösung ihrer Probleme. Sie sind auf das Angebot angewiesen, das sie erhalten können, und die freie Wahl der Pflege ist ihnen nicht in dem Maße möglich, wie sie es gerne hätten.

Wir haben auf die Einbringung dieses Antrags verzichtet, und zwar deswegen, weil die ÖVP schon 1989, Herr Kollege Dr. Rasinger und Frau Kollegin Festge-Weinrother, einen derartigen Antrag eingebracht hat, der von Ihnen abgelehnt wurde, und weil die FPÖ ohnehin im Dezember einen neuerlichen Antrag eingebracht hat, dessen Beantwortung noch fehlt.

Sollten Sie diesen Antrag nicht entsprechend beantworten, könnten wir vielleicht in Wien ähnlich wie Oberösterreich, wo diese Regelung auch als eine Übergangslösung bis zu einer bundeseinheitlichen Regelung gesehen wird, doch einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zustande bringen, der eine befriedigende Pflegegeldregelung bis zu einer bundesgesetzlichen Regelung anbietet. (Beifall bei der ÖVP.)

Damit, meine Damen und Herren, bin ich schon am Schluß! Ich bitte um Entschuldigung, daß ich ein bißchen abgeschweift bin, aber ich halte es für notwendig, die Ausbildung auch in einem größeren Kontext zu sehen, weil wir gerade auch im ambulanten Bereich einen sehr großen Bedarf an Pflegehilfen haben werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Outolny: Als nächstem Debattenredner erteile ich Herrn Abg. Hundstorfer das Wort.

Abg. Hundstorfer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Mir ist schon klar, man kann Probleme krankjammern. Man kann versuchen, so wie die FPÖ in diesem Haus, auf Probleme als Trittbrettfahrer aufzuspringen. Man kann versuchen, Kommissionen einzurichten, wie das die ÖVP möchte. Man kann versuchen, falsch zu informieren, so wie das die Grüne Alternative tut.

Ich glaube, man kann auch etwas anderes tun, und das ist das Prestige der Sozialdemokratie, nämlich diese Probleme erkennen und diese Probleme lösen! (Abg. Johann Römer: Wann?) Zum Wann komme ich dann gleich!

Ich bin sehr stolz darauf, neben meiner Gemeinderatstätigkeit noch einen Beruf haben zu dürfen, und ich gestatte mir daher, die Antragsteller und einige andere zu fragen, ob sie wirklich glauben, nur mit dem Schulversuch alleine das Problem lösen zu können. (StR. Karin Landauer: Das wirst Du doch nicht wirklich so anwenden wollen?)

Diese Frage stelle ich schon! Wenn man sich den Antrag der FPÖ durchliest, so kommt man drauf, es gibt den Schulversuch und das war es auch schon. Für uns geht das Thema ein bißchen weiter!

Es ist keine Frage, es gibt Probleme, es gibt Personalengpässe, es gibt Frustrationen, es gibt Fluktuationen, das ist ganz logisch. Nur ich glaube, wir sollten die Lösungsansätze gliedern, und zwar

in kurzfristige Lösungsansätze und in langfristige Lösungsansätze. Die kurzfristigen sollten wir versuchen, so rasch wie möglich umzusetzen, und die langfristigen sollten wir in die Wege leiten!

Kommen wir zu ein paar kurzfristigen Lösungsansätzen! Ich weiß nicht, ob Frau Abg. Rauch-Kallat jetzt zuhört (Abg. Maria Rauch-Kallat: Selbstverständlich!), aber ich habe geglaubt, ich bin auf dem falsch Kirtag, als ich gehört habe, daß die Bezahlung so schlecht ist! Es ist gar keine Frage, wir können immer mehr Geld brauchen. Es wurde auch erwähnt, daß die Bezahlung wesentlich unter dem Niveau anderer liegt.

Frau Abg. Rauch-Kallat, nehmen Sie einen Gehaltsbeleg zur Hand (Abg. Maria Rauch-Kallat: "Nicht adäquat" habe ich gesagt!) und vergleichen Sie bitte das Grundgehalt ohne Nebengebühren einer Krankenschwester und eines Maturanten. Sie werden draufkommen, daß das Krankenpflegepersonal sowohl beim Einstiegsgehalt als auch in der mittleren Berufslaufbahn über den vergleichbaren Maturanten liegt, und zwar bei allen Positionen. Ich gebe Ihnen recht, daß am Ende der Laufbahn, wenn man das durchhält, wenn man mit 55, 56 Jahren aus diesem Beruf ausscheidet, der Maturant um zirka 800 Schilling mehr bekommt.

Ich möchte aber sehr wohl festhalten, daß das Gehalt nicht die alleinige Ursache sein kann. Nehmen Sie das Schema der Beamten der Stadt Wien und nehmen Sie das Schema für die Krankenpflege bei der Stadt Wien, vergleichen Sie K4 mit B, dann werden Sie draufkommen, wie das zu rechnen ist.

Wir haben uns weiters bemüht, in bezug auf die kurzfristigen Maßnahmen den Personalstand zu erhöhen. Auch in diesem Bereich ist einiges geschehen! Es ist gar keine Frage, es gibt natürlich Fehlbestände, das ist ganz logisch. Nur die Fehlbestände sind nicht mehr in jener dramatischen Situation, wie sie zum Beispiel noch vor drei Jahren waren.

Wir haben uns auch bemüht, die Belastung zu ändern! Zur Entlastung der Krankenschwestern wurden unter anderem 800 Abteilungshelferinnen eingestellt. Natürlich versehen diese Abteilungshelferinnen nicht sieben Tage rund um die Uhr auf allen Stationen Dienst. Ich glaube, es muß uns bewußt sein, wie wir diesen Einsatz steuern können, wie wir zu den weiteren 200 bis 300 kommen können, die uns noch fehlen. Damit würde dann das erreicht werden, was Herr Abg. Römer so vehement kritisiert hat.

Vergleichen wir doch die heutige Situation mit jener vor drei Jahren! Damals war es zum Beispiel auf einer Intensivstation nicht möglich, am Sonntag eine Abteilungshelferin zu haben. Das ist heute mehr oder weniger schon Geschichte!

Zur Arbeitszeit, ein sehr beliebtes Thema! Es gibt natürlich die 48-Stunden-Woche, es gibt natürlich auch die 50-Stunden-Woche. Es gibt sogar Bedienstete, die zum Beispiel bei Pavillonumbauten für die Dauer von vier bis fünf Wochen eine 60-Stunden-Woche haben. Aber ich glaube, man sollte die Tatsachen auch berücksichtigen!

Nur mehr ein Drittel der 700 Wiener Stationen hat diesen berühmt-berüchtigten Radldienst, die restlichen Stationen haben eine flexible Diensteinteilung.

Ein offenes Wort: Selbstverständlich ist es notwendig, mit den sogenannten Chargen, mit dem mittleren Management im Krankenpflegebereich, noch mehr zu tun. Selbstverständlich ist es notwendig, gerade diese mittlere Führungsebene noch besser auszubilden, noch besser einer psychologischen Grundausbildung zu unterziehen, das ist gar keine Frage. Aber die flexible Diensteinteilung ist auf zwei Dritteln aller Wiener Stationen gang und gäbe.

Es ist auch wieder einmal gesagt worden, es geschieht nichts. Wir werden in wenigen Wochen ein neues Krankenhaus in Wien eröffnen, und dieses neue Krankenhaus wird einem Versuch unterlie-

gen, den es in ganz Wien noch nicht gibt. Dieser Versuch betrifft eine totale Umstellung aller derzeitigen Nebengebühren, er betrifft eine totale Umstellung aller derzeitigen Diensteinteilungen. Es gibt dann dort nur mehr eine Rahmendienstzeit. Es gibt dort nur mehr Überstundenabgeltungen ab der ersten Überstunde. Es wird keine Überstundenpauschalen mehr geben, die heute mehr oder weniger für viele ein Gehaltsbestandteil geworden sind. Dadurch ist es irrsinnig schwierig zu erklären, daß eine 48-Stunden-Woche in Wahrheit 40 Stunden plus 8 Überstunden bedeutet. Es wird auch zu einer totalen Umstellung jener Nebengebühren kommen, die für den Nachtdienst bezahlt werden.

Ich weiß nicht, wo gewisse Presseorgane wie der "Standard" bestimmte Informationen herhaben. In Zukunft ist es so, daß der Nachtdienst in der Normalarbeitszeit, und zwar nicht jener Nachtdienst, der eventuell als Überstunde geleistet wird; noch zusätzlich mit rund 400 Schilling Nebengebühren pro Dienst abgegolten wird. Jene Nachtdienste, die als Überstunden geleistet werden, auch wenn aufgrund der Berechnung die Überstunde um 1 Uhr in der Früh beginnt, weil der Rest Normalarbeitszeit war, werden mit einem 200prozentigen Zuschlag ausbezahlt. So kommen wir endlich von diesen Pauschalabgeltungen weg!

Weiters wird auch der Urlaub in Arbeitsstunden umgerechnet. Das heißt, es werden keine Tage, sondern Arbeitsstunden festgelegt.

Es gibt also eine sehr große Änderung der gesamten Struktur. Das ist ein weiterer Schritt in Richtung Änderung der Arbeitsbedingungen!

Sie werden sich natürlich jetzt fragen, warum das nicht überall geschieht. - Wir brauchen mindestens drei bis vier Monate Anlaufzeit, um das im SMZ-Ost in Bewegung bringen zu können. Ab Herbst dieses Jahres werden dann die weiteren Spitäler umgestellt, wobei das Gottfried von Preyer'sche Kinderspital das nächste Spital sein wird. Es liegt bereits der Antrag vor, auf dieses Modell umsteigen zu können.

Ich gestatte mir, folgendes anzumerken, weil die FPÖ gemeint hat, wir wissen, wie das geht, oder wir wissen, wie einige sind:

Ich glaube, die Gesundheitspolitik ist etwas Schwerwiegendes, die Gesundheitspolitik ist etwas Tiefgreifendes. Wovor wir wirklich einen gewissen Horror haben sollten - das paßt auch ein bißchen zur KRAZAF-Diskussion -, das sind solche Dinge, wie sie in Amerika passieren: "35 Millionen ohne Versicherung."

Es liest sich dann sehr gut, wenn in FPÖ-Papieren steht: "Selbstbehalt ausbauen."

Schauen Sie in die Schweiz, wie dort das Gesundheitssystem ausschaut. Schauen Sie sich das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik Deutschland an, ebenso die Finanzierung.

Ich glaube, daß der Weg, den wir hier in Wien beschreiten, der richtige ist.

Ich möchte jetzt auch auf die Ausbildung zu sprechen kommen, auf die neuen Formen der Grundausbildung. Vorweg eine Feststellung, bevor wir uns weiter so echauffieren, wie schlecht alles ist:

Es ist gar keine Frage, die Ausbildung gehört reformiert, darüber brauchen wir gar nicht zu diskutieren! Es ist aber in den letzten Jahren auch geglückt, 240 Ausbildungsplätze vermehrt zu integrieren. Die 240 neuen Ausbildungsplätze, die zum bestehenden Angebot dazugekommen sind, sind auch alle erfreulicherweise besetzt.

Es wird jetzt Verhandlungen geben. Frau Stadträtin Landauer hat gestern bei uns in der Gewerkschaft nachgefragt, warum wir noch nicht protestiert haben, denn die Frist ist abgelaufen. Sie hat jene Antwort erhalten, die unter Verhandlungspartnern üblich ist. (StR. Karin Landauer: Bitte,

berichte richtig! - Ich habe angerufen und habe gefragt, ob am 27. Februar eine Einigung erfolgt ist! Daraufhin hat sie gesagt, das Gespräch erfolgt am 5. März!)

Mir ist von Frau Kollegin Thein-Fach gesagt worden, daß Du gefragt hast, ob die Frist schon abgelaufen ist. Die Verhandlungen wurden eingeleitet und werden am 5. März fortgesetzt.

Ich möchte auch davon berichten, daß es in der Frage der College-Ausbildung weitere Verhandlungsschritte gibt und daß es in diesem Bereich sicher sehr rasch zu Umsetzungen kommen wird.

Aber es gehört noch etwas zum Gesundheitswesen dazu! Aufstiegsmöglichkeiten und so weiter wurden erwähnt. Es ist auch die Frage der beruflichen Weiterbildung zu berücksichtigen! Es gibt ein Paket von Kursen. Dieses Paket von Kursen wird jetzt verstärkt angenommen. Das sollte man nicht so einfach unter den Tisch fallen lassen! Gerade in der Krankenpflege gibt es diese Kurse, seien es jetzt Sonderausbildungskurse oder seien es freiwillige Kurse. Die Stadt Wien bietet über 50 verschiedene Kurstypen an.

Ein Problem haben wir, und dieses Problem stellt ein Privileg, sehr geehrter Herr Abg. Römer, des öffentlichen Diensts dar. Es hat mich gefreut, das aus Ihrem Mund zu hören. Der öffentliche Dienst hat die Möglichkeit, rund um die Uhr Dienstleistungen anbieten zu können. Im Bereich des öffentlichen Diensts gibt es Berufe, die nicht zu jenen zählen, wo man als Juppie in einer Bank sitzt und irgendwelche Aktien managt. Der öffentliche Dienst hat das Privileg, rund um die Uhr etwas zu tun, und der öffentliche Dienst... (Abg. Margulies: Gehst Du auf Deinen Parteivorsitzenden los?)

Es ist gar keine Frage, daß es aufgrund dieser neuen Dienstzeitformen natürlich Abschwächungen geben wird, und wenn das alles funktioniert, so gibt es in zwei, drei Jahren keinen 12-Stunden-Dienst mehr. Es wird aber trotzdem den Sonntagsdienst geben, es wird trotzdem den Nachdienst geben, auch wenn er nur acht Stunden dauert. Es wird auch weiterhin den Feiertagsdienst geben auch wenn er nur sechs Stunden dauert.

Das ist unser gesamtgesellschaftspolitisches Problem! Wir müssen dem mehr Verantwortung entgegenbringen und dürfen nicht sagen: "Der Beruf ist unattraktiv." Dieser Beruf, auch wenn wir die Arbeitszeiten noch so angenehm und flexibel gestalten, kennt an 365 Tagen im Jahr Arbeitszeiten.

Das habe ich mit man kann etwas krankjammern gemeint. Man kann sich auf etwas draufsetzen. Man soll aber, glaube ich, die gesamte Diskussion so führen, daß die Gesellschaft darauf aufmerksam gemacht wird, daß es Menschen geben muß, die 365 Tage im Jahr zur Verfügung stehen. Selbst wenn es uns gelingt, den 12-Stunden-Dienst, der nicht unsere Glückseligkeit bedeutet, so rasch wie möglich abzuschaffen, so wird es den sechsstündigen Sonntagsdienst geben. Das, glaube ich, sollte uns bei dieser Diskussion bewußt sein!

Ich möchte abschließend noch einen weiteren Punkt anführen, weil er immer wieder erwähnt wird:

Der Ausbau der Betriebskindergärten ist eine Sache, die in den letzten Jahren verstärkt forciert werden konnte. Es gibt derzeit 700 Plätze in den städtischen Krankenhäusern, die Kindern zur Verfügung stehen. Diese kleine Zahl von 700 erhöht sich nächstes Jahr um weitere 100 mit der Inbetriebnahme des SMZ-Ost. Das heißt, wir nähern uns sehr rasch, wenn es uns gelingt, alle Projekte, die derzeit noch offen sind, umzusetzen, der 1.000er-Grenze.

Ich möchte abschließend folgendes noch einmal betonen:

Wir Sozialdemokraten sind keine Schönfärber, wir Sozialdemokraten sind aber auch keine Verniedlicher, sondern wir bemühen uns, das Problem zu lösen, gemeinsam mit den Betroffenen und im Interesse der Patienten und im Interesse dieser Stadt. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Outolny: Zum Wort gemeldet ist Frau Stadträtin Maria Hampel-Fuchs. Ich erteile es ihr.

Stadträtin Maria Hampel-Fuchs: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Meine Kollegin Maria Rauch-Kallat hat nach all den Dingen, die die SPÖ nicht ist, gemeint, daß sie sehr wohl ein Gesundbeter ist, was Herr Abg. Hundstorfer wiederum verschwiegen hat.

Ich bringe das in Ergänzung hier ein, möchte aber meinen Beitrag zu diesem Thema... (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Besser gesundbeten als krankjamfern!) Ja, das hat einiges für sich. Ich habe eine besondere Antenne, muß ich zugeben!

Nun zum Problem an sich! Es ist, glaube ich, ganz klar, daß die Ausbildungsreform alleine die Probleme im Pflegebereich und im Schwesternbereich nicht löst. Es ist sogar so, daß, wenn das BHS-Modell das einzige Angebot wäre, wir kurzfristig weniger Personal zur Verfügung hätten, weil die Ausbildung länger dauert, als das beim jetzigen System der Fall ist.

Ich möchte auch sagen, daß mir unverständlich ist, wenn Herr Kollege Hundstorfer darüber berichtet, daß die Bezahlung mit vergleichbaren Maturanten durchaus Schritt halten kann, warum der Finanzreferent der Stadt Wien in der Finanzlandesreferentenkonferenz dagegen war. (Abg. Ilse Forster: Das werden wir dann erklären!) Es gab einen einstimmigen Beschuß, die Aufwertung dieses Berufs zu verhindern.

Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich habe auch Erfahrungen auf einem anderen Sektor, weil ich mich als Frauenreferentin des ÖAAB schon in den 70er Jahren sehr intensiv mit der Verbesserung der Ausbildung für die Kindergärtnerinnen befaßt habe.

Diese Ausbildungsreform hat die gleichen Schwierigkeiten mit sich gebracht: Im ersten Durchgang haben sich selbstverständlich alle Länder vehement dagegen gewehrt. Jetzt haben wir sie aber, und ich glaube, wir sollten das eine oder andere daraus lernen.

Die BHS bietet trotz des niedrigen Eintrittsalters den Absolventen dieser Schule viele weitere Möglichkeiten. Sie können nach Abschluß ins allgemeine Bildungssystem einsteigen. Es ist jedoch zu beachten, daß viele Absolventen dieser Berufsbildenden Höheren Schule nicht den Beruf ergreifen werden. Die Krankenhauserhalter und Rechtsträger müssen sich natürlich überlegen, wie sie diesem Mangel von vornherein begegnen können. Ein Mangel für den Spitalerhalter, ein Vorteil für denjenigen, der diese Schule besucht!

Ich bevorzuge deshalb, weil die Probleme auf dem Pflegesektor fallweise beziehungsweise eigentlich dauernd angespannt sind, vor allem weil das diplomierte Personal nicht ausreicht, das College-Modell. Hier würde man auf eine Gruppe zurückgreifen, die es schon gibt. Es wäre innerhalb kurzer Zeit möglich, reifes Pflegepersonal, sowohl männlich als auch weiblich, für diesen Beruf zu gewinnen.

Bei den diversen Verhandlungen haben sich die Gesundheitsreferenten von Wien, Niederösterreich und Steiermark für das BHS-Modell ausgesprochen, die Vertreter der Länder Burgenland, Kärnten, Salzburg, Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg für das College-Modell.

Mich würden die Beweggründe unseres Gesundheitsreferenten interessieren, warum Wien nur das BHS-Modell bevorzugt. So lautet das Protokoll, vielleicht ist das falsch, das mag sein! (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Bei welcher Sitzung?) Bei der Gesundheitsreferentensitzung! Bei dieser Sitzung wurden die Schulversuche behandelt. Das muß eine der letzten Sitzungen gewesen sein! (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Von welcher Sitzung? Wann?) Eine der letzten Sitzungen muß das gewesen sein. (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Ich habe das Protokoll da! Kann ich Ihnen vorlesen!)

Ihr Standpunkt interessiert mich! Es interessiert mich eigentlich weniger, ob der Beistrich im Protokoll stimmt, sondern eher Ihr Standpunkt, den Sie vertreten. (Amtsf. StR. Dr. Rieder: Es geht nicht um den Beistrich!)

Zur Attraktivität gehören aber neben der Ausbildung auch noch viele andere Fragen. Das wissen wir aus Umfragen, das wissen wir aus Untersuchungen, die schon vor Jahren gemacht wurden und an denen sich in den letzten Jahren nur ganz wenig geändert hat. Wir wissen auch, daß eine gute Bezahlung allein die Schwestern und Pfleger nicht im Beruf hält. Sie gehen nach einiger Zeit, wenn das Drumherum nicht stimmt, trotzdem weg.

Ich muß auch auf die Arbeitszeit eingehen, weil es Bemühungen gibt - von wem immer das begünstigt wird, möchte ich jetzt gar nicht erwähnen -, eine Arbeitszeit von zwölf Stunden, elf Stunden pro Tag festzuschreiben. Ich empfinde das gegen Ausklang des zweiten Jahrtausends wirklich als Skandal, wenn 100-Jahre-Arbeitnehmergeschichte über die Bühne gegangen sind und in allen anderen Berufen die 40-Stunden-Woche, die 38,5-Stunden-Woche und die 35-Stunden-Woche diskutiert werden.

Die Gesundheitsberufe werden in der Wirtschaft in Konkurrenz mit anderen Berufen stehen und selbstverständlich werden jene Faktoren wie Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen sowie Bezahlung berücksichtigt werden. Wenn der Gesundheitsberuf von vornherein schon um vieles schlechter gestellt ist, dann wird sich das Interesse der jungen Leute auch in Grenzen halten, diesen Beruf zu ergreifen. Nur der Idealismus wird zu wenige bewegen, trotz schlechter Bedingungen diesen Beruf zu ergreifen.

Ich war diese Woche in Frankfurt und habe mir die Erfolge des Modellversuchs, den ich ja schon einige Male hier erwähnt habe, an Ort und Stelle angesehen. Es wurde das halbe Spital bereits auf den neuen Modellversuch umgestellt, und die Zufriedenheit des Pflegepersonals, der Ärzte, der Verwaltung und der Patienten ist gegeben.

Was wurde gemacht? - Es gibt eine total flexible Arbeitszeit! Die Frage, ob jemand am Samstag, am Sonntag oder in der Nacht arbeiten will, ist beantwortet. Es gibt in diesem Spital in jeder Abteilung genug Menschen, die sich für diese Dienste freiwillig melden. Es wird niemand gezwungen, Nachtdienste zu machen. Es wird niemand gezwungen, am Samstag und am Sonntag Dienste zu machen. Wenn er das nicht möchte, so muß er das auch nicht!

Das ist eine Variante, die für die Wiener SPÖ und scheinbar auch für manche Teile der Gewerkschaft völlig unvorstellbar ist. Die Menschen können frei über sich entscheiden. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Interessen persönlicher Art, beruflicher Art - das betrifft unter Umständen auch Studenten -, wo jemand sagt: Ich arbeite nur am Wochenende, oder ich mache zwei, drei Nachtdienste und arbeite sonst nur halbtags. Das ist alles möglich! Es kann jemand auch nur drei Stunden am Tag arbeiten, wenn er es mit seinen übrigen Pflichten nicht anders vereinbaren kann, und das führt zu keinerlei Problemen.

Ich meine, daß man auf diesem Sektor noch sehr viel dazulernen kann. Ich begrüße es aber, wenn versucht wird, im SMZ-Ost einige der Grundsätze bereits zu realisieren, die wir schon seit Jahren einbringen. Meine Fraktion hat auch schon praktische Vorschläge in dieser Richtung gemacht. Ich bezweifle nur, ob Sie revolutionär genug sind, beziehungsweise ob Sie flexibel genug sind! Ich warte wirklich mit Interesse auf die Ergebnisse dieses neuen Versuchs im SMZ-Ost!

Ich möchte auch noch kurz auf eine Studie eingehen, die das KDZ vor drei Jahren publiziert hat. Es wurde ein Vergleich zwischen Wien und anderen Großstädten in Europa angestellt. Es handelt sich um Hamburg, Berlin und Zürich. Zürich hat von der Besetzung mit diplomiertem Pflegepersonal her am besten abgeschnitten.

Wien schneidet im Prinzip auch nicht so schlecht ab, aber es wird verschiedentlich festgehalten, daß der Einsatz nicht optimal erfolgt, daß die Arbeitszeit nicht optimal ist, daß der Hauspflegedienst nicht optimal mit Aufgaben versehen ist, daß das Krankenpflegepersonal aufgrund von verschiedenen Struktur- und Organisationsmängeln Tätigkeiten durchführen muß, die es eigentlich nicht durchführen sollte. Dieses Krankenpflegepersonal fehlt natürlich dann auf der anderen Seite, und wir brauchen viel mehr, als wir eigentlich bei einem optimalen Einsatz brauchen würden.

Ich bin überzeugt davon, daß in Wien auch ein quantitativer Mangel an diplomiertem Personal herrscht, aber es ist nicht nur dieser, der uns die momentan vorhandenen Probleme beschert.

Diese Untersuchung würde ich sehr empfehlen, sich wieder zu Gemüte zu führen und sie in bezug auf neue Projekte, die in Zukunft durchgeführt werden, auch tatsächlich anzuwenden.

Zum Modellversuch in Frankfurt!

Dieser Modellversuch wurde auch wissenschaftlich begleitet, nämlich die Neuordnung des Pflegedienstes auf ausgewählten Stationen eines städtischen Großkrankenhauses. Ergebnisse des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforschung in Hannover: Es wurden in sehr gründlicher und sachlicher Form die Probleme und Schwierigkeiten aufgezeigt, im Prinzip wurde aber der Modellversuch als äußerst erfolgreich beurteilt.

Es ist nicht nur die Beurteilung durch dieses Institut, es ist auch die Beurteilung durch die Betroffenen selbst für mich entscheidend. Das Pflegepersonal ist zufrieden, die Patienten sind in bezug auf die ganzheitliche Pflege in der kleinen Gruppe zufrieden. Eine Schwester ist für sechs Patienten zuständig, und zwar komplett. Der Kontakt zwischen Arzt und Schwester sowie zwischen Schwester und Patient funktioniert. Die Koordination im Team gestaltet sich wesentlich besser.

Es gibt dort eine Patientendokumentation, nämlich eine Zusammenfassung der Anordnungen der Ärzte, sprich Krankengeschichte plus Pflegeplanung, die Pflegedokumentation und die Dokumentation der Sozialkontakte mit den Angehörigen und mit irgendwelchen anderen Stellen. Das ist alles in einer Mappe zusammengefaßt. Der Patient steht im Mittelpunkt. Es werden nicht fünf Dokumentationen verschiedenster Art herangezogen, sondern nur eine Dokumentation, die sowohl den Ärzten und den Schwestern als auch dem Patienten selbst zur Verfügung steht. Das hat sich sehr bewährt.

Die Teamarbeit hat zugenommen, die Arbeitszufriedenheit ist gestiegen. Natürlich wurde auch das Gehalt angehoben und verbessert. Es müssen alle Dinge stimmen, es kann nämlich nicht nur ein Faktor, wie zum Beispiel die Gehaltsanpassung, die alleinige Lösung des Problems sein.

Zusammenfassend möchte ich sagen:

Es ist bereits fünf vor zwölf, es muß in Wien noch mehr als bisher und noch rascher als bisher Entscheidendes für das Pflegepersonal gemacht werden. Schulversuche sind im Herbst 1992 zu beginnen. Ich glaube nicht, daß wir es uns leisten können, noch länger zuzuwarten. Wenn bis heute keine Entscheidung gefallen ist, so besteht die Gefahr, daß diese Schulversuche im Herbst dieses Jahres nicht mehr in Angriff genommen werden können. Der Beruf ist so zu gestalten, daß er mit allen anderen attraktiven Berufen in der Wirtschaft Schritt halten kann, von den Arbeitsbedingungen her, von der Bezahlung her.

Aufgrund der demographischen Entwicklungen wissen wir, daß es immer weniger junge Leute gibt, und zwar deshalb, weil es zu einer gewissen Zeit weniger Kinder gegeben hat. Wir müssen daher damit rechnen, daß die Bewerber für den Krankenpflegeberuf auch nicht in der großen Zahl kommen, wie wir sie brauchen. Für diesen Tag, glaube ich, ist vorzusorgen, sodaß ausgebildetes Personal möglichst lange im Beruf verbleibt und nicht schon aus Frustrationsgründen nach drei Jahren wechselt

oder aus Krankheitsgründen vielleicht mit 45 Jahren in Pension geht, weil die Belastung im Beruf so stark war.

Die Wiener Patienten haben es sich verdient, daß die sozialistische Stadtregierung, die keine Mehrheit mehr in dieser Stadt hat, rasch handelt. Für mich ist diese Dringliche Anfrage der Beweggrund, das heute neuerlich zum Ausdruck zu bringen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Outolny: Zum Wort gemeldet ist Frau Stadträtin Karin Landauer. Ich erteile es ihr.

Stadträtin Karin Landauer: Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Abg. Hundstorfer, gestatten Sie mir zwei Bemerkungen:

Trittbrett bin ich als kleines Kind sehr gern gefahren. Daß Sie uns jetzt als Trittbrettfahrer bezeichnen, weil wir das Anliegen der Plattform "Gesundheitsberufe" aufgegriffen haben, ist mir unverständlich.

Daß Sie der Meinung sind, daß wir meinen, mit einem Schulversuch ist das Problem zu lösen, ist, glaube ich, nicht durchdacht. Wir haben in den letzten Jahren mit unseren Beiträgen sehr wohl gezeigt, daß wir auch andere Ideen als nur einen Schulversuch haben.

Zum zweiten Mal zitiere ich heute aus unserem Wiener Gesundheits- und Krankenanstaltenplan 1990, den wir im Oktober 1990 beschlossen haben. Auf Seite 94 kann man nachlesen, ich zitiere wörtlich:

"Der Pflegedienst. Zwei nebeneinander zu führende Ausbildungsmodelle werden auf Bundesebene diskutiert, nämlich eine Berufsbildende Höhere Schule für Pflichtschulabgänger sowie eine Krankenpflegeakademie für Maturanten und Quereinsteiger." Zitat Ende.

Herr Stadtrat, Sie meinten, auf meine Pressekonferenz hin angesprochen, daß diese Modelle noch zu unausgegoren sind und daß ein Jugendlicher mit 14 Jahren nicht entscheiden kann, ob er den Pflegeberuf ergreifen will oder nicht. Ich kann dagegenhalten, daß jeder Jugendliche, der eine Berufsbildende Höhere Schule besucht, dieses Problem hat.

Dieses Modell hat viele Vorteile. Vor allem braucht der Jugendliche für die Überbrückungszeit keine Arbeit zu suchen, bevor er in die Krankenpflegeschule eintreten kann.

Der Jugendliche kann sich für diesen Beruf der Berufung entscheiden, schließt mit Matura ab und erhält gleichzeitig das Diplom.

Mit der gleichzeitigen Vergabe von Matura/Diplom haben auch wir Freiheitlichen ein Problem, denn es ist sicherlich richtig, daß ein 14jähriger Jugendlicher mit der Praxis am Krankenbett schwerstens überfordert wäre und wahrscheinlich sehr bald das Handtuch werfen würde. Hier, glauben wir, sollte es eine Änderung geben. Die Schule sollte wie alle Berufsbildenden Höheren Schulen mit Matura abschließen, doch das Diplom sollte erst nach zwei Jahren Praxis am Krankenbett erreicht werden können.

Weiters glauben wir, daß die Jugendlichen in dieser Ausbildung auch eine praxisbegleitende Persönlichkeit brauchen, die für sie der Ansprechpartner für ihre Ängste und Sorgen ist. Als wir beim Tag der offenen Tür in der Krankenpflegeschule Rudolfstiftung waren, wurde dieser Wunsch auch für die bereits bestehenden Krankenpflegeschulen geäußert.

Das College-Modell birgt überhaupt Vorteile. Was mich erstaunt hat, ist Ihre Aussage, Herr Stadtrat Dr. Rieder, daß das College-Modell bereits ausprobiert worden ist und nicht angenommen wurde. Von Herrn Abg. Hundstorfer haben wir soeben gehört, daß es kommen wird. Ich freue mich sehr darüber.

Ich habe viele Gespräche geführt, zum Beispiel mit Herrn Prof. Dr. Zechner. Er meinte, es sei höchst an der Zeit, daß der Krankenpflegeberuf neue Ausbildungswägen beschreitet, denn der Schlüssel zur Lösung der Spitalsmisere ist die Ausbildung, ist das Krankenpflegepersonal. Prof. Dr. Zechner hat mit keinem Wort erwähnt, daß es das College-Modell schon gibt, und er ist immerhin Schulleiter der Krankenpflegeschule Lainz.

Herr Prof. Dr. Zechner meinte auch, daß der zweite Bildungsweg sehr stark angenommen wird, vor allem von den 26- bis 40jährigen. Das College kann man nach Abschluß der Matura, aber auch als Quereinsteiger besuchen. Es gibt derzeit 12.000 arbeitslose Maturanten in Österreich. Gut die Hälfte wäre für diesen Ausbildungsweg zu motivieren. Aber noch für eine weitere Gruppe wäre dieses Modell von großem Interesse, und zwar für die wieder ins Berufsleben Einstiegenden.

Es gibt viele Frauen, die nach ein paar Jahren bei den Kindern wieder in das Berufsleben zurückkehren möchten, aber gerne einen anderen Beruf ausüben würden als den, den sie erlernt haben. Auch für diese Menschen wäre dieses Modell interessant.

Herr Landeshauptmann, Herr Stadtrat, handeln Sie, lassen Sie diesen Schulversuch 1992 zu, denn es ist eine Minute vor zwölf. (Abg. Ilse Forster: Nein! Fünf vor zwölf!) Wenn Sie nicht rasch handeln, werden unsere Spitäler bald zu Geisterspitalern werden!

Wie man den Medien von gestern entnehmen konnte, war Frau Kunz von der Grünen Alternative in der Operationsabteilung der II. Chirurgischen Universitätsklinik im Allgemeinen Krankenhaus. An dieser Abteilung gibt es 30 Planstellen; Personalstand 22, davon drei Halbtagskräfte. Arbeitszeit für mehr als die Hälfte der Belegschaft bis zu 70-Wochen-Stunden und mehr.

Der Herr Landeshauptmann hat anlässlich seiner Mitteilung zum KRAZAF-2 am 10. Februar 1991 ein Beispiel gebracht, ich zitiere wörtlich:

"Wir wissen, daß es außerhalb von Wien" - Sie verstehen den Grund, warum ich keine Spitäler nenne, obwohl ich dazu in der Lage wäre - "eine Reihe von chirurgischen Abteilungen gibt, an denen es nur einen Arzt, nämlich den Primarius, als ausgebildeten Facharzt für Chirurgie, gibt. Es ist uns allen klar, daß auch der fleißigste und dienstefrigste Primar einer solchen Abteilung nicht rund um die Uhr in seiner Abteilung Dienst machen kann, sondern daß er auch Urlaub, Nachtruhe und Abwesenheit von seiner Abteilung braucht. Wenn in einem solchen Spital dann ein Notfall eintritt, dann ist es oft der Fall, daß ein Arzt, der gerade in der Turnausbildung ist, in diesen Notfall eingreifen muß." Zitat Ende. - Es ging hier um ein Primariat.

Frau Kunz hat Mißstände von 70-Stunden-Wochenarbeitszeit aufgezeigt. Die II. Chirurgische Universitätsklinik befindet sich in Wien. Die OP-Schwester ist zum Beispiel zuständig, daß kein Tupfer bei einer Operation im Leib des Patienten vergessen wird. Nach 70 Stunden schwerstem Dienst könnte dies sehr wohl passieren. Sollte das passieren, ist nicht der Spitalerhalter schuldig, sondern die Schwester, die mit einer Arbeitszeit von 70 Stunden den Spitalsbetrieb aufrechterhält.

Es ist unsere letzte Chance, für das Schuljahr 1992 diese beiden Modelle zuzulassen. Tun Sie es, tun Sie es, bevor Menschen noch mehr Schaden nehmen, die sich für einen der schwersten Berufe als Berufung entschieden haben.

Herr Stadtrat Dr. Rieder! Sie haben Bedenken, daß Jugendliche mit 14 Jahren, die sich für diesen Ausbildungsweg entscheiden, überfordert sein könnten. Die jetzt beschäftigten Schwestern sind mit Sicherheit am Ende ihrer Kräfte angelangt.

Seit Jahren wird gefordert: mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung!

Gefordert wird mehr Personal! Es gibt zwar mehr Hilfspersonal, aber nicht ausreichend diplomiertes Krankenpflegepersonal. Allein in Wien fehlen an die tausend.

Gefordert werden bessere Arbeitsbedingungen! Angeblich haben 80 Prozent der Krankenpflegepersonen flexible Arbeitszeiten. Wenn man Betroffene anspricht, so dürfte man nie auf einen dieser 80 Prozent treffen.

Gefordert wird bessere Bezahlung! Laut Kollege Hundstorfer wird alles kommen, nur erst in einiger Zeit. Die derzeitige Bezahlung im BeamtenSchema ist strikt abzulehnen. Hier wollen Sie, Herr Stadtrat, wie ich den Medien entnommen habe, ebenfalls eine Änderung. Und zwar sollen Pflegepersonen als junger Mensch gut verdienen und nicht immer erst die älteren.

Man muß die derzeitige Realität der Bezahlung ganz klar sehen. Das Krankenpflegepersonal verdient nur dann gut, wenn es volle 48 Stunden arbeitet und viele Nachtdienste versieht. Wehe, das Krankenpflegepersonal erkrankt, dann fallen alle Zulagen weg und der Verdienst schrumpft in sich zusammen.

Meine Damen und Herren! Uns muß doch klar sein, daß der Spitalsbetrieb und damit unser Gesundheitssystem mit den Krankenpflegepersonen lebt oder stirbt.

Wir Freiheitlichen fordern Sie, meine Damen und Herren, auf zu handeln. Es ist eine Minute vor zwölf und unsere Geduld am Ende! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Outolny: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Mag. Kowarik. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Kowarik: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der dramatische Mangel an ausgebildetem Pflegepersonal ist der Grund der heutigen Dringlichen Anfrage der Freiheitlichen Partei.

Gerade die vergangene Grippewelle hat einmal mehr dieses brennende Problem in unserem Gesundheitssystem sichtbar gemacht. Wiederum mußten ganze Stationen und Abteilungen in verschiedenen Spitäler geschlossen werden, weil aufgrund der Vielzahl von Erkrankungen des Pflegepersonals teilweise nur eingeschränkt gearbeitet werden konnte.

So ist das derzeitige System bei jeder Art von zusätzlicher Belastung an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit angelangt.

Das Problem des Schwesternmangels ist bekannt. Wir wissen, daß Schwestern nicht herbeizaubert werden können, und daß es mühsam ist, junge Menschen für diesen Beruf zu begeistern.

Wir wissen, daß aufgrund der derzeitigen Belastungen viel diplomiertes Personal nach wenigen Jahren die Spitäler verläßt, und wir wissen, daß auch die mangelnde Attraktivität des Berufs schuld am geringen Interesse der Jugendlichen an diesem Pflegeberuf ist.

Auch ist die Stellung des diplomierten Pflegepersonals im Rahmen des Spitals oftmals so, daß die Schwestern mit ihrem Beruf unzufrieden und frustriert sind.

Wie gesagt, all das ist bekannt, und man ist sich einig, daß das Problem vor allem durch eine Verbesserung der Ausbildung, durch eine Verbesserung der Arbeitszeit, durch eine Aufwertung des Berufsbilds und durch eine Verbesserung der Organisation bewältigt werden kann.

Eine Verbesserung der Ausbildung, besonders im Hinblick auf die psychischen und sozialen Aspekte des Berufsfelds und auf die Imagewirkung des Berufsstands, wird angestrebt. Die Erhöhung der beruflichen Durchlässigkeit und damit die Steigerung der Attraktivität des Berufs wird gefordert.

Politiker und Beamte der Gesundheitsbehörden weisen immer auf den hohen Stellenwert einer besseren Pflegerinnen- und Pflegerausbildung hin. Die Zeugnisverteilungen anlässlich der Beendigung von Kursen oder Ausbildungslehrgängen von Pflegepersonal sind immer eine Gelegenheit, derartige Bekanntnisse abzulegen.

Erfreulicherweise wird nunmehr ein Modell der Ausbildung vorgelegt, das einerseits dem Schultyp einer Berufsbildenden Höheren Schule entspricht und andererseits in Form eines College durchgeführt werden soll.

Es ist richtig, und es ist davon gesprochen worden, daß eine Reform der Ausbildung umfassend sein soll, daß nicht die Schaffung bloß eines neuen Schultyps genügt. Sie ist nicht nur im Bereich der diplomierten Krankenpflege, sondern auch im Rahmen der höheren medizinischen Dienste anzuwenden. Das ist alles klar und sicherlich keine Frage! Aber gerade der Schulversuch Höhere Lehranstalt für Gesundheits- und Krankenpflege ist eine Möglichkeit, so wie das College-Modell, daß eine Ausbildungsreform begonnen werden kann.

Diese beiden Modelle wurden immerhin von Vertretern des Unterrichtsministeriums und von den verschiedenen Krankenpflegestandesvertretungen erarbeitet.

Im Modell der Berufsbildenden Höheren Schule wird nach Absolvierung der ersten acht aufeinanderfolgenden Schulstufen nach einer fünfjährigen Schulzeit die Schule abgeschlossen, mit Matura und mit einem Krankenpflegediplom. Dieser Schultyp gibt den jungen Menschen die Chance, sowohl eine hohe Schulbildung mit Hochschulreife zu erhalten, als auch die Schule mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung zu beenden. Frühzeitig können also Jugendliche für den Pflegeberuf gewonnen werden, und haben gleichzeitig die Gelegenheit, nach Beendigung dieser Schulzeit, falls sie es wollen, in einen anderen Beruf umzusteigen und alle Möglichkeiten zu nutzen, die eine Matura mit sich bringt.

Durch diese Art der Ausbildung wird die Pflegerausbildung eindeutig aufgewertet und trägt sicherlich dazu bei, daß sich mehr Jugendliche für diesen Beruf entscheiden werden.

Aus der Sorge heraus, daß der Gesundheitsbetrieb in den Spitäler bald nicht mehr aufrechterhalten werden kann, fordern Vertreter der Gesundheitsberufe eine rasche Verwirklichung der Ausbildungsreform, und es sollte möglichst bald mit entsprechenden Schulversuchen begonnen werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber genauso wie in den anderen Bundesländern wird die Erneuerung des Ausbildungssystems durch die Verweigerung der entsprechenden finanziellen Mittel auch in Wien verhindert. Diese Verweigerung wurde vom Leiter der Verbindungsstelle der Landesfinanzreferentenkonferenz in einer Art und Weise begründet, die eigentlich unverständlich ist. So wird hier geschrieben, daß diese Maßnahmen zweifellos dazu führen, daß eine Reihe von anderen Berufsgruppen ähnliches anstrebt und daran Lohn- und Gehaltsforderungen knüpfen würde.

Man stelle sich vor, hier werden die Tatsachen, daß andere Berufsgruppen ähnliches anstreben könnten, nämlich eine moderne und höhere Ausbildung zu erhalten, und daß natürlich qualifizierte Kräfte besser bezahlt werden müssen, dazu benutzt, ein Ausbildungssystem, das dringend geändert werden muß und worüber sich übrigens alle einig sind, abzuschmettern. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Eine höhere Ausbildung bedeutet mehr Wissen, bedeutet mehr Verantwortung, bedeutet mehr Eigenständigkeit und bedeutet für unsere Spitäler eine bessere Betreuung der Patienten und eine Verbesserung der Pflegequalität.

Eine höhere Ausbildung wird auch mehr Jugendliche für diesen Beruf interessieren und den Zugang zu diesem Beruf erleichtern. Eine höhere Ausbildung und eine höhere Qualifikation sind aber auch entsprechend zu honorieren!

Meine Fraktion fordert, daß dieses genannte Ausbildungsmodell 1992/1993 als Schulversuch eingeführt wird. Es muß allerdings rasch gehandelt werden, sonst ist in diesem Jahr eine Einführung dieses Schulversuchs nicht mehr möglich. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr. Hirnschall: Als nächste Rednerin ist Frau Abg. Ilse Arie zum Wort gemeldet.

Abg. Ilse Arie: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Thema "Pflegeberuf" wurde heute schon soviel gesagt, sodaß ich mich an sich sehr kurz halten kann.

Es wurden hauptsächlich die jungen Menschen angesprochen, aber ich möchte nun näher auf diejenigen eingehen, die aus dem Beruf ausgestiegen sind oder die im Beruf tätig sind und sich aus diesem Beruf heraus weiterqualifizieren wollen.

Erst vergangene Woche hatte ich Gespräche mit diplomiertem Personal, das gerade einen weiterbildenden Kurs absolviert hat. Bei dieser Gelegenheit hat sich herausgestellt - für mich war das neu und es ist erschreckend -, daß die Drop-out-Rate der Frischdiplomierten in den ersten fünf Jahren über 30 Prozent beträgt, während die Drop-out-Quote von Wiedereinsteigern praktisch Null ist.

Daraus folgt für mich: Werbemaßnahmen in diese Richtung sollen nicht vernachlässigt werden sondern sind zu intensivieren!

Frage an Herrn Stadtrat Dr. Rieder: Welche Maßnahmen sind vorgesehen, qualifizierte Mitarbeiter im Pflegeberuf an ihren Arbeitsplatz zu binden? Welche Maßnahmen sind vorgesehen, den Wiedereinstieg in den erlernten Beruf zu erleichtern? Welche Weiterbildungsprogramme für diplomierte Personal werden angeboten? Wird ein Austauschprogramm von diplomiertem Personal von Krankenhaus A an die gleiche Abteilung des Krankenhauses B durchgeführt, sozusagen ein Wissensaustausch von einem Spital an ein anderes Spital? -

Ebenfalls bei diesem Gespräch mit den Pflegepersonen, die mitten im Berufsleben stehen, wurde kritisiert:

Fortbildungsveranstaltungen und Vorträge sind oft zu Zeiten angesetzt, wo ein Besuch infolge des Dienstes nicht möglich ist.

Es wurde angemerkt, daß zwar Auserwählte weiterqualifiziert werden, aber eine regelmäßige allgemeine Nachschulung des diplomierten Personals nicht in dem Umfang stattfindet, wie es wünschenswert und notwendig wäre. Das führt dazu, daß der Wissensstand nicht für alle in dem Umfang auf dem laufenden gehalten wird, wie es aufgrund der rasanten medizinischen Entwicklung angebracht wäre.

Herr Stadtrat, welche Maßnahmen sind von Ihnen in dieser Richtung vorgesehen? -

Es hat sich in diesem Gespräch herauskristallisiert, daß Teilzeitkräfte im Krankenpflegebereich, welche nur Nachdienst oder nur Wochenenddienst und Feiertagsdienst machen, ebenso in das jeweilige Team zu integrieren sind wie solche, die gegebenenfalls nur zu den Spitzenzeiten im Spital Dienst versehen.

Eher wenig gefragt sind bei den Kollegen im Krankenpflegebereich Teilzeitkräfte, die von 8.00 bis 12.00 Uhr kommen, da zu diesen Zeiten nicht der größte Arbeitsanfall ist.

Herr Stadtrat Dr. Rieder! Welche Maßnahmen können von Ihnen gesetzt werden, beispielsweise Pflegepersonal in den frühen Morgenstunden im Spitalsbereich und danach eventuell im extramuralen Bereich als Teilzeitkräfte einzusetzen? - (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr. Hirnschall: Für die Debatte über den Gegenstand der Dringlichen Anfrage ist niemand mehr zum Wort gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Herr Amtsführender Stadtrat Dr. Rieder hat sich zur mündlichen Beantwortung der Anfrage zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat Dr. Rieder: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Lichte der vorangegangenen Debatte möchte ich meinen konkreten Antworten auf die mir gestellten Fragen einige Bemerkungen voranstellen, um den Hintergrund dieser Anfrage deutlich zu machen.

Ich möchte zunächst einmal darauf hinweisen, wie sich die Personalsituation in Wien tatsächlich darstellt und wie sie mit der Personalsituation in den anderen großen Krankenhäusern Österreichs zu vergleichen ist. Ich beschränke mich aus zeitlichen Gründen auf die Frage des diplomierten Krankenpflegepersonals.

Im Allgemeinen Krankenhaus in Wien kommen auf 100 tatsächlich verfügbare Betten - gemeint sind nicht jene, die irgendwo am Papier stehen, sondern die, die tatsächlich verfügbar sind - 106 Krankenschwestern. Im Krankenhaus Lainz kommen auf 100 tatsächlich verfügbare Betten 64,3 diplomierte Krankenschwestern. In der Rudolfstiftung sind es 75,7, im Wilhelminenspital sind es 65,5, im Elisabeth-Spital sind es 70,7, in Floridsdorf sind es 72,18. In Glanzing sind es 118 Krankenschwestern, die auf 100 Betten kommen. Im Gottfried von Preyer'schen Kinderspital sind es 103 und im Mautner-Markhof'schen Kinderspital sind es 80, um nur einige Beispiele zu nennen.

In vielen Fällen, insbesondere im AKH, aber auch in den erwähnten anderen Beispielen der Kinderhospitäler, sind es mehr als eine Krankenschwester pro tatsächlich verfügbarem Bett. (StR. Maria Hampel-Fuchs: Das sind aber die Ambulanzen! - StR. Karin Landauer: Die sind nur am Papier, oder?) Die sind nicht systematisiert. (StR. Maria Hampel-Fuchs: Das sind die Ambulanzen!) Das ist aus der KRAZAF-Studie.

Schauen wir, wie die Situation in den anderen Spitäler ist!

Es fällt mir ein einziges Spital auf. Das ist auch eine Universitätsklinik, die zwar nicht mit dem AKH mithalten kann, aber unlängst am Wochenende in den Zeitungen wegen der großen Belastung dargestellt worden ist. Ich meine das Landeskrankenhaus und die Universitätsklinik Innsbruck. Dort gibt es 84,7 Krankenschwestern auf 100 tatsächlich verfügbare Betten. Im AKH gibt es 106 Krankenschwestern, in der Klinik in Innsbruck sind es 84.

Dann greife ich noch heraus, weil das auch eine Rolle spielt, das AKH-Linz. Im AKH-Linz kommen auf 100 Betten 62,11 diplomierte Krankenschwestern. Dieser Wert liegt weit unter den Schwerpunktspitälern Wiens.

Ich greife weiters das Landeskrankenhaus und die Universitätsklinik Graz heraus. Das ist aus der KRAZAF-Studie des Bundes und nicht unserer eigenen Studie! Im Landeskrankenhaus Graz sind es überhaupt nur 53 diplomierte Krankenschwestern je 100 Betten, also halb soviele wie beispielsweise im AKH.

Eine Feststellung! All das, was über die Personalsituation in Wien in dramatischer Form gesagt wurde, müßte in noch viel dramatischerer Form für alle Schwerpunktspitälter in Österreich gelten. Jetzt spreche ich gar nicht von Feldkirch, von Salzburg oder von St. Pölten, wo die Werte wesentlich schlechter sind.

Folgendes muß einmal gesagt werden: Wie hat sich die Personalsituation in letzter Zeit verändert, vom 31. März 1981 bis 31. Jänner 1992? -

Es gibt in den Spitälern der Stadt Wien - im AKH gibt es Bundesärzte, die kommen hier nicht in Betracht - um 279 vollbeschäftigte und 7 teilbeschäftigte Ärzte mehr. Es gibt um 1.409 vollbeschäftigte und 503 teilbeschäftigte Pflegepersonen mehr. Dabei sind jene 114 diplomierten Krankenschwestern, die am Donnerstag ihr Diplom erhalten haben, noch nicht mitgezählt. Wir haben um 772 Abteilungshelferinnen und -helfer mehr und wir haben um 314 medizinisch-technische Assistentinnen mehr.

Das nur an die Adresse der Frau Abg. Rauch-Kallat, die sich mit diesem Thema beschäftigt hat. Wir haben auch um 70 Schreibkräfte mehr.

Ich erwähne das deswegen, weil auch einmal klar gesagt werden muß, daß die Möglichkeiten, von denen hier mehrfach die Rede war, sehr wohl in Anspruch genommen werden.

Natürlich, und auch das muß erwähnt werden, steht dieser Verbesserung der Personalsituation auf der anderen Seite auch eine Leistungssteigerung der Spitäler gegenüber. So war es in den letzten Jahren in den Wiener Akutspitälern möglich, um 2,6 Prozent mehr Patienten zu behandeln, bei gleichzeitiger Verkürzung der Verweildauer. Ich habe schon in einer anderen Debatte darauf hingewiesen, daß sich natürlich daraus eine Mehrbelastung für das Personal ergibt. Gleichermaßen gilt auch, wie bereits erwähnt worden ist, für die Ambulanzleistungen, wo es eine deutliche Steigerung bei den Spitäler gibt.

Es geht natürlich auch um die Frage: Welche Mehrbelastung der Wiener Spitäler ergibt sich daraus, daß in den Wiener Spitäler nicht nur Wiener behandelt werden, sondern auch Patienten aus anderen Bundesländern? -

Es mag manchen von Ihnen fad werden, daß ich das immer wieder hervorhebe, aber das muß gesagt werden. (Abg. Ilse Forster: Das nützt nichts!) Nach unserer gesetzlichen Lage ist der Personalstand und der dem zugrundeliegende Bettenstand auf die Wiener Bevölkerung abgestimmt.

Wenn wir etwa im Krankenhaus Lainz im Schnitt 17 Prozent Patienten aus anderen Bundesländern betreuen und pflegen, so ist das eine Mehrbelastung, die natürlich das Wiener Personal trifft.

Es soll auch einmal in Zahlen ausgedrückt werden: Jährlich werden 45.316 Patienten aus anderen Bundesländern betreut. Was die Pflegeleistung betrifft, so sind es 446.984 Pflegetage, die das Wiener Pflegepersonal für Patienten aus anderen Bundesländern zusätzlich erbringt. Würden wir diese Patienten nicht aufnehmen, so würde das natürlich eine deutliche Entlastung des Pflegepersonals bedeuten. (StR. Maria Hampel-Fuchs: Und wir hätten weniger Einnahmen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vergleichen wir, wieviele Betten in Wien auf 1.000 Einwohner kommen:

In Wien kommen 8,6 Betten auf 1.000 Einwohner, in Niederösterreich sind es 6,5 und im Burgenland sind es 5,7. Es gibt kein anderes Bundesland, wo eine so hohe Bettenzahl vorgesehen ist.

Das heißt, wir zahlen doppelt: Wir zahlen durch einen höheren Bettenstand und wir zahlen durch die Aufnahme zusätzlicher Patienten aus den anderen Bundesländern. (StR. Karin Landauer: Ja, aber dafür gibt es doch den KRAZAF! - StR. Mag. Kabas: Also hat der Mayr doch schlecht verhandelt! Und ich habe geglaubt, er hat gut verhandelt!)

Von einer Diskussionsrednerin kam der Hinweis - ich glaube von Ihnen, Frau Stadträtin - auf die Situation der II. Chirurgischen Universitätsklinik. Ich habe einen Brief von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wolner, dem Chef dieser Klinik, in dem er auf diese Situation eingeht:

"Von den 28 systematisierten Posten sind nur 22 besetzt. 14 Posten sind für den Tourendienst vorgesehen, davon sind 10 Posten besetzt. Derzeit fehlen jedoch 4, sodaß tatsächlich nur 6 zur Verfügung stehen."

"Trotzdem wurden vom 1. Jänner 1992 bis 26. Februar 1992 218 Operationen der Gruppen 7 und 8" - das heißt, sogenannte große Operationen - "durchgeführt. 21 dieser Operationen wurden an Patienten der Sonderklasse vorgenommen, das sind 7,5 Prozent." -

Ich wollte das auch erwähnen, weil gelegentlich davon die Rede ist, daß man in Wien nur dann etwas erreicht, wenn man ein Sonderklassepatient ist.

Jetzt kommt der entscheidende Satz, warum ich das überhaupt zur Sprache bringe:

"Neben dem Personalmangel ist jedoch das Hauptproblem, daß wir laufend mit schwierigen Patienten von allen Spitäler Österreichs überschwemmt werden, welche meistens infolge ihrer Dringlichkeit und auch Lebensgefahr einer bevorzugten Behandlung bedürfen. So sind allein in der letzten Woche je ein Patient aus Vorarlberg und Kärnten ins Rudolfspital in Wien mit einer akuten Aortenzerreißung, sowie ein Kind aus Tirol für eine Herztransplantation zugewiesen und versorgt worden."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir uns mit der Situation einer Abteilung beschäftigen, dann muß uns klar sein, daß es in allen Bereichen eine Priorität gibt: Das ist die Lebenssituation des Patienten.

Ich weiß aus vielen Gesprächen mit den Pflegepersonen, daß sie viel eher bereit sind, das zu verstehen, als ich manchmal Ihren Diskussionsbeiträgen entnehmen kann. (Lange anhaltender Beifall bei der SPÖ. - Abg. Margulies: Also ich war am Mittwoch in dieser Abteilung und habe mit den Leuten gesprochen!)

Ja, aber Sie sollten kurz ein... (Abg. Margulies: Sie können klatschen, soviel Sie wollen! Ich war in dieser Abteilung und habe mit den betroffenen Pflegern selbst gesprochen! - Zwischenrufe bei der SPÖ.) Na ja, jetzt... (Abg. Margulies: Solche Zwischenrufe sind erlaubt! Kurz! Ich bin ja unterbrochen worden! Was sagen Sie dazu, daß die Operationsschwestern dort erklären, sie sind in der Nacht gezwungen, daß der Helfer einspringen muß für die Schwester, für die diplomierte Schwester? - Das ist die konkrete Realität! Das ist verantwortungslos!)

Ich gehe davon aus, daß es möglich sein wird, diese Frage, die Sie aufwerfen, so zu klären, daß das auch objektiv feststellbar ist und nicht nur vom Hörensagen hier erzählt wird.

Ich möchte noch einen Aspekt erwähnen, weil davon die Rede war, daß es natürlich auch auf die Bezahlung, aber nicht nur, ankommt. Herr Unif.-Prof. Dr. Wolner schreibt:

"Wir bemühen uns daher zweifelsohne, durch zusätzliche Anreize vor allem das Pflegepersonal bei der Stange zu halten (Fortbildungsurlaube, Kongreßbesuche, Beteiligung an Sondergebühren). Tatsächlich wurde auch im letzten Jahr zirka eine Million Schilling aus Sonderklassegebühren an die nichtärztlichen Mitarbeiter der Klinik ausgeschüttet." (StR. Mag. Kabas: Der Wolner ist aber eher atypisch!) "Ich weise darauf hin, daß ich es gesetzlich erreichen möchte, daß die Sonderhonorare auch in den übrigen Spitäler mit den Schwestern geteilt werden."

Ich erwähne das auch noch aufgrund eines anderen Gesichtspunkts, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß man bei der Frage, ob es einen dramatischen Mangel an Pflegepersonen gibt, wie hier gesagt worden ist, der zweifellos im Zusammenhang mit einer Grippewelle gegeben sein kann, die Gesamtsituation nicht vergessen soll.

Der heutige Stand ist: Heute gibt es in ganz Wien 25 Gangbetten, denen 536 freie Betten gegenüberstehen. Das bezieht sich nicht nur auf ein Spital, sondern diese Zahlen muß man generell sehen! Das heißt, man kann über die Strukturprobleme sprechen. Nur eine derartige Dramatisierung ist nicht notwendig.

Erlauben Sie mir noch eine weitere generelle Bemerkung. Das, was Herr Kollege Hundstorfer gesagt hat, war die Meldung von gestern. Das zeigt nur, welche Veränderungen sich von Tag zu Tag ergeben können. (Abg. Margulies: Er hat ja etwas anderes gesagt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie, bevor ich zu den konkreten Antworten komme, doch auch einmal einladen, sich über die politischen Aspekte hinaus vielleicht mit einer grundsätzlichen Dimension dieser Frage auseinanderzusetzen, anspielend auf eine Bemerkung, die Frau Stadträtin Hampel-Fuchs hier gemacht hat.

Sie hat gemeint, die Berufssituation müßte so gestaltet werden, daß sie mit anderen attraktiven Berufen in der Wirtschaft Schritt halten kann. Ich glaube, daß das ein bestimmtes Berufsverständnis ist, das sehr viel für sich hat, daß das aber nicht das Berufsverständnis vieler ist, die heute in dem Beruf tätig sind oder in diesen Beruf gehen.

Es ist nämlich für mich in der Frage der internationalen Krise des Pflegeberufs erkennbar, daß das auch eine Krise des Selbstverständnisses dieses Berufs ist. Es gibt auf der einen Seite nicht nur in diesem Beruf, sondern auch in vielen anderen Sozialberufen, nämlich in jenen Berufen, die mit einem hohen gesellschaftlichen Engagement und auch mit einem gewissen Sendungsbewußtsein verbunden sind, das Problem, daß die Beschäftigten unter der fehlenden gesellschaftlichen Anerkennung leiden.

Wir sollten uns folgendes fragen, alle die wir hier sind: Was leisten wir, um dem gesellschaftlichen Stellenwert des Helfens wieder jenen Platz einzuräumen, der notwendig ist, sodaß auch jene, die in diesem Bereich beruflich tätig sind, die entsprechende gesellschaftliche Anerkennung bekommen? - Das ist in Wirklichkeit die Kernfrage der Anerkennung und des Stellenwerts dieses Berufs!

Man muß sich darüber klar sein, daß in der Konfliktsituation diese Frage des Images des Krankenpflegeberufs mit dem außerordentlich hohen Image des Arztberufs und dem vielleicht höheren Beruf des medizinisch-technischen Assistenten auch in einem Zusammenhang zu sehen ist.

Wenn Sie in den letzten Tagen gelesen haben, welcher Stellenwert dem Arztberuf begemessen wird, so liegt es auf der Hand, daß ein anderer Beruf, der unmittelbar mit jenem Beruf zusammengefügt ist, dem sehr viel Anerkennung gezollt wird, sehr leicht Gefahr läuft, quasi minderwertig zu sein. Es ist daher sehr schwierig, zu einem System zu kommen, wo eine Gleichwertigkeit der Berufe gegeben ist.

Ich möchte aber noch etwas anderes anmerken! Ich habe es heute nicht auf Herrn Abg. Margulies abgesehen, aber er ist in gewisser Hinsicht für einiges symptomatisch. Er hat im Zuge der vorigen Diskussion davon gesprochen, daß er sozusagen seine Informanten nicht nennen kann, weil diese sonst mit Repressalien rechnen müßten.

Ich frage Sie: Ist das nicht ein Problem der Politisierung des Berufsleids, das hier anklingt? Wieso gibt es einen Informanten einer Fraktion in einem Spital? Ich frage Sie, Herr Abgeordneter: Ist das sozusagen ein Informationssystem, das Sie aufziehen wollen, um eben Berufsleid zu politisieren, nämlich nicht gesellschaftspolitisch zu politisieren, sondern parteipolitisch, um das für Ihre kleine Gruppe nutzen zu können? (Abg. Margulies: Nein! Mir geht es darum, Ungerechtigkeit zu verhindern!)

Geht es nicht darum, Herr Abg. Margulies, daß es vielleicht auch manche gibt, die den Pflegenotstand politisch oder vielleicht auch standespolitisch als Instrument benützen, und zwar auf dem Rücken der Patienten? Ist es wirklich sinnvoll, daß sozusagen ein Thema, das in Wirklichkeit ein Thema der Betriebsorganisation ist und natürlich auch eine gesellschaftliche Dimension hat, mit den entsprechenden Instrumenten aufgearbeitet wird, aber sozusagen nicht zum politischen Spielball gemacht wird? - Das wollte ich noch anmerken, bevor ich zu den konkreten Antworten komme!

Es sind Gott sei Dank nicht 51 Fragen an mich gerichtet worden. Dieses Schicksal ist uns allen erspart geblieben, durch höhere Fügung in den Gremien der ÖVP oder durch mangelnde Paktfähigkeit der grünen Fraktion, ich weiß es nicht. Aber es sind immerhin einige Fragen!

Mir ist aufgefallen, daß im Zuge der Debatte eine Kurskorrektur seitens der freiheitlichen Fraktion in der Fragestellung an mich erfolgt ist.

Während die Dringliche Anfrage an mich die Ausbildungsfrage betroffen hat, haben die eher weniger dringlichen Fragestellungen von Frau Abg. Arie etwas ganz anderes betroffen, mit dem ich viel eher übereinstimme: Sofortmaßnahmen sind nicht über das Berufsausbildungssystem erreichbar,

sondern sind in jener Palette der Maßnahmen zu finden, die die Berufssituation und den Berufseinstieg betreffen. Aber dazu komme ich noch.

Zur Frage 1: Eine Aufwertung des Krankenpflegeberufs sehe ich zunächst in all jenen Maßnahmen, die der besseren Qualifikation und erhöhten Eigenständigkeit statt bloß einer untergeordneten Hilfstätigkeit dienen. Das findet letztlich auch in der Spitalsführung durch ein Kollegium, in dem der Krankenpflegeberuf gleichwertig vertreten ist, seinen Ausdruck. Die Wiener Spitalsreform unterstreicht dieses Prinzip.

Die Aufwertung des Krankenpflegeberufs entspricht ferner dem Abbau sogenannter sachfremder Tätigkeiten, beispielsweise der hauswirtschaftlichen. Es ist schon davon die Rede gewesen, wie viele Abteilungshelfer und wieviel Schreibpersonal es bereits mehr gibt.

Es geht auch um die bessere Qualifikation. Die Anzahl der Ausbildungskurse wurde in den letzten Jahren verfünfacht. Derzeit befinden sich in der Berufsförderung so viele Krankenpflegepersonen wie nie zuvor.

Aufwertung durch bessere Bezahlung! Auch das ist richtig. Ich möchte jetzt einmal den Betrag nennen, damit wir alle wissen, wovon wir sprechen:

Das Anfangsgehalt einer diplomierten Krankenschwester, einschließlich der üblichen Zulagen, selbstverständlich ohne Überstunden gerechnet, beträgt 19.500 Schilling. Das kann viel sein oder nicht viel sein. Im Vergleich dazu macht das Anfangsgehalt eines Turnusarztes, einschließlich aller Nebengebühren, wieder ohne Nachtdienste und Überstunden gerechnet, 16.250 Schilling aus. Das Gehalt eines B-Beamten im Schema II beträgt 13.694 Schilling. Man muß sozusagen die Größenordnung sehen, in der man sich bewegt. 19.500 für die diplomierte Krankenschwester, 16.250 für den Turnusarzt, 13.694 für die B-Beamtin oder für den B-Beamten.

Zur Frage 2. Sowohl die getroffenen als auch die beabsichtigten Maßnahmen entsprechen den Überlegungen der internationalen Expertenkommission aus dem Jahr 1989, der Wiener Spitalsreformkommission und auch unserem gemeinsam gefaßten Gemeinderatsbeschuß vom 29. Oktober 1990 über einen Wiener Gesundheits- und Krankenanstaltenplan.

Ich möchte jetzt gar nicht auf die Details eingehen, sondern wende mich der Frage 3 zu.

Zur Frage 3: Ich befürworte eine Reform. Das ist sozusagen das Kernstück, das ist die geforderte Stellungnahme des Gesundheitsstadtrats zu diesem Thema. Ich befürworte eine Reform der Krankenpflegeausbildung, die noch mehr den praktischen Anforderungen des Spitalalltags unserer Zeit entspricht und von entbehrlichen theoretischen Lernfächern entlastet ist.

Es geht in der Krankenpflegeausbildung nicht um die Universitätsreife, sondern um die Vorbereitung auf eine qualifizierte Krankenpflege in der Praxis. (StR. Maria Hampel-Fuchs: Geht es auch!)

Wenn ich das mit dem Programm vergleiche, das uns für den Inhalt der Ausbildung unterbreitet worden ist - ich lese das noch einmal ganz kurz vor: Religion zwei Stunden, Deutsch drei Stunden, Englisch drei Stunden, Geschichte und Politische Bildung drei Stunden, Geographie und Wirtschaftskunde, Rechtskunde, angewandte Mathematik, Biologie und Umweltkunde, Physik und Chemie je zwei und drei Stunden; jetzt kommt das, was die Krankenschwester wirklich lernen soll: drei Stunden medizinische Grundlagen und neun Stunden Gesundheits- und Krankenpflege sowie Leibesübungen - so frage ich mich, ob das jenem Anforderungsprofil entspricht, mit dem dann künftig die so Ausgebildete in ihrem Beruf wirklich etwas anfangen kann.

Die Ausbildungsreform muß die derzeit bestehende Barriere beim Schuleinstieg beseitigen. Derzeit ist die gesetzliche Lage so, daß jemand, der von der Unterstufe der AHS, also von der Mittelschule umsteigen will, das nicht kann, sondern zwei dazwischenliegende Schulstufen besuchen muß,

um überhaupt in diese Ausbildung einsteigen zu können. Wenn er von der Hauptschule kommt, dann muß er den Polytechnischen Lehrgang machen und dann irgendeine andere Schule, wie Handelsschule oder Haushaltsschule hinter sich bringen.

Es liegt auf der Hand, daß das Kernproblem des Berufseinstiegs und des Zugangs zum Krankenpflegeberuf in diesem System liegt.

Ein zeitgemäßes Ausbildungssystem muß der Tatsache Rechnung tragen, daß die Entscheidung für einen derart schwierigen und persönlichkeitsbezogenen Beruf, wie die Krankenpflege es ist - das unterscheidet uns ein bißchen von den kaufmännischen und technischen Berufen -, in einem Alter von 14 Jahren sehr schwer möglich ist, und man daher alles daransetzen muß, eine so frühe Entscheidung zu vermeiden.

Daher befürworte ich die Schaffung einer gemeinsamen Akademie für die Sozial- und Gesundheitsberufe mit einer zweijährigen Einstiegsstufe für alle Bereiche und der anschließenden Auffächerung in die jeweilige Fachausbildung.

Diese Probleme, die es bei der Krankenpflegeausbildung gibt, gibt es genauso beim Sozialarbeiter, genauso bei der Hebamme, genauso beim Pädagogen, genauso bei der Kindergärtnerin und so weiter. Ich glaube, daß es sinnvoll wäre, eine solche gemeinsame Akademie zu schaffen, um dann erst mit 16 Jahren dem Betreffenden die Möglichkeit zu geben, sich entscheiden zu müssen.

Diesen Vorschlag habe ich am 17. Mai 1991 bei der Konferenz der Landesreferenten präsentiert. Ich habe dort breite Zustimmung dafür gefunden, nur offensichtlich bei einem nicht, beim Gesundheitsminister.

Ich befürworte ferner ein Sonderausbildungsprogramm für Maturanten, und mache das ebenfalls unter dem Aspekt, daß wir wissen, daß 5.405 AHS-Absolventen derzeit 33 Arbeitsplätzen gegenüberstehen. Daher bin ich auch nicht der Meinung, daß in unserer Zeit die Maturafrage so derart entscheidend ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber noch etwas erwähnen: Ich glaube, daß das vorgeschlagene College-Modell, das eine sechssemestrige - ist gleich dreijährige - Ausbildung vorsieht, eigentlich im Wettbewerb mit der Universität scheitern muß. Wenn jemand nach der Matura noch drei Jahre in eine Ausbildung gehen muß, so werden sich viele entschließen, gleich an die Universität zu gehen. Da sollte man sich keinen Illusionen hingeben!

Ich fordere ein Ausbildungssystem, das für die maturanten kürzer ist. Warum müssen die drei Jahre ausgebildet werden? Warum ist es nicht möglich, auch im Rahmen der internationalen Verträge eine kürzere Ausbildungszeit zu schaffen? - Man muß dann womöglich noch englisch oder was weiß ich dazulernen. Ich trete für eine kürzere Ausbildung für die Maturanten ein!

Ich habe erwähnt, Frau Stadträtin Landauer, daß wir schon einmal den Versuch unternommen haben, einen solchen dreijährigen Ausbildungskurs für Maturanten im Rahmen der bestehenden Krankenpflegeausbildung vorzusehen, die auch drei Jahre dauert. Das ist nicht angenommen worden!

Es ist mir völlig klar, daß, wenn ich auf der einen Seite in derselben Zeit oder sogar noch in einer kürzeren Zeit in den medizinisch-technischen Beruf einsteigen kann und auf der anderen Seite das Universitätsstudium habe, ich mich dann nicht für die dreijährige Ausbildung entscheiden werde, um Krankenschwester zu werden.

Also ich sehe hier einen Vorschlag, der völlig unattraktiv ist, der völlig wirklichkeitsfremd ist, aber den ich im Grunde genommen bejahe, wenn man zu einer kürzeren Ausbildungszeit kommt.

Zur Frage 4: Jede Ausbildungsreform kann nur längerfristig wirken - das hat Ihre Kollegin Arie mittlerweile erkannt und daher ganz andere Fragen auch an mich gerichtet -, und zwar deswegen -

und auch das muß erwähnt werden -, weil das vorgeschlagene Modell im Ergebnis bedeutet, daß es um ein Jahr in der Ausbildungszeit verlängert wird.

Es sollte uns allen, die wir darüber reden, unter dem Hinweis auf die besonders angespannte Personalsituation, auch einmal klar sein, was das bedeutet. Das bedeutet, daß es in dem Jahr, in dem das eingeführt wird, keine einzige fertig ausgebildete Diplomkrankenschwester gibt. (StR. Karin Landauer: Das ist ja bei den Kindergärtnerinnen auch so!) Das heißt für Wien: Es gibt einmal 500 Diplomkrankenschwestern weniger.

Wenn alle hier sagen, Welch dramatische Situation derzeit besteht, dann bitte ich Sie, mir eine Antwort darauf zu geben, wie wir es in Kauf nehmen können, daß es einmal um 500 Diplomkrankenschwestern weniger gibt. - Diese Frage gilt es auch zu beantworten, wenn man so locker sagt: "Führen wir halt dieses System ein."

Ich glaube daher, daß längerfristig eine Ausbildungsreform nicht auf eine Verlängerung der Ausbildungszeit hinauslaufen kann, sondern daß sie durch Ausräumung des überflüssigen Lehrstoffs in derselben Zeit bessere Ausbildung und bessere Qualifikation anbieten muß.

Ich verstehe nicht, warum um jeden Preis der Wunsch darin liegt, daß möglichst lange ausgebildet wird. Ich weiß vom Umgang mit vielen jungen Menschen, daß sie kein Bedürfnis haben, sehr lange in die Schule zu gehen, sondern daß die meisten von ihnen froh sind, wenn sie rasch die Schule hinter sich bringen und in den Beruf einsteigen können. Wir sollten doch nichts entwickeln, was an den Interessen der jungen Menschen vorbeigeht. Wir machen einen wirklichkeitsfremden Vorschlag, den dann manche einzementieren wollen.

Ich halte es daher für wichtiger, daß wir alle Maßnahmen treffen, die sich daran orientieren, um Teilzeitbeschäftigte anzusprechen und Wiedereinsteiger anzusprechen. Das betrifft auch jene, die ihren Beruf verloren haben oder die den Beruf wechseln wollen. Wir müssen auch die Berufsquerinsteiger unterstützen!

Ich füge noch etwas hinzu: Ich halte es für wichtig, daß wir als Stadt Wien das Personalproblem im Krankenpflegebereich auch dadurch lösen wollen, daß wir verstärkt im Bereich der Wohnsituation der Krankenschwestern etwas unternehmen.

Es sind in den letzten zwei Jahren allein 229 Wohnplätze mehr geschaffen worden. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, nennen Sie mir einen anderen Spitalsträger, der in einem solchen Umfang für sein Personal in einer derart schwierigen Wohnsituation Vorkehrungen trifft (Beifall bei der SPÖ.) Und zwar zu einem Preis, den es sonst nirgendswo gibt, denn diese Wohnplätze werden zu 500 Schilling bis 1.000 Schilling angeboten, je nach Qualität, einschließlich aller Betriebskosten. Nennen Sie mir einen anderen Beruf, wo man zu diesem Preis einen Wohnplatz bekommt!

Wir forcieren auch sehr stark den Ausbau der Betriebskindergärten, mit auf die Dienstzeiten zugemessenen Öffnungszeiten. Auch hier muß gesagt werden: Es gibt 696 spezielle Kindergartenplätze für das Krankenpflegepersonal. Auch das ist eine Leistung, die der Frage des Zugangs zum Beruf ganz entscheidend entgegenkommt.

Zur Frage 5. Die Landessanitätsdirektion für Wien hat zu den Schulversuchen deshalb keine Stellungnahme abgegeben, weil sie weder zu den Vorgesprächen, noch zu den Planungsmaßnahmen, noch zur Durchführung des Ausbildungsmodells beigezogen worden ist.

Ich habe einen Brief von Herrn Minister Scholten bekommen. Ich habe ihm geantwortet. Ich habe ihn darauf hingewiesen, daß in seinem eigenen Brief angemerkt wird, daß die Finanzierungsfrage auch auf Bundesebene noch nicht gelöst war. Das Schulmodell wurde also den Ländern mit dem Hinweis angeboten: "Eigentlich haben wir auf Bundesebene die Finanzierungsfrage nicht gelöst."

Ich verstehe daher überhaupt nicht, warum sich manche hier im Raum darüber echauffiert haben, daß die Landesfinanzreferenten die Haare aufgestellt haben, wenn selbst auf Bundesebene der Finanzminister noch nicht gesagt hat, ob die Finanzierung erfolgt oder nicht. Aufgrund der ganzen Diskussion über die Beteiligung der Länder an den Kosten der Landeslehrer kann man sich schon klar darüber sein, daß auf Landeseite die Liebe für solche Angebote sehr eingeschränkt ist. Man sollte sich nicht so locker über diese Frage hinwegsetzen!

Zur Frage 6: Bei der schon erwähnten Konferenz der Gesundheits- und Krankenanstaltenreferenten am 17. Mai 1991 wurden von den Vertretern aller Bundesländer inhaltliche Bedenken gegen die Vorschläge des Gesundheitsministers vorgebracht. Also es ist nicht so, daß das Modell abgelehnt worden ist, weil die Finanzreferenten dagegen sind, sondern weil auch die Gesundheitsreferenten inhaltliche Bedenken gehabt haben.

Ich könnte Ihnen jetzt vorlesen, was Frau Landesrat Dr. Widrich (ÖVP), was Frau Landesrat Krammer (SPÖ), was Herr Landesrat Mayer aus Vorarlberg und was Herr Dr. Zernatto aus Kärnten dazu gesagt haben, und ich kann Ihnen auch sagen, was ich dazu gesagt habe, nämlich dasselbe, was ich auch hier gesagt habe.

Ich habe dort den Vorschlag gemacht, eine gemeinsame Akademie für Sozial- und Krankenpflegeberufe zu schaffen. Das hat breite Zustimmung gefunden. Dasselbe, was ich hier sage, ist nicht neu erfunden worden, sondern laut Protokoll des Gesundheitsministeriums bereits im Mai 1991 als Alternative dazu präsentiert worden.

Ob es Ihnen paßt oder nicht, es ist meines Erachtens das bessere Modell, und ich werde, so sehr ich mich dagegen wende, halbfertige Modelle zu übernehmen, versuchen, auch gegenüber dem Bund und gegenüber allen anderen dieses Modell umzusetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Frage 8: Ungeachtet der auch von mir unterstrichenen Notwendigkeit einer Verbesserung des Ausbildungssystems, allerdings in einem anderen Sinn, als es derzeit von Landeseite vorgeschlagen wird, halte ich ein möglichst breites Spektrum von Maßnahmen für notwendig, wobei ich allerdings auf eines hinweisen möchte:

Bei allem Bemühen um jede nur mögliche Verbesserung der Berufssituation im Spital gibt es eine Priorität, das Interesse des Patienten. Unter Bedachtnahme auf diese Interessen werden wir weiterhin alles unternehmen, um auch den Angehörigen größtmögliche Lebensqualität zu gewährleisten. So verstehen wir den Auftrag der Wiener Spitalsreform, dem wir Rechnung tragen werden.

Zum Schluß möchte ich noch eine Bemerkung machen, die sich mir im Lichte des Zeitpunkts aufdrängt, in dem das Thema "Berufsausbildung" aktualisiert wird.

Man muß sich klar sein, daß sicherlich die geburtenschwachen Jahrgänge in der Schule, die den Berufs- und Schuleinstieg bestimmen, eine entscheidende Rolle spielen. Das soll einmal mit Zahlen deutlich gemacht werden:

Die Altersgruppe der 15- bis 20jährigen ist deutlich zurückgegangen. Ebenso deutlich bis dramatisch ist der Rückgang bei den Absolventen der Hauptschule in Wien, und zwar von 9.204 im Jahr 1980 auf 6.110 im Jahr 1990. Beim Polytechnischen Lehrgang, der, wie gesagt, eine der Einstiegsbarrieren ist, hat sich die Zahl der Absolventen von 3.946 im Jahr 1980 auf 1.746 im Jahr 1990 halbiert.

Trotz dieser dramatischen Veränderung und Verengung des Einstiegs ist es den Wiener Krankenpflegeschulen gelungen, nicht nur den Schülerstand zu halten, sondern sogar um 240 Krankenpflegeausbildungsplätze, die voll genutzt sind, aufzustocken.

Ich meine daher, daß man bei jeder Diskussion über eine Verbesserung des Systems sehr gut beraten ist, eines nicht zu tun, nämlich das zum Anlaß zu nehmen, um die bestehende Arbeit in den Krankenpflegeschulen schlechtzumachen, nämlich so zu tun, als wenn das Heil des Pflegeberufs nur in der Reform, nur weg von bestehenden Krankenpflegeschulen liegen würde. (StR. Karin Landauer: Das hat doch niemand gesagt!)

Das halte ich persönlich für eine Ungerechtigkeit gegenüber den dort Tätigen und ich halte das auch für inhaltlich falsch. Meines Erachtens ist die Gefahr sehr groß, daß gerade jetzt, wo die Krankenpflegeschulen mit sehr viel persönlichem Einsatz und mit sehr viel Steuermitteln werben, daß junge Mädchen und junge Burschen diesen Beruf ergreifen, diese Diskussion sehr verunsichernd wirkt.

Ich frage mich wirklich: Ist es Oberflächlichkeit, daß man das nicht bedacht hat, oder, ich hoffe es nicht, ist das böse Absicht? - (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Hirnschall: Danke. Mit der Beantwortung von Herrn Amtsführenden Stadtrat Dr. Rieder ist die Dringliche Anfrage erledigt.

Wir kommen nun zu dem Verlangen der Abgen. Johann Herzog, Dr. Herbert Madejski und Johann Römer auf dringliche Behandlung des Antrags, betreffend Erlassung einer Verordnung hinsichtlich des Assanierungsgebiets Leopoldstadt.

Gleichzeitig wurde von der in § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Landtagsabgeordneten die Verlesung dieses Antrags verlangt.

Ich bitte daher den Schriftführer, den Antrag zu verlesen.

Schriftführer Abg. Dkfm. Hotter: "Die Wiener Landesregierung hat mit den in den LGBI. 21/1991 bis 25/1991 kundgemachten Verordnungen für weite Teile des 2. Bezirks Maßnahmen gemäß dem Stadterneuerungsgesetz 1974 gesetzt. Diese Maßnahmen sollten, entgegen dem eigentlichen Gesetzeszweck, einer befürchteten Spekulation mit Hinblick auf die letztlich nicht zustande gekommene EXPO 1995 entgegenwirken.

Die Wohnungseigentümer der Leopoldstadt sind von diesen Verordnungen besonders betroffen.

Die seit Inkrafttreten der Verordnungen abgewickelten Verfahren zeigen, daß die Gemeinde Wien im Bereich der Eigentumswohnungen noch von keinem Kaufanbot gemäß § 8 StEG Gebrauch gemacht, die Genehmigung vom Rechtsgeschäft nach § 9 StEG noch nicht versagt und auch kein Enteignungsverfahren gemäß § 10 StEG eingeleitet hat.

Die durch die Verordnungen erfolgten Einschränkungen, Kosten, Kaufpreisfestsetzungen und Verzögerungen in der Durchführung von Vertragsabwicklungen erweisen sich im Bereich des Wohnungseigentums als überflüssig.

Da eine Änderung des StEG 1974 nicht in der Kompetenz des Landes Wien liegt, kann eine rasche Abhilfe für die betroffenen Wohnungseigentümer nur durch eine Novellierung der von der Wiener Landesregierung erlassenen Verordnungen erfolgen.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 44 Abs. 1 und Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtags für Wien nachfolgenden Dringlichen Antrag:

Der Wiener Landtag möge beschließen:

Mit zu erlassender Verordnung der Wiener Landesregierung sind jene Grundstücke im Assanierungsgebiet Leopoldstadt aus den Verordnungen LGBI. 21/1991, 22/1991, 23/1991, 24/1991 und 25/1991 auszunehmen, an denen Wohnungseigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz begründet ist."

Präsident Dr. Hirnschall: Ich danke für die Verlesung.

Zur Begründung des Verlangens auf Dringlichkeit erteile ich Herrn Abg. Herzog das Wort, wobei ich bemerke, daß gemäß § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung die Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist.

Abg. Herzog: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident!

Ich ersuche Sie, dem vorliegenden Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen, da die Situation der betroffenen Bevölkerung und jenes Teils, der sich dort mit Wohnungseigentum angesiedelt hat, sehr schlecht und schwierig geworden ist. Damit soll diesem Teil der Bevölkerung auf schnellstem Weg geholfen werden.

Die Entstehungsgeschichte ist ja im Antrag schon kurz angerissen worden.

Im Zuge der EXPO-Vorbereitung hat die Spekulation den 2. Bezirk ergriffen, die Preise für Immobilien sind gestiegen, und die Spekulation im Fall der Durchführung der EXPO hätte sicherlich große Ausmaße erreicht. Zur Abwehr dieser Gegebenheiten haben unglücklicherweise die Sozialisten und die Volkspartei die Idee gehabt, auf das Stadterneuerungsgesetz 1974 zu verfallen, ein Gesetz, das denkbar ungeeignet für die Abwehr solcher Maßnahmen ist.

Die EXPO selbst hat ja dann bekanntlich, dank der von der Freiheitlichen Partei erreichten Volksabstimmung verhindert werden können, dank der 56.000 Unterschriften und dank einer deutlichen Mehrheit gegen die EXPO. Aber das unselige Erbe der EXPO, zumindest für die Leopoldstadt, ist geblieben, in Form der Assanierungsverordnung, die ich angesprochen habe, die der Wiener Landtag und die Wiener Landesregierung eben beschlossen haben.

Hier wurde - und das ist entscheidend - ein Gesetz angewandt, das für völlig andere Zwecke gedacht gewesen ist, und die verfahrene Situation im 2. Bezirk ist letztendlich auf die als Mißbrauch des Stadterneuerungsgesetzes zu bezeichnende Vorgangsweise zurückzuführen.

Die Spekulationsabwehr wurde auch als offizieller Grund der Stadtverwaltung angegeben, und Herr Stadtrat Edlinger hat noch vor kurzem, in einer Aussendung vom 19. Februar, festgestellt, es gehe lediglich darum, ungerechtfertigt hohe Preise beim Verkauf von Häusern, Grundstücken und Wohnungen zu prüfen, und wenn nötig, zu korrigieren.

Das Dumme an der Sache ist: Der Begriff der Spekulation kommt im Gesetz gar nicht vor und wird auch im Gesetz nicht angestrebt. Es gibt keine Berufung seitens der Gemeinde auf städtebauliche Mißstände, auf Sanierungspläne. Daher hat es auch keine Durchführung der vorgeschriebenen durchgehenden Erhebung des Wohnungszustands gegeben.

Für die Stadtverwaltung ist das vielleicht eine logische Handlungsweise, aber sie ist in keiner Weise gesetzeskonform.

Wenn ich darauf hinweisen darf: Der § 6 StEG definiert die städtebaulichen Mißstände dahin gehend, daß das Gebiet nach seiner vorhandenen Bebauung und nach seiner sonstigen Beschaffenheit den allgemeinen Anforderungen auf gesunde Wohnverhältnisse oder auf Sicherheit der innewohnenden Menschen nicht entsprechen würde. Dabei sind zu berücksichtigen: die mangelhafte Ausstattung mindestens der Hälfte der Wohnungen, Belichtung und Belüftung der Wohnungen, Auswirkungen einer vorhandenen Mischung auf die Wohnstätten sowie die Mischung von Wohn-, Betriebs- und Arbeitsstätten und letztlich auch Geräusche, Erschütterungen, Rauch et cetera.

Das alles wird zwar gesetzlich gefordert, das alles ist aber leider gesetzlich nicht vollzogen worden. Das ist sehr bedauerlich, denn als Ergebnis haben wir nun diese Verordnung.

Wie schaut das Erbe dieser, man kann nur sagen, rot-schwarzen Willkür, ich muß es so bezeichnen, aus? - Die Instrumente der sogenannten Assanierung bestehen nunmehr in einer Anbotsverpflichtung an die Gemeinde Wien im Genehmigen von Rechtsgeschäften, in der Erneuerungsgemeinschaft, die verpflichtend vorgeschrieben werden kann, in Enteignungsbestimmungen und in der Kaufpreisfestsetzung. (Abg. Hufnagl: Das ist ja etwas!)

Im Stadterneuerungsgesetz gibt es eine Reihe von Ausnahmen. Das Wohnungseigentum ist leider davon nicht betroffen. Somit ist alles das, was wir zitiert haben, auf das Wohnungseigentum im 2. Bezirk anzuwenden.

Die Empörung der Wohnungseigentümer ist, wie Sie wissen, groß. Es ergeben sich für sie drastische Nachteile für das, was Sie gerade als "das ist ja was" bezeichnet haben, Herr Kollege. Das Verkaufsrecht belastet und entwertet das Eigentum. Das kann man schon sagen, denn trotz der Nichtausübung, die sogar seitens der Gemeinde Wien mündlich zugesagt wurde, ist der Wert des Grundstücks, der Wohnungen gesunken.

Eine Eintragung ins Grundbuch findet statt, und wer will schon solche Wohnungen, wenn sie verkauft werden müssen, erwerben? - Dazu kommt noch, daß jemand, der eine Wohnung verkaufen will, die Gemeinde vorher fragen muß. Dieses Fragen, die Durchführung der Verwaltungstätigkeit, dauert Monate.

Weiters ist zu beachten, daß zu der erzwungenen Preisbildung noch die Gutacherkosten kommen. Die wurden zwar... (Abg. Ing. Svoboda: Herr Präsident!)

Präsident Dr. Hirnschall (unterbrechend): Ich bitte den Redner, zum Ende zu kommen.

Abg. Herzog (fortsetzend): Ja! Diese wurden zwar durch die Reform, wo man die Gutacherkosten gekürzt hat, deutlich abgesenkt, aber letztendlich sind die Kosten noch immer hoch.

Ich will sagen: Die Wohnungseigentümer sind keine wilden Spekulanten. Sie sind Bürger, die das Pech haben, im 2. Bezirk ihre Ersparnisse angelegt zu haben. Ihr Eigentum ist auf viele Jahre entwertet.

Das Stadterneuerungsgesetz sieht Fristen vor; 15 Jahre bei Nichtdurchführung der Assanierung. Genau das findet dort Anwendung. Es kann noch lange dauern, bis eine bundesrechtliche Regelung, wie sie die FPÖ im Nationalrat anstreben wird, durchgesetzt ist.

Ich bitte Sie daher um Hilfestellung für die Leopoldstädter Bevölkerung! (Bewegung bei der SPÖ.) Unterstützen Sie...

Präsident Dr. Hirnschall (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich muß Ihnen das Wort entziehen.

Abg. Herzog (fortsetzend): Unterstützen Sie die Anliegen der Leopoldstädter Bevölkerung! Mehr wollte ich ohnehin nicht mehr sagen. (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Präsident Dr. Hirnschall: Als Kontraredner zur dringlichen Behandlung des Antrags ist Herr Klubobmann Ing. Svoboda zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Svoboda: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine Fraktion wird der Dringlichkeit des Antrags nicht zustimmen. Ich darf das gleich vorweg sagen.

Kollege Herzog hat schon in seinen Ausführungen gesagt, er hat nur andere Schlüsse gezogen, warum wir hier dieses Stadterneuerungsgesetz angewandt haben. Selbstverständlich wird im 2. Bezirk eine Sanierung durchgeführt. Die gegenteilige Feststellung ist unzutreffend. Eine Reihe von Gebieten wird... (StR. Mag. Kabas: Sie haben Schlüsse gezogen!) Selbstverständlich, sehen Sie sich nur die Zahlen und Ziffern an, die dort mit Hilfe des Stadterneuerungsfonds vorliegen.

Ich darf grundsätzlich festhalten: Es ist nicht aus Jux, Tollerei oder Willkür entstanden, sondern es ist dort - das ist ja auch von meinem Vorredner festgestellt worden - Spekulation betrieben worden, mit der Konsequenz der Vertreibung von Mietern in diesen Gebieten. Daher war es nur naheliegend, alle gesetzlichen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, auszuschöpfen, um dem entgegenzuwirken.

Wenn die Behauptung, daß die EXPO die Ursache für diese Steigerung ist, richtig wäre, Herr Kollege Herzog, würde die Frage der Preise ja jetzt nicht mehr zur Diskussion stehen. Es steht einfach fest, daß dort überhöhte Preise vorliegen. Dem ist entgegenzuwirken, wenn es nicht anders geht, durch solche gesetzlichen Maßnahmen.

Ich darf im übrigen darauf hinweisen, daß wir im Dezember eine Initiative, die Frage der Gutachterkommissionen betreffend, ergriffen haben, die zu einer wesentlich rascheren Umsetzung führen kann und soll.

Ich kann daher die Frage, welche weiteren Maßnahmen wir dort im Interesse der Bewohner setzen, durchaus akzeptieren, jedoch nicht die Dringlichkeit setzen, sodaß mir jetzt über etwas abstimmen, dessen volle Tragweite uns vielleicht nicht klar ist.

Ich würde daher bitten, diesem Antrag nicht die Dringlichkeit zuzuerkennen, sondern den Antrag dem zuständigen Ausschuß für Wohnbau- und Stadterneuerung zuzuweisen. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Hirnschall: Wir kommen nun zur Abstimmung über die dringliche Behandlung dieses Antrags.

Ich bitte jene Damen und Herren des Landtags, die für die dringliche Behandlung sind, die Hand zu erheben. - Danke, das ist die Minderheit. (Bewegung bei der ÖVP. - Abg. Ing. Svoboda: Ja, das ist die Minderheit! - Zwischenrufe bei der ÖVP. - Abg. Ing. Svoboda: Geschäftsordnungsmäßig ist es so: Wenn abgestimmt worden ist, gibt es kein nachheriges zählen! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Es wird ein Abzählen verlangt.

Ich bitte die Schriftführer, zunächst einmal die Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Abgeordneten festzustellen. (LhptmSt. Ingrid Smejkal: Stimmen wir dann noch einmal ab? - Abg. Ing. Svoboda: Rauch-Kallat kommt herein! - Abg. Ilse Forster: Haubenburger! So geht es ja nicht! - Abg. Prochaska: Brauner! - Abg. Ing. Svoboda: So wie die Rauch-Kallat!)

Ich bitte die Schriftführer, die Anzahl der Stimmberichtigten festzustellen! (Die Schriftführer stellen die Anzahl der Stimmberichtigten fest. - Abg. Ing. Svoboda: Kollege Czerny kommt auch jetzt noch! - Ich sage es nur!)

Ich bleibe bei der Feststellung, die ich vorhin getroffen habe: Es war die Minderheit. Nachdem Zweifel geäußert wurden, bin ich froh, daß noch einmal nachgezählt wurde. Es waren 50 Für-Stimmen. (Abg. Dr. Ferdinand Maier: War es genau?) Es waren genau 50. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Ich habe es nicht zahlenmäßig überprüft, aber die Minderheit habe ich festgestellt. Dabei bleibt es jetzt auch nach der Zählung.

Ich weise daher den Antrag dem Amtführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr zu.

Wir kommen nun zum Verlangen der Frau Abg. Hannelore Weber und FreundInnen auf dringliche Behandlung des Antrags, betreffend Unterstützung von Ungarn und Slowakei gegen Gabčíkovo.

Zur Begründung des Verlangens auf dringliche Behandlung des Antrags erteile ich Frau Abg. Hannelore Weber das Wort, wobei ich auch hier bemerke, daß gemäß § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung die Redezeit fünf Minuten beträgt. (Zwischenruf: Verlesung!)

Die Verlesung ist vorhin erfolgt, weil nach der Geschäftsordnung die erforderliche Anzahl von 20 Unterschriften geleistet war.

Abgeordnete Hannelore Weber (wieder die Mappe mit der Aufschrift "Schließt den Flötzersteig!" auf dem Rednerpult aufstellend): Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir bitten um Unterstützung folgenden Antrags. (StR. Dr. Wille: Das Fernsehen ist nicht mehr da!) Es geht mir hier nicht um das Fernsehen, Herr Stadtrat Dr. Wille, sondern um die Sache!

Weil Sie gesagt haben, Sie wären der Initiative "Flötzersteig" so toll zur Seite gestanden (Bewegung bei der SPÖ.), möchte ich hier nur erwähnen, daß es aufgrund Ihrer Hilfe gelungen ist, daß jetzt die Heizbetriebe Wien die Nachbarn der Heizbetriebe Wien am Flötzersteig sind. Das war Ihre tatkräftige Unterstützung! Die Parteienstellung ging in diesem Sinne verloren.

Ich möchte Sie bitten, folgenden Antrag zu unterstützen:

Gabcikovo ist ein Relikt aus der stalinistischen Zeit des Ostblocks, ein Relikt des größten Umweltverbrechens, das es gibt. Ungarn befürchtet, da die Slowakei nicht davon Abstand nehmen will, dieses Kraftwerk wirklich in Betrieb zu nehmen, daß die Donau der gesamten ungarischen Schüttinsel abgegraben wird, daß die Donau über die gesamte Slowakei umgeleitet wird.

Aus den letzten internationalen Meldungen geht hervor, daß sich Ungarn in seiner Verzweiflung an internationale Institutionen wie UNO, EG, KSZE und ähnlichen Organisationen wenden will.

Ich möchte Sie ersuchen, daß Sie diesem Antrag auf Unterstützung der Ungarn zustimmen, denn ich denke, es ist gerade für uns als Umweltmusterstadt und -bundesland wichtig, solche Anliegen zu unterstützen.

Der Antrag lautet:

"Erstens. Die Stadt Wien und ihre VertreterInnen sollen die Slowakei in Fragen der Staustufe Gabcikovo, insbesondere in bezug auf Ökologie und alternative Energiemodelle, unterstützen. Als Möglichkeiten bieten sich die Bereitstellung von ExpertInnen, finanzielle Unterstützung bei der Erstellung von ökologischen Expertisen und Umweltverträglichkeitsprüfungen an.

Hierbei sollen alle Varianten, auch die eventuelle Beendigung der Bauarbeiten und der Rückbau der bereits devastierten Gebiete durchgerechnet werden.

Zusätzlich muß von seiten der Wiener Landesregierung schärfster Protest dagegen eingelegt werden, daß österreichische Firmen an den Bauarbeiten oder als Zulieferer für den Kraftwerksbau beteiligt sind, und damit helfen, wertvolle Naturräume zu zerstören.

Eine derartige Beteiligung schadet dem Image Österreichs.

Zweitens. Die Stadt Wien und ihre VertreterInnen sollen Ungarn, wo immer notwendig, bei seinem Kampf gegen die schädigenden Auswirkungen der Staustufe Gabcikovo unterstützen."

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie nochmals um Ihre Unterstützung. Helfen Sie bitte den Ungarn! (Beifall bei der GA.)

Präsident Dr. Hirnschall: Als Kontraredner, was die dringliche Behandlung des Antrags anlangt, hat sich Herr Klubobmann Ing. Svoboda zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Svoboda: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vorerst stelle ich mit Genugtuung fest, daß die grüne Fraktion lernfähig ist. Frau Abg. Hannelore Weber hat heute klar und deutlich gesagt: "Wien ist eine Umweltmusterstadt." Eine klare Feststellung, die es gilt, auch entsprechend hervorzuheben! (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Marek: Rot-grüne Koalition!)

Ich möchte auch hier von vornherein klarstellen, daß wir der Dringlichkeit nicht zustimmen werden.

Auch wenn die Entscheidung für den Bau zu einem Zeitpunkt gefallen ist, als sowohl in Ungarn als auch in der CSFR eine kommunistischen Diktatur herrschte, so sind in diesen beiden Ländern nunmehr demokratische Regierungen vertreten, und die Verhandlungen zwischen den beiden Ländern folgen in dieser Frage noch.

Ich möchte mir noch eine grundsätzliche Bemerkung erlauben.

Ich glaube, die Frage der Energienutzung und die Frage der Energieerzeugung sind Fragen, die es gilt, grundsätzlich zu erörtern. Wasserkraft ist sicher die beste und umweltfreundlichste Energiequelle, denn sie erzeugt keine Schadstoffe, ohne das jetzt auf Gabčíkovo zu beziehen. Das war nur eine prinzipielle Feststellung.

Ich würde daher nicht eine dringliche Behandlung, sondern eine Beratung im zuständigen Ausschuß empfehlen. Dementsprechend wird auch das Abstimmungsverhalten namens meiner Fraktion sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Hirnschall: Wir kommen zur Abstimmung über die dringliche Behandlung des Antrags.

Ich bitte nun jene Damen und Herren, die für die dringliche Behandlung sind, die Hand zu heben.
- Danke, das ist zweifellos die Minderheit. (Heiterkeit.)

Ich weise daher den Antrag dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport zu.

Wir kommen in weiterer Folge zum Verlangen der Abg. Hannelore Weber und FreundInnen auf dringliche Behandlung des Antrags, betreffend Schädigung der Ozonschicht.

Zur Begründung des Verlangens auf dringliche Behandlung des Antrags erteile ich Frau Abg. Hannelore Weber das Wort, wobei ich wieder darauf hinweise, daß die Redezeit gemäß § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung maximal fünf Minuten beträgt. (Abg. Hufnagl: Es gibt den Ötzi, und es gibt auch die Frau Flötzi! - Abg. Hannelore Weber: Es gibt die Ex-Sozi! - Zwischenrufe bei der SPÖ: Tafer!!)

Abg. Hannelore Weber (die Mappe mit der Aufschrift "Schließt den Flötzersteig!" wieder aufstellend): Ich freue mich, daß es hier zu später Stunde so lustig ist, aber ich wende mich mit einem zweiten sehr ernsten Problem an Sie und bitte Sie, der dringlichen Behandlung dieses Antrags zuzustimmen.

Bis vor kurzem war das Problem Ozonloch eigentlich noch sehr weit von uns entfernt. Es war auf der südlichen Hemisphäre. Wir haben zwar mit Schaudern gelesen, was in Chile passiert, haben aber gedacht, so etwas trifft uns nicht.

Nach den letzten internationalen Meldungen hat auch die Ozonschicht auf der nördlichen Hemisphäre bereits abgenommen. In Kanada hat sie sich um 15 Prozent verringert. Es sind auch Gebiete bis zum 50., nördlichsten Breitengrad betroffen.

Wenn ich Sie jetzt darauf aufmerksam machen darf - ich bitte Sie wirklich, mir hier ernsthaft zuzuhören -, daß Wien am 48,1. Breitengrad liegt, so sind auch die Bewohner dieser Stadt und vor allem unsere Kinder betroffen.

Die EG hat zwar beschlossen, bis 1997 aus der FCKW-Produktion auszusteigen, Österreich bis 1995, aber meiner Meinung nach ist es hier fünf vor zwölf. (Bewegung bei der SPÖ.)

Ich würde mich wirklich freuen, wenn auch Sie, Herr Stadtrat Dr. Rieder, als Zuständiger für die Gesundheit der Bevölkerung und auch Sie, Herr Stadtrat Häupl, als Zuständiger für die Umwelt hier vielleicht doch einmal zuhören, wenn es um die Gesundheit unserer Kinder und der Bewohner dieser Stadt geht. (Abg. Brix: Frau Weber, alle hören zu!)

Ich finde es einfach empörend (LhptmSt. Mayr: Es ist wirklich empörend, wie Sie sich aufführen!), wie Sie sich mit diesem Problem herumschlagen und das ganze nur ins Lächerliche ziehen. Ich habe Herrn Klubobmann Ing. Svoboda schon heute vormittag erklärt, daß heute noch nicht Faschings- samstag ist, sondern erst morgen. (LhptmSt. Mayr: Sie verwechseln das mit den Pradler Ritterspielen!) Es geht hier um wirklich sehr, sehr ernsthafte Probleme. (Beifall bei der GA. - Abg. Christine Schirmer: Frau Kollegin! Wir haben uns in der Stadt mit den Problemen schon beschäftigt, als Sie noch gar nicht Abgeordnete waren!)

Ich möchte Sie daher bitten, folgendem Beschlusstantrag die Dringlichkeit zuzusprechen:

"Der Wiener Landtag wolle beschließen, daß sich die Stadt Wien und deren VertreterInnen auf allen Ebenen für eine sofortige Eliminierung und einen Produktionsstopp von Fluorchlorkohlenwasser- stoffen einsetzen.

Das bedeutet sowohl eine verantwortungsvolle Beschaffungspolitik als auch Interventionen gegen die FCKW-Chemie in jeder möglichen Form, zum Beispiel im Europarat, bei Ministerkonferenzen und Tagungen, bei den Vereinten Nationen und direkt bei der Industrie.

Gleichzeitig muß der Einsatz von umweltverträglichen Ersatzstoffen, welche aber nicht den Treibhauseffekt verstärken, forciert werden."

Ich ersuche Sie nochmals, diesem für unsere Gesundheit und vor allem für unsere Kinder wichtigen Antrag zuzustimmen und ihm die Dringlichkeit zuzusprechen. (Beifall bei der GA.)

Präsident Dr. Hirnschall: Als Kontraredner zu diesem Antrag hat sich abermals Herr Klubobmann Ing. Svoboda zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Svoboda: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Gegensatz zu Frau Abg. Hannelore Weber sind alle Mitglieder meiner Fraktion nicht da, um irgendwelche Spassettln zu machen, sondern sie sind mit Ernst bei der Sache und erfüllen ihre Aufga- ben, wie ich heute schon mehrfach gesagt habe, mit Ausdauer, Fleiß und Einsatzbereitschaft.

Ich möchte von vornherein gleich irgendeine Verteilung von Zensuren und ähnliches, was da jetzt geschehen ist, zurückweisen.

Zur Sache selbst darf ich feststellen:

Es dürfte Frau Abg. Weber entgangen sein, daß in der Frage der Beschaffungspolitik, wenn Sie wollen, des Beschaffungswesens, schon seit längerer Zeit, seit Jahren nach diesen Kriterien vorge- gangen wird. Im übrigen ergibt sich daraus die Ungereimtheit dieses Antrags, daß auf all diese Dinge, was schon geschehen ist, was bereits eingeleitet worden ist und was in Zukunft noch vorgesehen ist, nicht Bedacht genommen wird.

Ich darf daher namens meiner Fraktion feststellen, daß wir der dringlichen Behandlung nicht zustimmen werden. Ich empfehle die Zuweisung des Antrags. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Hirnschall: Wir kommen nun zur Abstimmung über die dringliche Behandlung des Antrags.

Ich bitte jene Damen und Herren des Landtags, die für die dringliche Behandlung sind, die Hand zu heben. - Danke, das ist die Minderheit.

Ich weise daher den Antrag dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport zu.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung werden auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß um 18.44 Uhr.)

